

## Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich  
Sitzungstermin: Montag, 27.11.2006, 16:00 Uhr  
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 16.11.2006

### 1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Haushalt 2004 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: 2006/179
- TOP 4 Haushalt 2006 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben  
Vorlage: 2006/193
- TOP 5 Öffentl. Einrichtung Märkte - Ergebnisse 2003 bis 2005 und Festsetzung von Marktstandgebühren ab 2007  
Vorlage: 2006/194
- TOP 6 Bericht über das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2005  
Vorlage: 2006/184
- TOP 7 Festsetzung der Gebührensätze für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"  
Vorlage: 2006/185

- TOP 8      Bericht - Ergebnis 2005 der öffentlichen Einrichtung zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung  
Vorlage: 2006/190**
- TOP 9      Festsetzung der Gebührensätze 2007 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser  
Vorlage: 2006/191**
- TOP 10    Gebührensatzsatzung 2007 - Öffentliche Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung  
Vorlage: 2006/195**
- TOP 11    Haushalt 2007 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan  
Vorlage: 2006/186**
- TOP 12    Anfragen und Hinweise**
- TOP 13    Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen  
gez. Decker  
Bürgermeister**

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2006/179**

freigegeben am 18.10.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Herr Hollmeyer, Michael

**Datum: 18.10.2006**

### **Haushalt 2004 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 33.673.298,74 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2004 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2004 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2004 keine Anhaltspunkte ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

entfällt

**Anlagen:**

1. Feststellung der Jahresrechnung durch den Bürgermeister
2. Rechenschaftsbericht
3. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung
4. Stellungnahme des Bürgermeisters zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes

# Jahresrechnung 2004

**Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung 2004 wird festgestellt.**

Rastede im April 2006



Der Bürgermeister





# **Rechenschaftsbericht**

**der Gemeinde Rastede**

**zum Haushaltsjahr**

**2004**

## Inhaltsverzeichnis

<b>A - Ergebnisse der Jahresrechnung 2004</b>	<b>Seite</b>
1.1 Haushaltsplanung	3
1.1.1 im Verwaltungshaushalt	3
1.1.2 im Vermögenshaushalt	3
1.1.3 Kreditermächtigung	3
1.1.4 Verpflichtungsermächtigungen	3
1.1.5 Hebesätze	3
1.1.6 Kassenkredite	4
1.2 Haushaltrechnung	5
1.3 Kassenmäßiger Abschluss	6
1.4 Zuführung zum Vermögenshaushalt	6
1.5 Unterjährige Zuführung zum Vermögenshaushalt	7
1.6 Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zuführung	7
1.7 Schuldenentwicklung	8
1.8 Übersicht über Rücklagen	8
1.9 Vermögensentwicklung	9
1.10 Nebenrechnung nach § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung für die leistungsgebundenen kostenrechnenden Einrichtungen	9
1.10.1 öffentliche Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung	10
1.10.2 öffentliche Einrichtung Regenwasserbeseitigung	11
<b>B - Besondere Abweichungen des Jahresrechnungsergebnisses von den Haushaltsansätzen</b>	
1. Vergleich Haushaltssoll – Anordnungssoll auf der Ebene der Teilbudgets	12
2. Betrachtung nach Einnahme- und Ausgabearten	15
3. Betrachtung der Reste und der Zuführung zum Vermögenshaushalt	32
3.1 Verwaltungshaushalt	33
3.2 Vermögenshaushalt	36
4. Betrachtung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben über 10.000 €	40
5. Nachrichtlich: Ergebnis nach herkömmlicher Haushaltsbetrachtung auf der Ebene der Einzelpläne	43
<b>C - Überblick über die Haushaltswirtschaft</b>	
1. Allgemeines	45
2. Vorschüsse und Verwahrung	46
2.1 Vorschüsse	46
2.2 Verwahrgelder	47
3. Abgeschlossene Baumaßnahmen	47
4. Schlussbemerkung	48

## Rechenschaftsbericht

### über die Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004

#### A) Ergebnisse der Jahresrechnung 2004

##### 1.1 Haushaltsplanung

Die Haushaltssatzung 2004 der Gemeinde Rastede wurde am 2.12.2003 mit Beschluss der Rates erlassen.

Dabei wurden folgende Einnahmen und Ausgaben veranschlagt:

##### 1.1.1 im Verwaltungshaushalt

- durch Haushaltssatzung	Einnahme	<b>26.244.300 €</b>
	Ausgabe	<b>26.244.300 €</b>

##### 1.1.2 im Vermögenshaushalt

- durch Haushaltssatzung	Einnahme	<b>7.577.600 €</b>
	Ausgabe	<b>7.577.600 €</b>

##### 1.1.3 Kreditermächtigung

Die Kreditermächtigung wurde in der Haushaltssatzung auf **2.722.300 €** festgesetzt.

##### 1.1.4 Verpflichtungsermächtigungen

Die Verpflichtungsermächtigungen wurden in der Haushaltssatzung auf **4.170.000 €** festgesetzt.

##### 1.1.5 Hebesätze

**Die Hebesätze** für die Gemeindesteuern wurden für 2004 – wie im Vorjahr – in folgender Höhe festgesetzt:

Grundsteuer A	<b>280 v.H.</b>
Grundsteuer B	<b>300 v.H.</b>
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	<b>310 v.H.</b>

### **1.1.6 Kassenkredite**

Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde auf **1.500.000 Euro** festgesetzt. Kassenkredite wurden in Anspruch genommen.

## 1.2 Haushaltrechnung

**Die Haushaltsrechnung für 2004 weist folgendes Ergebnis aus:**

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	26.919.619,13 €
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	<u>7.189.143,60 €</u>
Summe Soll-Einnahmen	34.108.762,73 €

+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00 €
- Abgang alter Kasseneinnahmereste	435.463,99 €

---

Summe bereinigter Soll-Einnahmen	<b>33.673.298,74 €</b>
----------------------------------	------------------------

Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	26.051.760,53 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	5.457.794,20 €
(darin enthalten: Überschuss nach § 42 III S.2 GemHVO:	<u>503.596,00 €</u>
Summe Soll-Ausgaben	31.509.554,73 €

+ neue Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	499.590,63 €
Vermögenshaushalt	2.100.112,40 €

- Abgang alter Haushaltsausgabereste	
Verwaltungshaushalt	22.051,27 €
Vermögenshaushalt	413.907,75 €

- Abgang alter Kassenausgabereste	0,00 €
-----------------------------------	--------

---

Summe bereinigter Soll-Ausgaben	<b>33.673.298,74 €</b>
---------------------------------	------------------------

Etwaiger Unterschied	
abzüglich bereinigte Soll-Einnahme	33.673.298,74 €
abzüglich bereinigte Soll-Ausgabe	<u>33.673.298,74 €</u>
Fehlbetrag	<u><b>0,00 €</b></u>

Im Abschluss sind enthalten:

Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.822.022,85 €
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0,00 €

### 1.3 Kassenmäßiger Abschluss

nach § 41 Abs. 1 GemHVO	Verwaltungs- haushalt - Euro -	Vermögens- haushalt - Euro -
<u>Einnahmen</u>		
Reste aus dem Vorjahr	849.373,34	2.541.474,80
Anordnungssoll	26.529.299,89	7.143.998,85
Ist-Einnahme	27.016.194,28	9.505.190,05
Einnahmereste	362.478,95	180.283,60
- davon		
Kasseneinnahmereste	362.478,95	180.283,60
<u>Ausgaben</u>		
Reste aus dem Vorjahr	849.373,34	2.541.474,80
Anordnungssoll	26.529.299,89	7.143.998,85
Ist-Ausgabe	26.879.684,73	6.798.724,24
Ausgaberreste	498.988,50	2.886.749,41
- davon		
Kassenausgaberreste	- 602,13	- 1.294,04
<hr/>		
Ist-Einnahmen	27.016.194,28	9.505.190,05
– Ist-Ausgaben	<u>26.879.684,73</u>	<u>6.798.724,24</u>
= Ist-Überschuss	136.509,55	2.706.465,81
Kassenstand nach § 41 Satz 2 GemHVO	<u><u>2.842.975,36 €</u></u>	

### 1.4 Zuführung zum Vermögenshaushalt

#### 1.4.1 Mindesthöhe der Zuführung (Pflichtzuführung)

Ordentliche Tilgung von Krediten	530.674,11 €
+ Kreditbeschaffungskosten (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	0,00 €
./. Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 - 4 GemHVO	<u>0,00 €</u>
= Pflichtzuführung nach § 22 Abs. 1 2 GemHVO	<u>530.674,11 €</u>

#### 1.4.2 Mindestzuführung in Höhe der durch spezielle

##### Entgelte gedeckten Abschreibungen

Schmutzwasser, einschl. Fäkalschlamm	647.257,61 €	
Regenwasser	69.065,33 €	
Märkte	0,00 €	
Obdachloseneinrichtung	5.388,00 €	
Straßenreinigung	<u>0,00 €</u>	
	⇒	<u>721.710,94 €</u>

1.4.3 Höhere Summe 1.4.1 oder 1.4.2 721.710,94 €

1.4.4 Tatsächliche Zuführung 1.822.022,85 €

1.4.5 Differenz 1.100.311,91 €

1.4.6 Nettozuführung 1.100.311,91 €

## **1.5 Unterjährige Zuführung zum Vermögenshaushalt**

Die Gemeindehaushaltsverordnung erlaubt es in Verbindung mit einer eingeführten Budgetierung Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt zu sparen, um sie im Vermögenshaushalt für Anschaffungen bereitzustellen, gemäß § 18 Abs. 3 GemHVO. Die Bereitstellung im Vermögenshaushalt setzt eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt nach dem bekannten haushaltsrechtlichen Verfahren voraus. Dieses Verfahren wurde 2004 in fünf Fällen angewandt. Dabei wurden insgesamt Haushaltsmittel i. H: v. 10.659,76 Euro dem Vermögenshaushalt zugeführt.

## **1.6 Finanzwirtschaftliche Bedeutung der Zuführung**

Höhe der Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.822.022,85 €
Anteil der Bruttozuführung an den Ist-Ausgaben des Vermögenshaushaltes ohne Überschuss (Zuführung an Rücklage)	
⇒ 1.822.022,85 € zu 6.295.128,24 €	28,94 %
Anteil der Nettozuführung (1.100.311,91 €) an den Ist-Ausgaben (6.798.724,24 €) des Vermögenshaushalts ohne Ausgaben für Tilgung und Kreditbeschaffungskosten und sonstiges (530.674,11 €)	17,55 %
- davon Zuführungen im Sinne der §§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 3 GemHVO = 0,00 €	0,00 %
Anteil der Zuführung an den Ausgaben des Vermögenshaushaltes nicht für Ausgaben des Vermögenshaushaltes	0,00 %

## 1.7 Schuldenentwicklung

Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	0,00 €
übrige Kreditaufnahmen	<u>2.900,00 €</u>
<b>Neuverschuldung</b>	<b><u>2.900,00 €</u></b>
 Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	 328.995,23 €
Sondertilgung	509.896,33 €
übrige Tilgung	<u>201.678,88 €</u>
Gesamttilgung	1.040.570,44 €
 Schuldenstand am 01.01.2004	 10.501.909,46 €
Zugang durch Neuverschuldung	2.900,00 €
Abgang durch Tilgung	530.674,11 €
Abgang durch Sondertilgung	509.896,33 €
sonstige Zugänge	0,00 €
sonstige Abgänge	<u>0,00 €</u>
<b>Schuldenstand am 31.12.2004</b>	<b><u>9.464.239,02 €</u></b>
 Schuldendienstleistungen	 1.441.756,62 €
davon Zinsen	401.186,18 €
davon Tilgung	1.040.570,44 €

nachrichtlich:

dafür gewährte Schuldendiensthilfen (AWO)	2.505,34 €
-------------------------------------------	------------

Der Schuldenstand beträgt pro Einwohner der Gemeinde Rastede 469,81 Euro; bei einem Schuldenstand gesamt i. H. v. 9.464.239,02 Euro und 20.145 Einwohnern zum Stichtag 31.12.2004.

Die Schuldendienstleistungen (1.441.756,62 €) sind i. H. v. 1.381.075,40 € (= 95,79 %) durch gewährte Schuldendiensthilfen und kalkulatorische Einnahmen gedeckt.

## 1.8 Übersicht über Rücklagen

Rücklagenbestand am 01.01.2004	1.549.643,82 €
Rücklagenentnahme in 2004	56.314,91 €
Rücklagenzuführung in 2004	503.596,00 €
<b>Rücklagenbestand am 31.12.2004</b>	<b>1.996.924,91 €</b>

Der Mindestbestand der allgemeinen Rücklage muss nach § 20 Abs.2 Satz 2 GemHVO 247.637,00 Euro betragen.

### **1.9 Vermögensentwicklung**

Stand des Vermögens am 01.01.2004	94.660.962,97 €
Veränderung Anlagevermögen durch Berichtigungen	- 140.797,83 €
Vermehrung Anlagevermögen durch Bewertung	995.595,52 €
Verminderung Anlagevermögen durch Bewertung	- 2.735.713,78 €
Vermehrung Haushalt	5.155.015319,15 €
Verminderung Haushalt	- 3.127.425,96 €
<b>Stand des Vermögens am 31.12.2004</b>	<b>95.089.535,73 €</b>

### **1.10 Nebenrechnung nach § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) für die leitungsgebundenen kostenrechnenden Einrichtungen**

Über die Gebühr zahlt der Gebührenpflichtige die Abschreibungen für die Einrichtung Abwasserbeseitigung. Diesen vom Gebührenzahler entrichteten Abschreibungen stehen die Aufwendungen gegenüber, die die Gemeinde als Finanzier und Errichter der Einrichtung bisher gehabt hat. Die Differenz zwischen den Spalten 1 und 2 der nachfolgenden Tabellen ist das Ergebnis der Nebenrechnung, das in der Spalte 3 beziffert ist.

Ein Ergebnis mit negativem Vorzeichen sagt aus, dass der entsprechende Betrag vom Gebührenzahler noch an die Gemeinde „zurückzuzahlen“ ist. Ein Ergebnis mit positivem Vorzeichen sagt dagegen aus, dass der entsprechende Betrag von der Gemeinde in der Rücklage für Investitionen bereitgehalten werden muss.

**1.10.1 öffentliche Einrichtung Schmutzwasserbeseitigung**

	Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	<b>Noch nicht verwendete Abschreibungen</b> („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
	1	2	3
1 a) bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	10.203.542,56 €		
1 b) bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	10.026.329,99 €		
2 a) bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		1.217.415,26 €	
2 b) bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
- spezielle Darlehen		3.014.209,04 €	
- allgemeine Darlehen		1.757.731,37 €	
2 c) bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		8.043.176,55 €	
Summe Spalte 2:		14.032.532,21 €	
3. bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	10.026.329,99 €	14.032.532,21 €	<b>- 4.006.202,22 €</b>

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:
  - speziell für Abwasser aufgenommen 3.703.550,68 €
  - Anteil an den Allgemeindeckungsdarlehen 2.457.494,95 €
- von der Gemeinde gegebene Darlehen 9.702.255,95 €

**1.10.2 öffentliche Einrichtung Regenwasserbeseitigung**

		Abschreibungen	Aufwendungen auf die die Abschreibungen angerechnet werden = verwendete Abschreibungen	<b>noch nicht verwendete Abschreibungen</b> („-“ = noch Rückzahlung an Gem.)
		1	2	3
1 a)	bisherige Abschreibungen aus Spalte 6 (= „bisherige Abschreibungen“) des Musters 12 (= Anlagennachweise) zu § 39 Abs. 2 GemHVO	1.182.012,70 €		
1 b)	bisherige Abschreibungen (1a)) soweit sie im jeweiligen Jahr erwirtschaftet wurden. Erwirtschaftet sind die Abschreibungen in dem Umfang, wie die Einnahmen die Kosten der Einrichtung decken.	453.646,20 €		
2 a)	bisherige Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen, für die keine Beiträge und Zuweisungen gezahlt worden sind.		1.397.994,23 €	
2 b)	bisherige Tilgungen von Krediten für diese Einrichtung			
	- spezielle Darlehen		191.433,11 €	
	- allgemeine Darlehen		494.453,46 €	
2 c)	bisherige Anteile für die Refinanzierung allgemeiner Deckungsmittel (= Darlehen der Gemeinde)		793.062,08 €	
	Summe Spalte 2		2.876.942,89 €	
3.	bisher nicht verwendete Abschreibungen = Ergebnis der Nebenrechnung	- 453.646,20 €	2.876.942,89 €	<b>- 2.423.296,68 €</b>

nachrichtlich:

- aufgenommene Fremddarlehen in der Gesamtsumme:
  - speziell für Regenwasser aufgenommen 210.742,01 €
  - Anteil an den Allgemeindeckungsdarlehen 506.190,66 €
- von der Gemeinde gegebene Darlehen 1.486.687,42 €

**B) Besondere Abweichungen des Jahresrechnungsergebnisses von den Haushaltsansätzen**

Die Haushaltsplanung ist, wie das Wort bereits sagt, eine Planung und keine „vorweggenommene Jahresrechnung“. Es liegt in der Natur der Sache, dass in den wenigsten Fällen die Haushaltsansätze in ihrer veranschlagten Höhe in Anspruch genommen oder realisiert werden. Aus diesem Grunde ist es im Rahmen eines Rechenschaftsberichtes nicht von besonderem Interesse, wenig bedeutende Abweichungen einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Nachfolgend wird somit lediglich auf bemerkenswerte Abweichungen eingegangen. Außerdem ist auf die Ergebnisse der Budgetierung einzugehen. Diese erlauben es, die bemerkenswerten Abweichungen jeweils unter dem Aspekt einer gemeindlichen Aufgabe zu betrachten. Innerhalb der Budgetierung spielt der Bereich der Schulen eine besondere Bedeutung. Hierauf wird unten unter 2.) eingegangen.

Nachstehende Bemerkungen sind zu berücksichtigen:

Die in der Gemeindehaushaltsverordnung vorgesehene Budgetierung wird in ihren Gestaltungsmöglichkeiten weitestgehend umgesetzt. Es wurde allerdings nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, neben den gebildeten Budgets, die jeweils alle Einnahme- und Ausgabepositionen einer gemeindlichen Aufgabe abdeckt (Einrichtung einer gegenseitigen Deckung in vertikaler Richtung), auch noch Sammelnachweise (horizontale Deckung) einzurichten. Hiervon wurde Abstand genommen, weil die Deckungsfähigkeit gleichzeitig in beide Ausrichtungen zu Unübersichtlichkeiten führen könnte.

**1. Vergleich Haushaltssoll – Anordnungssoll auf der Ebene der Teilbudgets**

In den beiden nachfolgenden Tabellen erfolgt getrennt für den Verwaltungs- und den Vermögenshaushalt ein Vergleich des Haushaltssoll mit dem Anordnungssoll auf der Ebene der Teilbudgets:

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

<b>Verwaltungshaushalt</b>										
		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabde-		
								ckung		
Teilbudget		HHSoll	AOSoll	Abweichung	HHSoll	AOSoll	Abweichung	HHSoll	AOSoll	Abweichung
1100	Ordnung	146.200,00	170.842,81	<b>24.642,81</b>	770.800,00	505.167,23	<b>265.632,77</b>	-624.600,00	-334.324,42	<b>290.275,58</b>
2100	Grundschulen	85.700,00	97.616,88	<b>11.916,88</b>	1.069.500,00	937.326,20	<b>132.173,80</b>	-983.800,00	-839.709,32	<b>144.090,68</b>
2200	Sonderschule	102.600,00	119.421,28	<b>16.821,28</b>	270.200,00	181.853,89	<b>88.346,11</b>	-167.600,00	-62.432,61	<b>105.167,39</b>
2300	KGS	541.500,00	543.050,65	<b>1.550,65</b>	822.300,00	886.792,75	<b>-64.492,75</b>	-280.800,00	-343.742,10	<b>-62.942,10</b>
2400	Jugendpfl./-hilfe	41.700,00	45.818,18	<b>4.118,18</b>	235.900,00	208.868,66	<b>27.031,34</b>	-194.200,00	-163.050,48	<b>31.149,52</b>
3100	Palais	0,00	0,00	<b>0,00</b>	179.800,00	156.030,00	<b>23.770,00</b>	-179.800,00	-156.030,00	<b>23.770,00</b>
3200	Bücherei	10.000,00	9.380,00	<b>-620,00</b>	252.800,00	230.737,76	<b>22.062,24</b>	-242.800,00	-221.357,76	<b>21.442,24</b>
3300	Heimatspflege	1.000,00	1.694,69	<b>694,69</b>	122.900,00	82.696,27	<b>40.203,73</b>	-121.900,00	-81.001,58	<b>40.898,42</b>
4100	Allg. Soz.Verw.	0,00	49.854,46	<b>49.854,46</b>	330.000,00	385.046,27	<b>-55.046,27</b>	-330.000,00	-335.191,81	<b>-5.191,81</b>
4200	Leist. BSHG	2.460.800,00	2.538.730,14	<b>77.930,14</b>	2.468.400,00	2.589.240,83	<b>-120.840,83</b>	-7.600,00	-50.510,69	<b>-42.910,69</b>
4300	Leis. AsylbLG	535.700,00	370.238,68	<b>-165.461,32</b>	538.800,00	430.376,72	<b>108.423,28</b>	-3.100,00	-60.138,04	<b>-57.038,04</b>
4400	Sozialstation	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4500	Kindertagesstätten	686.100,00	731.773,92	<b>45.673,92</b>	2.720.100,00	2.553.679,88	<b>166.420,12</b>	-2.034.000,00	-	<b>212.094,04</b>
									1.821.905,96	
4600	Renten	0,00	0,00	<b>0,00</b>	4.700,00	3.100,00	<b>1.600,00</b>	-4.700,00	-3.100,00	<b>1.600,00</b>
4700	bedarfsor. Grundsicher.	282.000,00	264.058,61	<b>-17.941,39</b>	302.600,00	264.058,61	<b>38.541,39</b>	-20.600,00	0,00	<b>20.600,00</b>
4800	Obdachl.Angeleg.	179.900,00	115.348,34	<b>-64.551,66</b>	261.300,00	219.055,87	<b>42.244,13</b>	-81.400,00	-103.707,53	<b>-22.307,53</b>
4900	Sonstige Soz.Leist.	400.400,00	442.990,94	<b>42.590,94</b>	403.500,00	444.791,01	<b>-41.291,01</b>	-3.100,00	-1.800,07	<b>1.299,93</b>
5100	Bäder	500.600,00	490.562,45	<b>-10.037,55</b>	865.300,00	839.954,90	<b>25.345,10</b>	-364.700,00	-349.392,45	<b>15.307,55</b>
5200	Sportplätze	0,00	0,00	<b>0,00</b>	254.100,00	196.585,69	<b>57.514,31</b>	-254.100,00	-196.585,69	<b>57.514,31</b>
5300	Sporthallen	0,00	75,00	<b>75,00</b>	440.100,00	370.112,33	<b>69.987,67</b>	-440.100,00	-370.037,33	<b>70.062,67</b>
5400	Sportförderung	0,00	0,00	<b>0,00</b>	94.900,00	84.428,37	<b>10.471,63</b>	-94.900,00	-84.428,37	<b>10.471,63</b>
6100	Straßen	319.300,00	385.740,37	<b>66.440,37</b>	1.663.300,00	1.519.236,69	<b>144.063,31</b>	-1.344.000,00	-	<b>210.503,68</b>
									1.133.496,32	
6200	Plätze	10.000,00	10.336,20	<b>336,20</b>	631.600,00	502.906,00	<b>128.694,00</b>	-621.600,00	-492.569,80	<b>129.030,20</b>
7100	Schmutzwasser	2.343.600,00	2.016.128,89	<b>-327.471,11</b>	2.144.700,00	2.105.519,17	<b>39.180,83</b>	198.900,00	-89.390,28	<b>-288.290,28</b>
7200	Regenwasser	400,00	1.746,64	<b>1.346,64</b>	372.900,00	337.595,78	<b>35.304,22</b>	-372.500,00	-335.849,14	<b>36.650,86</b>
7300	Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	<b>0,00</b>	58.500,00	47.025,32	<b>11.474,68</b>	-58.500,00	-47.025,32	<b>11.474,68</b>
8100	Personal	160.400,00	141.221,08	<b>-19.178,92</b>	160.600,00	162.657,75	<b>-2.057,75</b>	-200,00	-21.436,67	<b>-21.236,67</b>
8200	Allg. Finanzen	14.922.000,00	16.102.464,58	<b>1.180.464,58</b>	6.327.700,00	7.810.448,84	<b>-1.482.748,84</b>	8.594.300,00	8.292.015,74	<b>-302.284,26</b>
8300	Bauwesen	219.100,00	197.957,04	<b>-21.142,96</b>	220.200,00	219.671,34	<b>528,66</b>	-1.100,00	-21.714,30	<b>-20.614,30</b>
8400	Planung	161.400,00	145.028,78	<b>-16.371,22</b>	158.800,00	168.183,26	<b>-9.383,26</b>	2.600,00	-23.154,48	<b>-25.754,48</b>
8500	Liegenschaften	116.800,00	-193.560,55	<b>-310.360,55</b>	130.500,00	187.438,30	<b>-56.938,30</b>	-13.700,00	-380.998,85	<b>-367.298,85</b>
8600	Bauhof	648.400,00	534.837,07	<b>-113.562,93</b>	592.400,00	547.532,46	<b>44.867,54</b>	56.000,00	-12.695,39	<b>-68.695,39</b>
8700	Kommunalmarketing	259.000,00	227.479,74	<b>-31.520,26</b>	256.300,00	254.438,03	<b>1.861,97</b>	2.700,00	-26.958,29	<b>-29.658,29</b>

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

8800	Organisation	1.098.400,00	968.366,62	<b>-130.033,38</b>	1.110.300,00	1.096.640,71	<b>13.659,29</b>	-11.900,00	-128.274,09	<b>-116.374,09</b>
8900	Frauenbeauftragte	11.300,00	96,40	<b>-11.203,60</b>	8.500,00	103,00	<b>8.397,00</b>	2.800,00	-6,60	<b>-2.806,60</b>
	<b>Gesamthaushalt</b>	26.244.300,00	26.529.299,89	<b>284.999,89</b>	26.244.300,00	26.529.299,89	<b>-284.999,89</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
<b>Vermögenshaushalt</b>										
		Einnahmen			Ausgaben			Defizitabdeckung		
	Teilbudget	HHSoll	AOSoll	<b>Abweichung</b>	HHSoll	AOSoll	<b>Abweichung</b>	HHSoll	AOSoll	<b>Abweichung</b>
1100	Ordnung	500,00	0,00	<b>-500,00</b>	126.000,00	123.743,54	<b>2.256,46</b>	-125.500,00	-123.743,54	<b>1.756,46</b>
2100	Grundschulen	0,00	31.590,50	<b>31.590,50</b>	56.100,00	66.249,16	<b>-10.149,16</b>	-56.100,00	-34.658,66	<b>21.441,34</b>
2200	Sonderschule	38.000,00	45.988,89	<b>7.988,89</b>	20.100,00	-7.115,79	<b>27.215,79</b>	17.900,00	53.104,68	<b>35.204,68</b>
2300	KGS	92.200,00	142.806,01	<b>50.606,01</b>	117.000,00	81.650,99	<b>35.349,01</b>	-24.800,00	61.155,02	<b>85.955,02</b>
2400	Jugendpfl./-hilfe	0,00	0,00	<b>0,00</b>	31.000,00	20.557,49	<b>10.442,51</b>	-31.000,00	-20.557,49	<b>10.442,51</b>
3100	Palais	0,00	0,00	<b>0,00</b>	24.500,00	23.167,61	<b>1.332,39</b>	-24.500,00	-23.167,61	<b>1.332,39</b>
3200	Bücherei	0,00	0,00	<b>0,00</b>	4.000,00	0,00	<b>4.000,00</b>	-4.000,00	0,00	<b>4.000,00</b>
3300	Heimatspflege	0,00	0,00	<b>0,00</b>	9.000,00	7.600,48	<b>1.399,52</b>	-9.000,00	-7.600,48	<b>1.399,52</b>
4100	Allg. Soz.Verw.	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4200	Leist. BSHG	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4300	Leis. AsylbLG	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4400	Sozialstation	0,00	80.000,00	<b>80.000,00</b>	0,00	300.000,00	<b>-300.000,00</b>	0,00	-220.000,00	<b>-220.000,00</b>
4500	Kindertagesstätten	0,00	0,00	<b>0,00</b>	46.600,00	30.003,55	<b>16.596,45</b>	-46.600,00	-30.003,55	<b>16.596,45</b>
4600	Renten	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4700	bedarf-sor.Grundsicherung	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4800	Obdachl.Angeleg.	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
4900	Sonstige Soz.Leist.	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
5100	Bäder	67.300,00	100.400,00	<b>33.100,00</b>	267.200,00	241.869,77	<b>25.330,23</b>	-199.900,00	-141.469,77	<b>58.430,23</b>
5200	Sportplätze	0,00	8.333,00	<b>8.333,00</b>	3.000,00	6.959,44	<b>-3.959,44</b>	-3.000,00	1.373,56	<b>4.373,56</b>
5300	Sporthallen	0,00	988.292,04	<b>988.292,04</b>	235.000,00	202.898,64	<b>32.101,36</b>	-235.000,00	785.393,40	<b>1.020.393,40</b>
5400	Sportförderung	0,00	0,00	<b>0,00</b>	6.800,00	9.846,69	<b>-3.046,69</b>	-6.800,00	-9.846,69	<b>-3.046,69</b>
6100	Straßen	1.662.700,00	1.113.292,30	<b>-549.407,70</b>	2.668.500,00	1.652.508,40	<b>1.015.991,60</b>	-1.005.800,00	-539.216,10	<b>466.583,90</b>
6200	Plätze	0,00	12.341,00	<b>12.341,00</b>	62.000,00	68.924,14	<b>-6.924,14</b>	-62.000,00	-56.583,14	<b>5.416,86</b>
7100	Schmutzwasser	179.000,00	262.360,24	<b>83.360,24</b>	727.000,00	845.944,12	<b>-118.944,12</b>	-548.000,00	-583.583,88	<b>-35.583,88</b>
7200	Regenwasser	63.000,00	56.102,57	<b>-6.897,43</b>	725.000,00	550.986,11	<b>174.013,89</b>	-662.000,00	-494.883,54	<b>167.116,46</b>
7300	Sonst. öffentl. Einr.	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
8100	Personal	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
8200	Allg. Finanzen	4.224.600,00	2.271.219,90	<b>-1.953.380,10</b>	1.127.600,00	1.544.166,44	<b>-416.566,44</b>	3.097.000,00	727.053,46	<b>2.369.946,54</b>
8300	Bauwesen	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
8400	Planung	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>

**Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

8500	Liegenschaften	70.000,00	790.867,53	<b>720.867,53</b>	20.000,00	28.455,84	<b>-8.455,84</b>	50.000,00	762.411,69	<b>712.411,69</b>
8600	Bauhof	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
8700	Kommunalmarketing	1.180.200,00	1.240.404,87	<b>60.204,87</b>	1.190.800,00	1.191.239,76	<b>-439,76</b>	-10.600,00	49.165,11	<b>59.765,11</b>
8800	Organisation	100,00	0,00	<b>-100,00</b>	110.400,00	154.342,47	<b>-43.942,47</b>	-110.300,00	-154.342,47	<b>-44.042,47</b>
8900	Frauenbeauftragte	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>
	<b>Gesamthaushalt</b>	7.577.600,00	7.143.998,85	<b>-433.601,61</b>	7.577.600,00	7.143.998,85	<b>433.601,15</b>	0,00	0,00	<b>0,00</b>

## 2. Betrachtung nach Einnahme- und Ausgabearten

Im Rahmen der Budgetierung ist die haushaltsmäßige Entwicklung mehr aus dem Blickwinkel der einzelnen gemeindlichen Aufgaben (Budgets) zu betrachten und nicht mehr vorrangig aus dem Blickwinkel der verschiedenen Einnahme- und Ausgabearten. Gleichwohl ist eine entsprechende Betrachtung sinnvoll, wenn z.B. Auskunft darüber gegeben werden soll, wie sich insgesamt die Personalkosten entwickelt haben. Aus diesem Grunde wurden die Jahresergebnisse nach wichtigen Einnahme- und Ausgabearten zusammengestellt. Die folgenden Übersichten geben hierüber Auskunft. Zu einzelnen ausgewählten Ausgabegruppierungen werden nachfolgend einige Erläuterungen gegeben; weitere Informationen ergeben sich auch aus der anschließenden Betrachtung einzelner ausgewählter Haushaltsstellen.

### Abweichungen zwischen HH-Soll und Anordnungssoll 2004 – nach Gruppierungen

<b>Einnahmen</b>		<b>HHSoll 2004</b>	<b>AOSoll 2004 - Ergebnis -</b>	<b>Abweichung absolut</b>	<b>Abwei- chung in %</b>
Verwaltungshaushalt	Steuern	9.504.600 EUR	11.183.323,43 EUR	1.678.723,43 EUR	17,66
	Zuweisungen und Zuschüsse	4.199.100 EUR	4.352.755,01 EUR	153.655,01 EUR	3,66
	Gebühren	3.351.100 EUR	2.990.814,20 EUR	-360.285,80 EUR	-10,75
	Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	4.109.700 EUR	4.009.857,84 EUR	-99.842,16 EUR	-2,43
	Innere Verrechnungen	2.875.300 EUR	1.793.427,62 EUR	-1.081.872,38 EUR	-37,63
	Zinsen	33.400 EUR	90.062,51 EUR	56.662,51 EUR	169,65
	Konzessionsabgaben	65.000 EUR	73.204,54 EUR	8.204,54 EUR	12,62
	Sonst. Einnahmen	729.400 EUR	578.406,83 EUR	-150.993,17 EUR	-20,70
	Kalkulatorische Einnahmen	1.376.700 EUR	1.457.447,91 EUR	80.747,91 EUR	5,87
	Summe	<b>26.244.300 EUR</b>	<b>26.529.299,89 EUR</b>	<b>284.999,89 EUR</b>	<b>1,09</b>
Vermögenshaushalt	Zuf. v. VerwH	592.800 EUR	1.822.022,85 EUR	1.229.222,85 EUR	207,36
	Entnahme aus Rücklage	23.500 EUR	56.314,91 EUR	32.814,91 EUR	139,64
	Rückflüsse Darlehn	14.400 EUR	13.229,24 EUR	-1.170,76 EUR	-8,13
	Veräußerung von Anlage- vermögen	1.250.600 EUR	2.994.225,22 EUR	1.743.625,22 EUR	139,42
	Beiträge und ähnliche Ent- gelte	1.455.700 EUR	1.265.971,25 EUR	-189.728,75 EUR	-13,03
	Zuweisungen und Zuschüsse	1.020.500 EUR	989.335,38 EUR	-31.164,62 EUR	-3,05
	Einnahmen aus Krediten	3.220.100 EUR	2.900,00 EUR	-3.217.200,00 EUR	-99,91
	Summe	<b>7.577.600 EUR</b>	<b>7.143.998,85 EUR</b>	<b>-433.601,15 EUR</b>	

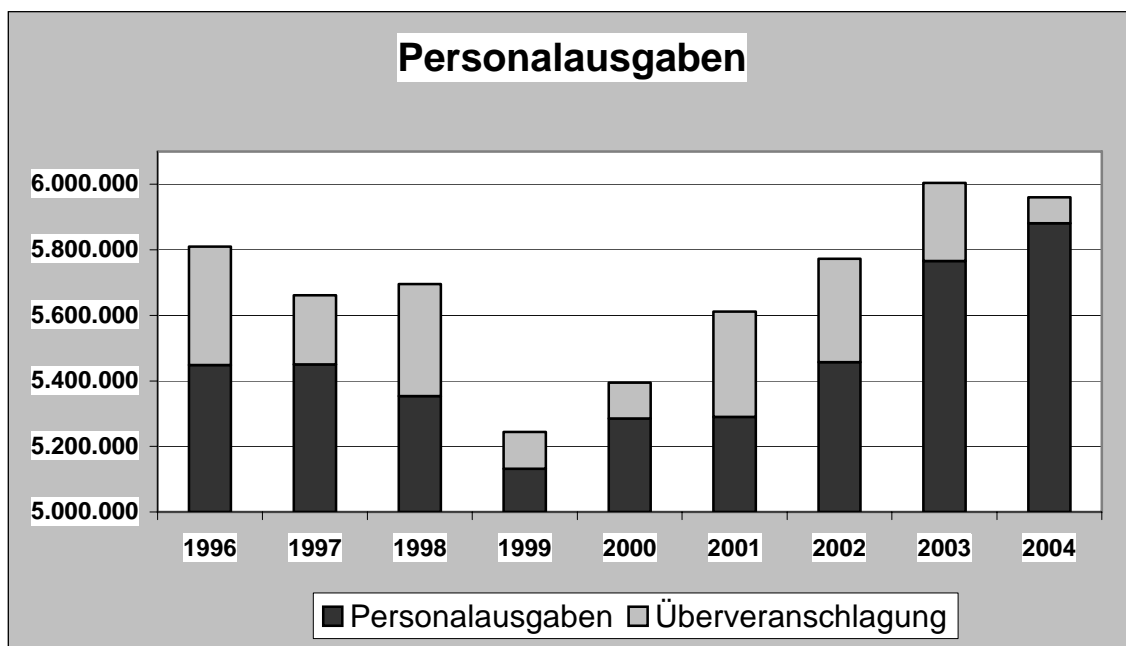
**Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

<b>Ausgaben</b>		<b>HHSoll 2004</b>	<b>AOSoll 2004 - Ergebnis -</b>	<b>Abweichung absolut</b>	<b>Abwei- chung in %</b>
<b>Verwaltungshaushalt</b>	Personalausgaben	5.960.000 EUR	5.881.539,17 EUR	-78.460,83 EUR	-1,33
	Bauliche Unterhaltung	499.800 EUR	515.654,89 EUR	15.854,89 EUR	3,17
	Unterhaltung des sonst. unbewegl. Vermögens	1.688.100 EUR	1.629.813,06 EUR	-58.286,94 EUR	-3,45
	Unterhaltung/Ergänz. bewegl. Vermögen	89.800 EUR	163.245,21 EUR	73.445,21 EUR	81,79
	Bewirtschaftungskosten	1.443.200 EUR	1.417.490,46 EUR	-25.709,54 EUR	-1,78
	Geschäftsausgaben	345.500 EUR	325.541,90 EUR	-19.958,10 EUR	-5,78
	Innere Verrechnungen	2.875.300 EUR	1.793.427,62 EUR	-1.081.872,38 EUR	-37,63
	Erstattungen von Ausga- ben des VerwH	661.500 EUR	901.284,50 EUR	239.784,50 EUR	36,25
	Sonst. sachl. Verw.- und Betriebsausgaben	1.411.300 EUR	1.279.513,65 EUR	-131.786,35 EUR	-9,34
	Kalkulatorische Kosten	1.376.700 EUR	1.457.447,91 EUR	80.747,91 EUR	5,87
	Zuweisungen, Zuschüsse für laufende Zwecke	812.500 EUR	794.711,76 EUR	-17.788,24 EUR	-2,19
	Sozialhilfe	2.009.000 EUR	1.882.876,60 EUR	-126.123,40 EUR	-6,28
	übrige soziale Leistungen	672.700 EUR	688.765,76 EUR	16.065,76 EUR	2,39
	Asylbewerberleistungs- gesetz	486.500 EUR	301.023,50 EUR	-185.476,50 EUR	-38,12
	Zinsausgaben	478.000 EUR	461.186,18 EUR	-16.813,82 EUR	-3,52
	Umlagen	4.815.000 EUR	5.155.000,00 EUR	340.000,00 EUR	7,06
	Zuf. z. VermH	592.800 EUR	1.822.022,85 EUR	1.229.222,85 EUR	207,36
	Sonstiges	26.600 EUR	58.754,87 EUR	32.154,87 EUR	120,88
	Summe	<b>26.244.300 EUR</b>	<b>26.529.299,89 EUR</b>	<b>284.999,89 EUR</b>	<b>1,09</b>
<b>Vermögenshaushalt</b>	Zuf. z. VerwH	0 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR	
	Zuf. z. Rücklage	0 EUR	503.596,00 EUR	503.596,00 EUR	
	Gewährung von Darle- hen	37.000 EUR	0,00 EUR	-37.000,00 EUR	-100,00
	Zuweisungen und Zusch. f. Investitionen	61.800 EUR	58.536,20 EUR	-3.263,80 EUR	-5,28
	Erwerb v. Grundstücken	1.178.000 EUR	1.193.306,92 EUR	15.306,92 EUR	1,30
	Erwerb von bewegl. Sachen	225.600 EUR	112.015,33 EUR	-113.584,67 EUR	-50,35
	Hochbau	950.100 EUR	1.267.236,73 EUR	317.136,73 EUR	33,38
	Tiefbau	4.034.500 EUR	2.985.320,54 EUR	-1.049.179,46 EUR	-26,01
	Planungskosten	0 EUR	-16.583,31 EUR	-16.583,31 EUR	
	Tilgung	1.090.600 EUR	1.040.570,44 EUR	-50.029,56 EUR	-4,59
	Summe	<b>7.577.600 EUR</b>	<b>7.143.998,85 EUR</b>	<b>-433.601,15 EUR</b>	<b>-5,72</b>

## Verwaltungshaushalt - Ausgabegruppierungen

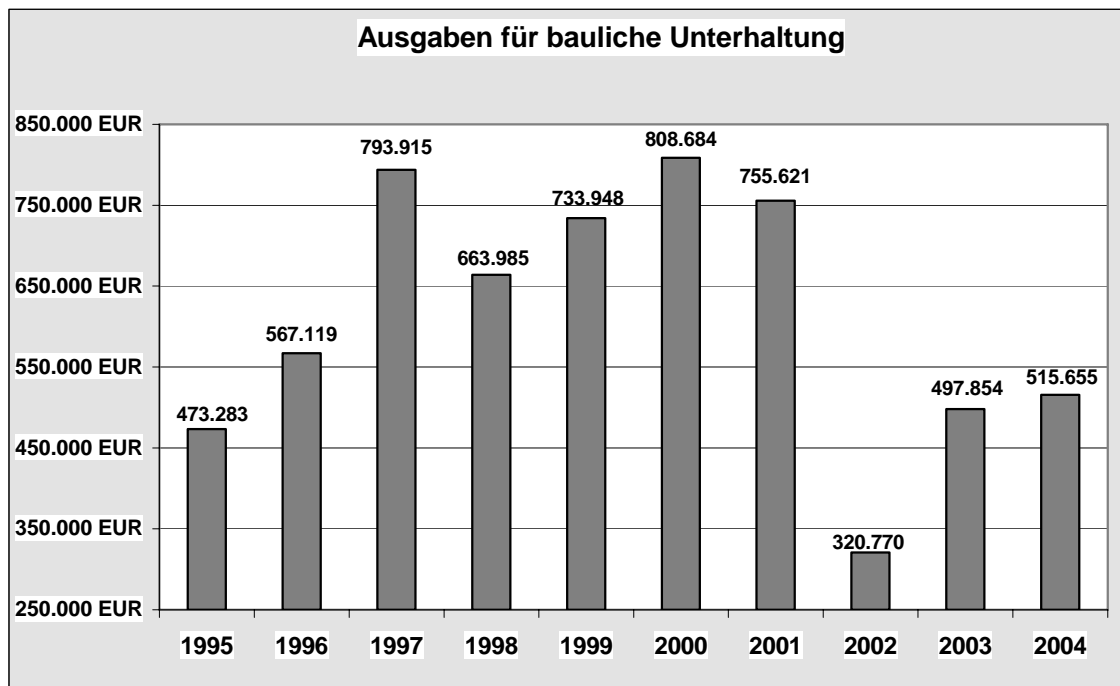
### Personalkosten

Die Personalkosten schließen bei 5.881.539,17 Euro mit 1,33 % unter dem Haushalts-soll ab. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht, dass von Jahr zu Jahr eine Überveranschlagung bei den Personalkosten festzustellen ist. Diese fällt in 2004 mit 78.460,83 Euro aber deutlich niedriger aus als in den Vorjahren. In den Jahren 2001 bis 2003 lag die Abweichung jeweils noch über 4 %. Die Überveranschlagung liegt in verschiedenen ‚Unbekannten‘ begründet. Veranschlagt wird nach der Überlegung, welches Personal im kommenden Haushaltsjahr bezahlt werden muss und mit welcher Tarifierhöhung gerechnet wird. Darüber hinaus werden auch Schwangerschaftsvertretungen und voraus-zusehende Krankheitsvertretungen veranschlagt. Geringere Tarifabschlüsse, Personal-ausfall wegen unvorhergesehener Krankheitsvertretungen, Verzögerungen bei Wieder-einstellungen oder Wiedereinstellungen bei niedrigeren Kosten (einzustellende Kraft ist z.B. jünger als die vorhergehende Kraft), führen dann im laufenden Haushaltsjahr zu Minderausgaben im Personalbereich. Es besteht das Ziel die Überveranschlagungen in zukünftigen Haushaltsjahren weiter zu reduzieren.



### Bauliche Unterhaltung

Im Rahmen der baulichen Unterhaltung sind in 2004 gegenüber dem Haushaltssoll i. H. v. 499.800 Euro Mehrausgaben i. H. v. 15.854,89 Euro entstanden. Dies entspricht einer prozentualen Abweichung von 3,17 %.



### Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Im Bereich ‚Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens‘, zu dem auch der Bereich Straßenunterhaltung gehört, wurden insgesamt 1.688.100 Euro veranschlagt. Das Anordnungssoll für 2004 beläuft sich auf 1.629.813,06 Euro. Dies spiegelt Minderausgaben i. H. v. 3,45 % wieder, die sich auf verschiedene Teil- bzw. Anteilbudgets erstrecken.

Speziell für den Bereich der Unterhaltung der Straßen, Wege und Brücken sind in 2004 insgesamt 979.175,67 Euro verausgabt worden. Dies bedeutet gegenüber dem Haushaltssoll eine Mehrausgabe i. H. v. 38.175,67 Euro (+ 4,06 %). Im Bereich Unterhaltung der Außenanlagen ergibt sich bei einem veranschlagten Haushaltssoll i. H. v. 602.400 Euro eine Minderausgabe i. H. v. 81.166,01 Euro (- 13,47 %). Die Minderausgabe von 13,47 % ist entstanden, da entgegen den Planungen für 2004 einzelne Maßnahmen nicht erforderlich wurden.

### Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens

Das Anordnungssoll für die Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens beträgt im Ergebnis 163.245,21 Euro. Dem steht ein Haushaltssoll i. H. v. 89.800 Euro entgegen. Die Mehrausgaben i. H. v. 73.445,21 Euro in diesem Ausgabebereich begründen sich zum einen in dem gestiegenen Ausgabevolumen im Rahmen des Schulbudgets, zum anderen waren aufgrund der Übernahme der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II für die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze außerplanmäßige Ausgaben i. H. v. 49.200,00 Euro erforderlich (die Sachkosten wurden in entspre-

chender Höhe vom Landkreis erstattet). Diese Ausgaben haben sich bei Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bzw. nicht in der entsprechenden Höhe abgezeichnet.

#### Bewirtschaftungskosten

Bewirtschaftungskosten wurden i. H. v. 1.443.200 Euro veranschlagt. Das Anordnungssoll im Ergebnis beträgt für 2004 insgesamt 1.417.490,46 Euro. Die Minderausgabe beträgt 25.709,54 Euro = 1,78 Prozent. Verteilt auf die Vielzahl der Haushaltsstellen sind die Abweichungen äußerst gering und somit voll zufriedenstellend.

#### Geschäftsausgaben

Geschäftsausgaben wurden in Höhe von 345.500 Euro veranschlagt. Verausgabt wurden 325.541,90 Euro, woraus sich eine Abweichung von - 5,78 % ergibt. Auch hier verteilen sich die Abweichungen gleichmäßig auf eine Vielzahl von Haushaltsstellen. Herauszuheben sind hier lediglich folgende Bereiche: Im Meldewesen wurden von den veranschlagten Druckkosten für Personalausweise i. H. v. 30.000 Euro nur 18.694,43 Euro verausgabt. Der bereits für 2003 festgestellte Rückgang bei der Neuausstellung von Ausweisdokumenten hat sich in 2004 bestätigt. Bei den Post- und Fernmeldegebühren ergeben sich Minderausgaben i. H. v. 12.210,24 Euro (-11,76 %). Hier verteilen sich die Minderausgaben über die einzelnen Teil- bzw. Anteilbudgets. Allgemein kann festgehalten werden, dass die veranschlagten Mittel als Pauschalbeträge nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden mussten.

#### Innere Verrechnungen

Verrechnet wurden das Budget 80 (Organisation) sowie Budget 8600 (Bauhof). Auch wenn für die Veranschlagung der Haushaltsmittel zwischenzeitlich gefestigtere Erkenntnisse vorliegen, so gibt es im Ergebnis in einigen Fällen immer noch erhebliche Abweichungen von den Veranschlagungen. Dies liegt darin begründet, dass die Verrechnungen sich im Ergebnis u. a. nach den Salden der entsprechenden Teil- oder Anteilbudgets beurteilen. Diese können sich in Einzelfällen mehr oder weniger stark von der Haushaltsplanung abheben; auf die zahlreichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die Berechnung der Inneren Verrechnungen ist im Haushaltsplan näher erläutert.

#### Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Das Anordnungssoll beträgt in 2004 insgesamt 901.284,50 Euro. Es liegt damit 239.784,50 Euro über dem Haushaltssoll i. H. v. 661.500 Euro. Speziell im Hinblick auf das zum 31.12.2004 auslaufende Bundessozialhilfegesetz (BSHG) wurden in 2004 vermehrt Kostenerstattungsfälle nach § 107 BSHG mit anderen Trägern abgerechnet. Dies hat vorrangig zum Anstieg des Ausgabevolumens in diesem Gruppierungsbereich geführt.

#### Sonstige sachliche Verwaltungs- und Betriebsausgaben

Im Ergebnis sind im Bereich der sonstigen sachlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben Minderausgaben i. H. v. 131.786,35 Euro eingetreten. Diese verteilen sich relativ gleichmäßig über die gesamten Gruppierungsbereiche. Als einzelne Haushaltsstelle ist hier lediglich 0300.636000 „Kosten der EDV“ herauszustellen. Hier liegt eine Minder-

ausgabe i. H. v. 24.315,15 Euro vor. Siehe hierzu auch Punkt 38 bei der folgenden Betrachtung einzelner Haushaltsstellen.

#### Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Aufgrund der rückläufigen Anzahl der Leistungsberechtigten ist das Ausgabevolumen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in 2004 deutlich geringer ausgefallen als veranschlagt. Das Anordnungssoll beträgt demnach 301.023,50 Euro, so dass sich gegenüber dem Haushaltssoll eine Minderausgabe i. H. v. 185.476,50 Euro ergibt.

#### Umlagen

Die geleisteten Umlagen betragen in 2004 insgesamt 5.155.000,00 Euro. Die Kreisumlage umfaßt dabei 3.822.496,00 Euro. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die Kreisumlage in 2004 um einen weiteren Prozentpunkt auf 36 % erhöht, so dass hier eine Mehrausgabe i. H. v. 113.296,00 Euro eingetreten ist. Die Gewerbesteuerumlage ist trotz Absenkung des Umlagesatzes aufgrund der unerwartet hohen Gewerbesteuerentnahme entsprechend gestiegen und beträgt im Ergebnis 1.322.504,00 Euro. Hier ist eine Mehrausgabe i. H. v. 226.704,00 Euro entstanden.

#### Zuführung zum Vermögenshaushalt

Aufgrund des guten Ergebnisses im Verwaltungshaushalt fällt die Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 1.822.022,85 Euro deutlich höher aus als die veranschlagte Pflichtzuführung i. H. v. 592.800 Euro.

### **Vermögenshaushalt - Ausgabegruppierungen**

#### Gewährung von Darlehn

Die veranschlagte Darlehnsbewährung an den Bauhof Rastede als „Optimierten Regiebetrieb der Gemeinde Rastede“ i. H. v. 37.000 Euro war aufgrund des positiven Verlaufs des Wirtschaftsjahres 2004 nicht erforderlich.

#### Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens

Im Rahmen des Erwerbes von beweglichen Sachen ist entgegen dem Haushaltssoll für 2004 i. H. v. 225.600 Euro im Ergebnis eine Minderausgabe i. H. v. 113.584,67 Euro zu verzeichnen. Maßgeblich hierfür ist vorrangig, dass die bereitgestellten Haushaltsmittel in 2004 für den Ersatz des Inventars nach dem Brand in der Mehrzweckhalle Feldbreite nicht in voller Höhe erforderlich waren.

#### Hochbau

Im Bereich Hochbau sind in 2004 gegenüber dem Haushaltssoll i. H. v. 950.100 Euro Mehrausgaben i. H. v. 317.136,73 Euro entstanden. Die Mehrausgaben sind vorrangig aufgrund der nicht veranschlagten Ausgaben für die Errichtung der Sozialstation und aufgrund des erhöhten Sanierungsbedarfes bei der Mehrzweckhalle Feldbreite (Brand-schaden) entstanden.

### Tiefbau

Im Bereich Tiefbau liegt abweichend vom Haushaltssoll i. H. v. 4.034.500 Euro im Ergebnis ein Anordnungssoll i. H. v. 2.985.320,54 Euro vor. Die Minderausgaben i. H. v. 1.049.179,46 Euro (-26,01 %) begründet sich dadurch, dass verschiedene für 2004 vorgesehene Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. Dies lag u. a. daran, dass aufgrund fehlender Zuwendungsbescheide mit einzelnen geplanten Straßenausbaumaßnahmen nicht begonnen werden konnte. Zudem konnten bei verschiedenen Maßnahmen günstigere Ausschreibungsergebnisse als eingeplant erzielt werden.

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

## Betrachtung einzelner Haushaltsstellen:

Die folgende Aufstellung enthält ausgewählte Haushaltsstellen bei denen im Ergebnis die Abweichung zum Haushaltssoll absolut mindestens 15.000 Euro und prozentual mindestens 15 % beträgt. Von der Darstellung ausgenommen sind Haushaltsstellen betreffend Innere Verrechnungen und Sozialhilfe. Auf die Inneren Verrechnungen wurde bereits oben eingegangen und hinsichtlich der Sozialhilfe ist darauf hinzuweisen, dass die Ausgaben durch die Zuweisungen des Landkreises gedeckt sind.

							Abweichung	
lfd. Nr.	Glied.	Grupp.	Anteils- budget	Bezeichnung Haushaltsstelle	Haushalts- soll	Anordnungssoll Ergebnis	absolut	in %
Verwaltungshaushalt - Einnahmen								
1	21400	172000	2201	Zuweisung des Kreises (Beteiligung an den lfd. Schulkosten)	70.000,00	88.101,93	18.101,93	25,86
2	46430	171100	4504	Zuschuss vom Land - Sachkosten und Sonstige Integration	12.500,00	38.400,00	25.900,00	207,20
3	46430	171200	4504	Zuschuss von Land - Fachpersonal Integration	28.800,00	8.769,37	-20.030,63	-69,55
4	46440	171100	4505	Zuschuss vom Land Sachkosten und Sonstige Integration	16.700,00	61.183,43	44.483,43	266,37
5	46440	171200	4505	Zuschuss vom Land - Fachpersonal Integration	32.000,00	0,00	-32.000,00	-100,00
6	43500	110000	4801	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	40.000,00	14.659,44	-25.340,56	-63,35
7	43600	110000	4802	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	103.000,00	77.982,82	-25.017,18	-24,29
8	57200	159000	5103	Vorsteuererstattung	76.700,00	60.064,47	-16.635,53	-21,69
9	90000	062000	6101	Beteiligung an der Konzessionsabgabe (Strom)	220.000,00	262.512,20	42.512,20	19,32
10	70010	110600	7100	Gebühren für die Schlammabfuhr (Hauskläranlagen)	50.000,00	34.792,42	-15.207,58	-30,42
11	90000	003000	8200	Gewerbesteuer nach Ertrag	2.905.000,00	4.728.912,17	1.823.912,17	62,79
12	91000	207000	8200	Bankzinsen	3.000,00	36.045,42	33.045,42	1.101,51
13	3000	261000	8200	Säumniszuschläge, Stundungszinsen usw.	25.500,00	53.733,57	28.233,57	110,72
14	90000	265000	8200	Zinseinnahmen für Steuernachzahlungen	8.000,00	91.229,81	83.229,81	1.040,37

**Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

15	88000	140000	8500	Mieten und Pachten	61.100,00	96.446,29	<b>35.346,29</b>	<b>57,85</b>
16	88000	140100	8500	Erbbauszinsen	24.000,00	-347.977,29	<b>-371.977,29</b>	<b>-1.549,91</b>
17	62000	210100	8700	Gewinnanteile aus Beteiligung	2.000,00	25.365,86	<b>23.365,86</b>	<b>1.168,29</b>
<b>Vermögenshaushalt - Einnahmen</b>								
18	57200	362002	5103	Zuschuss LK; Flachdachsanierung - II. BA	23.700,00	0,00	<b>-23.700,00</b>	<b>-100,00</b>
19	63000	351000	6101	Straßenausbaubeiträge	463.700,00	226.147,55	<b>-237.552,45</b>	<b>-51,23</b>
20	63200	361014	6101	Zuschuss Land Ausbau Logemanns Damm	300.000,00	60.000,00	<b>-240.000,00</b>	<b>-80,00</b>
21	63200	362002	6101	Zuschuss LK (Umbau Oldenburger Straße)	37.800,00	0,00	<b>-37.800,00</b>	<b>-100,00</b>
22	70000	350100	7100	Abwasserbeiträge Schmutzwasser	147.000,00	224.533,84	<b>77.533,84</b>	<b>52,74</b>
23	91000	300000	8200	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	592.800,00	1.822.022,85	<b>1.229.222,85</b>	<b>207,36</b>
24	91000	310000	8200	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	23.500,00	56.314,91	<b>32.814,91</b>	<b>139,64</b>
25	91000	372000	8200	Einnahmen aus Krediten von Gemeinden und Gemeindeverbänden	177.000,00	2.900,00	<b>-174.100,00</b>	<b>-98,36</b>
26	91000	377000	8200	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	2.545.300,00	0,00	<b>-2.545.300,00</b>	<b>-100,00</b>
27	91000	377100	8200	Umschuldungen	497.800,00	0,00	<b>-497.800,00</b>	<b>-100,00</b>
28	88000	341000	8500	Einnahme aus grundstücksgleichen Rechten	70.000,00	49.480,00	<b>-20.520,00</b>	<b>-29,31</b>
29	62000	340000	8700	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken (Wohnungsbauförderung)	993.000,00	1.187.436,27	<b>194.436,27</b>	<b>19,58</b>
30	79100	340000	8700	Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken - Förderung der Wirtschaft	183.000,00	48.889,50	<b>-134.110,50</b>	<b>-73,28</b>
<b>Verwaltungshaushalt - Ausgaben</b>								
31	21400	678000	2201	Beteiligung an auswärtigen privaten Sonder-schulen	60.000,00	18.580,94	<b>-41.419,06</b>	<b>-69,03</b>

**Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

32	28100	672100	2301	Erstattung Schulbeteiligung	15.000,00	69.229,50	<b>54.229,50</b>	<b>361,53</b>
33	21600	500000	2302	Bauliche Unterhaltung	10.200,00	42.339,32	<b>32.139,32</b>	<b>315,09</b>
34	40000	414000	4101	Angestelltenvergütung	152.100,00	179.795,70	<b>27.695,70</b>	<b>18,21</b>
35	48300	414000	4700	Angestelltenvergütung	15.600,00	0,00	<b>-15.600,00</b>	<b>-100,00</b>
36	56000	510000	5200	Unterhaltung der Außenanlagen	59.000,00	27.407,68	<b>-31.592,32</b>	<b>-53,55</b>
37	58000	510000	6201	Unterhaltung der Außenanlagen	77.000,00	26.798,07	<b>-50.201,93</b>	<b>-65,20</b>
38	70000	540500	7100	Abgaben	33.300,00	8.984,85	<b>-24.315,15</b>	<b>-73,02</b>
39	71000	685000	7200	Verzinsung des Anlagekapitals	95.000,00	116.488,37	<b>21.488,37</b>	<b>22,62</b>
40	03000	414000	8200	Angestelltenvergütung	128.800,00	96.590,07	<b>-32.209,93</b>	<b>-25,01</b>
41	03000	636000	8200	Kosten der EDV	44.200,00	22.594,11	<b>-21.605,89</b>	<b>-48,88</b>
42	90000	810000	8200	Gewerbesteuerumlage; - Bundes- und Landesvervielfältiger	1.105.800,00	1.332.504,00	<b>226.704,00</b>	<b>20,50</b>
43	90000	845000	8200	Zinszahlungen für Steuerrückzahlungen	7.000,00	30.250,00	<b>23.250,00</b>	<b>332,14</b>
44	91000	860000	8200	Zuführung zum Vermögenshaushalt	592.800,00	1.822.022,85	<b>1.229.222,85</b>	<b>207,36</b>
45	62000	726000	8700	Schuldendiensthilfe; Ammerländer Wohnungsbau-gesellschaft (Wohnungsbauförderung)	4.200,00	22.487,49	<b>18.287,49</b>	<b>435,42</b>
46	02000	430000	8800	AG-Anteil z. Zusatzversicherungskasse für Beamte	109.200,00	152.897,14	<b>43.697,14</b>	<b>40,02</b>
<b>Vermögenshaushalt - Ausgaben</b>								
47	46410	940000	4502	Erneuerung Fenster Gruppenräume	38.000,00	21.679,07	<b>-16.320,93</b>	<b>-42,95</b>
48	56510	940000	5301	Sanierung Dusch- und Umkleieräume, WC-Räume	40.000,00	57.590,96	<b>17.590,96</b>	<b>43,98</b>
49	56560	940001	5306	Sanierung Mehrzweckhalle Feldbreite nach Brandschaden	55.000,00	210.572,89	<b>155.572,89</b>	<b>282,86</b>
50	56560	940002	5306	Erneuerung von 2 Heizkesseln inkl. Regelung Pumpen und Stellantrieben	115.000,00	32.500,00	<b>-82.500,00</b>	<b>-71,74</b>

**Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

51	63200	950026	6101	Umbau Oldenburger Str. (Teilstück)	120.000,00	0,00	<b>-120.000,00</b>	<b>-100,00</b>
52	63200	950030	6101	Ausbau des Meenheitsweges	150.000,00	100,00	<b>-149.900,00</b>	<b>-99,93</b>
53	63200	950031	6101	Ausbau Logemanns Damm	635.000,00	145.069,45	<b>-489.930,55</b>	<b>-77,15</b>
54	63100	950042	6101	Tiefbaumaßnahme; Dorfplatz Wahnbek	131.000,00	33.841,10	<b>-97.158,90</b>	<b>-74,17</b>
55	63100	950049	6101	Tiefbaumaßnahme; BBPL. 75 Göhlen	760.000,00	567.735,66	<b>-192.264,34</b>	<b>-25,30</b>
56	63100	950058	6101	Tiefbaumaßnahme; Wahnbek IV	450.000,00	229.262,00	<b>-220.738,00</b>	<b>-49,05</b>
57	70300	950001	7100	Tiefbaumaßnahmen; Sanierungsmaßnahmen	50.000,00	27.123,06	<b>-22.876,94</b>	<b>-45,75</b>
58	70100	950004	7100	Sanierung Belüftung Belebung 1	50.000,00	26.465,82	<b>-23.534,18</b>	<b>-47,07</b>
59	70400	950006	7100	Sanierung von Pumpwerken	25.000,00	50.953,94	<b>25.953,94</b>	<b>103,82</b>
60	70100	950007	7100	Schlammmentwässerung Zentrifuge	250.000,00	202.651,00	<b>-47.349,00</b>	<b>-18,94</b>
61	70200	950030	7100	SWK - Ausbau Meenheitsweg	30.000,00	0,00	<b>-30.000,00</b>	<b>-100,00</b>
62	70110	950049	7100	Tiefbaumaßnahme; BBPL. 75 Göhlen	30.000,00	140.000,00	<b>110.000,00</b>	<b>366,67</b>
63	71300	950001	7200	Tiefbaumaßnahme; Sanierungsmaßnahmen	100.000,00	34.058,36	<b>-65.941,64</b>	<b>-65,94</b>
64	71200	950030	7200	RWK - Ausbau Meenheitsweg	40.000,00	0,00	<b>-40.000,00</b>	<b>-100,00</b>
65	71100	950049	7200	Tiefbaumaßnahme; BBPL. 75 Göhlen	310.000,00	195.052,05	<b>-114.947,95</b>	<b>-37,08</b>
66	91000	925000	8200	Gewährung von Darlehen - Bauhof -	37.000,00	0,00	<b>-37.000,00</b>	<b>-100,00</b>
67	91000	977000	8200	Tilgung von Krediten an den Kreditmarkt	388.000,00	328.995,23	<b>-59.004,77</b>	<b>-15,21</b>
68	88000	940000	8500	Außenanstrich Wohnanlage Wahnbek	20.000,00	0,00	<b>-20.000,00</b>	<b>-100,00</b>
69	2000	935000	8800	Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Rathaus	5.400,00	32.860,76	<b>27.460,76</b>	<b>508,53</b>

Erläuterung zu den einzelnen Haushaltsstellen der vorstehenden Tabelle:

*Zu laufender Nummer*

Verwaltungshaushalt - Einnahmen

1. Die Mehreinahme basiert auf einer Nachzahlung aus dem Jahre 2003. Die erhöhte Zuweisung steht im Zusammenhang mit den getätigten Mehrausgaben aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen an auswärtigen Sonderschulen.
2. Das Anordnungssoll für die Fachpersonal- und Sachkosten im Rahmen der Integrationsarbeit wird ab 2004 unter der Gruppierung 171100 zusammengefaßt. Das Haushaltsoll wurde allerdings noch getrennt auf zwei Haushaltsstellen veranschlagt. Daher sind in 2004 entsprechende Mehr- bzw. Mindereinnahmen auf den einzelnen Haushaltsstellen entstanden.
3. siehe unter 2.
4. siehe unter 2.
5. siehe unter 2.
6. Die Objekte, die als Einrichtungen für Wohnungslose bzw. für Aussiedler und Ausländer in der Wapelstraße vorgehalten wurden, sind im Laufe des Jahres 2004 veräußert worden. Bei Aufstellung des Haushaltes für 2004 zeichnete sich der Verkauf noch nicht ab, so dass das Haushaltssoll für das gesamte Jahr i. H. v. 40.000,00 Euro veranschlagt worden ist. Zudem konnte eines der Objekte vor dem Verkauf aufgrund eines Brandes zeitweise nicht genutzt werden, so dass sich das Anordnungssoll entsprechend verringert hat.
7. siehe unter 6.
8. Da verschiedene im Bereich Hallenbad geplante Maßnahmen in 2004 nicht durchgeführt wurden, hat sich auch die Bemessungsgrundlage hinsichtlich der Erstattung der Vorsteuer verringert. Zudem wurde ein Abrechnungsfehler aus 2003 seitens des Finanzamtes in 2004 berrichtigt, was zu einer weiteren Verringerung der Vorsteuererstattung geführt hat.
9. Die genaue Höhe der Konzessionsabgabe war erst im Mai 2005 bekannt. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung des Haushaltssolls wurde noch von einem niedrigeren Einnahmenviveau ausgegangen.
10. Bedingt durch die in 2003 eingeführte bedarfsgerechte Abfuhr wurden weniger Hauskläranlagen abgefahren als noch im Rahmen der Haushaltsplanungen kalkuliert.
11. Die Höhe der Gewerbesteuer läßt sich in der Einnahme im voraus nicht berechnen oder auch anhand von Erfahrungswerten nur schwer kalkulieren. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener im Gemeindegebiet ansässiger Unternehmen konnte in 2004 eine Mehreinnahme i. H. v. 1.823.912,17 Euro erzielt werden.
12. Die Höhe der Zinseinnahmen wurde in Absprache mit dem Kassenleiter bislang vorsichtig geschätzt. Aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltes und dem damit verbundenen durchweg hohen Kassenbestand in 2004, sowie einer entsprechenden Anlage dieser Geldmittel, konnte in 2004 eine Mehreinnahme i. H. v. 33.045,42 Euro erzielt werden.

13. Bereits in 2003 hat sich abgezeichnet, dass es im Bereich der Abgaben und Entgelte vermehrt zu Zahlungsverzögerungen bzw. Zahlungsproblemen kommt. Aufgrund dessen liegen auch höhere Einnahmen bei den Säumniszuschlägen, Stundungszinsen, etc. vor. Diese Tendenz war in der Deutlichkeit zum Zeitpunkt der Veranschlagung der Einnahmen für 2004 noch nicht ersichtlich und konnte somit erst ab 2005 berücksichtigt werden.
14. Für verschiedene Gewerbebetriebe erfolgte in 2004 eine nachträgliche Änderung bei der Festsetzung der Gewerbesteuer für zurückliegende Kalenderjahre. Die Nachzahlungsbeiträge wurden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verzinst. Die Höhe der Nachzahlungen und die damit verbundenen Zinsfestsetzungen waren nicht vorhersehbar.
15. Die Mieten und Pachten wurden für die verschiedenen Objekte im Anteilsbudget 8500 „Liegenschaften“ vereinnahmt, soweit keine Zuordnung zu einem anderen Teil- bzw. Anteilbudget möglich war. Diese Regelung wurde bei Veranschlagung des Haushaltsolls noch nicht berücksichtigt, so dass es hier zu einer Mehreinnahme i. H. v. 35.346,29 Euro gekommen ist. Die Mehreinnahme an dieser Stelle führt zu entsprechenden Mindereinnahmen in anderen Teil- bzw. Anteilbudgets. In der Summe gibt es innerhalb der Gruppierung Mieten und Pachten keine nennenswerten Abweichungen.
16. In 2003 wurde ein Kasseneinnahmerest i. H. v. 363.523,00 Euro gebildet und nach 2004 übernommen. Inzwischen wurde die Sollstellung storniert, da nach eingehender Prüfung der Rechtslage an der Forderung nicht festgehalten werden konnte. Es ist festzuhalten, dass sich dieser Vorgang als Mindereinnahme entsprechend auf das Ergebnis 2004 ausgewirkt hat. Des weiteren wurden einzelne Erbbaugrundstücke kurzfristig in 2004 veräußert, so dass keine Erbbauzinsen in der geplanten Höhe vereinnahmt werden konnten.
17. Die erhöhte Gewinnausschüttung der Ammerländer Wohnungsbau für das Geschäftsjahr 2003 konnte in der Höhe nicht vorhergesehen werden.

#### Vermögenshaushalt – Einnahmen

18. Die Maßnahme konnte erst in 2005 endgültig abgerechnet werden, so dass der Zuschuss des Landkreises Ammerland auch erst in 2005 vereinnahmt wurde.
19. Die Straßenausbaumaßnahme Schloßstraße/August-Brötje-Straße konnte in 2004 noch nicht abgeschlossen werden, da die Deutsche Bahn den Bahnübergang zwischen den beiden Straßen noch nicht hergestellt hat. In Folge dessen konnten auch die Straßenausbaubeiträge in 2004 nicht erhoben werden.
20. Da in 2004 für die umfassende Ausbaumaßnahme keine Fördermittel im Rahmen der EU-Förderung „Pro-Land“ in entsprechender Höhe bewilligt werden konnten, ist der Ausbau des Logemanns Damm in drei Ausbauabschnitte unterteilt worden. Der erste Abschnitt wurde noch in 2004 realisiert. Hierfür wurden die entsprechenden Fördermittel gezahlt. Die Umsetzung der Abschnitte zwei und drei erfolgt in den Folgejahren.
21. Da eine Zusage über entsprechende Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz seitens des Landes in 2004 nicht mehr erfolgte, wurde die Maßnahme bis auf weiteres verschoben. Eine Umsetzung erfolgt erst, soweit eine Zusage über die entsprechenden Fördermittel vorliegt.
22. In 2004 erfolgte die Abrechnung der Abwasserbeiträge für den Bereich Nethenerfeld (aufgrund der Innenbereichssatzung nach § 34 Baugesetzbuch). Die Abrechnung war ur-

sprünglich nicht für 2004 vorgesehen. Bei den Abwasserbeiträgen ergibt sich dadurch eine Mehreinnahme i. H. v. 77.533,84 Euro.

23. Aufgrund des guten Ergebnisses im Verwaltungshaushalt fällt die Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 1.822.022,85 Euro deutlich höher aus als die veranschlagte Pflichtzuführung i. H. v. 592.800 Euro.
24. Zur Finanzierung der neuen Telekommunikationsanlage im Rathaus wurde eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vorgenommen. Die bereits in 2004 notwendige Ersatzbeschaffung war erst für die Folgejahre vorgesehen. Eine andere Deckungsmöglichkeit war zum Zeitpunkt der Anschaffung nicht gegeben.
25. Die für 2004 eingeplanten Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wurden entsprechend der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beim Landkreis Ammerland erst in 2005 ausbezahlt.
26. Die für 2004 veranschlagte Kreditermächtigung i. H. v. 2.545.300 Euro für die Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt wurde im Laufe des Haushaltsjahres aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltes nicht in Anspruch genommen.
27. Das für eine Umschuldung vorgesehene Darlehen konnte bereits in 2004 abgelöst werden.
28. Im Bereich des Bodenabbaus ist von der gemeindeeigenen Fläche weniger Sand abgebaut worden als vorher angenommen. Die Mindereinnahme für 2004 beträgt dadurch 20.520,00 Euro.
29. Der erst im Haushaltsjahr 2005 vorgesehene Verkauf der Baugrundstücke B-Plan 75 A, Bogenstraße, ist aufgrund der starken Nachfrage schon teilweise in 2004 erfolgt. Hieraus resultieren die nicht vorgesehenen Mehreinnahmen i. H. v. 194.436,27 Euro.
30. Die Zahlung des Kaufpreises ist bei einem in 2004 geschlossenen Kaufvertrag für ein gewerbliches Grundstück aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses an das Inkrafttreten des Bebauungsplanes gekoppelt, so dass dem zur Folge der Kaufpreis erst in 2006 fällig wird. Die Verzögerung hinsichtlich der Kaufpreiszahlung war bei Veranschlagung des Haushaltssolls nicht bekannt.

#### Verwaltungshaushalt – Ausgaben

31. Im Jahr 2004 ist die Zahl der Schüler an auswärtigen privaten Sonderschulen stark zurückgegangen. Diese Entwicklung war bei Aufstellung des Haushaltsplanes nicht vorauszusehen.
32. Für das Haushaltsjahr 2003 wurden im Bereich der baulichen Unterhaltung und der Bewirtschaftung Mittel für Maßnahmen angemeldet, die nicht durchgeführt wurden. Bei der Schulkostenabrechnung in 2004 ergab sich alleine dadurch eine Rückzahlung an den Landkreis in Höhe von 42.000 €
33. Aufgrund eines Wasserschadens in der Orientierungsstufe (Gebäude Feldbreite) fielen unvorhergesehene hohe Ausgaben für die Renovierung des Werkbereiches an.
34. Aufgrund einer neuen Zuordnung der Personalkostenanteile auf die einzelnen Teil- bzw. Anteilbudgets im Bereich Soziales hat sich der Personalkostenanteil im Teilbudget 4101

ab 2004 erhöht. Den Mehrausgaben an dieser Stelle stehen entsprechende Minderausgaben in anderen entsprechenden Teil- bzw. Anteilbudgets gegenüber.

35. Aufgrund einer neuen Zuordnung der Personalkostenanteile auf die einzelnen Teil- bzw. Anteilbudgets im Bereich Soziales werden die Personalausgaben des Anteilbudgets 4700 „Bedarfsorientierte Grundsicherung“ ab 2004 über das Anteilsbudget 4101 „Allgemeine Sozialverwaltung“ verbucht und zukünftig auch entsprechend veranschlagt.
36. Ein Teil der für die Sportplätze veranschlagten Unterhaltungsmaßnahmen war in 2004 nicht erforderlich. Ein anderer Teil der Maßnahmen wurde vom Bauhof ausgeführt. Dieser Anteil wurde auf der Haushaltsstelle 5600.510001 verbucht und hat an dieser Stelle zu entsprechenden Mehrausgaben geführt.
37. Zum Teil wurden die anfallenden Unterhaltungsmaßnahmen durch den Bauhof der Gemeinde durchgeführt. Die entsprechenden Ausgaben wurden unter der Haushaltsstelle 5800.510001 verbucht. Des weiteren ist der Unterhaltungsaufwand geringer ausgefallen als im Haushaltsplan veranschlagt.
38. Die Abgaben haben sich aufgrund der Reduzierung der Abwassergebühr gegenüber den Vorjahren deutlich verringert.
39. Da das Vermögen für den Bereich Regenwasser in 2004 neu ermittelt wurde, erfolgte in diesem Jahr eine Verzinsung des Anlagekapitals in Höhe des Vorjahres. Eine Nachkalkulation für 2004 wurde nicht vorgenommen.
40. Die für die Umsetzung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens veranschlagten Personalausgaben wurden in 2004 noch nicht benötigt.
41. Für eine in 2004 angeschaffte Software (SAP) erfolgte der Rechnungseingang erst im Folgejahr. Über den voraussichtlichen Rechnungsbetrag wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2004 kein entsprechender Haushaltsrest gebildet.
42. Entsprechend der positiven Entwicklung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer (siehe Pkt. 11) ergibt sich hier aufgrund der direkten Abhängigkeit eine höhere Ausgabe bei der Gewerbesteuerumlage.
43. Für verschiedene Gewerbebetriebe erfolgte in 2004 eine nachträgliche Änderung bei der Festsetzung der Gewerbesteuer für zurückliegende Kalenderjahre. Die Erstattungsbeträge wurden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verzinst. Die Höhe der Erstattungen und die damit verbundenen Zinszahlungen waren nicht vorhersehbar.
44. Aufgrund des guten Ergebnisses im Verwaltungshaushalt fällt die Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 1.822.022,85 Euro deutlich höher aus als die veranschlagte Pflichtzuführung i. H. v. 592.800 Euro.
45. Die Schuldendiensthilfe an die Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft im Rahmen der Wohnungsbauförderung für die Restlaufzeit bis 2009 wurde in 2004 vorzeitig in einer Summe zurückgezahlt.
46. Aufgrund einer Satzungsänderung ist ab 1.1.2004 eine höhere Umlage an die Versorgungskasse fällig. Die höhere Umlage ist darauf zurückzuführen, dass bei der Gemeinde Rastede mehr Pensionäre als aktive Beamte in die Berechnung einfließen und aufgrund dieses Ungleichgewichtes eine zusätzliche Ausgleichzahlung festgesetzt wird. Die Sat-

zungsänderung und die entsprechenden Auswirkungen waren bei Aufstellung des Haushaltes noch nicht bekannt.

#### Vermögenshaushalt – Ausgaben

47. Das Ausschreibungsergebnis hinsichtlich der Erneuerung der Fenster in den Gruppenräumen des Kindergarten Voßbarg fiel deutlich geringer aus als eingeplant.
48. Aufgrund unvorhersehbarer zusätzlicher Arbeiten bei der Sanierung der sanitären Einrichtungen in der Sporthalle Kleibrok stieg das Ausgabevolumen entgegen dem Haushaltssoll i. H. v. 40.000,00 Euro auf 57.590,96 Euro an.
49. Die Ausgaben für die Sanierung der Mehrzweckhalle Feldbreite fielen in 2004 höher aus als veranschlagt. Den Mehrausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen aus der Abwicklung des Versicherungsschadens aufgrund des Brandschadens gegenüber.
50. Die geplante Maßnahme wurde nur teilweise in 2004 umgesetzt. Der Rest der Maßnahme ist auf 2007 verschoben worden.
51. Da eine Zusage über entsprechende Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz seitens des Landes in 2004 nicht mehr erfolgte, wurde die Maßnahme bis auf weiteres verschoben. Eine Umsetzung erfolgt erst, soweit eine Zusage über die entsprechenden Fördermittel vorliegt.
52. Der Ausbau des Meenheitsweges wurde vorerst verschoben, da dieser als Zufahrtsstraße hinsichtlich der Erschließung des Baugebietes B-Plan 78 A „Rotdornweg“ genutzt wird. Die Umsetzung der Ausbaumaßnahme erfolgt, sobald die Erschließung des Baugebietes abgeschlossen ist.
53. Da in 2004 für die umfassende Ausbaumaßnahme keine Fördermittel im Rahmen der EU-Förderung „Pro-Land“ in entsprechender Höhe bewilligt werden konnten, ist der Ausbau des Logemanns Damm in drei Ausbauabschnitte unterteilt worden. Der erste Abschnitt wurde noch in 2004 realisiert. Hierfür wurden die entsprechenden Fördermittel gezahlt. Die Umsetzung der Abschnitte zwei und drei erfolgt in den Folgejahren.
54. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde die Maßnahme von einem Investor durchgeführt. Hier sind lediglich Planungskosten i. H. v. 33.841,10 Euro für die Gemeinde entstanden.
55. Das Ausschreibungsergebnis für die Erschließung des Neubaugebietes B-Plan 75 „Göhlen“ ist deutlich geringer ausgefallen als eingeplant.
56. Im Rahmen der Erschließung des Neubaugebietes Wahnbek wurde in 2004 nur der B-Plan 63 D „Donaustraße“ umgesetzt. Die Umsetzung des B-Planes 63 E „Hans-Hoffhenke-Ring“ erfolgte erst im Folgejahr.
57. Die Ausschreibungsergebnisse für die verschiedenen Sanierungsmaßnahmen sind deutlich geringer ausgefallen als eingeplant.
58. Das Ausschreibungsergebnis für die Sanierung der Belüftung des Belebungsbeckens I im Klärwerk ist deutlich geringer ausgefallen als eingeplant.

59. Durch akut aufgetretene Probleme (u.a. Geruchsbelästigungen) mussten in 2004 mehr Pumpwerke in 2004 saniert werden als ursprünglich vorgesehen.
60. Das Ausschreibungsergebnis für die Ersatzbeschaffung einer Zentrifuge für die Schlammentwässerung im Klärwerk ist deutlich geringer ausgefallen als eingeplant.
61. siehe unter 52.
62. Im Rahmen der Erschließung des Neubaugebietes B-Plan 75 „Göhlen“ wurde in 2004 entgegen der ursprünglichen Planung bereits die Errichtung des Schmutzwasserkanals für den folgenden Bauabschnitt umgesetzt.
63. Die Ausschreibungsergebnisse für die verschiedenen Sanierungsmaßnahmen sind deutlich geringer ausgefallen als eingeplant.
64. siehe unter 52.
65. siehe unter 55.
66. Eine Darlehensgewährung an den Bauhof Rastede als „Optimierten Regiebetrieb der Gemeinde Rastede“ war aufgrund des guten Ergebnisses des Wirtschaftsjahres 2004 seitens des Bauhofes nicht erforderlich.
67. Da entgegen der Haushaltsplanung in 2003 und auch in 2004 eine Kreditaufnahme nicht erforderlich war, fielen auch die Tilgungsraten für 2004 deutlich geringer aus als eingeplant.
68. Der geplante Außenanstrich der Wohnanlage wurde hinfällig, da die Anlage in 2004 an die Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft veräußert worden ist. Bei Aufstellung des Haushaltes für 2004 war eine Veräußerung noch nicht vorgesehen.
69. In 2004 sind hier Mehrausgaben i. H. v. 27.460,76 Euro angefallen. Diese begründen sich in der vorgezogenen Anschaffung einer neuen Telekommunikationsanlage und der Ersatzbeschaffung für eine abgängige Servereinheit.

### **3. Betrachtung der Haushaltsreste und der Zuführung zum Vermögenshaushalt**

Als Ausnahme vom Grundsatz der zeitlichen Bindung von Haushaltsansätzen können nach § 19 GemHVO Ausgabeermächtigungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden, ohne dass eine Veranschlagung im neuen Haushaltsplan erforderlich ist. Die zeitliche Übertragbarkeit der Ausgaben ist unter bestimmten Voraussetzungen im Verwaltungshaushalt und im Vermögenshaushalt möglich.

Im Verwaltungshaushalt können Ausgabeansätze übertragen werden, soweit es die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert, gemäß § 19 Abs. 2 GemHVO. Mit Einführung der Budgetierung gelten nach § 8 Abs. 3 der GemHVO die Voraussetzungen für die Übertragung von Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes als von vornherein erfüllt. Aus diesem Grunde hat die Gemeinde Rastede im Verwaltungshaushalt Ausgabeansätze i. H. v. insgesamt 499.590,63 Euro auf das Folgejahr übertragen. Von diesem Betrag entfallen 178.440,01 Euro auf bereits über Aufträge gebundene Haushaltsmittel.

Nach Übernahme der Haushaltsreste im Verwaltungshaushalt ergibt sich somit eine Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. 1.822.022,85 Euro. Auf die Pflichtzuführung entfallen dabei 530.674,11 Euro.

Im Vermögenshaushalt bleiben die Ausgabeermächtigungen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Für Baumaßnahmen und Beschaffungen begrenzt der § 19 Abs. 1 GemHVO die Verfügbarkeit auf einen Zeitraum von längstens zwei Jahren nach Abschluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Gerade im Hinblick auf begonnene Investitionsmaßnahmen wurden im Vermögenshaushalt Ausgabeermächtigungen i. H. v. insgesamt 2.888.043,45 Euro auf das Folgejahr übertragen.

Nach Übernahme der Haushaltsreste im Vermögenshaushalt ergibt sich somit eine Zuführung zur Rücklage i. H. v. 503.596,00 Euro.

Über die Zusammensetzung der übertragenen Ausgabeermächtigungen gibt die nachfolgende Aufstellung einen Gesamtüberblick.

### 3.1 Verwaltungshaushalt

Ant.-bud.	Glied.	Grupp.	Bezeichnung	Auftrags-Nr.	Reste auf 2005
			<b>Allgem. Ordnungsrecht</b>		
1101	1100	591400	Rattenbekämpfung		2.690,72
			<b>Feuerwehr</b>		
1102	1300	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	1.000,00
1102	1300	510100	Unterhaltung Löschwasserstellen	348092	1.400,00
			<b>Allgem. Schulangelegenheiten</b>		
2101	2900	639000	Schülerbeförderungskosten		8.392,40
2101	2920	500000	Bauliche Unterhaltung (Schulbushaltestellen)	400001	4.000,00
2101	2920	602600	Kosten Gemeindeelternrat		101,20
			<b>Grundschule Kleibrok</b>		
2102	2102	520000	Unterhaltung und Ergänzung bewegl. Vermögen		94,95
2102	2102	520900	Sachbedarf für den Schulkindergarten		60,68
			<b>Grundschule Hahn-Lehmden</b>		
2103	2103	520000	Unterhaltung und Ergänzung bewegl. Vermögen (Schulbudget)		3.775,65
			<b>Grundschule Wahnbek</b>		
2104	2104	520000	Ergänzung und Unterhaltung berwegl. Vermögen (Schulbudget)		2.673,66
2104	2104	590500	Kosten für das Schulschwimmen		794,76
			<b>Grundschule Loy</b>		
2105	2105	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	100,00
2105	2105	520000	Unterhaltung u. Ergänzung bewegl. Vermögen (Schulbudget)		1.218,55
			<b>Grundschule Leuchtenburg</b>		
2106	2106	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	500,00
2106	2106	520000	Ergänzung und Unterhaltung von bewegl. Vermögen (Schulbudget)		1.785,46
			<b>Grundschule Feldbreite</b>		
2107	2107	520000	Ergänzung und Unterhaltung bewegl. Vermögen (Schulbudget)		2.098,81
			<b>Schule für Lernbehinderte (Voßbarg)</b>		
2201	2140	520000	Ergänzung und Unterhaltung von beweg. Vermögen (Schulbudget)		363,09
			<b>KGS</b>		
2301	2810	500000	Bauliche Unterhaltung	306114, 307070, 307126	5.900,00
2301	2810	520000	Ergänzung und Unterhaltung bewegl. Vermögen (Schulbudget)		1.358,66
2301	2810	540100	Bewirtschaftungskosten	400001	3.800,00
2301	2810	590000	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)		4.405,82
2301	2810	636000	Kosten der EDV		3.394,20
			<b>Orientierungsstufe</b>		
2302	2160	500000	Bauliche Unterhaltung	307153	1.669,70
			<b>Jugendtreff Villa Hartmann</b>		
2402	4605	540100	Bewirtschaftungskosten	000003	121,00
			<b>Bücherei</b>		
3200	3520	636000	Kosten der EDV	400001	4.000,00
			<b>Heimatspflege</b>		
3300	7601	500000	Bauliche Unterhaltung Dorfgemeinschaftshäuser	400001, 306119	4.500,00
			<b>Allgemeine Sozialverwaltung</b>		

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

4101	4310	718000	Zuschüsse an übrige Bereiche (Seniorenbeirat in Einr. f. Ältere)		724,50
4101	4821	520000	Verwaltungskosten z. Vorbereitung SGB II		4.576,21
			<b>KiGa Mühlenstraße</b>		
4501	4640	510000	Unterhaltung der Außenanlagen	348113	700,00
			<b>KiGa Voßbarg</b>		
4502	4641	500000	Bauliche Unterhaltung	306097,400001	1.600,00
4502	4641	520000	Unterhaltung und Ergänzung bewegl. Vermögen		367,98
4502	4641	562000	Fortbildung		184,08
4502	4641	590000	Lebensmittel, Kinderfeste, Bedarfsartikel		263,21
4502	4641	590500	Kosten für die Hallenbadbenutzung		187,20
4502	4641	641000	Schülerunfallversicherung		343,70
			<b>KiGA Neusüdende</b>		
4503	4642	520001	Unterhaltung und Ergänzung bewegliches Vermögen		180,49
4503	4642	562000	Fortbildung		114,14
4503	4642	655000	Honorar Therapeuten und Fachberatung Integration		265,20
			<b>KiGa Loy</b>		
4504	4643	562001	Fortbildung - Integration		784,52
			<b>KiGa Marienstraße</b>		
4505	4644	520000	Unterhaltung und Ergänzung bewegliches Vermögen		340,79
4505	4644	520001	Unterhaltung und Ergänzung bewegl. Vermögen - Integration		183,02
			<b>Förderung von Kindertagesstätten</b>		
4507	4648	500000	Bauliche Unterhaltung - Spielkreis Delfshausen	305035,400001	1.160,00
			<b>Einrichtungen für Wohnungslose</b>		
4801	4350	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	8.000,00
			<b>Hallenbad</b>		
5103	5720	500000	Bauliche Unterhaltung	305036,305040,306099,306126	6.980,00
5103	5720	540600	Reinigung	303009	780,91
			<b>Sportplätze</b>		
5200	5600	510000	Unterhaltung der Außenanlagen	348112,400001	14.200,00
			<b>Sporthalle Kleibrok</b>		
5301	5651	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	5.000,00
			<b>Sporthalle Hahn-Lehmden</b>		
5302	5652	500000	Bauliche Unterhaltung	400001	4.000,00
			<b>Sporthalle Wahnbek</b>		
5303	5653	500000	Bauliche Unterhaltung	306123,400001	4.450,00
			<b>Mehrzweckhalle Feldbreite</b>		
5306	5656	500000	Bauliche Unterhaltung	301004,305039	2.064,00
			<b>Straßen</b>		
6101	6300	510200	Unterhaltung Straßen, Wege und Brücken	308000,348075,348076,348083,348104,348106,348107,348981,400002	59.300,00
6101	6700	510000	Unterhaltung der Beleuchtungsanlagen	307000	800,00
			<b>Park- u. Gartenanlagen</b>		

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

6201	5800	510000	Unterhaltung der Außenanlagen	400001	9.500,00
			<b>Kinderspielplätze</b>		
6203	4600	510000	Unterhaltung der Außenanlagen	348114	5.000,00
			<b>Schmutzwasser</b>		
7100	7000	500000	Bauliche Unterhaltung	400002	10.000,00
7100	7000	520000	Unterhaltung und Ergänzung von beweglichem Vermögen	620015, 620016, 621005	530,00
7100	7000	570000	Verbrauchsmittel	620028, 620031, 620032	690,00
7100	7000	591500	Kosten der Schlammbeseitigung	620004	19.003,68
			<b>Regenwasser</b>		
7200	7100	510300	Unterhaltung und Reinigung der Kanalanlagen	348075	5.000,00
			<b>Sonst. öffentliche Einrichtungen</b>		
7300	7600	500000	Bauliche Unterhaltung von Toilettenanlagen	400001	5.000,00
			<b>Personal</b>		
8100	201	653000	Öffentliche Bekanntmachungen		500,00
			<b>Allgemeine Finanzen</b>		
8200	300	562000	Fortbildung GB1		6.500,00
8200	9000	810000	Gewerbesteuerumlage		194.109,00
8200	9100	807100	Zinsausgaben an den Kreditmarkt		60.000,00
			<b>Kommunalmarketing</b>		
8700	7910	580000	Sachkosten (Förderung der Wirtschaft)	400001	1.000,00
			<b>Organisation</b>		
8800	200	562000	Aus- und Fortbildung		1.500,00
8800	200	641000	Haftpflicht-, Unfallversicherung		1.508,69
8800	200	650100	Geschäftsausgaben - Pauschale		2.000,00
				<b>Summe:</b>	<b>499.590,63</b>

Aufträge insgesamt:	178.440,01 EUR
Sonstige Reste insgesamt:	<u>321.150,62 EUR</u>
Haushaltsreste Verw.-H.	499.590,63 EUR

Überschuss	2.305.385,72 EUR
abzüglich Reste	<u>499.590,63 EUR</u>
Zuf. Z. Vermögenshaush.	1.805.795,09 EUR

### 3.2 Vermögenshaushalt

Ant.-bud.	Glied.	Grupp.	Bezeichnung	Auftrags-Nr.	Reste auf 2005
			<b>Feuerwehr</b>		
1102	1300	935000	Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	400001, 400002	72.328,86
			<b>Grundschule Kleibrok</b>		
2102	2102	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (Schulbudget)		1.347,16
2102	2102	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	301116	2.160,00
2102	2102	940002	Hochbaumaßnahme; Behindertenrampe	000308	3.800,00
			<b>Grundschule Hahn-Lehmden</b>		
2103	2103	935100	Neuanschaffung von Lehr- und Lernmitteln (Schulbudget)		317,27
			<b>Grundschule Wahnbek</b>		
2104	2104	940001	Elastische Verfübung 2-geschossiger Gebäudeteil	305096	12.500,00
			<b>Grundschule Loy</b>		
2105	2105	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (Schulbudget)		221,06
2105	2105	935500	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	308133	10.000,00
			<b>Grundschule Leuchtenburg</b>		
2106	2106	940001	Sanierungsmaßnahmen	301116, 348000	6.005,57
			<b>Grundschule Feldbreite</b>		
2107	2107	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (Schulbudget)		156,03
2107	2107	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	307134	9.500,00
2107	2107	940002	Sanierung Schulhof	301116	1.010,00
			<b>Schule f. Lernbehinderte (Voßbarg)</b>		
2201	2140	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	301116, 348115	4.460,00
			<b>KGS</b>		
2301	2810	935300	Medienbeschaffung im EDV-Bereich (außerhalb Schulbudget)	400010	13.531,09
2301	2810	940002	Renovierung der Flure im musisch-technischen Bereich	306131	1.500,00
			<b>Orientierungsstufe</b>		
2302	2160	935002	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerhalb Schulbudget)	400002	1.500,00
			<b>Jugendtreff Villa Hartmann</b>		
2402	4605	940000	Erneuerung der Fenster	306000, 306132	2.719,44
			<b>Heimatspflege</b>		
3300	7601	940000	DGH Nethen, Sanierung Heizung	000307, 307117	3.100,00
			<b>Sozialstation</b>		
4400	4380	940000	Hochbaumaßnahme; Errichtung einer Tagesstätte (Sozialstation)	301060, 301061, 301085, 301098, 301099, 301100, 301101, 301109, 301117, 301120, 301121, 301122	88.637,04
			<b>Freibad Rastede</b>		
5101	5700	940006	Erneuerung Absaug-/Einspritzpumpen	301021	7.000,00
			<b>Hallenbad</b>		
5103	5720	940008	Sanierung Flachdach II.BA	305026	3.500,00

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

5103	5720	940016	Sauna, Ruheraum, Fliesen und Boden- heizung	301064	6.885,00
			<b>Sportplätze</b>		
5200	5600	940001	Erneuerung Duschen und Regler auf diversen Sportplätzen	307111	3.000,00
			<b>Mehrzweckhalle Felbreite</b>		
5306	5656	935000	Neuanschaffung von beweglichem Vermögen (nach Brandschaden)	400001	3.861,20
5306	5656	940002	Erneuerung von 2 Heizkesseln inkl. Regelung Pumpen und Stellantrieb	307052	32.500,00
			<b>Straßen</b>		
6101	6310	950001	Tiefbaumaßnahme; BBPl.80 Loy, Fünf- häuserweg	301076, 311001	10.075,56
6101	6310	950010	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 Göhlen (2.BA)		45.721,13
6101	6310	950016	Tiefbaumaßnahme; BBPl.78 Ostermoor	301036, 301038, 301073, 311002	85.282,58
6101	6310	950018	Tiefbaumaßnahme; BPl. 62, nördlich Meenheitsweg	301044, 301070, 301183, 301296, 301297	41.768,09
6101	6310	950041	Tiefbaumaßnahme; BBPl.63, Wahnnek II (Marktplatz)		74.792,55
6101	6310	950049	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 Göhlen	301044, 301072, 301073, 301122, 307115, 309016, 309019, 311002	257.526,23
6101	6310	950050	Wohnbau Wahnnek III (63c / Hohe Brink)	301018, 301074	85.541,98
6101	6310	950052	Wohnbau Loy	301014, 301015, 301077	128.505,40
6101	6310	950055	Erschließung Sportplatz Neusüdende	301046, 301104, 311104	45.556,46
6101	6310	950058	Tiefbaumaßnahme; Wahnnek IV	301019, 301084, 301132, 309015, 309034, 309037, 311001	167.779,15
6101	6310	950060	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 - Göhlen 3.BA	311001	4.222,92
6101	6310	950061	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 79 - Schnie- dershusen	311001, 311002, 311003	10.855,50
6101	6320	950005	Tiefbaumaßnahme; Schloßstra- ße/August-Brötje-Straße	301309, 311301	297.021,18
6101	6320	950024	Tiefbaumaßnahme; Erneuerung Bus- haltestelle Marktplatz		2.866,34
6101	6320	950027	Tiefbaumaßnahme; Lichtsignalanlage Dorfplatz		239,91
6101	6320	950030	Ausbau des Meenheitsweges	301023	13.100,00
6101	6320	950041	Tiefbaumaßnahme; SAB Eichendorff- straße	301041, 301042, 311041	10.546,14
6101	6700	940001	Schaltschränke Marktplatz		855,04
			<b>Park- und Gartenanlagen</b>		
6201	5607	940001	Schaltschränke Sattelplatz/Parkplatz		740,58
			<b>Kinderspielplätze</b>		
6203	4600	935000	Neuanschaffung von Spielgeräten	301116	24.306,64
			<b>Schmutzwasser</b>		
7100	7000	950100	Grundstücksananschlüsse (nur Anschlußstutzen)	348079	3.000,00
7100	7010	950007	Schlammmentwässerung Zentrifuge	301081, 400001, 400002, 620000, 620002	98.338,00
7100	7011	950001	Tiefbauimaßnahme; BBPl.80 Loy, Fünf- häuserweg	301078	4.000,00

# **Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004**

7100	7011	950010	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 75 Göhlen - (2.BA)	309000	9.750,00
7100	7011	950016	Tiefbaumaßnahme; BBPl.78 Ostermoor	301037	3.250,00
7100	7011	950049	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 Göhlen	301044, 301123, 311044, 311123	31.671,00
7100	7011	950050	Wohnbau Wahnbek III (63c/HoheBrink)	301019, 301076	28.327,12
7100	7011	950052	Wohnbau Loy	301016, 301078	8.821,53
7100	7011	950055	Tiefbaumaßnahme; Sportplatz Neusüdende	301045, 301104	58.250,00
7100	7011	950058	Tiefbaumaßnahme; Wahnbek IV	301019, 301083, 301154	158.780,80
7100	7011	950060	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 75 - Göhlen (3.BA)		5.524,16
7100	7020	950005	Tiefbaumaßnahme; Schloßstraße/August-Brötje-Straße	301301, 301308	45.937,08
7100	7020	950007	Tiefbaumaßnahme; Erneuerung SW-Kanal, SAB Eichendorffstraße	301019, 301043	11.801,00
7100	7020	950042	Tiefbaumaßnahme; Verlängerung DRL von Hankhausen zur Kläranlage		7.097,19
7100	7030	950001	Tiefbaumaßnahme; Sanierungsmaßnahmen	301119	79.864,64
7100	7040	950006	Sanierung von Pumpwerken	301065	7.109,40
			<b>Regenwasser</b>		
7200	7110	950001	Tiefbaumaßnahme: BBPl.80 Loy, Fünfhäuserweg	301077	3.000,00
7200	7110	950010	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 Göhlen (2.BA)	301123	16.700,00
7200	7110	950016	Tiefbaumaßnahme; BBPl.78 Ostermoor	301037	200,00
7200	7110	950049	Tiefbaumaßnahme; BBPl.75 Göhlen	301044, 301124	39.062,29
7200	7110	950050	Wohnbau Wahnbek III (63c/HoheBrink)	301020	1.201,00
7200	7110	950052	Wohnbau Loy	301017, 301079	25.074,15
7200	7110	950055	Tiefbaumaßnahme; Sportplatz Neusüdende	301045, 301104	57.750,00
7200	7110	950058	Tiefbaumaßnahme; Wahnbek IV	301019, 301082, 301133	164.383,03
7200	7110	950060	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 75 - Göhlen (3.BA)		4.242,56
7200	7120	950005	Tiefbaumaßnahme; Schloßstraße/August-Brötje-Straße	301308, 311301	124.939,24
7200	7120	950028	Tiefbaumaßnahme: BBPl.62 Hahn, nördlich Meenheitsweg	301184, 301295	1.737,56
7200	7120	950041	Tiefbaumaßnahme; Erneuerung RWK Eichendorffstraße	301021, 311043	881,43
7200	7130	950001	Tiefbaumaßnahme; Sanierungsmaßnahmen	301034, 301103	45.162,30
			<b>Kommunalmarketing</b>		
8700	6200	932000	Erwerb von Grundstücken (Wohnungsbauförderung)		224.500,00
8700	7910	935000	Neuansch. v. bewegl. Vermögen (Beschilderung f. Gewerbegebiete)	400001	5.069,18
			<b>Organisation</b>		
8800	200	940001	Sanierung Rathaus	301068, 301114, 305037, 307000, 307001, 307002	13.775,69
<b>Summe:</b>					<b>2.888.043,45</b>

Aufträge insgesamt:	1.378.804,11 EUR
Sonstige Reste insgesamt:	<u>1.509.239,34 EUR</u>
Haushaltsreste Vermö.-H.	2.888.043,45 EUR
 Zuführung vom Verw.-Haushalt	 1.805.795,09 EUR
Ergebnis Vermö.Haushalt	1.585.844,36 EUR
verfügbar	3.391.639,45 EUR
abzüglich Reste	<u>2.888.043,45 EUR</u>
Zuführung an die Allgemeine Rücklage	503.596,00 EUR

#### **4. Betrachtung der über und außerplanmäßigen Ausgaben über 10.000 Euro**

##### Allgemeine Bemerkung:

Mit Beschluss der Haushaltssatzung hat der Rat der Gemeinde Rastede den Rahmen für die Haushaltsführung festgelegt. Nach dem Kassenwirksamkeitsprinzip und dem Grundsatz der Haushaltswahrheit sind dabei alle nach sorgfältigen Berechnungen und Schätzungen voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben zu veranschlagen.

Im Laufe des Haushaltsjahres weicht die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben jedoch von der Planung ab. Sind über den im Haushaltsplan vorgegebenen Rahmen hinaus Ausgaben zu leisten, so können im Hinblick auf eine flexible Haushaltsführung über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben eingegangen werden.

Innerhalb der Budgets sind auf jeweils unterster Ebene im Rahmen des Budgetierungsgedankens Haushaltsmittelverschiebungen ohne jegliches Formalverfahren möglich. Darüber hinausgehende Mittelverschiebungen zwischen den einzelnen Budgets oder den verschiedenen Budgetebenen stellen über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im Sinne der GemHVO dar.

Der über- bzw. außerplanmäßige Bedarf erfüllte die Voraussetzung der Unvorhergesehenheit und der Unabweisbarkeit. Die Deckung erfolgte innerhalb des laufenden Haushaltsjahres überwiegend durch Minderausgaben bei anderen Ausgabehaushaltsstellen.

Der Rat wird im Laufe des Jahres über alle über- und außerplanmäßige Ausgaben informiert. Nachfolgend sind alle über und außerplanmäßigen Ausgaben aufgelistet, die über den Betrag von 10.000 Euro hinausgehen. Innere Verrechnungen sind dabei nicht berücksichtigt.

<b>Datum:</b>	<b>Glied.:</b>	<b>Grupp.:</b>	<b>Anteilsbudget:</b>	<b>HHst.-Text:</b>	<b>Betrag:</b>
26.02.2004	2102	940000	<b>2102</b>	Erneuerung Heizungsanlage	<b>12.921,94 EUR</b>
Der Brötje-Kessel EB 180, Bj.1990, hat eine Leckage zwischen Vor- und Rücklauf. Eine Reparatur des Stahlkessels ist nicht möglich, daher ist der Einbau eines neuen Brennwertgerätes erforderlich.					
17.06.2004	2810	672100	<b>2301</b>	Erstattung Schulbeteiligung	<b>30.000,00 EUR</b>
Die Abrechnung über die laufende Schulbeteiligung ergab, dass im Bereich Verwaltungshaushalt – KGS – eine Rückzahlung an den LK Ammerland notwendig ist.					
19.10.2004	2810	672100	<b>2301</b>	Erstattung Schulbeteiligung	<b>14.350,00 EUR</b>
Die Abrechnung über die laufende Schulbeteiligung ergab, dass im Bereich Verwaltungshaushalt – KGS – eine Rückzahlung an den Landkreis Ammerland notwendig ist.					
21.07.2004	2160	500000	<b>2302</b>	bauliche Unterhaltung	<b>31.000,00 EUR</b>
Mehraufwand infolge Wasserschaden und Umbau von zwei Fachräumen zu allgemeinen Unterrichtsräumen, infolge gestiegener Schülerzahlen, aufgrund der Schulreform.					
22.04.2004	4000	414000	<b>4101</b>	Angestelltenvergütung	<b>15.600,00 EUR</b>
Verschiebung von Personalkosten. Lt. Mitteilung vom Landkreis dürfen im Budget 4700 "Grundsicherung" keine Personalkosten veranschlagt werden.					
15.06.2004	4380	940000	<b>4101</b>	Hochbaumaßnahme, Errichtung einer Tagesstätte (Sozialstation)	<b>222.000,00 EUR</b>
Für die Baumaßnahme "Errichtung einer Tagesstätte für Pflegebedürftige" fehlen HH-Mittel i.H.v. insgesamt 300.000,00 € Abzüglich des Anteils der Sozialstation Rastede gGmbH i.H.v. 80.000,00 € fehlen Mittel i.H.v. 220.000,00 € Als Deckung stehen Mittel aus der Haushaltsstelle "Tiefbaumaßnahmen Wahnbek" zur Verfügung.					

## Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004

21.12.2004	4000	414000	<b>4101</b>	Angestelltenvergütung	<b>16.300,00 EUR</b>
Mehraufwand wegen Auszahlung von Überstunden aufgrund Stundenaufstockung Hartz IV.					
27.12.2004	4100	679000	<b>4202</b>	Verrechnung mit dem Budget (80) - Service	<b>47.101,34 EUR</b>
Höherer Aufwand lt. innerer Verrechnung des Gb 1 vom 22.12.2004.					
27.12.2004	4200	679000	<b>4301</b>	Verrechnung mit dem Budget (80) - Service	<b>52.077,50 EUR</b>
Höherer Aufwand lt. innerer Verrechnung des Gb 1 vom 22.12.2004.					
21.12.2004	4642	414000	<b>4503</b>	Angestelltenvergütung	<b>19.500,00 EUR</b>
Mehraufwand aufgrund Einrichtung der integrativen Gruppe ab August 2004.					
29.11.2004	4644	414000	<b>4505</b>	Angestelltenvergütung	<b>23.000,00 EUR</b>
Doppelte Personalkosten aufgrund der Beschäftigungsverbote von zwei Mitarbeiterinnen aus dem Kindergarten.					
29.03.2004	5700	940011	<b>5101</b>	Sanierung Roh- und Reinwasserleitungen und Absperrschieber	<b>21.819,34 EUR</b>
Der hohe Wasserverbrauch für die Becken in den Wintermonaten ist durch defekte Roh- und Reinwasserleitungen verursacht worden. Nach freilegen der Leitungen wurden diverse Leckagen am Übergang zum Schwallwasserbehälter und in den Schweißnähten festgestellt. Von drei Firmen wurden Angebote angefordert. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 21.819,34 € können in der baulichen Unterhaltung nicht aufgefangen werden.					
07.05.2004	5720	940003	<b>5103</b>	Sanierung der Wasseraufbereitungsanlage	<b>18.664,40 EUR</b>
Die Chloranlage im Hallenbad wurde 1997 auf Chlorgranulat umgestellt. Im Zuge der Sanierung Wasseraufbereitung in 2003 wurden die "alten" Regelgeräte in das vorhandene MSR - System versuchsweise integriert. Nach der Einfahrzeit der Filter sind die Wasserwerte in den einzelnen Becken mehrfach vom Gesundheitsamt beanstandet worden. Daraufhin hat der Gb 3 Angebote für auslesbare Regler angefordert und von einer entsprechenden Firma in die Wasseraufbereitung mit einflechten lassen. Diese neuen Regler können sich auf das unterschiedliche Nutzerverhalten einstellen. Seither gab es keine Beanstandungen mehr.					
21.12.2004	6300	510201	<b>6101</b>	Bauhof: Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze und Brücken	<b>50.628,00 EUR</b>
Im Bereich Straßenunterhaltung sind Mehrausgaben entstanden, weil der Bauhof Vorarbeiten bei der Sanierung von Außerortsstraßen (z.B. Weidenstr., Grüner Weg, Speckweg) geleistet hat.					
01.09.2004	7011	950010	<b>7100</b>	Tiefbaumaßnahme; BPlan Nr. 75 Göhlen – 2. BA	<b>48.000,00 EUR</b>
Der 2. Bauabschnitt (BBPl. Nr. 75 - Göhlen) soll entgegen ursprünglicher Planungen noch in diesem Jahr begonnen werden. HH-Mittel waren in der Planung noch nicht vorgesehen.					
17.12.2004	7000	680000	<b>7100</b>	Kalkulatorische Abschreibungen	<b>33.342,00 EUR</b>
Die kalk. Abschreibungen sind im Einzelplan 9 nachzuweisen. Bei der HHSt. 9100.2700 entstehen Mehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen decken die Mehrausgaben bei der HHSt. 7000.6800.					
01.09.2004	7110	950010	<b>7200</b>	Tiefbaumaßnahme; BPlan Nr. 75 Göhlen – 2. BA	<b>31.000,00 EUR</b>
Der 2. Bauabschnitt (BBPl. Nr. 75 - Göhlen) soll entgegen ursprünglicher Planungen noch in diesem Jahr begonnen werden. HH-Mittel waren in der Planung noch nicht vorgesehen.					
17.12.2004	7100	685000	<b>7200</b>	Verzinsung des Anlagekapitals	<b>21.489,00 EUR</b>
Die kalk. Zinsen sind 2004 höher nachkalkuliert worden als veranschlagt wurde. Bei der HHSt. 9100.8071 stehen noch Mittel zur Verfügung.					
17.12.2004	7100	680000	<b>7200</b>	Kalkulatorische Abschreibungen	<b>26.566,00 EUR</b>
Die kalk. Abschreibungen sind im Einzelplan 9 nachzuweisen. Die Mehreinnahmen bei der HHSt. 9100.2700 decken die Mehrausgaben bei der HHSt. 7100.6800.					
18.11.2004	8800	414000	<b>8500</b>	Angestelltenvergütung	<b>13.000,00 EUR</b>
Die Stelle "Verkauf von Kleingrundstücken" wurde im Budget Finanzen veranschlagt. Die Stelleninhaberin wurde aber aus dem Budget Liegenschaften bezahlt.					

# Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004

27.12.2004	8800	679000	<b>8500</b>	Verrechnung mit dem Budget 80 (Service)	<b>39.819,27 EUR</b>
Aufwand lt. innerer Verrechnung des Gb 1 vom 22.12.2004. Mittel wurden in der Planungsphase nicht berücksichtigt.					
22.06.2004	7800	988000	<b>8700</b>		<b>14.200,00 EUR</b>
Im Rahmen der beitragsrechtlichen Abwicklung von Straßenausbaumaßnahmen werden erstmals Zuschüsse gem. der "Richtlinie zur Förderung des ländlichen Raumes bei der Erneuerung von Verkehrsanbindungen" gewährt. Für die Ausbaumaßnahme "Domsheide" soll ein Zuschuss gewährt werden. Mittel wurden im Haushalt 2004 nicht eingeplant.					
25.08.2004	6200	726000	<b>8700</b>	Schuldendiensthilfe; Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft	<b>18.300,00 EUR</b>
Die Schuldendiensthilfe für den Ausbau von Dachgeschosswohnungen in Wahnbek an die AWG wird für die Jahre 2005 bis 2009 vorzeitig gezahlt. Mittel stehen bei der HHst. Zinsausgaben an den Kreditmarkt zur Verfügung.					
12.08.2004	0200	935000	<b>8800</b>	Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Rathaus	<b>19.952,00 EUR</b>
Aus wirtschaftlichen Gründen war es sinnvoll vorzeitig den Vertrag über die alte Telefonanlage aufzulösen und anstelle dafür eine neue Telefonanlage zu kaufen (siehe Eilentscheidung vom 21.05.2004, Vorlagen-Nr.: 2004/159).					
15.11.2004	0200	940001	<b>8800</b>	Sanierung Rathaus	<b>10.000,00 EUR</b>
Da die Gebäude in Wahnbek zum Teil verkauft wurden bzw. noch verkauft werden sollen, können die veranschlagten Mittel für den Außenanstrich anderweitig verfügt werden. Bei der Baumaßnahme "Sanierung Rathaus" stehen nicht genügend Mittel für die Abwicklung der Arbeiten am Haupteingang, Fenster über dem Haupteingang und für die Folgearbeiten zur Verfügung.					
21.12.2004	0200	430000	<b>8800</b>	AG-Anteil zur Zusatzversicherungskasse für Beamte	<b>19.500,00 EUR</b>
Erhöhte Umlage Versorgungskasse.					

5. Nachrichtlich: Ergebnis nach herkömmlicher Haushaltsbetrachtung auf der Ebene der Einzelpläne

Einnahmen des Verwaltungshaushaltes:				
			Abweichung	
Einzel-plan	Haushalts-soll	Anordnungs-soll	AOSoll - HHSoll	
			in EUR	in %
0	2.528.300,00	1.577.031,23	-951.268,77	-37,62
1	117.100,00	132.073,17	14.973,17	12,79
2	729.800,00	760.088,81	30.288,81	4,15
3	10.000,00	9.380,00	-620,00	-6,20
4	4.586.600,00	4.558.813,27	-27.786,73	-0,61
5	510.600,00	500.973,65	-9.626,35	-1,89
6	417.100,00	418.553,95	1.453,95	0,35
7	3.009.700,00	2.574.924,75	-434.775,25	-14,45
8	180.400,00	-121.413,13	-301.813,13	-167,30
9	14.154.700,00	16.118.874,19	1.964.174,19	13,88
<b>gesamt</b>	<b>26.244.300,00</b>	<b>26.529.299,89</b>	<b>284.999,89</b>	<b>1,09</b>

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes:					
				Abweichung	
Einzel-plan	Haushalts-soll	Haushalts-reste	Anordnungs-soll	AOSoll – HHSoll	
				in EUR	in %
0	1.906.500,00	28.934,00	1.763.483,73	-171.950,27	-8,88
1	614.800,00	2.510,24	392.798,70	-224.511,54	-36,37
2	2.162.200,00	81.945,74	2.006.051,10	-238.094,64	-10,61
3	517.700,00	22.980,00	438.438,83	-102.241,17	-18,91
4	7.385.600,00	16.213,49	7.198.300,39	-203.513,10	-2,75
5	2.127.700,00	17.456,03	1.868.291,16	-276.864,87	-12,91
6	2.083.500,00	29.120,09	1.962.046,78	-150.573,31	-7,13
7	3.411.000,00	56.285,52	3.243.991,87	-223.293,65	-6,44
8	130.500,00	1.500,63	187.438,30	55.437,67	42,00
9	5.904.800,00	65.900,00	7.468.459,03	1.497.759,03	25,09
<b>gesamt</b>	<b>26.244.300,00</b>	<b>322.845,74</b>	<b>26.529.299,89</b>	<b>-37.845,85</b>	<b>-0,14</b>

# Rechenschaftsbericht der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004

<b>Einnahmen des Vermögenshaushaltes:</b>					
				<b>Abweichung</b>	
<b>Einzel-plan</b>	<b>Haushalts-soll</b>	<b>Haushalts-reste</b>	<b>Anordnungs-soll</b>	<b>AOSoll -HHSoll</b>	
				<b>in EUR</b>	<b>in %</b>
0	100,00	0,00	0,00	-100,00	-100,00
1	500,00	0,00	0,00	-500,00	-100,00
2	130.200,00	0,00	220.385,40	90.185,40	69,27
3	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	0,00	0,00	80.000,00	80.000,00	0,00
5	67.300,00	0,00	1.107.766,04	1.040.466,04	1.546,01
6	2.659.900,00	0,00	2.306.407,67	-353.492,33	-13,29
7	425.000,00	0,00	367.352,31	-57.647,69	-13,56
8	70.000,00	0,00	790.867,53	720.867,53	1.029,81
9	4.224.600,00	0,00	2.271.219,90	-1.953.380,10	-46,24
<b>gesamt</b>	<b>7.577.600,00</b>	<b>0,00</b>	<b>7.143.998,85</b>	<b>-433.601,15</b>	<b>-5,72</b>

<b>Ausgaben des Vermögenshaushaltes:</b>					
				<b>Abweichung</b>	
<b>Einzel-plan</b>	<b>Haushalts-plan</b>	<b>Haushalts-reste</b>	<b>Anordnungs-soll</b>	<b>AOSoll -HHSoll</b>	
				<b>in EUR</b>	<b>in %</b>
0	110.400,00	24.876,67	154.342,47	19.065,80	14,09
1	126.000,00	3.500,00	123.743,54	-5.756,46	-4,45
2	193.200,00	284.817,72	140.784,36	-337.233,36	-70,55
3	28.500,00	1.262,29	23.167,61	-6.594,68	-22,16
4	92.600,00	60.201,00	365.561,04	212.760,04	139,24
5	559.000,00	724.314,03	515.498,68	-767.815,35	-59,83
6	3.834.500,00	708.467,59	2.818.318,81	-1.724.648,78	-37,96
7	1.485.800,00	734.035,50	1.429.960,06	-789.875,44	-35,58
8	20.000,00	0,00	28.455,84	8.455,84	42,28
9	1.127.600,00	0,00	1.544.166,44	416.566,44	36,94
<b>gesamt</b>	<b>7.577.600,00</b>	<b>2.541.474,80</b>	<b>7.143.998,85</b>	<b>-2.975.075,95</b>	<b>-29,40</b>

## **C) Überblick über die Haushaltswirtschaft**

### **1. Allgemeines**

Die Haushaltsplanung ist und kann keine vorweggenommene Jahresrechnung sein. Die Erwartung, dass die Haushaltsansätze erfüllt werden, ist deshalb auch nur eher Wunschenken als Realität. Erfreulich ist es sicherlich, wenn sich nach Rechnungslegung herausstellt, dass Überschüsse vorhanden sind, die in den nächsten Jahren als Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Dennoch muss angestrebt werden, genauere Haushaltsansätze zu bilden, um einerseits glaubwürdig zu bleiben und andererseits mit zu hohen Ausgabeansätzen oder zu niedrigen Einnahmeansätzen den kommunalpolitischen Handlungsspielraum nicht unnötig einzuschränken.

Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden. Sowohl im Verwaltungs- wie im Vermögenshaushalt gibt es einige Gruppierungsbereiche bzw. verschiedene Haushaltsstellen innerhalb dieser Gruppierungsbereiche (siehe unter B; Punkte 1. und 2.), die immer wieder erhebliche Minderausgaben verzeichnen. Genauere Veranschlagungen würden bei den eher rückläufigen allgemeinen Deckungsmitteln, auf die die Kommunen keinen Einfluss haben, die Herstellung des Haushaltsausgleichs im Bereich Verwaltungshaushalt erleichtern. Im Vorbericht zum Haushaltsplan wurde bereits ausgeführt, wie wenig Möglichkeiten die Kommunen haben, gerade im Verwaltungshaushalt die Einnahmen zu erhöhen. Im Gegenteil, die allgemeinen Deckungsmittel, die z.B. im Rahmen des Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt werden, werden allein durch die Auswirkungen der Steuerreform voraussichtlich geringer. Nicht nur das, es fehlt mittlerweile überhaupt an einer Berechenbarkeit der Finanzausstattung. Darüber hinaus kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass in Anbetracht der Finanzsituation des Landes keine große Motivation besteht, den Kommunen die ihr verfassungsrechtlich zustehende Finanzausstattung zukommen zu lassen. Heute, so scheint es, werden die Rechtsvorschriften eher den Situationen angepasst, als dass Ursachen verändert werden. Die Kommunen können sich nicht darauf verlassen, von einer gleichbleibenden und damit berechenbaren Finanzausstattung auszugehen.

## 2. Vorschüsse und Verwahrung (auf „Ist“-Basis)

## 2.1 Vorschüsse

Am Jahresende wurden folgende Kontostände nachgewiesen:

.410101 Vorschüsse an Bedienstete	-2.040,00 Euro
.410102 Sonst. Vorschüsse – Personal und Innere Dienste	-1.200,00 Euro
.410110 Grundschule Kleibrok – Kassenvorschuss	-1.319,35 Euro
.410111 Grundschule Hahn-Lehmden – Kassenvorschuss	-4.124,04 Euro
.410112 Grundschule Wahnbek – Kassenvorschuss	-3.755,83 Euro
.410113 Grundschule Loy – Kassenvorschuss	-1.513,06 Euro
.410114 Grundschule Leuchtenburg – Kassenvorschuss	-1.790,47 Euro
.410115 Grundschule Feldbreite – Kassenvorschuss	-2.255,54 Euro
.410116 Schule für Lernhilfe (Voßbarg) – Kassenvorschuss	-372,49 Euro
.410117 Kooperative Gesamtschule – Kassenvorschuss	-9.163,24 Euro
.010404 Sonstige Vorschüsse – Fachbereich Schule, Sport und Kultur	57,37 Euro
.420201 Betriebsmittelvorschüsse	-7.140,00 Euro
.420202 Sonstige Vorschüsse – Finanzverwaltung	-1.000,02 Euro
.450321 Sonstige Vorschüsse – Ordnung	-431,12 Euro
.450601 Sonstige Vorschüsse – GB 3 (Hochbau)	-116.853,99 Euro
.060662 Bauhof	240.941,44 Euro

## 2.2 Verwahrgelder

Am Jahresende wurden folgende Verwahrbestände nachgewiesen:

.010402	Sonstige durchlaufende Gelder – Fachbereich Schule, Sport und Kultur	74,55 Euro
.020201	Allgemeine Rücklage	1.996.924,62 Euro
.420221	Müllabfuhrgebühren	-1.123,06 Euro
.050322	Fundsachen - Geldbeträge	123,21 Euro
.450323	Sonstige durchlaufende Gelder – Ordnung	-24,20 Euro
.050502	Gebühren (Anträge f. EU-Führerscheine)	504,97 Euro
.060661	Sicherheitssummen	44.258,63 Euro
.000001	Lohnsteuer	28.981,95 Euro
.000002	Kirchensteuer	125.549,11 Euro

### **3. Abgeschlossene Baumaßnahmen**

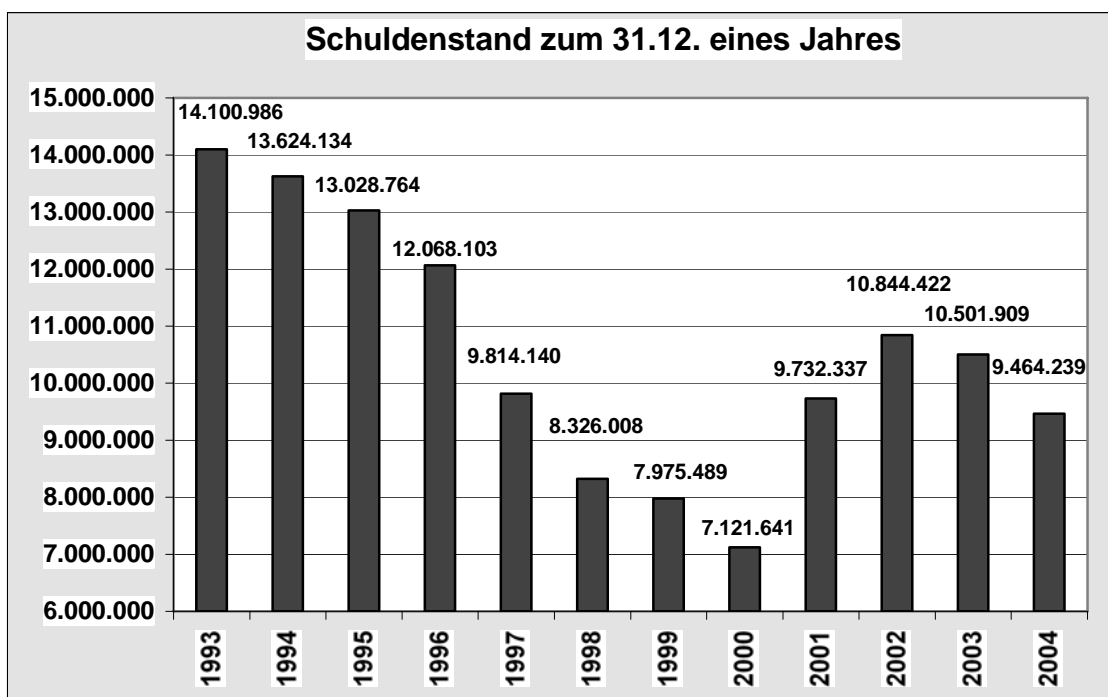
In 2004 konnten folgende bauliche Maßnahmen zum Abschluss gebracht werden:

<b>Glied.</b>	<b>Grupp.</b>	<b>Anteilsbudget</b>		<b>Bezeichnung</b>	<b>Baukosten gesamt</b>
2106	940003	2106	GS Leuchtenburg	Sanierung der Gesimse	8.644,58 €
2810	940002	2301	KGS	Sanierung Flure musisch.-techn. Ber.	30.158,66 €
2810	940006	2301	KGS	Erneuerung Fenster Altbau	59.810,36 €
4605	940000	2402	Jugendtreff Villa Hartmann	Erneuerung Fenster	12.238,83 €
4641	940000	4502	Kindergarten Voßbarg	Erneuerung Fenster / Gruppenräume	17.339,82 €
4641	940001	4502	Kindergarten Voßbarg	Einbau Verdunklungsanlagen	3.510,03 €
5700	940004	5101	Freibad Rastede	Sanierung Beckenkopf, Sprungbecken	39.325,23 €
5700	940005	5101	Freibad Rastede	Sanierung Flachdach / Umkleidebereich	20.526,23 €
5720	940008	5103	Hallenbad Rastede	Sanierung Flachdach	96.056,92 €
5720	940015	5103	Hallenbad Rastede	Modernisierung Sauna	55.534,21 €
5651	940000	5301	Sporthalle Kleibrok	Sanierung Dusch- u. Umkleideräume	57.590,96 €
5656	940001	5306	Sporthalle Feldbreite	Sanierung nach Brandschaden	2.210.572,89 €
5656	940000	5306	Sporthalle Feldbreite	Sanierung Flachdach Verbindungsgang zur Sporthalle	17.149,66 €
6700	940000	6101	Straßen	Erweiterung Straßenbeleuchtung	73.794,79 €
6310	950042	6101	Straßen	Dorfplatz Wahnbek	33.841,10 €
5607	940003	6201	Park- und Gartenanlagen	Flutlichtanlage Rennplatz	49.631,92 €
7020	950042	7100	Schmutzwasser	Schmutzwasserkanal - Verlängerung Nethener Weg	16.679,42 €
7130	950031	7200	Regenwasser	Regenwasserkanal - Sanierung Voßbarg	45.854,01 €
0200	940001	8800	Organisation	Sanierung Rathaus (Türanlage, Fenster)	89.732,21 €

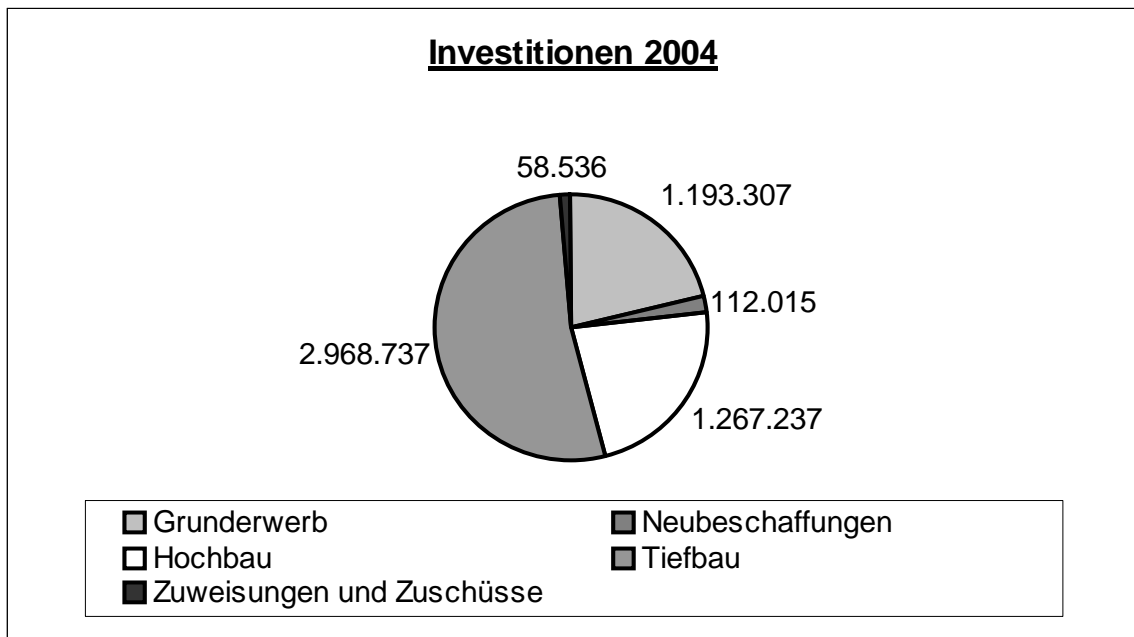
#### 4. Schlussbemerkung

Bei einem ausgeglichenen Verwaltungshaushalt hat der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 lediglich eine Pflichtzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt i. H. v. 592.800,00 Euro ausgewiesen. Im Ergebnis konnte in der Jahresrechnung allerdings eine Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. 1.822.022,85 Euro ausgewiesen werden. Im Vermögenshaushalt wurde zur Vermeidung einer Kreditaufnahme im investiven Bereich von der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt ein Betrag i. H. v. 1.318.426,85 Euro verwendet, so dass der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis insgesamt 503.596,00 Euro zugeführt werden konnten.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2004 hatte eine Kreditaufnahme i. H. v. insgesamt 2.722.300 Euro vorgesehen. Davon sollten 177.000 Euro auf die Kreisschulbaukasse entfallen. Hier sind 2.900,00 Euro in Anspruch genommen worden. Eine Kreditaufnahme am Kreditmarkt war dagegen in 2004 nicht erforderlich. Unter Berücksichtigung der Neuverschuldung in 2004 i. H. v. 2.900,00 Euro konnte der Schuldenstand im Laufe des Jahres um 1.037.670,44 Euro auf 9.464.239,02 Euro reduziert werden.



Trotz einer negativen Nettoneuverschuldung i. H. v. 1.037.670,44 Euro weist der Vermögenshaushalt in 2004 ein Investitionsvolumen i. H. v. 5.599.832,41 Euro aus. Allein im Bereich Tiefbau beträgt das Ausgabevolumen insgesamt 2.968.737,23 Euro. Zudem wurden weitere 1.267.236,73 Euro für Baumaßnahmen im Bereich Hochbau investiert. Für den Erwerb von Grundstücken wurden insgesamt 1.193.306,92 Euro verausgabt.



Auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Ausführungen über die Haushaltswirtschaft des Jahres 2004 (siehe unter C; Nr. 1) stellt sich für die Gemeinde Rastede im Fazit das Gesamtergebnis der Jahresrechnung 2004 positiv dar. Diese Aussage gilt umso mehr, als die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zufriedenstellend sind.

Rastede im Juli 2006

**gez. Decker**

Decker

- Bürgermeister -

## **Bericht**

**des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland  
über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede  
für das Haushaltsjahr  
2004**

**endgültige Fassung vom 07.09.2006**

		<b>Seite</b>
	<b><u>Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkungen</u></b>	
<b>01</b>	Die Haushaltsveranschlagungen bezüglich der Inneren Verrechnungen (Kostenverrechnung Budget 80) sind nachhaltig dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.	<b>08</b>
<b>02</b>	Die Veranschlagungen für den Bereich des Investitionshaushalts sind sorgfältiger und bedarfsgerechter, bei erheblichem Veränderungsbedarf im Rahmen eines Nachtragsplanes vorzunehmen.	<b>08</b>
<b>03</b>	Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung wurde vom Bürgermeister festgestellt, obwohl noch nicht alle erforderlichen Bestandteile und Anlagen vorlagen.	<b>13</b>
<b>04</b>	Der als Anlage der Jahresrechnung beigelegte Rechenschaftsbericht entspricht nicht vollständig den gesetzlichen Vorschriften.	<b>13</b>
<b>05</b>	Die Haushaltsansätze für die bauliche Unterhaltung sowie die Mittelübertragungen sind realistischer zu ermitteln.	<b>15</b>
<b>06</b>	Die Bildung eines Haushaltsausgaberestes für Kreditmarktzinsen in Höhe von 60.000,00 € wurde vorgenommen, obwohl eine konkrete Zahlungsverpflichtung hierfür nicht vorlag.	<b>15</b>
<b>07</b>	Die Mittelübertragungen für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen sind bedarfsgerechter vorzunehmen.	<b>16</b>
<b>08</b>	Es ist sicherzustellen, dass die Bearbeitung von Stundungsfällen ausnahmslos entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den vom Gemeinderat dazu erlassenen Regelungen (Dienstanweisung und Richtlinien) vorgenommen wird.	<b>23</b>
<b>09</b>	Die Jahresabschlussunterlagen des Bauhofes sind als besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde beizufügen.	<b>25</b>
<b>10</b>	Bezüglich des Abschlussergebnisses des Bauhofes ist entsprechend den Vorschriften der EinrVO-Kom zu verfahren. Für die zurückliegenden Jahre ab 2003 ist eine nachträgliche Beordnung vorzunehmen.	<b>25</b>
<b>11</b>	Für die Verlängerung des Maklervertrages zur Abwicklung der Versicherungsaufgaben der Gemeinde Rastede wurde nicht die Zustimmung des VA eingeholt.	<b>26</b>
<b>12</b>	Für die Vorschussbuchungen sind entsprechende Vorschusskonten einzurichten.	<b>28</b>
<b>13</b>	Für die ohne Rechtsgrundlage in Vorleistung übernommene Zahlungsverpflichtung für eine Privatperson in Höhe von 41.047,70 € ist die Gemeinde ein finanzielles Risiko eingegangen. Es ist dadurch ein Zinsgewinn für den Zeitraum von 80 Tagen entgangen.	<b>28</b>
<b>14</b>	Der dem Haushaltsplan beigelegte Beteiligungsbericht entspricht nicht vollständig den Vorgaben des § 116 a NGO.	<b>29</b>
<b>15</b>	Die Verwaltung muss sich mit Nachdruck darum bemühen, die Fertigstellung der Jahresrechnungen künftig zum 31.03. des Folgejahres zu gewährleisten.	<b>34</b>

## **1. Vorbemerkungen**

### **1.1 Prüfungsauftrag**

Der Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede ergibt sich aus § 67 Abs. 2 NLO in Verbindung mit § 120 Abs. 2 NGO.

### **1.2 Prüfungszeit/Prüfer**

Die Jahresrechnung wurde in der Zeit vom 23.05. bis 06.07.2006 (mit Unterbrechungen) geprüft. Als Prüfer war KOAR Frerichs tätig.

Der Verwaltung wurde am 26.07.2006 ein Entwurf des Prüfungsberichtes zugesandt. Eine Schlussbesprechung fand am 06.09.2006 statt.

### **1.3 Jahresrechnung 2003**

Der Rat der Gemeinde Rastede hat am 13.12.2005 die Jahresrechnung 2003 ohne weitere Aussprache gemäß § 101 Abs. 1 NGO beschlossen und dem Bürgermeister gleichzeitig die Entlastung erteilt.

Das vorgeschriebene Verfahren (aufsichtsbehördliches Anzeigeverfahren, öffentliche Bekanntmachung und Auslegung der Jahresrechnung einschließlich Rechenschaftsbericht, Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und Stellungnahme des Bürgermeisters) wurde eingehalten. Das Haushaltsjahr 2003 ist damit abgeschlossen.

### **1.4 Prüfungsunterlagen für die Prüfung der Jahresrechnung 2004**

Die Gemeinde hat die notwendigen Prüfungsunterlagen erst Ende April 2006 fertig gestellt. Aus diesem Grunde konnte die Prüfung seitens des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) nicht so zeitgemäß durchgeführt werden, um die Beschlussfassung des Rates über die Jahresrechnung sowie über die Entlastungserteilung entsprechend § 101 Abs. 1 NGO (bis spätestens 31.12.2005) zu ermöglichen.

Zu Beginn der Prüfung konnten dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) die zur Prüfung vorgeschriebenen Unterlagen, mit Ausnahme des Rechenschaftsberichtes, vollständig vorgelegt werden. Der Rechenschaftsbericht wurde erst am 12.07.2006 vorgelegt.

Das Rechnungsprüfungsamt weist in diesem Zusammenhang erneut auf § 100 Abs. 2 NGO hin, wonach die Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen ist.

### **1.5 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang**

Die Prüfung der Jahresrechnung erstreckte sich auf Teilbereiche. Sie umfasste das Haushaltsjahr 2004 und wurde auf frühere Haushaltsjahre oder bis zum Prüfungszeitpunkt ausgedehnt, wenn es zur Vervollständigung des Sachverhalts notwendig war oder insbesondere aufgrund einer zeitnahen Prüfung für erforderlich gehalten wurde. Kassenvorgänge und Belege wurden im Rahmen der Prüfung stichprobenweise geprüft.

Der Verwaltung wurden während der Prüfungstätigkeiten aufgrund aktueller Anlässe Hinweise und Empfehlungen gegeben. Etwaige Feststellungen von geringer Bedeutung wurden mit den Bediensteten besprochen und nicht mit in den Prüfungsbericht aufgenommen.

Soweit eine Prüfung stattfand, hat das RPA entsprechend § 120 Abs.1 NGO darauf geachtet, ob

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt worden sind,
- bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- das Vermögen richtig nachgewiesen worden ist.

#### **Vorbemerkung:**

Der Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2003, der aufgrund der späten Fertigstellung der Rechnungsunterlagen erst im Jahre 2005 verfasst werden konnte, enthält etliche Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen. Hierauf konnte die Verwaltung im jetzt geprüften Rechnungsjahr 2004 noch nicht reagieren, d. h., dass die aufgezeigten Feststellungen im Haushaltsjahr 2004 noch nicht bzw. noch nicht vollständig beordnet sind. Das RPA hat daher in diesem Bericht zu diesen Punkten nur in den Fällen erneut Stellung genommen, wenn dies für den Gemeindehaushalt bzw. für die Abwicklung der finanziellen Vorgänge der Gemeinde von besonderer Bedeutung ist.

## **2. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2004**

### **2.1 Haushaltssatzung**

Der Rat der Gemeinde Rastede hat die Haushaltssatzung am 02.12.2003 beschlossen. Eine Nachtragssatzung wurde nicht erlassen.

Das Verfahren nach § 86 Abs. 2 NGO (Genehmigung, öffentliche Bekanntmachung, Auslegung) wurde beachtet. Die Haushaltssatzung ist nach Beendigung der öffentlichen Auslegung **am 28.02.2004 rechtswirksam** geworden.

Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung (§ 84 Abs. 4 NGO) war nach den Vorschriften für die **vorläufige Haushaltsführung** nach § 88 NGO zu verfahren.

### **2.2 Haushaltsplan**

Der Haushaltsplan schloss in Einnahmen und Ausgaben wie folgt ab:

<b>Verwaltungshaushalt</b>	<b>=</b>	<b>26.244.300,00 €</b>
----------------------------	----------	------------------------

<b>Vermögenshaushalt</b>	<b>=</b>	<b>7.577.600,00 €</b>
--------------------------	----------	-----------------------

Die Vorschrift des § 82 Abs. 3 NGO, wonach der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll, wurde damit erfüllt.

Die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes gem. § 84 Abs. 3 NGO ist nicht erforderlich. Dennoch besteht seitens der Gemeinde die Absicht, die beschlossenen Einzelmaßnahmen des Konsolidierungskonzeptes aus dem Vorjahr abzuarbeiten, um nachhaltig die finanzielle Situation der Gemeinde durch strukturelle Veränderungen zu verbessern. Über den aktuellen Stand der Umsetzung soll den Gremien jeweils gesondert berichtet werden.

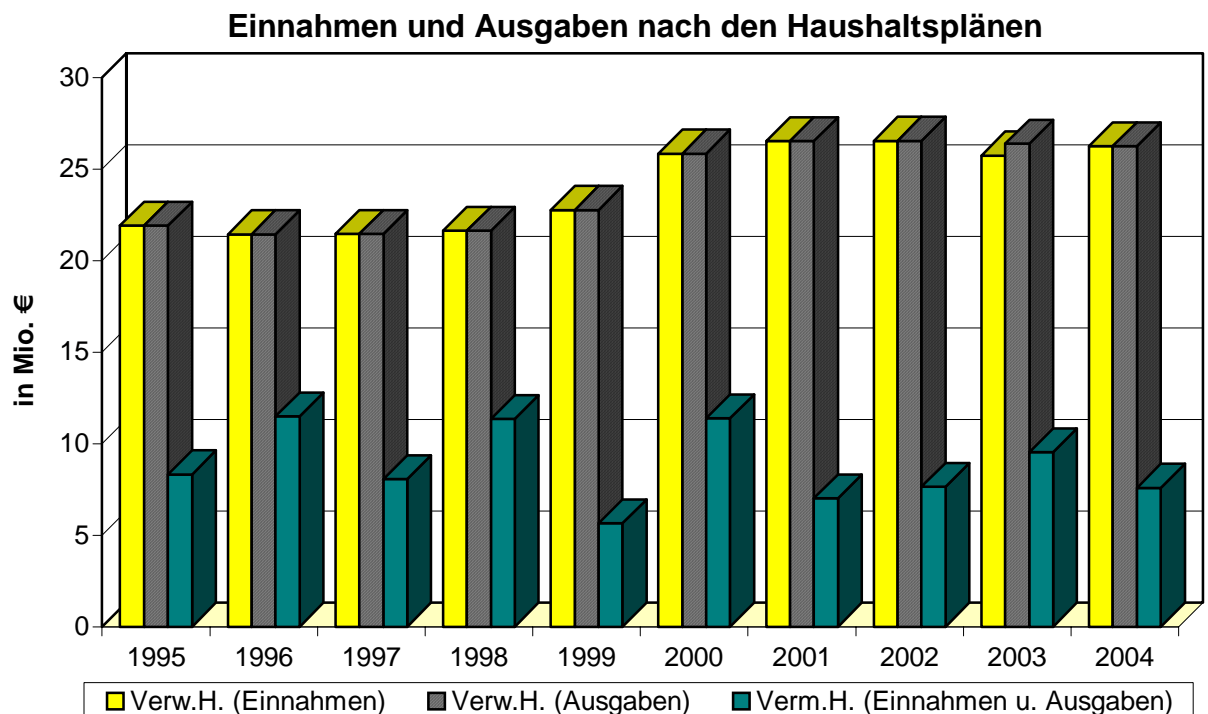
Die **Bestandteile** des Haushaltsplanes und die Pflichtanlagen (§ 2 GemHVO) sind vorhanden.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 wurde weiterhin in budgetierter Form (8 Budgets) aufgestellt. Sammelnachweise wurden im Zusammenhang mit der Aufstellung der Budgets nicht eingerichtet.

Der budgetierte Haushaltsplan der Gemeinde wurde mit einem hauseigenen EDV-Programm aus dem nach § 5 GemHVO und dem verbindlich vorgeschriebenen Gliederungs- und Gruppierungsplan zu erstellenden Haushaltsplan entwickelt.

Anhand einer Überprüfung konnte festgestellt werden, dass alle im Rahmen des UVN-Fin-Verfahrens erfassten Haushaltsdaten vollständig in das Budgetprogramm übernommen worden sind. Der in Budgetform erstellte und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegte Haushaltsplan enthielt demnach alle erforderliche Haushaltszahlen.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes der Jahre 1995 bis 2004 (Stand jeweils Haushaltsplan bzw. letzter Nachtragsplan) wird mit der nachstehenden Grafik verdeutlicht:



## 2.3 Finanzplan/Investitionsprogramm

Der erstellte Finanzplan (§ 90 Abs. 1 NGO) umfasst die **Planungsjahre 2003 bis 2007**. Für die Planungsjahre 2003 und 2004 konnten die Einnahmen und Ausgaben im **Verwaltungshaushalt** noch ausgeglichen werden. Für die Jahre 2005 und 2006 ergaben sich jährlich strukturelle Defizite (310 T€ und 110 T€). Im letzten Planungsjahr 2007 kann der vorher aufgelaufene Gesamtfehlbetrag um 17 T€ auf 403 T€ verringert werden.

Inzwischen liegt das Abschlussergebnis für den Verwaltungshaushalt 2005 vor. Danach ergibt sich gegenüber der Finanzplanung eine erhebliche Verbesserung. Statt des erwarteten Defizits von 310 T€ beläuft sich der Überschuss (= Nettorate) auf rd. 1,98 Mio. €. Auch für das Planungsjahr 2006 zeichnet sich nach der augenblicklichen Entwicklung eine Verbesserung ab, so dass **für den Zeitraum bis 2007 kaum Fehlbeträge** im Verwaltungshaushalts **zu erwarten** sein dürften.

Der **Vermögenshaushalt** ist für den Planungszeitraum in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen, wobei für die nachstehend genannten Haushaltsjahre folgender Kreditbedarf ausgewiesen wurde:

**2004** = 2,722 Mio. €, **2005** = 3,227 Mio. €, **2006/2007** = jew. 0,150 Mio. €

Der Rat hat in der Sitzung am 02.12.2003 das Investitionsprogramm 2003 bis 2007 beschlossen und von der Finanzplanung 2003 bis 2007 Kenntnis genommen.

Nach Abzug der in der Finanzplanung ausgewiesenen Tilgungsleistungen hätte sich danach bis zum Ende des Planungszeitraums eine **Neuverschuldung von rd. 3,6 Mio. €** ergeben. Tatsächlich wurde für das abgeschlossene Haushaltsjahr lediglich ein KSBK-Darlehen in Höhe von 2.900,00 € aufgenommen. Darüber hinaus konnte eine Sondertilgung über rd. 510.000,00 € vorgenommen werden, so dass sich bereits mit diesem Jahresabschluss eine **deutlich positivere Schuldenentwicklung** ergibt.

## 2.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen (VE) wurde vom Rat durch § 3 der Haushaltssatzung auf **4.170.000 €** festgesetzt. Auf die gem. § 2 Abs. 2 GemHVO dem Haushaltsplan (Seite 132/133) beigefügte Übersicht (Einzeldarstellung) wird verwiesen.

Nach der der Jahresrechnung gemäß § 40 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO beizufügenden Übersicht ist festzustellen, dass die VE durch erteilte Aufträge lediglich mit einer Gesamtsumme von 743.087,00 € in Anspruch genommen wurden (17,8 %).

Die Summen der einzelnen VE wurden zwar bei den entsprechenden Haushaltsstellen in das UVN-Fin.Finanzprogramm eingegeben, die Inanspruchnahme der VE durch Auftragserteilungen hier jedoch nicht erfasst. Eine elektronische Überwachung bzw. Kontrolle fand demnach nicht statt. Die nach § 26 GemHVO vorgesehene Überwachung der VE obliegt nach Auskunft des Servicebereichs Haushalt und Finanzen den bewirtschaftenden Stellen.

### **Erneute Empfehlung:**

Die jeweiligen Bewirtschaftungsstellen sollten die Inanspruchnahme bzw. die Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen am Jahresende schriftlich darstellen und begründen. Diese Meldungen sollten dann als Erläuterungen dem Rechenschaftsbericht beigefügt werden.

## 2.5 Veranschlagung

Nach § 7 Abs. 1 GemHVO sind die Einnahmen und Ausgaben nur in Höhe der im Haushaltsjahr voraussichtlich eingehenden oder zu leistenden Beträge zu veranschlagen; sie sind sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht konkret ermittelt werden können.

### 2.5.1 Einhaltung der Haushaltsansätze

Gem. § 85 Abs. 1 NGO enthält der Haushaltsplan alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich

- eingehenden Einnahmen und
- zu leistenden Ausgaben.

Der **Haushaltsplan ist die Grundlage** für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden. Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften **für die Haushaltsführung verbindlich** (§ 85 Abs. 3 NGO).

In der Kommentierung von „Lüersen/Neuffer“ zur NGO (Praxis der Gemeindeverwaltung) wird hierzu folgendes ausgeführt:

„Der einmal nach § 40 Abs. 1 Nr. 8 vom Rat festgesetzte und bekannt gemachte Haushaltsplan **ermächtigt und bindet**

- **die gemeindliche Vertretungskörperschaft und**
- **die Verwaltung**

**bei der Haushaltsausführung“.**

Ein Vergleich des vom Rat verabschiedeten Haushaltssolls (Planansatz) mit dem von der Verwaltung tatsächlich ausgeführten lfd. Anordnungssoll (**ohne Haushaltsreste**) ist aus den folgenden Tabellen ersichtlich (Darstellung nur der Salden von den Mehr-/Mindereinnahmen/-ausgaben und der Abweichungen in % vom Ansatz):

Im Rechenschaftsbericht sind die Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen auf den Seiten 12 bis 31 dargestellt und weitestgehend begründet.

#### 2.5.1.1 Verwaltungshaushalt

	Einnahmen in €	Abweichung	Ausgaben in €	Abweichung
Haushaltsansatz	26.244.300,00		26.244.300,00	
lfd. Anordnungssoll	26.919.619,13		26.051.760,53	
<b>Saldo</b>	<b>675.319,13</b>	<b>2,57%</b>	<b>-192.539,47</b>	<b>-0,73%</b>

Die prozentualen Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben des **Verwaltungshaushalts** lassen - auf das Gesamtergebnis bezogen - zunächst auf eine relativ hohe Planungsgenauigkeit schließen. Die Auswertung der Jahresrechnung ergab jedoch, dass weiterhin **bei einer Vielzahl von Haushaltsstellen erhebliche Abweichungen** der Jahresergebnisse von den Planzahlen aufgetreten sind. Im Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2003 waren hierzu umfangreiche Anmerkungen bzw. Feststellungen enthalten. Da die Prüfung der Jahresrechnung 2003 erst im Jahre 2005 durchgeführt werden konnte, wurden lt. Stellungnahme des Bürgermeisters vom 11.08.2005 die bewirtschaftenden Stellen der Gemeindeverwaltung erst im Zusammenhang mit den Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2006 ausdrücklich auf die Beachtung der Veranschlagungsgrundsätze gem. § 85 NGO

und § 7 GemHVO hingewiesen. Somit konnten für die jetzt geprüfte Jahresrechnung des Haushaltsjahr 2004 noch keine Änderungen erwartet werden.

Für den nachfolgenden Bereich wurde die Prüfung auf die Haushaltsjahre 2005 und 2006 ausgedehnt. Auf die hier getroffenen Feststellungen wird besonders hingewiesen:

### Verrechnung der Kosten des Budgets 80 - Service

Die Haushaltsveranschlagungen für diesen Zweck wirken sich nicht auf das Gesamtergebnis der Finanzwirtschaft der Gemeinde aus. Mit den Verrechnungen (Einnahme- und Ausgabeveranschlagungen und -buchungen gleichen sich innerhalb des Gemeindehaushalts aus) soll ein Beitrag zur Kostentransparenz geleistet werden, indem dargestellt wird, wer die eigentlichen Kostenverursacher verschiedener Leistungen sind, die von den sogen. „Service-Bereichen“ (Personal, Allg. Finanzen, Bauwesen, Planung, Liegenschaften u. a.) erbracht werden.

Wenn sich auch keine direkten Auswirkungen auf das Gesamtergebnis der Gemeindefinanzwirtschaft ergeben, sollten dennoch auch diese Plandaten realistischer angesetzt werden; dem Gemeinderat wird durch den vorgelegten Haushaltsplan **ein falsches Bild der finanziellen Anforderungen/Ergebnisse einzelner Aufgaben- und Verwaltungsbereiche vermittelt**. Darüber hinaus werden die Verrechnungskosten auch für die Bemessung von Gebühren und Beiträgen berücksichtigt, wodurch sich bei Berücksichtigung der zu hohen Planzahlen **für die Gebühren- bzw. Beitragszahler evtl. zu hohe Belastungen** ergeben können.

Nachstehend werden die Gesamtergebnisse der Verrechnungskosten für die Haushaltsjahre 2003 bis 2006 sowie einige Einzelergebnisse aufgelistet, die insbesondere darstellen sollen, in welchem Maße in einigen Bereichen die endgültigen Ergebnisse lt. Jahresrechnung (JR) von den Planzahlen abweichen:

	Hj. 2004				Hj. 2005				Hj. 2006
	Hpl.	JR	+/- in €	+/- in %	Hpl.	JR	+/- in €	+/- in %	Hpl.
- Beträge in Tausend Euro -									
<b>Ausgaben:</b>									
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.875</b>	<b>1.793</b>	<b>-1.082</b>	<b>-37,6%</b>	<b>2.841</b>	<b>2.101</b>	<b>-740</b>	<b>-26,0%</b>	<b>2.889</b>
<b>darin enthalten:</b>									
a) KiGa Mühlenstraße	<b>162</b>	103	-59	-36,4%	<b>166</b>	118	-48	-28,9%	<b>169</b>
b) KiGa Voßbarg	<b>101</b>	64	-37	-36,6%	<b>104</b>	76	-28	-26,9%	<b>109</b>
c) KiGa Neusüdende	<b>77</b>	54	-23	-29,9%	<b>77</b>	53	-24	-31,2%	<b>82</b>
d) KiGa Loy	<b>64</b>	36	-28	-43,8%	<b>63</b>	48	-15	-23,8%	<b>71</b>
h) Regenwasserbeseit.	<b>109</b>	32	-77	-70,6%	<b>126</b>	33	-93	-73,8%	<b>115</b>
<b>Summe a) - h)</b>	<b>513</b>	289	-224	-43,7%	<b>536</b>	328	-208	-38,8%	<b>546</b>
<b>Einnahmen:</b>									
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.875</b>	<b>1.793</b>	<b>-1.082</b>	<b>-37,6%</b>	<b>2.841</b>	<b>2.101</b>	<b>-740</b>	<b>-26,0%</b>	<b>2.889</b>
<b>darin enthalten:</b>									
Finanzverwaltung	914	139	-775	-84,8%	868	594	-274	-31,6%	888

- 01** Auch wenn sich die Summe der Abweichungen im Haushaltsjahr 2005 insgesamt verringert, ergibt sich bei einigen Bereichen keine nennenswerte Verbesserung. Anhand der für das Haushaltsjahr 2006 weiter erhöhten Veranschlagungen dürfte sich auch dort keine wesentliche Veränderung ergeben. Aus diesem Grunde sieht sich das RPA veranlasst, in diesem Prüfungsbericht **erneut auf die Bedeutung** dieser Verrechnungsvorgänge **für den Gemeindehaushalt hinzuweisen**.

Dem Gemeinderat sollte für seine Beschlussfassung mit dem jeweiligen Haushaltsplan ein möglichst realistisches Bild des Finanzbedarfs aller Aufgabenbereiche vorgelegt werden. Zusätzlich sollten sich die Gebühren- und Beitragsbemessungen an wirklichkeitsnahen Kostenermittlungen orientieren. Deshalb wird es für erforderlich gehalten, auch die Verrechnungen des Budgets 80 **nachhaltig dem tatsächlichen Bedarf anzupassen**.

Nach Auffassung des RPA sind hierbei die Zinsaufwendungen für Kredite nicht einzubeziehen, da sie nicht der Aufgabenerledigung der im Budget 80 ausgewiesenen Verwaltungsbereiche dienen (die Zinsaufwendungen entstehen ausschließlich aus der Fremdfinanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen).

Im Übrigen wird auf die weiteren Ausführungen in dem Vorjahresbericht verwiesen.

#### 2.5.1.2 Vermögenshaushalt

Im **Vermögenshaushalt** fallen die Abweichungen im Gesamtergebnis zwischen den angeordneten Einnahmen/Ausgaben (ohne Haushaltsreste) im Verhältnis zum Haushaltsansatz deutlich höher aus.

	Einnahmen in €	+/- in v.H.	Ausgaben in €	+/- in v.H.
Haushaltsansatz	7.577.600,00		7.577.600,00	
lfd. Anordnungssoll	7.189.143,60		5.457.794,20	
<b>Saldo</b>	<b>-388.456,40</b>	<b>-5,13%</b>	<b>-2.119.805,80</b>	<b>-27,97%</b>

Aus einer hohen Anzahl von Mehreinnahmen und Minderausgaben aus allen Bereichen hat sich in diesem Teilhaushalt eine **Verbesserung** in Höhe von **rd. 3,6 Mio. €** ergeben. Davon entfallen 1,2 Mio. € auf eine höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt. Dadurch war es möglich, auf vorgesehene Krediteinnahmen in Höhe von rd. 2,7 Mio. € zu verzichten und eine Kredit-Sondertilgung in Höhe von rd. 0,5 Mio. € vorzunehmen. Zusätzlich konnte auch der Bestand der Allgemeinen Rücklage um rd. 0,4 Mio. € aufgestockt werden.

- 02** Aufgrund der **Vielzahl** und **zum Teil in erheblicher Höhe aufgetretenen Planabweichungen** wird Veranlassung gesehen, erneut darauf hinzuweisen, dass eine **sorgfältigere und bedarfsgerechtere Haushaltsveranschlagung** für den Bereich des Investitionshaushalts (Einzelpläne 0 - 8) oder die Erstellung eines Nachtragsplanes für **unabdingbar** gehalten wird.

Eine Auswertung der Haushaltsrechnung in den **Einzelplänen 0 bis 8** ergab folgendes Ergebnis:

	Einnahmen in €	+/- in v.H.	Ausgaben in €	+/- in v.H.
- a -	- b -	- c -	- d -	- e -
Haushaltsansatz	3.353.000,00		6.450.000,00	
lfd. Anordnungssoll	4.917.924,00		3.913.628,00	
<b>Saldo</b>	<b>1.564.924,00</b>	<b>46,7%</b>	<b>-2.536.372,00</b>	<b>-39,3%</b>

Hier wird deutlich, welches Ausmaß die Abweichungen zwischen der eigentlichen Haushaltsplanung und der „Ausführung“ dieses Planes darstellen: die **Einnahmen** liegen um **46,7 % höher**, die **Ausgaben** um **39,3 % niedriger** als das Planungssoll.

Folgende Ausführungen sollen Besonderheiten hervorheben:

- a) Die verschiedenen Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2004 wurden über insgesamt **270 Haushaltsstellen (HHSt.)** abgewickelt.
- b) Bei **144 HHSt. (53 %)** wurden **erhebliche Abweichungen** von den Haushaltsveranschlagungen bzw. vom Haushaltsplan festgestellt.
  - ba) Hierbei wurden mit **56 HHSt. (= 21 %)**, die im Haushaltsplan nicht enthalten waren oder für die **keine Veranschlagungen** vorgesehen waren, insgesamt  
**1.240 T€ an Einnahmen** und  
**951 T€ an Ausgaben** abgewickelt.
  - bb) Bei **11 Einnahme-HHSt.** wurde bei veranschlagten Mitteln von 1.044 T€ ein Anteil von **68 %** oder 708 T€ **nicht beansprucht**, weitere **5 Einnahme-HHSt.** mit einem Haushaltssoll von 1.196 T€ wurden dagegen **um 25 %** oder 301 T€ **überschritten**.
  - bc) Bei **34 Ausgabe-HHSt.** mit einem Haushaltssoll von 3.350 T€ wurden unter Einbeziehung der HAR insgesamt **53 % (= 1.790 T€) nicht benötigt**, weitere **20 Ausgabe-HHSt.** mit einem Haushaltssoll von 241 T€ wurden **um 150 %** oder 362 T€ **überschritten**.
  - bd) Weiterhin wurden bei **18 Ausgabe-HHSt.**, für die aus dem Vorjahr **Haushaltsausgabereste** in Höhe von 488 T€ übertragen worden sind, Mittel in Höhe von **308 T€ (= 63 %) nicht in Anspruch genommen**.

#### **Zusammenfassende Bewertung zu Ziffer 2.5.1 - Einhaltung der Haushaltsansätze:**

Zwischen dem vom Rat in seiner Sitzung am 02.12.2003 beschlossenen Haushaltsplan und der jetzt geprüften Haushaltsrechnung ergeben sich **in weiten Teilen kaum Bezugspunkte**. Von einer Ausführung des Haushaltsplans kann daher kaum noch gesprochen werden. Auch wenn sich bei einer augenblicklichen positiven finanzwirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinde der Haushaltsausgleich problemlos sichern lässt, sollte das nicht dazu führen, dass **abseits der beschlossenen** und von der Kommunalaufsicht genehmigten **Haushaltssatzung** in großem Umfang neue Maßnahmen abgewickelt oder geplante Aufgaben bzw. Maßnahmen in gänzlich anderem Ausmaß zur Ausführung kommen. Ergeben sich Änderungen oder neue Zielsetzungen innerhalb eines Jahres in einem erheblichen Umfang, ist im Rahmen eines **Nachtragsplanes** eine entsprechende Beordnung vorzunehmen (§ 87 Abs. 2 NGO). Nur damit bleibt gewährleistet, dass die Finanzwirtschaft der Gemeinde auch für den Finanzplanungszeitraum einer erneuten umfassenden Prüfung oder Kontrolle (Be-

standsaufnahme) hinsichtlich der dauernden Leistungsfähigkeit unterworfen wird, um eine stetige Aufgabenerfüllung zu sichern (§ 82 NGO).

Es wird für erforderlich gehalten, die Ursachen für diese umfangreichen Planabweichungen bzw. Neuplanungen im Einzelfall zu hinterfragen, um die Gründe und evtl. Verantwortlichkeiten hierfür festzustellen. Nur wenn die Ursachen hierfür erkennbar werden, wird es möglich sein, zu verlässlicheren Planungen zu kommen, bei der insbesondere die grundlegende Bedeutung des **Budgetrechts des Rates** (§ 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO) gesichert bleibt.

## 2.5.2 Haushaltsvermerke

Mit Vermerken zur Deckungsfähigkeit (§§ 17 und 18 GemHVO) innerhalb der Anteilsbudgets bzw. Teilbudgets (§ 8 Abs.3 GemHVO) und gesondert für die Personalausgaben sowie mit Übertragbarkeitsvermerken (§§ 8 Abs. 3 und 19 Abs. 2 GemHVO) sind die Möglichkeiten für eine flexible Mittelbewirtschaftung geschaffen worden (siehe Haushaltsplan 2004 Seiten 48 bis 64 - Personalkosten - und Seiten 30 bis 34 - Regelungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes, Ziffern 5., 6., 7. und 9 -).

## 2.6 Kassenkredite und Kassenliquidität

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde laut § 4 der Haushaltssatzung auf **1,5 Mio. €** festgesetzt.

Die Kassenliquidität konnte im Haushaltsjahr 2004 während des gesamten Jahres durch eigene Mittel sichergestellt werden. Die Aufnahme äußerer Kassenkredite wurde nicht erforderlich. Demzufolge fielen hierfür keine Zinsausgaben an.

Verfügbare Mittel, die zur Abdeckung von Zahlungsverpflichtungen vorübergehend nicht benötigt wurden, sind als Festgelder angelegt worden. Hieraus, sowie aus der Guthabenverzinsung für das Girokonto bei der Raiba konnten **Zinseinnahmen** in Höhe von insgesamt **rd. 71 T€** verbucht werden.

## 2.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement

### 2.7.1 Kreditermächtigung

Um bezüglich der Kreditwirtschaft der kommunalen Körperschaften ein marktgerechtes Verhalten zu ermöglichen, kann es nach dem

Runderlass des Niedersächsischen Innenministeriums vom 08.11.1993 (Krediterlass)

„unbeanstandet bleiben, wenn die nach § 63 Abs. 2 NGO berechtigten Personen (Bürgermeister) vom Rat ermächtigt werden, Darlehensverträge abzuschließen,

- aber zuvor der Rat die Kreditaufnahme beschlossen hat und
- diese **mindestens** durch folgende Merkmale hinreichend konkretisiert worden ist:
  - **Gesamtbetrag** entsprechend dem geschätzten Bedarf,
  - **Höchstzinssatz,**
  - **Maximale Laufzeit.**

Der Rat **muss** sich vorbehalten, **in der nächsten Sitzung** über den Abschluss des Darlehensvertrages **unterrichtet** zu werden.

In Ausführung dieses Beschlusses ist unter Beachtung der genannten Vorgaben des Rates entsprechend dem jeweiligen Kreditbedarf zu **den jeweils günstigsten Konditionen** der Darlehensvertrag abzuschließen.

Dieses Verfahren stellt sicher, dass die **Entscheidungsbefugnis** über die Aufnahme eines Kredites **dem Rat verbleibt**, andererseits auf zeitlich begrenzte Angebote reagiert werden kann.“

Für das Haushaltsjahr 2004 wurde ein derartiger Beschluss vom Gemeinderat nicht gefasst. Bei Aufnahme eines Kredites wäre dann ein gesonderter Einzelbeschluss erforderlich geworden.

## 2.7.2 Kreditaufnahmen

Gemäß § 92 Abs. 1 NGO dürfen Kredite nur unter der Voraussetzung des § 83 Abs. 3 NGO (Kreditaufnahme nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre = Subsidiaritätsgrundsatz) im Vermögenshaushalt und nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufgenommen werden.

Im Haushaltsjahr 2004 überstiegen die Einnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Epl. 0 – 8) sowie die sonstigen vorrangigen Einnahmen (FAG-Investitionszuweisung, Nettorate, Darlehensrückflüsse) die Summe aller Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Somit ergab sich für dieses Haushaltsjahr **kein Kreditbedarf**.

Die Kreditermächtigung und tatsächliche Inanspruchnahme bzw. deren Abwicklung stellte sich im Haushaltsjahr wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
Kreditermächtigung lt. Haushaltssatzung	2.722.300,00
Haushaltseinnahmerest (HER) aus 2003	0,00
<b>Gesamtkreditermächtigung</b>	<b>2.722.300,00</b>
Abgänge auf HER 2003	0,00
<b>verbleibende Kreditermächtigung für 2004</b>	<b>2.722.300,00</b>
abzügl. Kreditaufnahme von der Kreisschulbaukasse	2.900,00
abzügl. Kreditaufnahme vom Kreditmarkt	0,00
<b>Restbetrag Kreditermächtigung</b>	<b>2.719.400,00</b>
davon Übertrag nach 2005 (HER)	0,00
<b>verbleibender Restbetrag</b>	<b>2.719.400,00</b>

Die Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2004 wurde damit nur mit einem sehr geringen Anteil in Anspruch genommen.

Die Kreditaufnahme aus der Kreisschulbaukasse, die getätigt wurde, obwohl sich für das Haushaltsjahr 2004 kein Kreditbedarf ergeben hatte, kann unbeanstandet bleiben, da der Gemeinde hieraus keine Folgekosten (Zinsen) entstehen. Der Kredit wird mit einer jährlichen Tilgungsrate von 5 % getilgt, daraus ergibt sich über einen Zeitraum von 20 Jahren eine **jährliche Zahlungsverpflichtung von 145,00 €**

### 2.7.3 Kreditumschuldungen

Im Haushaltsjahr 2004 stand am 30.11. ein Kredit mit einer Restschuld von rd. 498 T€ zur Umschuldung bzw. Zinsanpassung an. Aufgrund der guten Haushaltsentwicklung wurde der Kredit zum Termin vorzeitig abgelöst. Ab dem Folgejahr entfallen hierfür Schuldendienstleistungen von jährlich 74.403,20 €. Für die ursprüngliche Restlaufzeit von 9 ½ Jahren werden **Zinskosten in Höhe von rd. 210 T€ eingespart**.

### 2.7.4 Schuldenmanagement/Schuldenverwaltungsprogramm

Der Servicebereich Haushalt und Finanzen hat alle erforderlichen Daten über die von der Gemeinde aufgenommenen Kredite in einem EDV-Schuldenverwaltungsprogramm erfasst und damit eine Übersicht über die Kreditgeber, Kreditkonditionen und Kündigungsfristen für jeden aufgenommenen Kredit.

Eine Auswertung aus diesem Programm lässt erkennen, dass für den zurzeit vorhandenen Kreditbestand an Kreditmarktdarlehen die Schuldendienstleistungen im Jahre 2013 (= 378 T€) nur noch die Höhe von ca. 50 v. H. des Aufwands für das Haushaltsjahr 2004 (= 730 T€) betragen wird.

Anhand der für den vorhandenen Kreditbestand vereinbarten Zinsfestschreibungen stehen in den nächsten Jahren nur wenige Kredite für evtl. vorzeitige Ablösungen zur Verfügung (2009 = 1,069 Mio. €, 2011 = 1,343 Mio. € und 2012 = 0,921 Mio. €). Sondertilgungen können darüber hinaus nur vorgenommen werden, wenn eine Vorfälligkeitsentschädigung an den Kreditgeber gezahlt wird. Hierfür müsste dann in jedem Fall die **Wirtschaftlichkeit** nachgewiesen werden.

## 2.8 Steuerhebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) wurden für das Haushaltsjahr, gegenüber dem Vorjahr unverändert, wie folgt festgesetzt:

• Grundsteuer A:	280 %	Landesdurchschnitt: 334 % (Vj. 331 %)*
• Grundsteuer B:	300 %	Landesdurchschnitt: 347 % (Vj. 343 %)*
• Gewerbesteuer:	310 %	Landesdurchschnitt: 358 % (Vj. 354 %)*

(\* es handelt sich um landesdurchschnittliche Werte für Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern)

Damit liegen die Steuer-Hebesätze weiterhin deutlich (zwischen 13,4 und 16,2 %) unter den Durchschnittswerten des Landes.

## 3. Jahresrechnung 2004

### 3.1 Allgemeines, Bestandteile und Feststellung der Jahresrechnung

Die Jahresrechnung umfasst den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

Der kassenmäßige Abschluss wurde entsprechend den Vorgaben des § 41 GemHVO erstellt.

Der Abschluss der Haushaltsrechnung 2004 wurde nach Muster 15 zu § 42 GemHVO aufgestellt und von der zuständigen Bediensteten des Servicebereiches Haushalt und Finanzen am 21.01.2005 unterschrieben.

- 03** Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung hat der Bürgermeister im **April 2006** gem. § 100 Abs. 3 NGO festgestellt, obwohl noch nicht alle Anlagen fertig gestellt waren (der Rechenschaftsbericht wurde erst nach durchgeführter Prüfung vollständig vorgelegt). Damit wurde die Frist für die Aufstellung der Jahresrechnung (gem. § 100 Abs. 2 NGO innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres) sowie für den Beschluss des Rates über die Jahresrechnung und Entlastungserteilung (gem. § 101 Abs. 1 NGO bis spätestens 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres) erneut erheblich überschritten. Es sollte verstärkt darauf hingewirkt werden, die Aufstellung der Jahresrechnung künftig zeitnah vorzunehmen. Nur dann ist gewährleistet, dass evtl. aus der Prüfung der Jahresrechnung sich ergebende Feststellungen auch umgehend berücksichtigt werden können. Die Haushaltsrechnung 2004 wurde mit dem automatisierten Verfahren UVN-Fin von der Verwaltung entsprechend den Vorgaben nach § 42 GemHVO erstellt. Sie enthält die unter Berücksichtigung der nach den Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und des Landkreises vorgesehenen Daten. Die Übernahme und Addition der Jahresergebnisse der Sachkonten in die Haushaltsrechnung ist Bestandteil des EDV-Programms. Auf die Prüfung der richtigen Übernahme der Bestände in die Haushaltsrechnung wurde deshalb verzichtet.

### 3.2 Anlagen zur Jahresrechnung

Der Jahresrechnung sind gem. § 40 Abs. 2 GemHVO folgende Unterlagen beizufügen:

- Vermögensübersicht,
- Übersicht über die Schulden und die Rücklagen,
- Rechnungsquerschnitt und Gruppierungsübersicht,
- Nebenrechnungen gem. § 12 Abs. 2,
- Übersicht über die in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen,
- Rechenschaftsbericht.

- 04** Nachdem auch der Rechenschaftsbericht inzwischen vorliegt, sind alle Unterlagen vorhanden. Festzustellen ist, dass der **Rechenschaftsbericht nicht vollständig den gesetzlichen Anforderungen entspricht**.

Gem. § 44 Abs. 4 GemHVO soll dieser

- a) die **wichtigsten Ergebnisse** der Jahresrechnung und
- b) **erhebliche Abweichungen** der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutern und
- c) außerdem einen **Überblick über die Haushaltswirtschaft** im abgelaufenen Haushaltsjahr geben.
- d) Ist in der Jahresrechnung eine **abgeschlossene Maßnahme** enthalten, deren Durchführung sich über mehrere Haushaltsjahre erstreckt hat, so muss der Rechenschaftsbericht auch Aufschluss über die Abwicklung der Gesamtmaßnahme geben.

Dabei soll auf eine leicht verständliche Darstellung besonderer Wert gelegt werden.

#### Auswertung des Rechenschaftsberichtes:

Das Ergebnis der Jahresrechnung unterscheidet sich in beiden Teilhaushalten deutlich von den Planzahlen - im Verwaltungshaushalt ergibt sich gegenüber der Haushaltsplanung eine

Verbesserung von rd. 1,2 Mio. € (= Nettoinvestitionsrate), im Vermögenshaushalt von rd. 2,5 Mio. € -. Alleine deshalb ergibt sich ein besonderer Bedarf für Erklärungen und Begründungen (= Rechenschaft).

In dem **Überblick über die Haushaltswirtschaft** (ab Seite 45 des Rechenschaftsberichtes) wird nicht konkret dargestellt, wodurch diese Verbesserungen entstanden sind.

**Es fehlen** hier auch **Angaben über die Folgekosten** aus den im Haushaltsjahr abgewickelten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, über die **Kassenlage** sowie über den Umfang der in Anspruch genommenen **Kassenkredite**.

In der **Erläuterung der wichtigsten Ergebnisse** der Jahresrechnung fehlen Angaben über die offenen Forderungen (Kasseneinnahmereste) sowie Aussagen über die Bestände auf den Verwahrkonten (es ist lediglich eine Auflistung der Summen vorgenommen worden).

Auf Seite 47 des Rechenschaftsberichtes wird eine Auflistung **abgeschlossener Maßnahmen** vorgenommen mit Angabe der Gesamtbaukosten. Es ist jedoch darüber hinaus erforderlich, eine Darstellung der Investitionskosten getrennt nach Einzeljahren vorzunehmen, wobei auch auf die Finanzierung einzugehen ist.

### 3.3 Jahresergebnis

#### 3.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung

Nach den Buchungsunterlagen schloss das Haushaltsjahr 2004 wie folgt ab:

	endg. Haushaltssoll	Reste aus Vorjahren		Anordnungssoll (Ist-Jahr)	Anordnungssoll (Re-Ergebnis)	Ist	Reste auf Nachjahre	KR HR	Haushalts-Vergleich Sp. e./ B
a	b	c	d	e	f	g	h	i	j
<b>- Beträge in Euro -</b>									
<b>Verwaltungshaushalt</b>									
Einnahme	26.244.300,00	849.373,34	KR	26.919.619,13	26.529.299,89	27.016.194,28	362.478,95	KR	675.319,13
Ausgabe	26.244.300,00	526.527,60	* KR	26.051.760,53	26.529.299,89	26.879.684,73	-602,13	KR	-192.539,47
		322.845,74	HR				499.590,63	HR	
<b>Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>			<b>0,00</b>	<b>136.509,55</b>	<b>-136.509,55</b>		
* einschl. Übernahme des Ist-Fehlbestandes aus dem Vorjahr									
<b>Vermögenshaushalt</b>									
Einnahme	7.577.600,00	2.541.474,80	* KR	7.189.143,60	7.143.998,85	9.505.190,05	180.283,60	KR	-388.456,40
		0,00	HR				0,00	HR	
Ausgabe	7.577.600,00	0,00	KR	5.457.794,20	7.143.998,85	6.798.724,24	-1.294,04	KR	-2.119.805,80
		2.541.474,80	HR				2.888.043,45	HR	
<b>Ergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>			<b>0,00</b>	<b>2.706.465,81</b>	<b>-2.706.465,81</b>		
* einschl. Übernahme des Ist-Überschusses aus dem Vorjahr									

Der **Ist-Überschuss** des **Verwaltungshaushaltes** i. H. v. 136.509,55 € entspricht dem Gesamtbetrag der in diesem Teilhaushalt ausgewiesenen Haushalts- und Kassenausgaberes- te abzüglich der Kasseneinnahmereste.

Der **Ist-Überschuss** des **Vermögenshaushaltes** i. H. v. 2.706.465,81 € entspricht dem Gesamtbetrag der in diesem Haushalt ausgewiesenen Haushalts- und Kassenausgaberes- te abzüglich der Kasseneinnahmereste.

Die Ist-Ergebnisse der beiden Teilhaushalte werden im letzten Ausdruck des Hauptbuches der Gemeindekasse Nr. 270/2004 vom 18.01.2005 ausgewiesen. Eine ordnungsgemäße Übernahme in die Bücher des Folgejahres ist erfolgt (s. Ziff. 3.7).

### 3.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste)

#### 3.4.1 Haushaltseinnahmereste (HER)

Die Gemeinde Rastede hat im Haushaltsjahr 2004 keine Haushaltseinnahmereste gebildet.

#### 3.4.2 Haushaltsausgabereste (HAR)

Die Zulässigkeit der Übertragbarkeit der HAR im Verwaltungshaushalt ergibt sich aus § 8 Abs. 3 in Verbindung mit § 19 Abs. 2 GemHVO. Die Ausgabeermächtigungen bleiben bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar.

Im **Verwaltungshaushalt** wurden im Rahmen des Jahresabschlusses Haushaltsausgabereste i. H. v. insgesamt **499.590,63 €** gebildet. Sie entfallen auf 68 Haushaltsstellen und sind im Rechenschaftsbericht auf den Seiten 33 - 35 aufgeführt. Sie sind im Einzelnen nicht begründet worden.

Den größten Einzelposten stellt dabei der HAR in Höhe von **194 T€** für die Nachzahlungsverpflichtung **zur Gewerbesteuerumlage** aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen des lfd. Jahres.

- 05** Ein weiterer hoher Anteil ergibt sich durch die Restebildung bei **25 Haushaltsstellen der baulichen Unterhaltung** mit einer Gesamtsumme von **rd. 162 T€**. Damit sind exakt 20 % der vorgesehenen Maßnahmen nicht im lfd. Haushaltsjahr abgewickelt und auf das Folgejahr verschoben worden. Darüber hinaus konnte ein weiterer Gesamtbetrag von 82 T€ (= 10 %) bei diesen Haushaltsstellen im Rahmen des Jahresabschlusses verfallen. Die bewirtschaftenden Stellen sind dringend anzuhalten, sowohl die Haushaltsveranschlagungen als auch die Mittelübertragungen für diesen Zweck künftig **realistischer** zu ermitteln.
- 06** Die Bildung eines HAR in Höhe von **60 T€ für Kreditmarktzinsen** (HHSt. 9000.807101) wurde vorgenommen, obwohl eine konkrete Zahlungsverpflichtung für das Haushaltsjahr 2004 nicht vorlag. Auf eine **periodengerechte Rechnungsabgrenzung** sollte geachtet werden. Die übertragenen Mittel wurden im Folgejahr in voller Höhe auch nicht in Anspruch genommen. Durch diesen „Buchungstrick“ wurde das Abschlussergebnis des Verwaltungshaushaltes entsprechend verschlechtert und damit die Zuführung an den Vermögenshaushalt verringert. Darüber hinaus ist auch die Überschuss-Zuführung an die Allgemeine Rücklage in dieser Höhe unterblieben.

Von den im Vorjahr im Verwaltungshaushalt übertragenen Haushaltsmitteln in Höhe von 322.845,74 € sind im lfd. Haushaltsjahr 22.051,27 € (= **6,8 %**) **nicht benötigt** worden.

Im **Vermögenshaushalt** wurden am Schluss des Haushaltsjahres 2004 Haushaltsausgabereste i. H. v. insgesamt **2.888.043,45 €** gebildet und in das Haushaltsjahr 2005 übertragen. Der Gesamtbetrag setzt sich aus verbliebenen Haushaltsresten des Vorjahres (= 787.931,05 €) und neu angeordneten Ausgaberesten des laufenden Haushaltsjahres (= 2.100.112,40 €) zusammen. Die HAR sind auf Seite 36 bis 38 des Rechenschaftsberichtes aufgelistet, es fehlen jedoch Aussagen/Begründungen bezüglich der Notwendigkeit dieser Übertragungen.

Im Verhältnis zu den Haushaltsveranschlagungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (= Haushaltsansätze der Einzelpläne 0 - 8) in Höhe von **6,45 Mio. €** (nur hier fallen Haushaltsausgabereste an) ergibt die Summe der neu im Haushaltsjahr 2004 gebildeten Reste (**2,1 Mio. €**) einen Anteil **von 32,6 %**, d. h. **ein Drittel** der bereitgestellten Ausgabemittel wurden im lfd. Haushaltsjahr tatsächlich gar nicht benötigt.

Die aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsmittel sind wie folgt abgewickelt worden:

HAR	im lfd. Hj. in	im lfd. Hj. nicht in Anspruch genommen	
aus Vorjahr	Anspruch genommen	neue HAR	Einsparungen
- a -	- b -	- c -	- d -
- Beträge in Euro -			
2.541.474,80	1.339.636,00	787.931,05	413.907,75
100%	52,7%	31,0%	16,3%
		1.201.838,80	
		47,3%	

Es ist festzustellen, dass ein Anteil von **47,3 %** der übertragenen Mittel im lfd. Haushaltsjahr **erneut nicht beansprucht** wurden, HAR mit einem Gesamtbetrag von rd. 414 T€ (= 16,3 %) sogar gänzlich verfallen konnten.

- 07** Um zu vermeiden, dass für zu hoch bemessene Mittelübertragungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen unter Umständen zur Finanzierung auch Kredite aufgenommen werden, sollten auch hier alle bewirtschaftenden Stellen zu **realistischeren** Bedarfsermittlungen angehalten werden (siehe auch Hinweis zu Ziffer 2.5.1.2, Seite 8, dieses Prüfungsberichtes).

### 3.4.3 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung)

#### 3.4.3.1 Kasseneinnahmereste (KER)

Die KER im **Verwaltungshaushalt** sind in einer unter dem 01.04.2005 von der Kassenverwaltung angefertigten Liste aufgeführt, die der Jahresrechnung beigelegt ist. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Bezeichnung	2004	% Anteil	2003	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	362.478,95 €	100,00%	849.373,34 €	100,00%	-486.894,39 €	-57,32%
/J. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	362.478,95 €	100,00%	849.373,34 €	100,00%	-486.894,39 €	-57,32%

Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen; der Gesamtbetrag der Reste des Verwaltungshaushaltes erreicht einen Anteil von 1,4 % am Gesamtbetrag der Solleinnahmen (= Rechnungsergebnis). Der **höchste Einzelbetrag** ergibt sich mit **188 T€ aus der Gewerbesteuer** (Vorjahr = 365 T€).

Von den KER des Vorjahres in Höhe von 849.373,34 € sind **nicht realisierbare Forderungen** in Höhe von **390.319,24 €** (= 46 %) **zum Abgang** gebracht worden (davon 363 T€ unberechtigt zum Soll gestellte Erbbauzinsen - HHSt. 8800.140100). Das Abschlussergebnis des Vorjahres ist damit um diesen Betrag zu hoch ausgewiesen worden. Künftig sollten daher die am Jahresende verbliebenen KER überprüft werden; bei unsicheren Forderungen wird eine Bereinigung gem. § 42 Abs. 4 GemHVO empfohlen.

Die KER im **Vermögenshaushalt** stellen sich für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt dar:

Bezeichnung	2003	% Anteil	2003	% Anteil	+/- gegenüber dem Vorjahr	
KER insgesamt	180.283,60 €	100,00%	321.060,58 €	100,00%	-140.776,98 €	-43,85%
./. Bereinigung	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%	0,00 €	
verbleibende KER	180.283,60 €	100,00%	321.060,58 €	100,00%	-140.776,98 €	-43,85%

Auch hier ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein erheblicher Rückgang. Die Höhe und Zusammensetzung dieser Reste ergibt sich aus der von der Kassenverwaltung erstellten Liste vom 01.04.2005, die der Jahresrechnung beigelegt ist. Die größten offenen Posten in Höhe von 62.054,09 € und 60.487,10 € entfallen auf Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen sowie aus Straßenbaubeiträgen.

Von den KER des Vorjahres in Höhe von 321.060,58 € sind **nicht realisierbare Forderungen** in Höhe von **45.144,75 €** (Erschließungsbeiträge, HHSt. 6300.350000) zum Abgang gebracht worden.

Die KER des Vermögenshaushalts wurden stichprobenweise geprüft. Ein hoher Anteil der Reste ist bei den HHSt. 6300.350000 (Erschließungsbeiträge) und 6300.351000 (Straßenbaubeiträge) mit offenen Forderungen in Höhe von insgesamt 122.541,19 € entstanden. Die Forderungen wurden überwiegend im Laufe des Haushaltsjahres 2005 erfüllt. Zum Prüfungszeitpunkt war noch in einem Fall ein Außenstand in Höhe von 2.138,30 € vorhanden.

### 3.4.4 Kassenausgabereste (KAR)

Im **Verwaltungshaushalt** ist bei der Haushaltsstelle 4644.415000.4 (Arbeiterlöhne KiGa Marienstraße) KAR in Höhe von - **602,13 €** durch eine zur niedrige Lohnkostenerstattung der Fa. BNW entstanden. Durch eine entsprechende Überweisung im Haushaltsjahr 2005 wurde nachträglich der Ausgleich hergestellt.

Im **Vermögenshaushalt** ergab sich bei der Haushaltsstelle 7020.950042.1 (Verlängerung der Druckrohrleitung von Hankhausen zur Kläranlage) ebenfalls ein KAR, und zwar in Höhe von - **1.294,04 €**. Hier war eine irrtümlich veranlasste Auszahlung im November zurückgefordert und darauf hin die Sollstellung durch „Minusbuchung“ storniert worden. Der angeforderte Überzahlungsbetrag ist jedoch nicht mehr bis zum Jahresende, sondern erst Mitte Januar 2005 eingegangen. Die Verbuchung erfolgte für das Haushaltsjahr 2005.

## 3.5 Einhaltung des Haushaltsplanes

### 3.5.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind nach § 89 Abs. 1 NGO nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind; ihre Deckung muss gewährleistet sein. In Fällen von unerheblicher Bedeutung entscheidet der Bürgermeister.

Der Gemeinderat hat am 17.09.2001 Richtlinien beschlossen, mit denen die Zuständigkeiten für die Zustimmungen zu über- und außerplanmäßigen geregelt wurden, in denen jedoch noch nicht die Einführung der Eingleisigkeit berücksichtigt ist.

Nach den Richtlinien gilt folgende **Regelung**:

- a) **ab einer Wertgrenze von 5.000,00 €** ist die Zustimmung des Gemeindedirektors im Einvernehmen mit dem Bürgermeister erforderlich, wenn die Deckung mit Mitteln aus einem anderen Budget erfolgt. Hierüber ist der Rat unverzüglich zu unterrichten.
- b) In allen übrigen Fällen alleinige Zustimmung des Gemeindedirektors, wobei der Rat im Rahmen der Jahresrechnung zu unterrichten ist.

Nach Einführung der Eingleisigkeit gilt folgende **Handhabung**:

zu a) hier wird die Zustimmung des Bürgermeisters und das Einvernehmen des/der ehrenamtlichen Vertreters/In eingeholt,

zu b) alleinige Zustimmung des Bürgermeisters.

Hinsichtlich der Unterrichtung des Rates werden die Richtlinien unverändert angewandt.

Nach § 42 Abs. 1 GemHVO sind in der Haushaltsrechnung (= Bestandteil der Jahresrechnung) u. a. den Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben des Haushaltsjahres die entsprechenden Haushaltsansätze und die über- und außerplanmäßig bewilligten Ausgaben gegenüberzustellen.

Die Jahresrechnung der Gemeinde weist auch für das Haushaltsjahr 2004 eine Vielzahl über- und außerplanmäßiger Ausgaben aus. Die große Mehrheit dieser Ausgaben stellt jedoch tatsächlich keine über- und außerplanmäßigen Ausgaben dar. Es handelt sich vielmehr um Mehrausgaben bei Haushaltsstellen innerhalb von Deckungskreisen, die im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit geleistet und lediglich **aus Kontrollgründen** wie über- und außerplanmäßige Ausgaben behandelt wurden (durch EDV-Eingabe). Diese Handhabung ist nach der Feststellung im Rahmen des vorjährigen Prüfungsberichtes im Laufe des Haushaltsjahres 2005 eingestellt worden.

Eine Kontrolle, hinsichtlich der vollständigen rechtmäßigen Abwicklung der „echten“ über- und außerplanmäßigen Ausgaben ist nur mit einem unvertretbaren Arbeitsaufwand zu betreiben. Sie ist daher vom RPA auch für das geprüfte Jahr nur in Stichproben durchgeführt worden. Diese ergab keine besonderen Feststellungen.

### 3.6 Haushaltsausgleich

#### 3.6.1 Verwaltungshaushalt, Nettoinvestitionsrate

Nach § 22 Abs. 1 GemHVO sind die im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigten Einnahmen dem Vermögenshaushalt zuzuführen. Die Zuführung muss mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können, soweit dafür keine Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 GemHVO zur Verfügung stehen. Die **Zuführung soll** ferner die Ansammlung der allgemeinen Rücklage, soweit sie nach § 20 GemHVO erforderlich ist, ermöglichen und insgesamt **mindestens** so hoch sein, wie die aus **speziellen Entgelten gedeckten Abschreibungen** und die für Zwecke des Vermögenshaushalts gebildeten Rückstellungen.

Die ordentliche Tilgung von Krediten und die Kreditbeschaffungskosten sind **in jedem Falle** durch die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt zu finanzieren, **auch wenn** dadurch im Verwaltungshaushalt ein **Fehlbedarf ausgewiesen wird**.

Die „**Sollzuführungen**“ zur Ansammlung der Allgemeinen Rücklage bzw. in Höhe der durch spezielle gedeckte Abschreibungen sind **nicht zu Lasten des Haushaltsausgleichs** durchzuführen.

Die Zuführung zwischen dem Verwaltungs- und Vermögenshaushalt stellt sich für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
- Ordentliche Tilgung von Krediten	530.674,11
- Kreditbeschaffungskosten	0,00
<b>Zwischensumme</b>	<b>530.674,11</b>
<b>abzügl. Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 - 4, und zwar</b>	
- Einnahmen aus der Veränderung des Anlagevermögens	0,00
- Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage	0,00
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter, Beiträge u. ähnliche Entgelte	0,00
= Pflichtzuführung	530.674,11
- <b>Mindestbetrag</b> (aus spez. Entgelten gedeckten Abschreibungen *)	<b>647.257,61</b>
- tatsächliche Zuführung zum Vermögenshaushalt	1.822.022,85
<b>Nettoinvestitionsrate</b>	<b>1.174.765,24</b>

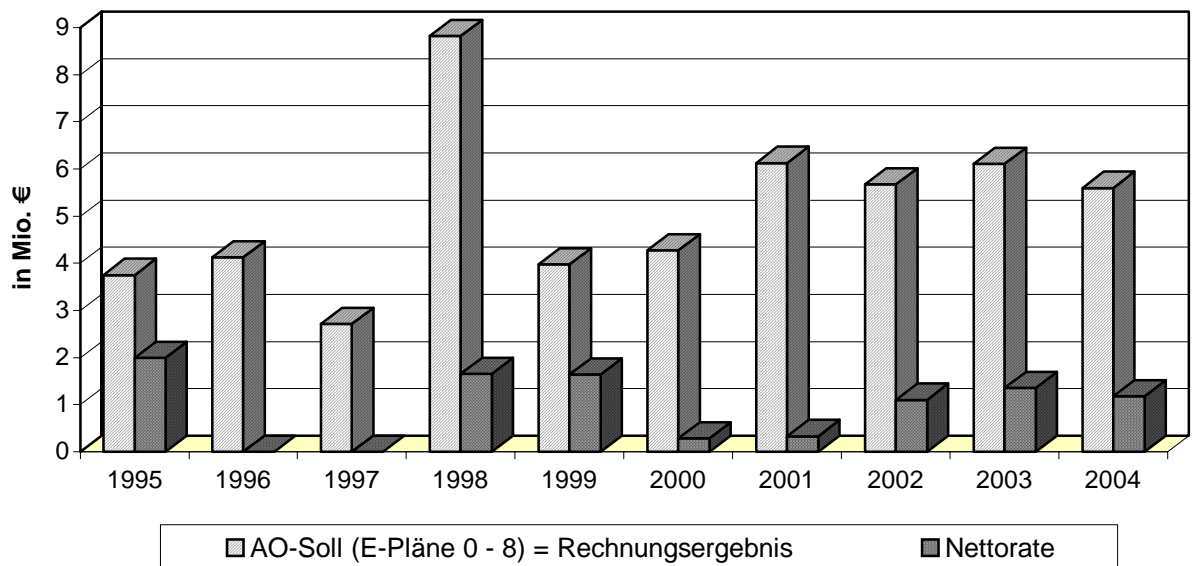
\* Abschreibungen für Schmutzwasserbeseitigung u. Hauskläranlagen

Die Summe der durch spezielle Entgelte gedeckten Abschreibungen übersteigt den Betrag der ordentlichen Kredittilgung. Der höhere Wert ist zu berücksichtigen, für das **Haushaltsjahr 2004** ergibt sich demnach eine **Nettorate** in Höhe **von 1.174.765,24 €** (Vorjahr = 1.353.821,62 €).

Zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsmaßnahmen des Vermögenshaushalts (= Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8, lfd. Anordnungssoll = 3.913.627,76 €) standen demnach im Haushaltsjahr 2004 Mittel des Verwaltungshaushalts (= **Eigenmittel der Gemeinde**) in Höhe von **1.174.765,24 €** zur Verfügung. Das entspricht einem Anteil von **34,8 %** dieser Ausgaben.

Aus der nachstehenden Grafik kann ersehen werden, wie sich die Nettoinvestitionsrate sowie die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen entwickelt haben:

### Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Nettoinvestitionsrate



#### 3.6.2 Vermögenshaushalt

Die im Laufe des Haushaltsjahres im Vermögenshaushalt nicht verbrauchten Einnahmen sind, soweit sie nicht zur Ansammlung von Sonderrücklagen oder zur Deckung von Fehlbeiträgen benötigt werden, am Schluss des Jahres der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Im Haushaltsplan 2004 war eine Rücklagenzuführung nicht eingeplant. Am Schluss des Haushaltsjahres konnte, nachdem zunächst die **Sondertilgung** eines Kommunalkredites in Höhe von **rd. 510 T€** vorgenommen wurde, der allgemeinen Rücklage ein Betrag in Höhe von netto **447 T€** zugeführt werden.

Wenn darüber hinaus berücksichtigt wird, dass der im Haushaltsplan ausgewiesene Kreditbedarf mit einer Summe von 2,719 Mio. € nicht in Anspruch genommen wurde, aus dem Verwaltungshaushalt eine höhere Nettozuführung in Höhe von 1,175 Mio. € erfolgte, hat sich im Vermögenshaushalt gegenüber der Planung eine **Verbesserung von rd. 2,5 Mio. €** ergeben.

#### 3.7 Übertragungen

Die Ist-Überschüsse des Verwaltungshaushaltes (136.509,55 €), des Vermögenshaushaltes (2.706.465,81 €) und der Verwahrkonten (2.283.309,44 €) in Höhe von insgesamt 5.126.284,80 € lt. Hauptbuch Nr. 270, 18.01.2005) wurden in die Bücher des Folgejahres übernommen.

Eine stichprobenweise Überprüfung der in das Haushaltsjahr 2005 übertragenen Haushalts- und Kassenreste ergab keine Beanstandungen.

### 3.8 Schulbudgetierung

Durch die 1998 eingeführte Budgetierung sollen die Schulen der Gemeinde Rastede wesentliche Haushaltsmittel des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in eigener Verantwortung verwalten. Es sind bestimmte Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen des Verwaltungshaushalts und zwei Ausgabehaushaltsstellen des Vermögenshaushalts zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt worden.

Im Prüfungsbericht des Vorjahres wurde ausführlich dargelegt, dass die Bewirtschaftung bzw. die Abwicklung der Schulbudgets nicht entsprechend den schriftlich festgelegten Bewirtschaftungsregeln erfolgt ist. Es wurden insbesondere nicht zum Jahresschluss die nach Ziffern 8.2 bzw. 9 der Budgetregelungen vorgeschriebenen - und auch unerlässlichen - Abrechnungen bzw. Abgleiche zwischen den nicht verbrauchten Finanzmitteln (Geldbestände bei den Schulen) und den Vorschusskonten der Gemeinde sowie mit der Buchführung (Registerberichten) bei den Schulen vorgenommen. Ein später vorgenommener Abgleich ergab bislang **in allen Jahren keine Übereinstimmung**.

Auch wurden seit Einführung der Budgetierung die nach Ziffer 10 vorgeschriebenen unvermuteten Prüfungen der Kassengeschäfte und Buchführung bei den Schulen **nicht durchgeführt**.

Insbesondere auch im Hinblick auf den **hohen Verwaltungsaufwand** im Zusammenhang

- mit den vorzunehmenden Kontrollen (die bislang aber nicht durchgeführt wurden),
- den jährlichen Abrechnungen
- und den daraus in großer Anzahl sich ergebenden Mittelübertragungen in das Folgejahr usw.

hatte das RPA empfohlen, die Abwicklung der Schulbudgetierung zu überprüfen. **Alternativ** sollte die Gemeinde auch **prüfen**, ob nicht, **ohne die Budgetierung aufzugeben**, der Zahlungsverkehr nicht effizienter durch die Gemeindeverwaltung über die Konten der Gemeindekasse (also ohne eigene Kontovollmacht der Schulen) abgewickelt werden kann.

Mit Schreiben vom 19.12.2005 sind den Schulen neue Regelungen zur Führung des Schulbudgets mitgeteilt worden. Danach soll mit Beginn des Haushaltsjahres 2006 das Anordnungs-, Buchungs- und Zahlswesen in den Schulen eingestellt und in die Rathausverwaltung zurückgeführt werden. Die Schulkonten waren zum 31.12.2005 aufzulösen und die Restguthaben an die Gemeindekasse zurück zu überweisen.

#### **Besonderer Hinweis:**

Bis zum Abschluss der Prüfung in der Gemeindeverwaltung (06.07.2006) waren die **Restguthaben noch nicht** vollständig an die Gemeindekasse **überwiesen** worden. Der zuständige Fachbereich sollte in Zusammenarbeit mit dem GB 1 - Haushalt und Finanzen - die Rückabwicklung der Schulkonten und Auflösung der entsprechenden Verwahrkonten vornehmen. Dabei ist eine Abstimmung zwischen den Registerberichten, Kontoauszügen der Bank sowie Verwahrkonten der Kasse durchzuführen und aktenkundig machen.

Vorrangig ist dafür zu sorgen, dass über die Bankguthaben nicht mehr verfügt werden kann.

### 3.9 Haushaltsvollzug und Veränderung von Ansprüchen (Stundung, Niederschlagung, Erlass)

#### 3.9.1 Abrechnungsfähige Aufgabenbereiche

Die abrechnungsfähigen Unterabschnitte des Einzelplanes 4 wurden geprüft. Es ergab sich lediglich im UA 4140 eine **Unterdeckung** in Höhe von **127,82 €**. Dieser Betrag soll mit der Abrechnung für das Haushaltsjahr 2006 vom Landkreis nachgefordert werden.

#### 3.9.2 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldansprüchen

Für die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Geldansprüchen gelten die Vorschriften des § 33 GemHVO. In Ergänzung dieser gesetzlichen Vorschrift hat die Gemeinde Rastede am 14.01.2002 eine **Dienstanweisung** über Stundung, Niederschlagung und Erlass von privat- und öffentlichrechtlichen Forderungen erlassen, die am 01.02.2002 in Kraft getreten ist. Ferner ist unter dem 20.09.2001 eine Richtlinie über **Grundsätze und Zuständigkeiten** für die Stundung, Niederschlagung und den Erlass von Geldansprüchen der Gemeinde Rastede erlassen worden. Danach entscheidet gem. § 2 in Fällen **bis zu 2.500,00 €** und in allen weiteren Fällen, die **innerhalb eines Zeitraumes bis zu 24 Monaten** erledigt werden, der Gemeindedirektor (nach Einführung der Eingleisigkeit also der **Bürgermeister**). In allen anderen Fällen ist der Verwaltungsausschuss (VA) für die Entscheidung zuständig.

In Stichproben wurden einzelne Stundungsfälle überprüft. Folgende Feststellungen haben sich ergeben:

##### Erschließungsbeitrag zu Kassenzeichen 01.2008.200023.1 in Höhe von 30.085,15 €

a) Für den zum 30.11.2004 fälligen Erschließungsbeitrag wurde auf Antrag des bevollmächtigten Rechtsanwalts zunächst die Vollziehung bis zum rechtskräftigen Abschluss des Klageverfahrens ausgesetzt. Nach Klagerücknahme am 07.12.2005 wurde der Betrag mit Fälligkeit zum 31.01.2006 zur Zahlung angemahnt. Auf Antrag des Schuldners vom 12.01.2006 gewährte die Verwaltung dann eine zinslose Stundung bis zum 24.02.2006. Die Entscheidung hierüber wurde nicht entsprechend § 2 der o. a. Richtlinien durch den VA, sondern durch die Sachbearbeitung im GB 1 entschieden.

Zum 21.02.2006 war ein Zahlungseingang über 20.000,00 € zu verzeichnen. Die Restforderung in Höhe von 10.085,15 € war bis zum Prüfungszeitpunkt noch nicht beglichen, obwohl kein weiterer Stundungsantrag eingegangen ist. Inzwischen ist in diesem Falle nach vorherigem erfolglosem Mahnverfahren die Vollstreckung eingeleitet worden.

##### b) Erschließungsbeitrag zu Kassenzeichen 01.2992.400053.4 in Höhe von 9.079,35 €

Für den zum 30.11.2004 fälligen Betrag wurde zunächst eine Stundung mit Ratenzahlungen gewährt. Die Entscheidung hierüber hat ebenfalls die Sachbearbeitung im GB 1 getroffen, obwohl in diesem Falle wegen der Laufzeit von über 24 Monaten ursprünglich die Zuständigkeit des VA gegeben war. Der Zahlungspflichtige hat dann jedoch am 04.04.2005 unerwartet die gesamte fällige Summe überwiesen.

Für den Stundungszeitraum wurden keine Zinsen berechnet und festgesetzt, obwohl dies entsprechend § 7 der vom Rat erlassenen Dienstanweisung erforderlich gewesen wäre.

Zu den o. g. sowie auch in allen weiteren Stundungsfällen für Erschließungsbeiträge der Ladestraße ist anzumerken, dass die Entscheidungen durch den GB 1 **auf Anordnung des Bürgermeisters erfolgt** sind.

- 08** Es ist sicherzustellen, dass die Bearbeitung von Stundungsfällen ausnahmslos entsprechend den gesetzlichen Vorschriften (AO bzw. GemHVO) und den vom Gemeinderat dazu erlassenen Regelungen (Dienstanweisung und Richtlinien) vorgenommen wird. Soweit nicht der VA oder Bürgermeister sondern eine andere Stelle in der Verwaltung für die Entscheidung über Stundungsanträge zuständig sein soll, müssen die Voraussetzungen in der Dienstanweisung und in den Richtlinien dafür **vorher** durch einen entsprechenden Ratsbeschluss geschaffen werden.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Berechnung und Festsetzung von Stundungszinsen die Verwaltung **keine Wahlfreiheit** hat. Wenn gegenüber einem Zahlungspflichtigen ein fälliger Anspruch besteht, hat sie unter Beachtung der Bestimmungen der AO und der GemHVO grundsätzlich die **Verpflichtung**, eine angemessene Verzinsung vorzunehmen.

Anhand von Stichproben wurden einige Zinsberechnungen für gestundete Beitragszahlungen bzw. für nachveranlagte Gewerbesteuerzahlungen überprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

### **3.10 Kassenwirtschaft und Kassenlage**

Das RPA hat im Mai 2004 bei der Gemeindekasse eine unvermutete Kassenprüfung durchgeführt. Die Prüfung hat ergeben, dass die Kassengeschäfte **im Wesentlichen** ordnungsgemäß abgewickelt wurden. Hierzu wird auf den Kassenprüfungsbericht vom 22.06.2004 verwiesen.

## **4. Einzelbereiche**

### **4.1 Grundlagen des Verwaltungshandelns (Satzungen, Dienstanweisungen u. a.)**

Um ein ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln zu gewährleisten, hat die Gemeinde in Ergänzung von Gesetzen entsprechende Regelungen (Satzungen, Dienstanweisungen etc.) erlassen. Soweit diese Regelungen bei der Prüfung der Jahresrechnung zu Grunde zu legen waren und sich hierbei Feststellungen ergaben, wurde dieses in dem vorliegenden Bericht mit aufgenommen.

### **4.2 Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen**

Dem Rechnungsprüfungsamt wurden im Haushaltsjahr 2004 keine Abrechnungen und Verwendungsnachweise zur Prüfung vorgelegt.

### **4.3 Vergabeverfahren**

Die Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über die Vergabe von Leistungen nach der VOL, der VOB und der VOF (Vergabeordnung) trat mit Wirkung vom 21.09.2001 in Kraft. In der Anlage 1 zur DA sind folgende RPA-Vorgabegrenzen festgesetzt:

VOL/VOF/HOAI	über 15.000,00 €
VOB-Hochbaumaßnahmen	über 26.000,00 €
VOB-Tiefbaumaßnahmen	über 55.000,00 €

Dem RPA wurden im Haushaltsjahr 2004 insgesamt 20 Vergaben zur Prüfung vorgelegt. Feststellungen haben sich nicht ergeben.

#### 4.4 Sozialstation Rastede gGmbH

Die Sozialstation Rastede gGmbH mit Sitz in Rastede wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 15.12.1998 mit Wirkung vom 01.01.1999 gegründet. Die Gemeinde Rastede ist nach wie vor alleinige Gesellschafterin. Die Stammeinlage beträgt 25.564,59 € und wurde von der Gemeinde eingezahlt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2004 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2004 der Sozialstation Rastede gGmbH wurden von der FSP Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Westerstede geprüft. Hierzu wird auf den Prüfungsbericht vom 31.03.2005 und auf den Feststellungsvermerk des Kommunalprüfungsamtes des Landkreises Ammerland vom 02.05.2005 verwiesen.

Der Rat der Gemeinde Rastede hat in seiner Sitzung am 05.07.2005 gem. den Vorschriften der NGO sowie der EigBetrVO den Jahresabschluss und den Lagebericht festgestellt. Zugleich hat er die Entlastung des Geschäftsführers und über die Verwendung des Jahresgewinns beschlossen. Die Gesellschafterversammlung hat am 08.12.2005 die Bilanz 2004 und den Prüfbericht erörtert sowie die Entlastung des Geschäftsführers durch den Gemeinderat festgestellt.

Nachdem der Beschluss des Rates über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie der Feststellungsvermerk des Kommunalprüfungsamtes gem. § 31 EigBetrVO in der Ausgabe Nr. 4 des Amtsblattes für den Landkreis Ammerland vom 16.12.2005 bekannt gemacht worden sind und der Jahresabschluss in der Zeit vom 19.12.2005 bis 06.01.2006 öffentlich ausgelegt wurde, ist das Wirtschaftsjahr 2004 ordnungsgemäß abgeschlossen.

#### 4.5 Bauhof Rastede

##### 4.5.1 Einrichtung des Nettoregiebetriebes (optimierten Regiebetriebes)

Der Rat hat am 10.12.2001 beschlossen, den Bauhof der Gemeinde ab 01.01.2003 als Netto Regiebetrieb zu bewirtschaften und damit nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Das Rechnungswesen erfolgt mittels der kaufmännischen doppelten Buchführung. Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen gelten die Vorschriften der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter Einrichtungen (EinrVO-Kom).

##### 4.5.2 Wirtschaftsplan

Dem Haushaltsplan der Gemeinde ist ab Seite 534 der Wirtschaftsplan des Bauhofes für das Wirtschaftsjahr 2004 beigelegt. Dieser sieht folgende Beträge vor:

	Erfolgsplan		Vermögensplan	
	2004	2003	2004	2003
	Beträge in Euro			
<b>Einnahmen</b>	1.168.200	1.179.300	137.800	161.138
<b>Ausgaben</b>	1.168.200	1.179.300	137.800	161.138

### 4.5.3 Finanzmittelverwaltung

Die Finanzmittel des Umlaufvermögens befinden sich auf den Konten der Gemeindekasse. Für die buchungsmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind Verwahrkonten (1000.060662.7 und 1000.460662.9) eingerichtet, die mit dem Kassenverrechnungskonto in der kaufmännischen Buchführung identisch sind und somit die gleichen Bestände aufweisen müssen.

Regelmäßig durchgeführte Abstimmungen zwischen den Verwahrkonten der Gemeindekasse und dem Kassenverrechnungskonto des Bauhofes, die von einer Mitarbeiterin des GB 3 und dem Bauhof vorgenommen werden, lassen die Entstehung neuer Differenzen zwischen den in unterschiedlichen Buchungssystemen geführten Konten künftig vermeiden. Zur weiteren Sicherheit dürfte auch die seit 2006 nach Wirtschaftsjahren getrennt vorgenommenen Buchungen auf gesonderten Vorschusskonten beitragen.

### 4.5.4 Jahresabschluss und Abschlussergebnis

#### 4.5.4.1 Jahresabschluss

- 09 Hinsichtlich des Jahresabschlusses sind ebenfalls die Vorschriften der EinrVO-Kom zu beachten. Gem. § 9 Abs. 1 dieser Vorschrift ist der Jahresabschluss des Bauhofes **besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde**. Daher ist es erforderlich, dass alle hierfür zu erstellenden Unterlagen der Jahresrechnung der Gemeinde als gesonderte Anlage beigelegt werden.

Weiterhin ist aufgrund § 9 Abs. 2 EinrVO-Kom der Lagebericht des Bauhofes als besonderer Teil in den Rechenschaftsbericht der Gemeinde aufzunehmen.

#### 4.5.4.2 Abschlussergebnis

Bei dem Bauhof handelt es sich um einen Hilfsbetrieb nach § 108 Abs. 3 NGO. Dieser ist gem. § 110 Abs. 1 NGO zwar nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen, die Möglichkeit Gewinne zu erzielen, ist damit jedoch nicht gestattet. Es verbleibt bei dem **Grundsatz der Kostendeckung**.

Der Baubetriebshof stellt die von ihm erbrachten Leistungen den Geschäftsbereichen (Debitoren) in Rechnung. Bei der Kalkulation der Personalkosten für 2004 wurde ein Stundensatz von 34,97 € (Vorjahr = 36,73 €) ermittelt. In den erstellten Rechnungen wurden für das Wirtschaftsjahr 2004 unverändert Stundensätze von 37,50 € eingesetzt. In dem von der Treuhand Oldenburg & Partner GmbH zum 31.12.2004 erstellten Jahresabschluss wird ein **Jahresüberschuss von 77.162,09 €** (Vorjahr = 45.275,61 €) ausgewiesen.

Trotz der für 2003 und 2004 erzielten Überschüsse und des für 2005 kalkulatorisch ermittelten Personalstundensatzes von 37,15 € wurde auch in 2005 ein Stundensatz von 37,50 € in Rechnung gestellt. Erst für das Wirtschaftsjahr 2006 wurde eine Korrektur/Herabsetzung des Stundensatzes auf 36,00 € vorgenommen.

- 10 Für den Bauhof sind mit Datum vom 21.08.2003 schriftliche Grundsätze und Regeln durch den Bürgermeister festgelegt worden. Nach Ziffer 6.3 **sind** Defizite oder Überschüsse eines Wirtschaftsjahres spätestens im übernächsten Jahr auszugleichen. Das ist bislang **nicht** geschehen.

Auch bezüglich des Abschlussergebnisses hat der Bauhof die Vorschriften der EinrVO-Kom zu beachten. Hier sind durch § 11 konkrete Regelungen getroffen, wie mit Gewinnen oder Verlusten zu verfahren ist. Es ist daher erforderlich, die bisherigen Abschlussergebnisse seit dem Haushaltsjahr 2003 noch nachträglich **entsprechend dieser Vorschrift zu be-**

**werten und zu behandeln** (Gewinnabführung an den Haushalt der Gemeinde und/oder Vortrag auf neue Rechnung und/oder Einstellung in eine freie Rücklage). Mit der Beschlussfassung über die Jahresrechnung der Gemeinde sollte der Gemeinderat über das Abschlussergebnis des Bauhofes einschließlich der Behandlung dieses Ergebnisses einen **gesonderten Beschluss** fassen. Für die Vergangenheit sollte dies nachgeholt werden.

#### 4.6 Versicherungsmanagement

Die Gewährleistung eines ausreichenden Versicherungsschutzes durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge für die gemeindeeigenen Objekte und Einrichtungen obliegt dem Geschäftsbereich 2.

Mit VA-Beschluss vom 16.04.1996 wurde die Abwicklung der Versicherungsaufgaben der Gemeinde Rastede in der Eigenschaft als Versicherungsnehmer einem Versicherungsmaklerbüro für die Dauer von zunächst mindestens einem Jahr übertragen. Laut Beschluss ist die Verlängerung des Vertragsverhältnisses **nur mit Zustimmung des VA** möglich.

- 11 Der Maklervertrag vom 08.05.1996 wurde für die Dauer eines Jahres abgeschlossen. Er verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, sofern nicht einen Monat vor Ablauf ein schriftlicher Widerruf erfolgt. Der Maklervertrag hat sich seit dieser Zeit jährlich verlängert. Eine **Zustimmung des VA**, wie im obigen Beschluss vorgegeben, wurde hierfür **nicht eingeholt**.

Bezüglich des Versicherungsschutzes für die zu versichernden Gefahren wurde zunächst im Mai 1996 ein Rahmenvertrag zwischen der Gemeinde, dem Versicherungsmakler sowie einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossen. Auf Anregung des RPA wurde im Jahre 2001 eine Überprüfung der Versicherungskonditionen vorgenommen. Nach Angaben des Versicherungsmaklers wurden Angebote von verschiedenen Versicherungsgesellschaften angefordert. Von neun zum Teil auch größeren Versicherungsgesellschaften wurden jeweils Filialen bzw. Agenturen beteiligt, die ihren Sitz ausnahmslos in größerer Entfernung hatten (Göttingen, Hannover, Kassel, Oberursel oder Saarbrücken). Obwohl einige dieser Gesellschaften auch in Oldenburg eine Regionalvertretung haben, wurden diese aus unbekannten Gründen nicht einbezogen. Nach Auswertung der vier abgegebenen Angebote, kamen zwei Anbieter in die engere Wahl, wobei letztlich nach einer gesonderten Berechnung der bisherige Versicherungsgeber für das günstigste Angebot den Zuschlag erhielt.

Aufgrund der derzeitigen Marktlage – bedingt durch das Attentat in New York sowie mehrere Naturkatastrophen in den letzten Jahren – würden bei Durchführung einer Neuausschreibung der Versicherungsleistungen kaum wirtschaftlichere Angebote zu erwarten sein. Deshalb wird eine Neuausschreibung zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht angeraten.

#### **Empfehlung:**

Es wird empfohlen, in den nächsten Jahren den Versicherungsbestand von einem anderen Maklerunternehmen überprüfen zu lassen. Dabei sollten auch Vorbereitungen für eine Neuausschreibung getroffen werden, damit eine Durchführung möglich ist, sobald die Marktlage verbesserte Konditionen erwarten lässt.

#### 5. Vorschüsse/Verwahrungen

Für Vorschüsse und Verwahrungen sind die Vorschriften des § 31 GemHVO maßgebend. Demnach darf eine Ausgabe, die sich auf den Haushalt bezieht, als **Vorschuss** nur behandelt werden, wenn

- die Verpflichtung zur Leistung feststeht und
- die Deckung gewährleistet ist,
- die Ausgabe aber noch nicht endgültig im Haushalt gebucht werden kann.

Eine Einnahme, die sich auf den Haushalt bezieht, darf als **Verwahrung** nur behandelt werden, solange ihre endgültige Buchung im Haushalt nicht möglich ist.

Nach dieser Vorschrift sind **Buchungen auf den Verwahr- und Vorschusskonten nur in ganz begrenztem Umfang zulässig**. Soweit im Haushaltsplan für Einnahmen und zu leistende Ausgaben entsprechende Haushaltsstellen zur Verfügung stehen, sind derartige Einnahmen und Ausgaben direkt bei diesen Haushaltsstellen auf **Sachkonten** zu buchen, die letztlich die Grundlage für die Haushaltsrechnung bilden. Sind für den Verwendungszweck keine Haushaltsstellen im Haushaltsplan ausgewiesen, ist jeweils das Verfahren für außerplanmäßigen Ausgaben nach § 89 NGO durchzuführen.

Der Jahresrechnung 2004 ist eine vom Kassenverwalter unter dem 04.03.2004 aufgestellte Liste mit allen am Schluss des Haushaltsjahres noch bestehenden Verwahrtgeldern und geleisteten Vorschüssen beigelegt.

## 5.1 Verwahrkonten

Die am Schluss des Haushaltsjahres 2004 geführten Verwahrkonten weisen folgende Bestände aus:

lfd. Nr.	Bezeichnung	Istbestand
		Beträge in Euro
1.	Sonstige durchl. Gelder - FB Schule, Sport u. Kultur	74,55
2.	Allgemeine Rücklage	1.996.924,62
3.	Müllabfuhrgebühren	-1.123,06
4.	Fundsachen - Geldbeträge	123,21
5.	sonstige durchlaufende Gelder - Ordnung -	-24,20
6.	Gebühren (Anträge für EU-Führerscheine)	504,97
7.	Sicherheitssummen	44.258,63
8.	Lohnsteuer	28.981,95
9.	Kirchensteuer	125.549,11
10.	Vorschüsse an Bedienstete	-2.040,00
11.	Sonstige Vorschüsse	-1.200,00
12.	Kassenvorschuss GS Kleibrok	-1.319,35
13.	Kassenvorschuss GS Hahn-Lehmden	-4.124,04
14.	Kassenvorschuss GS Wahnbek	-3.755,83
15.	Kassenvorschuss GS Loy	-1.513,06
16.	Kassenvorschuss GS Leuchtenburg	-1.790,47
17.	Kassenvorschuss GS Feldbreite	-2.255,54
18.	Kassenvorschuss Schule Voßbarg	-372,49
19.	Kassenvorschuss Kooperative Gesamtschule	-9.163,24
20.	Betriebsmittelvorschüsse	-7.140,00
21.	Sonst. Vorschüsse - FB Schule, Sport u. Kultur -	57,37
22.	Sonst. Vorschüsse - Finanzverwaltungsamt -	-1.000,02
23.	Sonst. Vorschüsse - Ordnung -	-431,12
24.	Sonst. Vorschüsse - GB 3/Hochbau -	-116.853,99
25.	Bauhof	240.941,44
	<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2.283.309,44</b>

Die Einzelbestände wurden vollständig auf die entsprechenden Konten des Haushaltsjahres 2005 übernommen.

## 5.2 Vorschusskonten

- 12 Die Vorschussbuchungen sind über **Verwahrkonten** abgewickelt worden. Die am Jahresende noch nicht abgewickelten Bestände sind in der zu Ziffer 5.1 aufgeführten Zusammenstellung enthalten.  
Zu Beginn eines neuen Haushaltsjahres ist eine Umstellung vorzunehmen, d. h. alle Vorschussbuchungen sind über gesondert einzurichtende Vorschusskonten abzuwickeln.

## 5.3 Einzelfeststellungen zu den Verwahr- und Vorschusskonten

Für **Sicherheitsleistungen** im Rahmen von Bauleistungen wird auf dem Verwahrkonto 0000.060661.9/460661.0 am Jahresende ein Bestand von 44.258,63 € geführt. Der Bestand ergibt sich insbesondere aus Einzahlungen des Jahres 2004, lediglich drei Einzelbeträge stammen noch aus den Jahren 2002 bzw. 2003. Seitens des GB 3 wird monatlich kontrolliert, ob eine Auszahlung der Sicherheitsleistungen vorgenommen werden kann.

Um festzustellen, ob die Prüfungsbemerkungen im Zusammenhang mit der Jahresrechnung 2003 inzwischen berücksichtigt werden, wurde die Prüfung der Verwahrkonten auf die Haushaltsjahre 2005/2006 ausgedehnt. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass sich die Umsätze gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 deutlich verringert haben, woraus sich schließen lässt, dass die direkte Verbuchung auf den sachlich richtigen Haushaltsstellen vermehrt durchgeführt wird.

Zu dem **Verwahrkonto „Finanzverwaltungsamt“** (03.1000.420202.9) wurde folgendes festgestellt:

Am 20.10.2005 wurden **ohne Rechtsgrundlage** mehrere **Baurechnungen in Höhe von 41.047,70 € bezahlt**, die an eine **Privatperson** adressiert waren.

Lt. Aktenvermerk des GB 1 vom 20.10.2005 war aufgrund einer von der Gemeinde zu vertretenden zeitlichen Verzögerung bei der Auszahlung von Geld der Bauherr nicht in der Lage, vier Baurechnungen zu bezahlen. Um zu vermeiden, dass die Baufirmen die Arbeiter von der Baustelle abziehen, ist die Gemeinde für den Bauherrn in Vorleistung getreten. Von einer Vermögensberatungs- und Vermittlungsfirma wurde eine „schriftliche Sicherheit“ gefordert. Von dem Vertreter dieser Firma wurde mit Datum vom 20.10.2005 auch eine schriftliche Erklärung vorgelegt, die jedoch mit einer Einschränkung versehen war („es soll für die Rückzahlung Sorge getragen werden, **nachdem die Frage der Sicherstellung geklärt ist**“). Nach Auffassung des RPA wäre die Forderung der Gemeinde aufgrund dieser Erklärung gerichtlich nicht verwertbar gewesen.

- 13 Anhand der Aktenlage lässt sich eine von der Gemeinde zu vertretende zeitliche Verzögerung bei der Abwicklung der Grundstücksveräußerung **nicht** feststellen. Lt. mündlicher Erklärung des zuständigen Sachbearbeiters hat sich die von der Gemeinde zu vertretende Verzögerung bei der Erschließung des Baugeländes ergeben. Auch damit lässt sich nach Auffassung des RPA **der mit hohem Risiko behaftete finanzielle Einsatz nicht begründen**, zumal der Bauherr mit einer verspäteten Bezahlung des Grundstückspreises die noch fehlende Grundbucheintragung selbst verzögert hat.

Nachdem eine Erstattung des Gesamtbetrages von 41.047,70 € durch den Bauherrn am 27. bzw. 30.12.2005 erfolgte, beschränkt sich der finanzielle Verlust für die Gemeinde auf entgangenen Zinsgewinn für den Zeitraum von 80 Tagen.

## 6. Vermögen, Beteiligungen, Schulden

### 6.1 Vermögen

Nach § 96 Abs. 2 NGO sind die gemeindlichen Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Der Nachweis der Vermögensgegenstände richtet sich nach § 100 Abs. 1 NGO, §§ 38 und 39 GemHVO. Über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und bewegliche Sachen sind grds. Bestandsverzeichnisse zu führen. Über Sachen und grundstücksgleiche Rechte, die kostenrechnenden Einrichtungen dienen, sind gesondert je Einrichtung Anlagennachweise zu führen.

Die Vermögenswerte der Gemeinde sind gegenwärtig in einer **Vermögensrechnung** erfasst. Nach den Aufzeichnungen der Verwaltung hat sich das Vermögen 2004 wie folgt entwickelt:

	- Beträge in Euro -	
<b>Bestand zu Beginn des Haushaltsjahres</b>		94.660.962,97
<b>Zugänge</b>		
a) Veränderungen d. Anl.-Vermögens durch Berichtigungen	140.797,83	
b) Bewertungszugänge	995.595,52	
c) haushaltsmäßig	5.155.319,15	6.291.712,50
<b>Abgänge</b>		
a) Bewertungsabgänge/Abschreibungen	2.735.713,78	
b) haushaltsmäßig	3.127.425,96	5.863.139,74
<b>Bestand am Schluss des Haushaltsjahres</b>		<b>95.089.535,73</b>

Die Abstimmung der Gesamtbuchungen in der Vermögensbuchführung mit dem Ergebnis des Vermögenshaushaltes wurde für 2004 vorgenommen.

Die notwendigen Anlagennachweise für die kostenrechnenden Einrichtungen (Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung und Märkte) wurden erstellt.

### 6.2 Beteiligungen

Laut Beteiligungsbericht (siehe Haushaltsplan S. 517 ff) ist die Gemeinde in Form der „echten“ Beteiligung, d. h. durch Erwerb von Mitgliedschafts- oder Mitinhaberrechten mit dem Ziel der kommunalen Steuerungs- und Einflussmöglichkeit, an folgenden privatrechtlichen Organisationen beteiligt:

	Beteiligung	
	in Euro	in v.H.
1. Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH	19.470,00	3,81%
2. Sozialstation Rastede gGmbH	25.564,59	100,00%
3. "Huno" Verlag Rastede GmbH	5.200,00	20,00%
4. Musikschule Ammerland e.V.	Mitglied und Umlagebeteiligung lt. Satzung (für 2004 = 23.436,41 €)	

Die Beteiligung an der Musikschule Ammerland e. V., die bislang nicht ausgewiesen wurde, ist in dem Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2006 inzwischen enthalten.

- 14** Die Berichtspflichten der Gemeinde über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran sind in § 116 a NGO geregelt.

Der von der Gemeinde Rastede dem Haushaltsplan beigefügte Bericht entspricht (auch im Haushaltsjahr 2006) noch nicht in allen Punkten dieser Vorschrift; **es fehlen** insbesondere Angaben über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens sowie Ausführungen über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 108 Abs. 1 NGO.

Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird ab dem Haushaltsjahr 2005 in geeigneter Weise öffentlich hingewiesen.

## 6.3 Schulden

### 6.3.1 Schuldenentwicklung

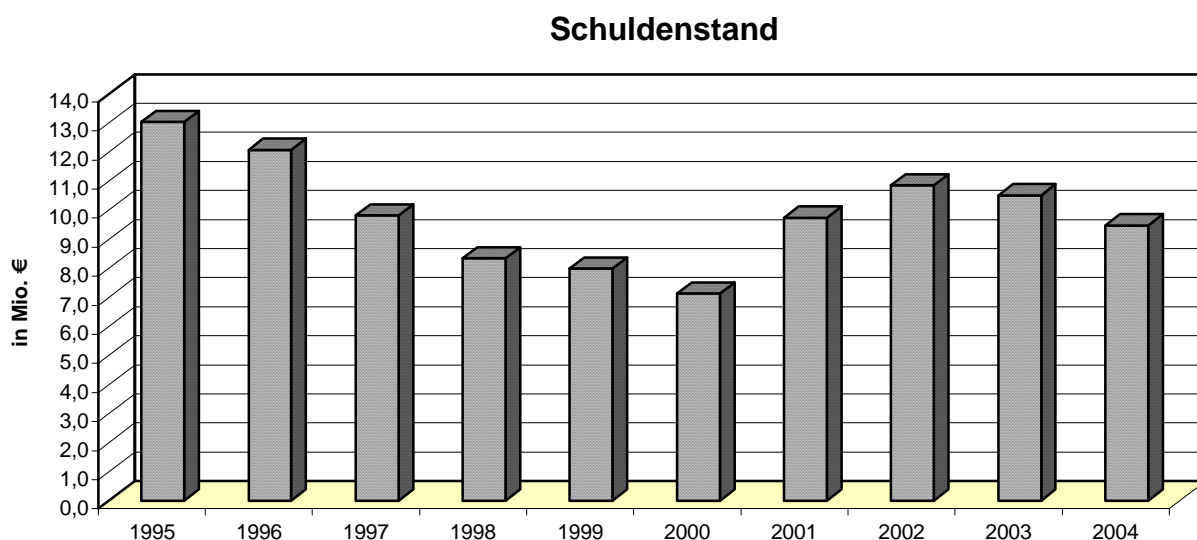
Der Schuldenstand der Gemeinde Rastede hat sich im Haushaltsjahr 2004 wie folgt entwickelt:

	- Beträge in Euro -
<b>- Stand zu Beginn des Jahres</b>	<b>10.501.909,46</b>
- Zugänge (Kreditaufnahmen)	2.900,00
- sonstige Zugänge (Bewertung)	0,00
- Abgänge (ordentl. Tilgung)	530.674,11
- Abgänge (Sondertilgung)	509.896,33
- sonstige Abgänge (Bewertung, Verzicht)	0,00
<b>- Stand am Schluss des Jahres</b>	<b>9.464.239,02</b>

Bei den Zugängen handelt es sich um zinslose Kredite aus der Kreisschulbaukasse.

Eine **Nettoneuverschuldung** (Kreditaufnahme abzüglich Tilgungsleistungen) **ist** im Haushaltsjahr 2004 **erneut nicht eingetreten**. Es trat vielmehr eine **Verringerung des Schuldenstandes um 1.037.670,44 €** ein.

Die Entwicklung des Schuldenstandes wird aus der nachstehenden Grafik ersichtlich:



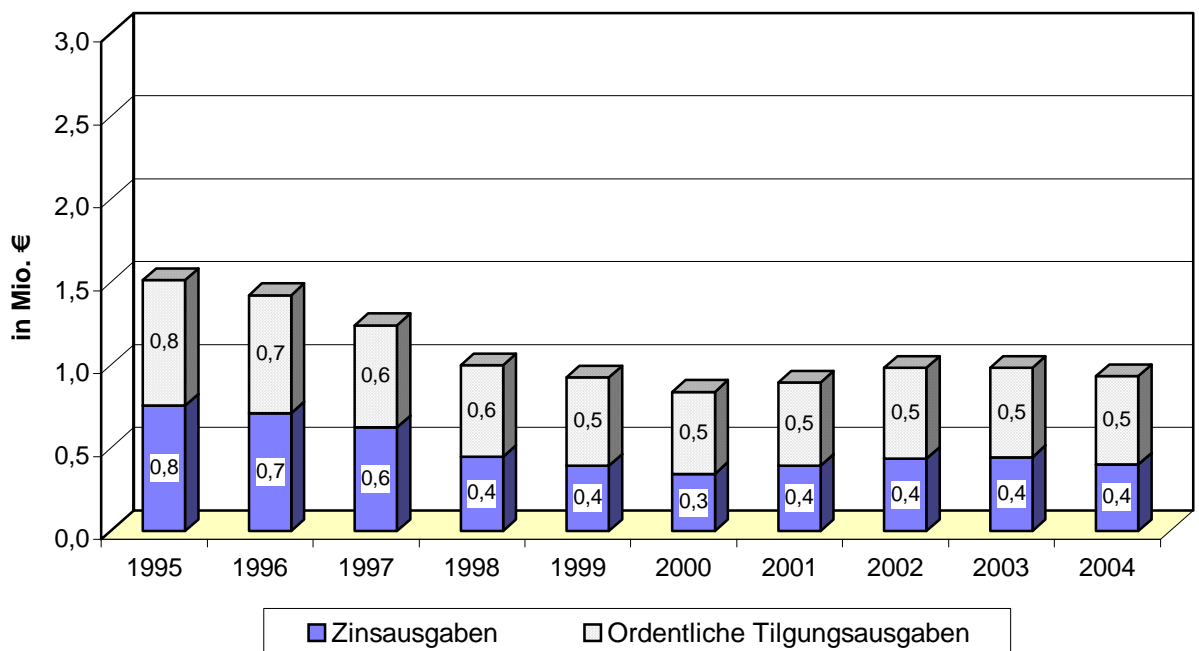
Nachdem in den Jahren **1996 bis 2000** bereits ein **kontinuierlicher Schuldenabbau** möglich war, ist, nach einem vorherigen zweijährigen Anstieg, in den Jahren **2003 und 2004** erneut eine **Schuldenreduzierung** betrieben worden.

### 6.3.2 Entwicklung der Schuldendienstleistungen

Anhand der nachfolgenden Aufstellung und der Grafik wird dargestellt, welche Entwicklung die Folgekosten, d.h. die **ordentlichen Schuldendienstleistungen** (ohne Sondertilgungen) aus den getätigten Kreditaufnahmen in den letzten Jahren genommen haben:

Jahr	Ausgaben Verw.-HH.(RE)	Zinsausgaben		Tilgungsausgaben	
		Summe	Anteil an Spalte b	Summe	Anteil an Spalte b
	- € -	- € -		- € -	
1999	23.488.282,53	393.508,19	1,68%	531.793,43	2,26%
2000	25.475.502,71	344.125,61	1,35%	1.164.763,67	4,57%
2001	24.448.114,44	391.367,30	1,60%	501.384,53	2,05%
2002	25.168.507,77	435.846,45	1,73%	547.619,50	2,18%
2003	25.860.270,06	444.654,74	1,72%	537.435,06	2,08%
2004	26.529.299,89	401.186,18	1,51%	530.674,11	2,00%

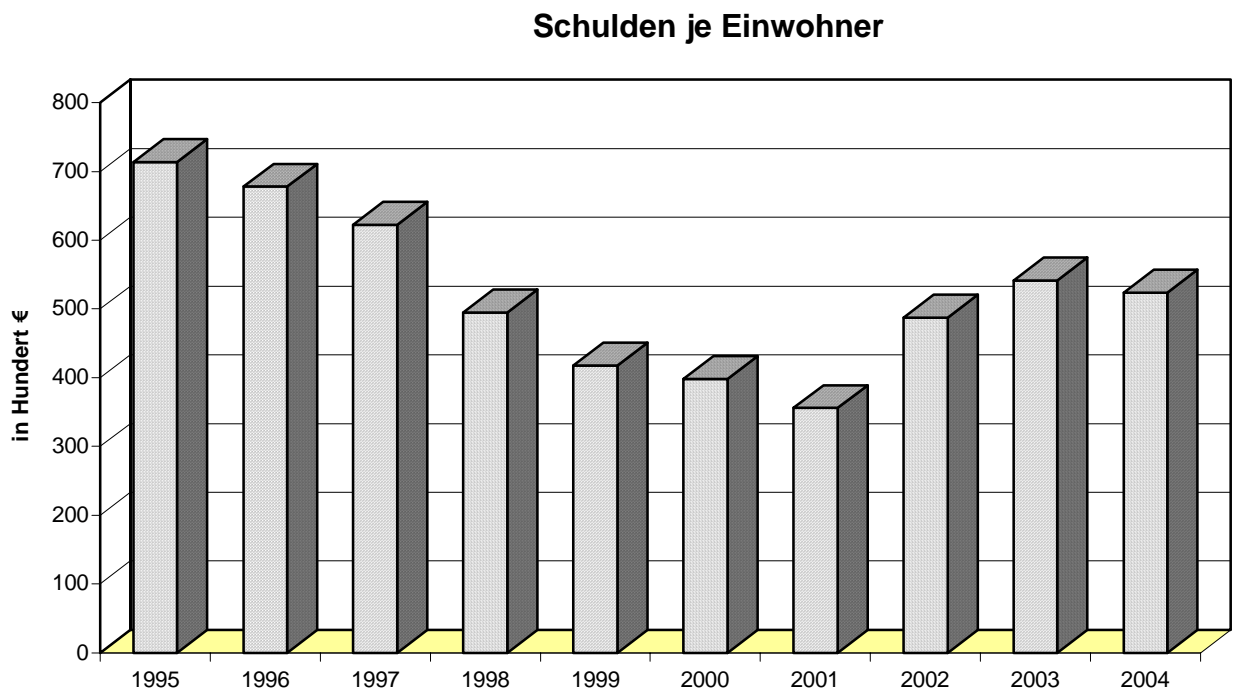
### Schuldendienstleistungen



### 6.3.3 Pro-Kopf-Verschuldung

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahlen der Gemeinde Rastede von 20.145 (Stand: 31.12.2004) belief sich die **Pro-Kopf-Verschuldung** am Jahresende 2004 auf **469,81 €** (**Vorjahr: 524,07 €**). Dieser Wert unterschreitet deutlich den **Landesdurchschnitt**, der sich auf **626,40 €** je Einwohner beläuft.

Die Entwicklung des „Pro-Kopf-Wertes“ ist aus der nachstehenden Grafik zu ersehen:



## 7. Allgemeine Rücklage

Nach § 20 Abs. 2 GemHVO soll die Allgemeine Rücklage die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck muss ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens 1 vom Hundert der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft. Maßgebend hierfür ist das **Gesamtanordnungssoll** der abgeschlossenen Haushaltsjahre für den Verwaltungshaushalt.

Der vorgeschriebene **Mindestbetrag** der Allgemeinen Rücklage errechnet sich demnach wie folgt:

Haushaltsjahr	- Beträge in Euro -
2001	23.779.852
2002	24.941.289
2003	25.569.724
<b>Summe 2001 bis 2003</b>	<b>74.290.865</b>
Durchschnitt	24.763.622
<b>Mindestbetrag gem. § 20 Abs. 2 GemHVO</b>	<b>247.636</b>

Der vorhandene Bestand der Allgemeinen Rücklage stellt sich wie folgt dar:

	- Beträge in Euro -
- Bestand zu Beginn des Haushaltsjahres	1.549.643,82
- Entnahmen im Laufe des Haushaltsjahres	56.314,91
- Zuführungen am Schluss des Haushaltsjahres	503.596,00
- Bestand am Schluss des Haushaltsjahres	<b>1.996.924,91</b>

Der vorhandene Bestand der Allgemeinen Rücklage übersteigt den gesetzlich geforderten Mindestbetrag um **1,749 Mio. €** (= freiwillige Ansammlung).

**Besonderer Hinweis:**

Im Hinblick auf den in § 83 Abs. 3 NGO verankerten Subsidiaritätsgrundsatz für Kreditaufnahmen, ist diese freiwillige Ansammlung bei Bedarf **vorrangig** zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen einzusetzen.

Der Bestand der Allgemeinen Rücklage ist im Kassenbestand enthalten und wird buchmäßig auf dem Verwahrkonto 0000.020201.9 in voller Höhe nachgewiesen. Eine Übernahme des Bestandes in das Folgejahr ist ordnungsgemäß erfolgt.

## 8. Schlussbetrachtung

Nach §§ 119 Abs. 1, 120 NGO hat das RPA die Rechnungen mit allen Unterlagen dahin zu prüfen,

1. ob der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. ob bei den Einnahmen und Ausgaben des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Feststellungen und Anmerkungen hierzu sind in der Kurzdarstellung auf der Seite 1 dieses Prüfungsberichtes aufgeführt. Hierauf, sowie auf die Empfehlungen und besonderen Hinweise im vorstehenden Prüfungsbericht zu Ziffer 2.4 (Seite 5), Ziffer 3.8 (Seite 21), Ziffer 4.6 (Seite 26) und Ziffer 7. (Seite 33) wird besonders hingewiesen.

- 15 Die Verwaltung muss sich **mit Nachdruck** darum bemühen, die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 **umgehend** fertig zu stellen, um dann künftig **den vorgeschriebenen Termin (31.03. des Folgejahres)** entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften (§ 100 Abs. 2 NGO) einzuhalten.

Die durchgeführte Prüfung hat keine wesentlichen Anhaltspunkte ergeben, die gegen eine Entlastung des Bürgermeisters sprechen.

Nach § 100 Abs. 3 NGO legt der Bürgermeister die Jahresrechnung mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und seiner Stellungnahme zu diesem Bericht dem Rat vor.

Gemäß § 101 Abs. 1 NGO beschließt der Rat über die Jahresrechnung; zugleich entscheidet der Rat über die Entlastung des Bürgermeisters.

Nach § 120 Abs. 4 NGO ist dieser Bericht um die Stellungnahme des Bürgermeisters zu ergänzen und frühestens nach seiner Vorlage im Rat (§ 100 Abs. 3 NGO) an 7 Tagen öffentlich auszulegen; die Auslegung ist öffentlich bekannt zu machen.

Westerstede, den 07.09.2006

Frerichs

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>Kurzdarstellung der Prüfungsfeststellungen/-bemerkungen .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Vorbemerkungen .....</b>	<b>2</b>
1.1 Prüfungsauftrag .....	2
1.2 Prüfungszeit/Prüfer .....	2
1.3 Jahresrechnung 2003 .....	2
1.4 Prüfungsunterlagen für die Prüfung der Jahresrechnung 2004 .....	2
1.5 Durchführung der Prüfung/Prüfungsumfang .....	2
<b>2. Grundlagen der Haushaltswirtschaft für das Haushaltsjahr 2004 .....</b>	<b>3</b>
2.1 Haushaltssatzung .....	3
2.2 Haushaltsplan .....	3
2.3 Finanzplan/Investitionsprogramm .....	5
2.4 Verpflichtungsermächtigungen (VE) .....	5
2.5 Veranschlagung .....	6
2.5.1 Einhaltung der Haushaltsansätze .....	6
2.5.1.1 Verwaltungshaushalt .....	6
2.5.1.2 Vermögenshaushalt .....	8
2.5.2 Haushaltsvermerke .....	10
2.6 Kassenkredite und Kassenliquidität .....	10
2.7 Kreditermächtigung, Kreditaufnahmen und Umschuldungen, Schuldenmanagement .....	10
2.7.1 Kreditermächtigung .....	10
2.7.2 Kreditaufnahmen .....	11
2.7.3 Kreditumschuldungen .....	12
2.7.4 Schuldenmanagement/Schuldenverwaltungsprogramm .....	12
2.8 Steuerhebesätze .....	12
<b>3. Jahresrechnung 2004 .....</b>	<b>12</b>
3.1 Allgemeines, Bestandteile und Feststellung der Jahresrechnung .....	12
3.2 Anlagen zur Jahresrechnung .....	13
3.3 Jahresergebnis .....	14
3.3.1 Ergebnis der Haushalts- und Kassenrechnung .....	14
3.4 Reste (Haushalts- und Kassenreste) .....	15
3.4.1 Haushaltseinnahmereste (HER) .....	15
3.4.2 Haushaltsausgaberrreste (HAR) .....	15
3.4.3 Offene Forderungen (Kasseneinnahmereste/Bereinigung) .....	16
3.4.3.1 Kasseneinnahmereste (KER).....	16
3.4.4 Kassenausgaberrreste (KAR).....	17
3.5 Einhaltung des Haushaltsplanes .....	17
3.5.1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben .....	17
3.6 Haushaltsausgleich .....	18
3.6.1 Verwaltungshaushalt, Nettoinvestitionsrate .....	18
3.6.2 Vermögenshaushalt .....	20
3.7 Übertragungen .....	20
3.8 Schulbudgetierung .....	21
3.9 Haushaltsvollzug und Veränderung von Ansprüchen (Stundung, Nieder- schlagung, Erlass) .....	22
3.9.1 Abrechnungsfähige Aufgabenbereiche .....	22
3.9.2 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Geldansprüchen .....	22
3.10 Kassenwirtschaft und Kassenlage .....	23

4.	Einzelbereiche .....	23
4.1	Grundlagen des Verwaltungshandelns (Satzungen, Dienstanweisung u.a.) .....	23
4.2	Prüfung von Abrechnungen und Verwendungsnachweisen .....	23
4.3	Vergabeverfahren .....	23
4.4	Sozialstation Rastede gGmbH .....	24
4.5	Bauhof Rastede .....	24
4.5.1	Einrichtung des Netcoregiebetriebes (optimierten Regiebetriebes) .....	24
4.5.2	Wirtschaftsplan .....	24
4.5.3	Finanzmittelverwaltung .....	25
4.5.4	Jahresabschluss und Abschlussergebnis .....	25
4.5.4.1	Jahresabschluss .....	25
4.5.4.2	Abschlussergebnis .....	25
4.6	Versicherungsmanagement .....	26
5.	Vorschüsse/Verwahrungen .....	26
5.1	Verwahrkonten .....	27
5.2	Vorschussskonten .....	28
5.3	Einzelfeststellungen zu den Verwahr- und Vorschussskonten .....	28
6.	Vermögen, Beteiligungen, Schulden .....	29
6.1	Vermögen .....	29
6.2	Beteiligungen .....	29
6.3	Schulden .....	30
6.3.1	Schuldenentwicklung .....	30
6.3.2	Entwicklung der Schuldendienstleistungen .....	31
6.3.3	Pro-Kopf-Verschuldung .....	32
7.	Allgemeine Rücklage .....	32
8.	Schlussbetrachtung .....	34

## Stellungnahme des Bürgermeisters zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Ammerland über die Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2004

Zu dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 wird wie folgt Stellung genommen:

### zu Textziffer 01 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Haushaltsveranschlagungen bezüglich der Inneren Verrechnungen (Kostenverrechnungen Budget 80) sind nachhaltig dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.“*

Das Budget 80 wurde mit dem Ziel gebildet, hier „Allgemeinkosten“ abzubilden, die auf die übrigen Budgets vollständig umgelegt werden. Soweit in einzelnen Budgets bzw. Anteil- oder Teilbudgets erhebliche Differenzen zwischen dem Haushalts- und dem Anordnungssoll entstehen, führt dies in der Regel im Ergebnis auch zu entsprechenden Abweichungen hinsichtlich der Haushaltsansätze bei den Inneren Verrechnungen. Die Verrechnungsmodalitäten wurden in der bestehenden Form festgelegt und im Haushaltsplan entsprechend begründet. Es ist nicht beabsichtigt, die Verrechnungsmodalitäten zum jetzigen Zeitpunkt umzustellen. Eine Änderung ist erst im Rahmen der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen vorgesehen.

### zu Textziffer 02 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Veranschlagungen für den Bereich des Investitionshaushalts sind sorgfältiger und bedarfsgerechter, bei erheblichem Veränderungsbedarf im Rahmen eines Nachtragsplanes vorzunehmen.“*

Die Problematik ist durchaus bekannt, so dass auch weiterhin nach einem Ansatz gesucht wird, die Veranschlagungen im Bereich der Investitionen sorgfältiger und bedarfsgerechter vorzunehmen. Es ist aber anzumerken, dass in vielen Bereichen eine Abhängigkeit zwischen einzelnen Haushaltsstellen besteht. Als Beispiel sei hier der Straßenausbau genannt, wo die Ausgaben für Straßenbau, Schmutz- und Regenwasserkanal und die entsprechenden Zuschüsse in Abhängigkeit voneinander stehen. Fehlt die Zusage über die Fördermittel, kann mit der Ausbaumaßnahme in dem Haushaltsjahr nicht begonnen werden. Zudem gibt es auch Maßnahmen, die aufgrund fehlender personeller Kapazitäten im Laufe eines Haushaltsjahres nicht umgesetzt werden können.

Dennoch wird die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes nicht gesehen, weil im Ergebnis nicht mehr, sondern weniger Haushaltsmittel als geplant benötigt werden. Hier ist die Sperre von Haushaltsmitteln als haushaltsrechtliches Instrumentarium vorzuziehen.

### zu Textziffer 03 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung wurde vom Bürgermeister festgestellt, obwohl noch nicht alle erforderlichen Bestandteile und Anlagen vorlagen.“*

Zukünftig wird die Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung erst durch den Bürgermeister erfolgen, soweit die Jahresrechnung vollständig mit allen erforderlichen Bestandteilen und Anlagen vorliegt.

#### zu Textziffer 04 der Prüfungsbemerkungen

*„Der als Anlage der Jahresrechnung beigefügte Rechenschaftsbericht entspricht nicht vollständig den gesetzlichen Vorschriften.“*

Seitens des Geschäftsbereiches Haushalt und Finanzen wird geprüft, inwieweit der Rechenschaftsbericht als Anlage zur Jahresrechnung ab dem Haushaltsjahr 2005 in geeigneter Weise ergänzt werden kann, damit dieser zukünftig den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

#### zu Textziffer 05 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Haushaltsansätze für die bauliche Unterhaltung sowie die Mittelübertragungen sind realistischer zu ermitteln.“*

Die Haushaltsansätze für die im Rahmen der baulichen Unterhaltung voraussichtlich anfallenden Maßnahmen des entsprechenden Haushaltsjahres werden größtenteils aufgrund von Erfahrungswerten und ggf. Kostenschätzungen ermittelt. Da kein konkretes Bauunterhaltungsprogramm für die Gebäude der Gemeinde Rastede vorliegt, erfolgt bei Aufstellung des Haushaltsplanes jedes Jahr erneut die Überlegung, welche Unterhaltungsmaßnahmen im folgenden Haushaltsjahr erforderlich sind. Konkrete Kostenkalkulationen können zu diesem Zeitpunkt oft noch nicht durchgeführt werden, da der genaue Umfang der Unterhaltungsmaßnahme während der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bekannt ist und oft erst im Laufe des betroffenen Haushaltsjahres festgelegt wird.

Die im laufenden Haushaltsjahr anfallenden Ausgaben decken sich daher nur selten mit den Haushaltsansätzen. Innerhalb der Gruppierung „bauliche Unterhaltung“ kommt es daher bei den einzelnen Haushaltsstellen zu Mehr- bzw. Minderausgaben. In der Gesamtbetrachtung für das Haushaltsjahr 2004 liegt bei der Gruppierung „bauliche Unterhaltung“ gegenüber den Haushaltsansätzen aber lediglich eine Mehrausgabe von 3,17 % vor.

Bei der Übertragung der Ausgabereste werden ab dem Haushaltsjahr 2006 nur noch Mittel übertragen, die zur Erledigung bereits begonnener Maßnahmen (mit Auftragserteilung) erforderlich sind.

#### zu Textziffer 06 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Bildung eines Haushaltsausgaberestes für Kreditmarktzinsen in Höhe von 60.000,00 € wurde vorgenommen, obwohl eine konkrete Zahlungsverpflichtung hierfür nicht vorlag.“*

Ende 2005 wurde die Entscheidung getroffen, dass aufgrund des zu diesem Zeitpunkt vorliegenden hohen Rücklagenbestandes Kredite vorzeitig zurückgezahlt werden sollten. Da hinsichtlich des Jahresabschlusses für 2004 mit einer weiteren Aufstockung

des Rücklagenbestandes gerechnet wurde, sollte erst Anfang 2005 nach Feststellung des Jahresergebnisses 2005 die entgültige Entscheidung getroffen werden, welche Kredite unter Berücksichtigung des dann aktuellen Rücklagenbestandes vorzeitig zurückgezahlt werden können. Hierbei wurden bereits vorab entsprechende Gespräche mit den Darlehnsgebern geführt und geprüft, ob eine vorzeitige Rückzahlung unter Berücksichtigung der anfallenden Vorfälligkeitsentschädigungen aus finanzwirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist.

Da die Haushaltsplanungen für das Haushaltsjahr 2005 bereits abgeschlossen waren, konnten für die anfallenden Vorfälligkeitsentschädigungen keine entsprechenden Haushaltsmittel mehr eingeplant werden. Aus diesem Grunde wurden bei der Haushaltsstelle 9100.807100 für das Haushaltsjahr 2004 Haushaltsausgabereste i. H. v. 60.000 Euro gebildet, damit diese übertragenen Mittel in 2005 für die fälligen Vorfälligkeitsentschädigungen zur Verfügung stehen. Auch wenn die konkrete Höhe der Vorfälligkeitsentschädigungen bei Bildung des Haushaltsausgaberestes noch nicht vorlag, so bestand zumindest ein konkreter Grund für dessen Bildung.

Die Ermittlung des Haushaltsansatzes für die „Zinsausgaben an den Kreditmarkt“ unter Haushaltsstelle 9100.807100 für das Haushaltsjahr 2005 erfolgten unter Berücksichtigung einer geplanten Kreditaufnahme in 2005 i. H. v. 2.177.300 Euro. Da in 2005 aufgrund des positiven Verlaufs des Haushaltsjahres eine Kreditaufnahme nicht erforderlich wurde, fielen folge dessen auch die Zinsausgaben niedriger aus, als ursprünglich eingeplant. Die übertragenen Mittel i. H. v. 60.000 Euro wurden in 2005 in voller Höhe für die fälligen Vorfälligkeitsentschädigungen in Anspruch genommen.

#### zu Textziffer 07 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Mittelübertragungen für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen sind bedarfsgerechter vorzunehmen.“*

Die Problematik ist durchaus bekannt. Es wird nach einem Ansatz gesucht, wie die Mittelübertragungen im Bereich der Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen zukünftig bedarfsgerechter erfolgen können.

#### zu Textziffer 08 der Prüfungsbemerkungen

*„Es ist sicherzustellen, dass die Bearbeitung von Stundungsfällen ausnahmslos entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den vom Gemeinderat dazu erlassenen Regelungen (Dienstanweisung und Richtlinie) vorgenommen wird.“*

Das Verfahren in der Praxis zeigt zwischenzeitlich auf, dass hinsichtlich der Zuständigkeitsvorschriften für Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse eine Überarbeitung der vom Gemeinderat dazu erlassenen Regelungen erforderlich geworden ist. Bei der anstehenden Neuregelung der Zuständigkeitsvorschriften in der „Richtlinie über Grundsätze und Zuständigkeiten für die Stundung, Niederschlagung und den Erlass von Geldansprüchen der Gemeinde Rastede“ und in der „Dienstanweisung der Gemeinde Rastede über Stundung, Niederschlagung und Erlass von privat- und öffentlichrechtlichen Forderungen“ zum 1.1.2007 soll ein praktikablerer Ansatz gewählt werden.

#### zu Textziffer 09 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Jahresabschlussunterlagen des Bauhofes sind als besonderer Teil der Jahresrechnung der Gemeinde beizufügen.“*

Gemäß § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) werden die Unterlagen des Jahresabschlusses des Bauhofes ab dem Wirtschaftsjahr 2005 als besonderer Teil zukünftig in die Jahresrechnung der Gemeinde aufgenommen.

#### zu Textziffer 10 der Prüfungsbemerkungen

*„Bezüglich des Abschlussergebnisses des Bauhofes ist entsprechend den Vorschriften der EinrVO-Kom zu verfahren. Für die zurückliegenden Jahre ab 2003 ist eine nachträgliche Beordnung vorzunehmen.“*

Der Jahresabschluss des Bauhofes als optimierter Regiebetrieb wird zukünftig (erstmalig für das Wirtschaftsjahr 2005) unter Berücksichtigung der Vorschriften der „Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen“ erstellt. Über die Abschlussergebnisse der Wirtschaftsjahre 2003 und 2004 und die Verwendung der in diesen Jahren entstandenen Gewinne wird der Rat unterrichtet.

#### zu Textziffer 11 der Prüfungsbemerkungen

*„Für die Verlängerung des Maklervertrages zur Abwicklung der Versicherungsaufgaben der Gemeinde Rastede wurde nicht die Zustimmung des VA eingeholt.“*

Der ursprüngliche Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 16.04.1996 war darauf ausgerichtet, dass dann eine erneute Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses erforderlich wird, soweit der Maklervertrag über das erste Jahr hinaus fortgesetzt werden sollte. Die Einholung dieser grundsätzlichen Zustimmung ist versehentlich unterblieben. Da die (stillschweigende) Verlängerung des entsprechenden Maklervertrages in den letzten Jahren im Rahmen des „Geschäftes der laufenden Verwaltung“ erfolgt ist, wird die Einholung einer nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt als überholt angesehen.

Die Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, den Versicherungsbestand in den nächsten Jahren von einem anderen Maklerunternehmen überprüfen zu lassen, ist bereits vom zuständigen Geschäftsbereich aufgenommen worden. Vorbereitungen für eine Neuausschreibung wurden bereits getroffen und sollen unter Berücksichtigung der Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes vervollständigt werden.

#### zu Textziffer 12 der Prüfungsbemerkungen

*„Für die Vorschussbuchungen sind entsprechende Vorschusskonten einzurichten.“*

Die Vorschussbuchungen werden ab dem Haushaltsjahr 2007 über gesondert eingerichtete Vorschusskonten abgewickelt.

#### zu Textziffer 13 der Prüfungsbemerkungen

*„Für die ohne Rechtsgrundlage in Vorleistung übernommene Zahlungsverpflichtung für eine Privatperson in Höhe von 41.047,70 € ist die Gemeinde ein finanzielles Risiko eingegangen. Es ist dadurch ein Zinsgewinn für den Zeitraum von 80 Tagen entgangen.“*

Die Ausführungen im Prüfbericht sind in Bezug auf die Sicherheit nicht unberechtigt. Insbesondere hätte eine notwendige gerichtliche Verwertbarkeit der abgegebenen Erklärung möglicherweise zu Problemen führen können. Andererseits hat die Verwaltung allerdings umfangreiche Gespräche, insbesondere mit der kreditfinanzierenden Bank geführt, so dass das Risiko tatsächlich eher theoretischer Natur war. Dem Sachverhalt liegt zugrunde, dass die Gemeinde aufgrund ihrer kaufvertraglichen Vereinbarung in ihrer Eigenschaft als Käufer Zahlungsmodalitäten aufnimmt, die eine Zahlung der Gemeinde erst zu dem Zeitpunkt erforderlich machen, in dem auch ein Satzungsbeschluss über einen Bauleitplan gefasst ist. Zu diesem Zeitpunkt sind aber häufig schon die Ersterschließungsarbeiten wie auch im vorliegenden Fall in Wahnbek begonnen worden. Zeitlich überschreitet sich damit bei einem schnellen Abverkauf der Grundstücke der Zeitraum der Fertigstellung der Ersterschließung mit der Finanzierungsnotwendigkeit für die Käufer und dem daraus resultierenden Wunsch des Baubeginns in Verbindung mit der notwendigen Umschreibung als Voraussetzung für die Finanzierungsgewährung durch die kreditfinanzierende Bank. Im vorliegenden Fall hatte deshalb die kreditfinanzierende Bank ausschließlich das Geld zurückbehalten, weil eine Umschreibung aufgrund einer fehlenden Teilungsgenehmigung, die von der Gemeinde beizubringen war, nicht erfolgen konnte.

Wäre eine Bezahlung der Baurechnung von wem auch immer nicht vorgenommen worden, wäre der Bau durch die Baufirma berechtigter Weise stillgelegt worden mit der Folge, dass eine erhebliche Bauzeitverzögerung mit allen daraus resultierenden Folgen eingetreten wäre.

Die Verwaltung hat sich im Hinblick auf diese einmalige Situation deshalb entschlossen, das vergleichsweise geringe Risiko der Vorfinanzierung auf sich zu nehmen. Richtiger Weise könnte man unterstellen, dass durch die Vorfinanzierung ein Zinsverlust von bereits eingenommenem Geld eingetreten ist; dieser Berechnung müsste man dann allerdings entgegen halten, dass die Gemeinde durch ihre Verkaufspolitik mindestens für einen vergleichbaren Zeitraum Zinsüberschüsse durch zeitweise früher liegende Mehreinnahmen erwirtschaftet hat.

Wie bereits oben ausgeführt, wird sich aufgrund einer zwischenzeitlich veränderten Umgangsweise zwischen Notar, Vermessungsingenieur, Amtsgericht und Gemeinde ein solcher Vorgang nicht wiederholen können.

#### zu Textziffer 14 der Prüfungsbemerkungen

*„Der dem Haushaltsplan beigefügte Beteiligungsbericht entspricht nicht vollständig den Vorgaben des § 116 a NGO.“*

Der Beteiligungsbericht wird zukünftig entsprechend den Vorgaben des § 116 a NGO erstellt. Ab dem Haushaltsjahr 2007 wird dabei insbesondere auch über die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens und das Vorliegen der Voraussetzungen des § 108 Abs. 1 NGO berichtet.

zu Textziffer 15 der Prüfungsbemerkungen

*„Die Verwaltung muss sich mit Nachdruck darum bemühen, die Fertigstellung der Jahresrechnungen künftig zum 31.03. des Folgejahres zu gewährleisten.“*

Damit die Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt und der anschließende Beschluss des Rates über die Jahresrechnung nach § 101 Abs. 1 Satz 1 NGO bis zum 31.12. des jeweiligen Folgejahres erfolgen kann, bemüht sich die Verwaltung, die Jahresrechnung zukünftig zeitnaher aufzustellen.

Weitere im Prüfbericht aufgenommene Hinweise und Anregungen wurden zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit die im Prüfungsbericht aufgenommenen Empfehlungen zukünftig umgesetzt werden.

Der Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2004, der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung und diese Stellungnahme zum Prüfbericht werden dem Rat zur Kenntnis vorgelegt, damit dieser die Jahresrechnung beschließen und über die Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO entscheiden kann.

Rastede, den 17. Oktober 2006

gez. Henkel  
**- Erster Gemeinderat -**

## **Mitteilungsvorlage**

**Vorlage-Nr.: 2006/193**

freigegeben am 06.11.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

**Datum: 06.11.2006**

### **Haushalt 2006 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 Euro.

#### **Sach- und Rechtslage:**

In der Anlage sind die seit der letzten Ratsinformation bis zum 31.10.2006 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben/Mehreinnahmen) vorhanden.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

- keine -

#### **Anlagen:**

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 Euro.

**Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben seit der letzten Ratsinformation bis zum 31.10.2006**

Budget		Datum	Glied.	Grupp.	Betrag ab 5.000 €	Begründung	überpl. Ausgabe	außerpl. Ausgabe
2107	GS Feldbreite	12.10.2006	2107	940016	17.000,00 EUR	Die Heizkreisregelungen müssen erneuert werden, da die alten (von 1988) defekt sind und am Markt keine Ersatzteile mehr zu beschaffen sind (siehe VA-Beschluss vom 10.10.2006). Diese Maßnahme war nicht vorhersehbar.		x
5103	Hallenbad	28.09.2006	5720	940020	6.000,00 EUR	Bei der Planung der Baumaßnahme und Veranschlagung der Haushaltsmittel wurde lediglich der Austausch der Türanlage im Hallenbad zu Grunde gelegt. Zur Ausführung kam die Erweiterung des Windfanges, was Folgearbeiten an Gründung, an der Deckenkonstruktion und am Gesimse nach sich zog.	x	
6101	Straßen	31.10.2006	6300	414000	9.745,43 EUR	Die Einstellung von zwei Mitarbeitern im Rahmen des Gehwegprogrammes 2006/ 2007 wurde bei der HH-Planung 2006 nicht berücksichtigt. Die Einstellung wurde in der VA-Sitzung am 08.03. 2006 beschlossen.	x	
6201	Park- und Gartenanlagen	05.10.2006	5800	510001	6.356,00 EUR	Erhöhte Kosten infolge verschiedener Mehrarbeiten durch den Bauhof im Bereich "Unterhaltung der Außenanlagen". Im Schlosspark wurden die Teiche aufgereinigt und die Wege nach der Durchforstung wieder hergerichtet.	x	
7200	Regenwasser	12.10.2006	7110	950061	180.000,00 EUR	Die Arbeiten bei der Maßnahme "BBPI. 79 - Südlich Schloßpark" schreiten schneller voran als geplant. Der v.g. Betrag wäre normalerweise, gemäß der Verpflichtungsermächtigung aus 2006, erst in 2007 kassenwirksam geworden. In der Planungsphase 2007 werden die Haushaltsmittel dementsprechend reduziert.	x	
8800	Organisation	27.10.2006	0200	935000	9.600,00 EUR	Verschiedene unvorhergesehene Beschaffungen führen zu Mehrausgaben. Zu diesen Ausgaben gehören die Beschaffung der Software "Arcon" für den neuen Mitarbeiter im Gb 3 und Mehraufwendungen bei der Einführung von "Saperion" (elektronische Akte und Archivierung). Siehe VA-Beschluss vom 29.11.2005 (Vorlagen-Nr.: 2005/ 191).	x	
					<b>228.701,43 EUR</b>			

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2006/194**

freigegeben am 08.11.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 08.11.2006****Öffentl. Einrichtung Märkte - Ergebnisse 2003 bis 2005 und Festsetzung von Marktstandgebühren ab 2007****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

**Beschlussvorschlag:**

1. Das Ergebnis der Kostenrechnung 2003 bis 2005 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die in den Jahren 2003 bis 2005 entstandenen Defizite, sowie das in 2006 zu erwartende Defizit werden nicht ausgeglichen.
3. Die öffentliche Interessenquote für die öffentliche Einrichtung Wochenmarkt wird nicht verändert.
4. Der Gebührensatz für die Jahre 2007 bis 2009 beträgt 1,60 €
5. Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung von Marktstandgeldern in der Gemeinde Rastede“ wird entsprechend der Anlage zur Sitzungsvorlage mit Wirkung am 01.01.2007 geändert.

**Sach- und Rechtslage:**

**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung „Märkte“  
in der Gemeinde Rastede ab 2007 mit Blick  
auf die Ergebnisse 2003 bis 2005 und der Kalkulation 2006**

**Allgemein:**

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung Märkte. Zu dieser öffentlichen Einrichtung gehören die Bereiche Wochenmarkt, Frühjahrsmarkt und sonstige Märkte. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Eine solche Satzung besteht für den Frühjahrsmarkt und die „Sonstigen Märkte“ nicht, da diese Märkte zwischenzeitlich privatisiert wurden.

Die am 02.12.2003 vom Rat beschlossene Gebühr für den Wochenmarkt galt für drei Jahre (2004 bis 2006). Die Gebühr wurde pro angefangenen Meter Frontlänge auf 1,30 €/je Marktbesuch und die öffentliche Interessenquote für die öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“ wurde für 2003 auf 22 Prozent und ab 2004 auf 20 Prozent festgesetzt. Ab 2007 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Grundlage für die Kalkulation sind die Ergebnisse 2003 bis 2005, sowie die Kalkulation für 2006.

### Ergebnis der Kostenrechnungen 2003 bis 2005:

Wie aus dem unten stehenden Kostenvergleich ersichtlich, schließen die Kostenrechnungen der Jahre 2003 bis 2005 jeweils mit einem Defizit ab.

### Kostenvergleich der Jahre 2003 bis 2005 für den Wochenmarkt

	Gesamtkosten	abzüglich Öffentliches Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
<b>Ergebnis 2003</b>	100,00%	22%	78%
Kosten	25.252,04 €	5.555,45 €	19.696,59 €
Einnahmen	13.162,94 €	0,00 €	13.162,94 €
Defizit/Überschuss	-12.089,10 €	0,00 €	-6.533,65 €
<b>Ergebnis</b>	<b>-12.089,10 €</b>	<b>5.555,45 €</b>	<b>-6.533,65 €</b>
	Gesamtkosten	abzüglich Öffentliches Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
<b>Ergebnis 2004</b>	Ergebnis	20%	78%
Kosten	24.197,02 €	4.839,40 €	19.357,62 €
Einnahmen	13.679,25 €	0,00 €	13.679,25 €
Defizit/Überschuss	-10.517,77 €	0,00 €	-5.678,37 €
<b>Ergebnis</b>	<b>-10.517,77 €</b>	<b>4.839,40 €</b>	<b>-5.678,37 €</b>
	Gesamtkosten	abzüglich Öffentliches Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
<b>Ergebnis 2005</b>	Kalkulation	20%	78%
Kosten	26.842,87 €	5.368,57 €	21.474,30 €
Einnahmen	15.129,98 €	0,00 €	15.129,98 €
Defizit/Überschuss	-11.712,89 €	0,00 €	-6.344,32 €
<b>Ergebnis</b>	<b>-11.712,89 €</b>	<b>5.368,57 €</b>	<b>-6.344,32 €</b>

Die Ergebnisse entsprechen im Wesentlichen der Kalkulation 2003, die als Grundlage für die Gebührenberechnung 2004 bis 2006 diente. Eine gravierende Abweichung ist in den **Kosten für die Reinigung des Marktplatzes** begründet. Anknüpfend an die Satzungsregelung war davon ausgegangen worden, dass die Regelung dazu beiträgt, zusätzliche Reinigungskosten der Gemeinde zu vermeiden. Es hat sich herausgestellt, dass diese Einschätzung falsch war, wie die Zahlen über die getätigten Aufwendungen für die Marktplatzreinigung gezeigt haben (siehe Anlage 1 = Betriebsabrechnungsbogen der Jahre 2003 bis 2005).

Außerdem waren die durch den Bauhof zu erbringenden Reinigungsleistungen zum Zeitpunkt der Kalkulation im September 2002 nicht bekannt. Erst ab dem Jahre 2003 schreibt der Re-giebetrieb „Bauhof“ Rechnungen an die Gemeindeverwaltung Rastede, wodurch die eigenen Reinigungsleistungen der Gemeinde zahlenmäßig erstmalig sichtbar wurden. Das bedeutet, dass für die Jahre 2004 bis 2006 ein zu niedriger Gebührensatz festgesetzt wurde. Vorausblickend auf die Gebührenkalkulation ab 2007 wäre es fehlerhaft, weiterhin davon auszugehen, dass keine Reinigungskosten anfallen. Aufgrund dieser „Fehlkalkulation“ sollten die aufgelaufenen Defizite bis einschließlich 2006 nicht fortgeschrieben werden.

## Kalkulation 2006

Die Einnahmen setzen sich aus den Benutzungsgebühren und aus den Erstattungsbeträgen für Strom zusammen. Die Einnahmen für die Erstattung der Stromkosten bewegen sich seit dem Jahre 2004 in einer Höhe von ca. 1.700 €. Die Benutzungsgebühren dagegen sind im Jahre 2005 (Ergebnis 2004= 11.926 €) auf 13.348,10 € gestiegen. Nach Auskunft des Marktmeisters werden Mehreinnahmen dadurch erzielt, dass einige Marktbezieher den Wochenmarkt nach einem nicht so strengen Winter früher besuchen. Hierin liegt ein gewisses Kalkulationsrisiko, denn im umgekehrten Fall, wenn der Winter streng ist, muss mit Mindereinnahmen gerechnet werden. In der Kalkulation für 2006 wurde mit Gesamteinnahmen (Benutzungsgebühren und Stromkosten) in Höhe von 15.000 € gerechnet.

Wenn man die Einnahmen und die Kosten für den Wochenmarkt gegenüberstellt, kann eine vollständige Kostendeckung ohne Berücksichtigung der öffentlichen Interessenquote nicht erreicht werden. Weil beim Betrieb der Einrichtung „Wochenmarkt“ in 2006 gegenüber den Vorjahren keine Veränderungen eingetreten sind, wird voraussichtlich auch 2006 mit einem gleichen Ergebnis zu rechnen sein wie in den Vorjahren.

<b>Kalkulation 2006</b>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>abzüglich</b>	<b>verbleiben gebühren-</b>
		<b>Öffentliches. Interesse</b>	<b>relevante Kosten</b>
	<b>Kalkulation</b>	<b>20%</b>	<b>80%</b>
Kosten	26.697,78 €	<b>5.339,56 €</b>	21.358,22 €
Einnahmen	15.000,00 €	<b>0,00 €</b>	15.000,00 €
Defizit/Überschuss	-11.697,78 €	<b>0,00 €</b>	-6.358,22 €
<b>Ergebnis</b>	<b>-11.697,78 €</b>	<b>5.339,56 €</b>	<b>-6.358,22 €</b>

## Gebührenfestsetzung für 2007 bis 2009

Für die Folgejahre ist davon auszugehen, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird, wie in den Vorjahren. Daher ist die Kalkulation für das Betriebsjahr 2006 gleichzeitig die Grundlage für die Gebührenfestsetzung der Folgejahre.

### Kosten Wochenmarkt 2006

#### Kalkulation

<b>Bezeichnung</b>	<b>Bemerkungen</b>	<b>Menge</b>	<b>Kalkulation 2006</b>
Frischwasser	Kosten für 1 cbm = 0,89880 €	cbm/jährlich 2	1,80 €
Abwassergebühren	Es fällt kein Abwasser an	Entfällt	0,00 €
Stromkosten	Kostenart 5402	wie Vorjahr	650,00 €
Heizkosten	fallen nicht an	entfällt	0,00 €
<b>Abfallbeseitigung</b>	<b>Reinigung d. Markplatzes durch d. Bauhof - nur Wochenmarkt.</b>	<b>entfällt</b>	<b>7.000,00 €</b>
Straßenreinigung	Siehe Kosten „ öffentliche Toilette		0,00 €
Grundsteuer	fällt nicht an wegen Grundsteuerbefreiung	entfällt	0,00 €
Miete Marktplatz	52 Tage im Jahr x 100,-- €	pro Tag 100,00 €	5.200,00 €
Bekanntmachungskosten			300,00 €
Regiekosten Budget 80	Umlage sh. BAB	plus 2 %	6.500,00 €
Personalkosten Verwaltung		plus 2,5 %	6.000,00 €
Öffentliche Toilette	Anteilige Kosten f. d. Benutzung der öffentl. Toilette	Siehe unten stehende Berechnung:	1.045,98 €
<b>Zusammen:</b>			<b>26.697,78 €</b>

Der Kostenfaktor Marktplatzreinigung durch den Bauhof in Höhe von 7.000 € sollte in dem zukünftigen Gebührensatz berücksichtigt werden, weil weiterhin Aufräum- und Reinigungsarbeiten des Platzes nach Abhaltung des Wochenmarktes durch den Bauhof erledigt werden. Allerdings ist ab 2007 seitens des Geschäftsbereiches beabsichtigt, auf dem Marktplatz einen Container zur Verfügung zu stellen, damit die Marktbezieher die Möglichkeit haben, ihren Müll selbst zu entsorgen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Reinigungskosten durch den Bauhof um die Kosten für den Bereitstellung eines Containers senken werden. Der Bauhof stellt im übrigen Kosten für notwendige Absperrungen, die zu errichten sind, wenn der Wochenmarkt verlegt wird, in Rechnung.

### Kosten öffentliche Toilette/Marktplatz- Kalkulation 2006

Bezeichnung	Bemerkungen	Menge	Kalkulation 2006
Frischwasserkosten	Rechnung lt. GB 3	Cbm	230,00 €
Abwassergebühren	Abwassergebühren berechnet nach dem Frischwasserverbrauch	Cbm	480,00 €
Heizkosten	Gasrechnung		475,00 €
Stromkosten			700,00 €
Abfallbeseitigung	2 Gefäße a' 60 Liter	Liter 120	108,48 €
Straßenreinigung	KZ:60.011538.0/ Marktplatz. u. öffentliche. Toilette		54,00 €
Grundsteuer	fällt nicht an wegen Grunderbefreiung	Entfällt	0,00 €
Reinigungskosten	Fa. Weichelt		3.800,00 €
Bauliche Unterhaltung	Reparaturkostenpauschale		1.400,00 €
Bewirtschaftungskosten	Pauschal		80,00 €
Feuerversicherung	Gothar - Versicherung.		14,50 €
<b>Zusammen:</b>			<b>7.341,98 EUR</b>

### Umlegung der Kosten öffentliche Toilette auf die Märkte

	Tage	
Jährliche Kosten	365	7.341,98 €
Tägliche Kosten	1	20,12 €
<b>Anteilige Kosten Wochenmarkt</b>	<b>52</b>	<b>1.045,98 €</b>

Die öffentliche Toilette befindet sich beim Marktplatz. Sie wird der Einrichtung Markt zu Verfügung gestellt und entsprechend genutzt. Die Gesamtkosten der öffentlichen Toilette wurden ermittelt, und der auf die Marktveranstaltungen entfallende Anteil (52 Tage im Jahr) wurde auf die Wochenmarktveranstaltungen umgelegt.

Bei diesem Kostenfaktor ergeben sich zwischen den einzelnen Rechnungsjahren Abweichungen, weil zum einen die Reinigungskosten alle zwei Jahre ausgeschrieben werden, und zum anderen kann es bei den Reparaturkosten der baulichen Unterhaltung des Toilettengebäudes zu Kostenschwankungen kommen. Es wurden in den Ergebnissen die tatsächlich angefallenen Reparaturkosten der letzten drei Jahren ermittelt und dann ein Durchschnitt gebildet, der dann als Kostenfaktor eingestellt wird.

Wenn man bei der Gebührenberechnung die Reinigungskosten berücksichtigt und die Interessenquote bei 20 % lassen würde, berechnet sich ein Gebührensatz in Höhe von 1,60 €/lfd. Meter. Je höher die öffentliche Interessenquote je niedriger ist die Gebühr pro laufender Meter.

## Gebührenberechnung Wochenmarkt auf der Grundlage der Kalkulation 2006

Öffentliches Interesse (Prozent)	20%	25%	35%
Kosten insgesamt:	26.697,78 €	26.697,78 €	26.697,78 €
abzüglich Stromkosten	-650,00 €	-650,00 €	-650,00 €
Summe:	26.047,78 €	26.047,78 €	26.047,78 €
abzüglich. Öffentliches. Interesse	-5.209,56 €	-6.511,95 €	-9.116,72 €
gebührenrelevante Kosten	20.838,22 €	19.535,84 €	16.931,06 €

Markttage im Jahr	52	52	52
-------------------	----	----	----

### Gebührenmaßstab: - lfd. Meter je Stand

- lfd. Meter je Markttag (Durchschnitt)	250	250	250
-----------------------------------------	-----	-----	-----

- lfd. Meter je Jahr	13.000	13.000	13.000
----------------------	--------	--------	--------

= Gebühr je Meter	1,60 EUR	1,50 EUR	1,30 EUR
-------------------	----------	----------	----------

Betrachtet man die Gebührensätze der umliegenden Gemeinden (siehe nachfolgende Aufstellung) sollte zur Vermeidung von Attraktivitätsverlusten des Rasteder Wochenmarktes ein Gebührensatz von 1,60 € bei einer Interessenquote in Höhe von 20 Prozent angestrebt werden.

### Vergleich der Gebührensätze mit den Nachbargemeinden/Städte

	Gebührensatz pro lfd. Meter	Mindestgebühr	Stromkosten pro Markttag	Fahrzeug pro Markttag
Gemeinde Apen	1,25 €		1,25 €	
Gemeinde Edewecht	0,78 €	2,50 €	0,78 €	
Gemeinde Wiefelstede	1,00 €	3,00 €	1,00 €	
Gem. Bad Zwischenahn	1,00 €		1,00 €	0,50 €
Stadt Westerstede	0,80 €	3,00 €		1,30 €
Stadt Oldenburg				
Dienstag	1,00 €			
Mittwoch	1,00 €			
Donnerstag	1,30 €			
Freitag	1,90 €			
Samstag	2,00 €			
Stadt Varel	1,53 €			

<b>Vorschlag:</b>				
<b>Gemeinde Rastede</b>	<b>1,60 €</b>			

Die Verwaltung schlägt vor, den Gebührensatz von bisher 1,30 € um 0,30 € auf 1,60 € pro laufenden Meter für die Jahre 2007 bis 2009 festzusetzen. Die öffentliche Interessenquote im Hinblick auf die Erhaltung der Attraktivität des in der Bevölkerung beliebten Wochenmarktes wird nicht verändert.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

**Anlagen:**

Anlage 1 – Betriebsabrechnungsbogen der Jahre 2003 bis 2005

Anlage 2 – 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Erhebung von Marktstandgeldern in der Gemeinde Rastede“

# Betriebsabrechnungsbogen 2003 bis 2005

Anlage 1 zu Vorlage 2006/194

## Betriebsabrechnungsbogen 2003

K.-art	Kostenarten- bezeichnung	Finanz- rechnung	Abgrenzung	Wirtschafts- rechnung	Wochenmarkt 7310	Sonstiger Markt 7334	Regiekosten 7398
	<b>Personalausgaben</b>						
601100	Beamtenbezüge	252,08		252,08	242,00	10,08	
601200	Angestelltenvergütung	2.777,49		2.777,49	2.666,39	111,10	
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. für Versorgungsrücklage	157,73		157,73	151,42	6,31	
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers.f. Angest.	248,24		248,24	238,31	9,93	
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	634,26		634,26	608,89	25,37	
604100	Beihilfen, Unterst. u. dgl.	46,61		46,61	44,75	1,86	
		4.116,41	0,00	4.116,41	3.951,75	164,66	0,00
	<b>Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand</b>						
530000	Mieten und Pachten		5.200,00	5.200,00	5.200,00		
540200	Wasser		1,80	1,80	1,80		
540400	Strom		655,56	655,56	655,56		
591600	Ant. Kosten f. Benutzung Toilette		2.802,73	2.802,73	2.802,73		
624900	Sachkosten -Reinigung Wochenmarkt	9.881,74	-2.630,86	7.250,88	7.239,88	11,00	
653600	Öffentl. Bekanntmachungen	41,34		41,34	41,34		
697900	Regiekosten	8.383,83	-2.977,27	5.406,56			5.406,56
		18.306,91	3.051,96	21.358,87	15.941,31	11,00	5.406,56
	<b>Summe</b>				19.893,06	175,66	
	<b>Umlagen</b>						
	Regiekosten				0,00	0,00	-5.406,56
	<b>Summe sächl. Verw./Betr.aufwand</b>	<b>22.423,32</b>	<b>3.051,96</b>	<b>25.475,28</b>	<b>19.893,06</b>	<b>175,66</b>	<b>0,00</b>
	<b>Erträge</b>						
532000	Benutzungsgebühren	12.192,88		12.192,88	11.586,10	606,78	
542800	Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.576,84		1.576,84	1.576,84		
		<b>13.769,72</b>	<b>0,00</b>	<b>13.769,72</b>	<b>13.162,94</b>	<b>606,78</b>	<b>0,00</b>
<b>Ergebnis:</b>		<b>-8.653,60</b>	<b>-3.051,96</b>	<b>-11.705,56</b>	<b>-6.730,12</b>	<b>431,12</b>	<b>0,00</b>

# Betriebsabrechnungsbogen 2004

K.-art	Kostenarten- bezeichnung	Finanz- rechnung	Abgrenzung	Wirtschafts- rechnung	Wochenmarkt 7310	Sonstiger Markt 7334	Regiekosten 7398
	<b>Personalausgaben</b>						
601100	Beamtenbezüge	327,44		327,44	304,06	23,38	
601200	Angestelltenvergütung	2.695,84		2.695,84	2.503,36	192,48	
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. für Versorgungsrücklage	149,70		149,70	139,01	10,69	
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers.f. Angest.	239,82		239,82	222,70	17,12	
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	604,06		604,06	560,93	43,13	
604100	Beihilfen, Unterst. u. dgl.	42,30		42,30	39,28	3,02	
		4.059,16	0,00	4.059,16	3.769,34	289,82	0,00
	<b>Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand</b>						
530000	Mieten und Pachten		5.200,00	5.200,00	5.200,00		
540200	Wasser		1,80	1,80	1,80		
540400	Strom		644,32	644,32	644,32		
591600	Ant. Kosten f. Benutzung Toilette		1.320,66	1.320,66	1.320,66		
624900	Sachkosten -Reinigung Wochenmarkt	14.290,77	-6.476,14	7.814,63	7.620,73	193,90	
653600	Öffentl. Bekanntmachungen	0,00		0,00	0,00		
697900	Regiekosten	0,00	5.787,16	5.787,16			5.787,16
		14.290,77	6.477,80	20.768,57	14.787,51	193,90	5.787,16
	<b>Summe</b>				18.556,85	483,72	
	<b>Umlagen</b>						
	Regiekosten				5.640,17	146,99	-5.787,16
	<b>Summe sächl. Verw./Betr.aufwand</b>	<b>18.349,93</b>	<b>6.477,80</b>	<b>24.827,73</b>	<b>24.197,01</b>	<b>630,72</b>	<b>0,00</b>
	<b>Erträge</b>						
532000	Benutzungsgebühren	12.933,58		12.932,78	11.926,00	1.006,78	
542800	Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.753,25		1.753,25	1.753,25		
		<b>14.686,83</b>	<b>0,00</b>	<b>14.686,03</b>	<b>13.679,25</b>	<b>1.006,78</b>	<b>0,00</b>
<b>Ergebnis:</b>		<b>-3.663,10</b>	<b>-6.477,80</b>	<b>-10.141,70</b>	<b>-10.517,76</b>	<b>376,06</b>	<b>0,00</b>

# Betriebsabrechnungsbogen 2005

K.-art	Kostenarten- bezeichnung	Finanz- rechnung	Abgrenzung	Wirtschafts- rechnung	Wochenmarkt 7310	Sonstiger Markt 7334	Regiekosten 7398
	<b>Personalausgaben</b>						
601200	Angestelltenvergütung	4.793,79		4.793,79	4.533,01	260,78	
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers.f. Angest.	430,51		430,51	407,09	23,42	
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	1.045,91		1.045,91	989,01	56,90	
		6.270,21	0,00	6.270,21	5.929,11	341,10	0,00
	<b>Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand</b>						
530000	Mieten und Pachten		5.200,00	5.200,00	5.200,00		
540200	Wasser		1,80	1,80	1,80		
540400	Strom		654,86	654,86	654,86		
591600	Ant. Kosten f. Benutzung Toilette		1.323,22	1.323,22	1.323,22		
624900	Sachkosten -Reinigung Wochenmarkt	14.903,82	-7.687,73	7.216,09	7.216,09		
653600	Öffentl. Bekanntmachungen	36,67		36,67	36,67		
697900	Regiekosten	5.796,54	793,31	6.589,85			6.589,85
		20.737,03	285,46	21.022,49	14.432,64	0,00	6.589,85
	<b>Summe</b>				20.361,75	341,10	
	<b>Umlagen</b>						
	Regiekosten				6.481,12	0,00	-6.589,85
	<b>Summe sächl. Verw./Betr.aufwand</b>	<b>27.007,24</b>	<b>285,46</b>	<b>27.292,70</b>	<b>26.842,87</b>	<b>341,10</b>	<b>0,00</b>
	<b>Erträge</b>						
532000	Benutzungsgebühren	14.267,88	-13,00	14.254,88	13.348,10	906,78	
542800	Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.781,88	13,00	1.794,88	1.781,88	13,00	
		<b>16.049,76</b>	<b>0,00</b>	<b>16.049,76</b>	<b>15.129,98</b>	<b>919,78</b>	<b>0,00</b>
<b>Ergebnis:</b>		<b>-10.957,48</b>	<b>-285,46</b>	<b>-11.242,94</b>	<b>-11.712,89</b>	<b>578,68</b>	<b>0,00</b>

## **1. Satzung zur Änderung der Satzung**

### **über die Erhebung von Marktstandgeldern in der Gemeinde Rastede**

Gemäß der §§ 6,8 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.05.06 (Nds. GVBl. S. 203) und § 5 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz in der Fassung vom 11. Februar 1992 (Nds. GVBl. S. 29), zuletzt geändert am 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342) hat der Rat der Gemeinde Rastede am 27.02.2007 folgende Satzung beschlossen.

#### **§ 1**

Der § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Benutzungsentgelt für den Wochenmarkt der Gemeinde Rastede beträgt pro angefangenen Meter Frontlänge 1,60 € je Marktbesuch.“

#### **§ 2**

##### **Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am 01.01.2007 in Kraft.

Rastede, 27.02.2007

- Bürgermeister -  
Decker

## Mitteilungsvorlage

**Vorlage-Nr.: 2006/184**

freigegeben am 30.10.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 30.10.2006**

### **Bericht über das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2005**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2005 der öffentlichen Einrichtung „Straßenreinigung“ wird zur Kenntnis genommen.

**Sach- und Rechtslage:**

Die Sach- und Rechtslage ergibt sich aus der Anlage.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

**Anlagen:**

Anlage 1 – Bericht einschließlich der Berechnung des Endergebnisses der Kostenrechnung 2005.

## **Bericht über das Ergebnis der kostenrechnenden Einrichtung „Straßenreinigung“ für das Haushaltsjahr 2005**

### **Vorbemerkung**

In dem vorliegenden Bericht wird die Kostenrechnung 2005 für die kostenrechnende Einrichtung Straßenreinigung erläutert.

### **Ergebnis:**

Das gesetzliche Ziel der Kostendeckung wurde im Ergebnis 2005 mit einem Überschuss in Höhe von 13.134,11 € (ohne Vorjahre) bei einem Gesamtvolumen der gebührenrelevanten Kosten in Höhe von 53.941,82 € voll erreicht. Unter Berücksichtigung des Defizits aus dem Haushaltsjahr 2004 in Höhe von 4.849,11 € schließt das Gesamtergebnis zum 31.12.05 mit einem Gesamtüberschuss in Höhe von 8.285 € ab.

### **Erläuterungen zu der anliegenden Kostenaufstellung im Einzelnen:**

#### **1. a) Kosten der Reinigung durch eine Fremdfirma:**

Mit der Fremdfirma werden die Reinigungskosten nach den gereinigten Straßenkilometern abgerechnet. Gegenüber dem Vorjahr 2004 haben sich die zu reinigenden Straßenkilometer für das Haushaltsjahr 2005 nicht wesentlich verändert. Kalkuliert wurde bei der wöchentlichen Reinigung mit 417,25 € pro km und bei der 14-tägigen Reinigung mit 244,90 € pro km. Im Ergebnis wurden für die wöchentliche Reinigung mit 379,32 € pro km und für die 14-tägige Reinigung mit 222,64 € abgerechnet. Die Fremdfirma hat für eine neu zu reinigende Straße lediglich am Ende des Jahres eine Endabrechnung vorgenommen.

Die jährlichen Reinigungskosten wurden in Höhe von 36.382,13 € kalkuliert und das Ergebnis weist einen Betrag einschließlich MWST in Höhe von 34.362,92 € auf. Bei den Reinigungskosten konnten somit Minderausgaben in Höhe von 2.019,21 € gegenüber der Kalkulation verzeichnet werden.

#### **1. b) Straßeneinlaufschächte**

Die Straßeneinlaufschächte sind Bestandteil der Straße; aber die Reinigung der Schächte steht auch im Dienste der Einrichtung „Straßenreinigung“. Alle anfallenden Kosten, soweit sie auf die Straßen der öffentlichen Einrichtung entfallen, werden deshalb zu 50 % bei der Straßenreinigungsgebühr berücksichtigt.

Der 50%-ige Anteil der anfallenden Kosten für die zweimalige Reinigung der Straßeneinlaufschächte wurde mit 8.482,08 € kalkuliert. Tatsächlich sind im Jahre 2005 Kosten in Höhe von 7.807,08 € entstanden. Es sind somit Minderausgaben in Höhe von 675 EUR für 2005 gegenüber der Kalkulation angefallen.

## 2. a) Personalkosten Verwaltung

Die Personalkosten sind im Ergebnis um 2.595,13 € höher ausgefallen als in der Kalkulation. Im Ergebnis 2005 wurden 5.695,13 € ausgewiesen während mit einem Betrag in Höhe von 3.100 € kalkuliert wurde.

Zu einem geringen Anteil sind Lohnerhöhungen und zum anderen sind Neuberechnungen der Arbeitszeitanteile (veränderte Budgetaufteilung) für die Mehrausgaben verantwortlich.

## 2. b) Persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes

Im Ergebnis sind geringe Kosten in Höhe von 139,25 € für „punktueller Reinigung“ angefallen. Hier werden vom Bauhof Kosten für eine Nachreinigung in Rechnung gestellt, wo die Kehrmaschine die Reinigung nicht in vollem Umfang leisten kann.

## 2. c) Regiekosten (Budget 80)

Aus dem nicht gedeckten Saldo des Budgets 80 „Service“ heraus wurden die Regiekosten der Verwaltung für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ (Teilbudget 6102) auf 11.300 € kalkuliert. Dieser Betrag wurde wesentlich zu hoch kalkuliert, denn tatsächlich wurden am Ende des Jahres 6.158,25 € in Rechnung gestellt, wovon 220,82 € nicht den Gebührenhaushalt „Straßenreinigung“ betreffen. (siehe nachstehende Tabelle).

Die mit dem Budget „Straßenreinigung“ verrechneten Regiekosten wurden auf die folgenden Kostenstellen verteilt:

6710	Wöchentliche Reinigung	1.254,54 €
6720	14-tägige Reinigung	3.583,68 €
6730	Sonstige Reinigung (nicht Gebührenhaushalt)	220,82 €
6750	Schächte	1.099,22 €
6770	Winterdienst	0,-- €
	insgesamt:	6.158,25 €

Die graufarbig markierten Regiekostenanteile fließen in das Ergebnis der Kostenrechnung 2005 ein, weil nur diese Positionen der „öffentlichen Einrichtung Straßenreinigung“ zugeordnet werden können.

### **3. Winterdienst:**

Wie bereits mehrfach berichtet findet der Winterdienst in der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ aufgrund eines Urteiles des OVG Lüneburg keine Berücksichtigung mehr.

### **4. Deponiekosten:**

Die Deponiekosten fallen von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch aus. Im Jahre 2003 sind Kosten in Höhe von ca. 4.200 € und im Jahre 2004 in Höhe von ca. 2.750 € angefallen. Kalkuliert wurde für 2005 mit einem Betrag in Höhe von 5.000 €, tatsächlich sind jedoch keine Deponiekosten entstanden.

Die Recycelfähigkeit des Abfalls hängt zum einen von der Art des Bedarfes bei der Bermenanierung und zum anderen von der qualitativen Zusammensetzung ab. Auf der Deponie ist auf jeden Fall belasteter Abfall zu entsorgen.

Im Jahre 2005 konnte der belastete Abfall auf dem Gelände des Bauhofes gelagert werden und wurde nicht auf der Deponie in Mansie entsorgt. Somit sind auch keine Deponiekosten für 2005 im Ergebnis angefallen.

### **5. Kosten, die von den Gesamtkosten abzuziehen und folglich vom allgemeinen Haushalt zu tragen sind:**

Durch die Rechtsprechung wurde festgelegt, dass die öffentliche Interessenquote innerhalb des von der Straßenreinigung betroffenen Gebietes mindestens 25% der Straßenreinigungsgesamtkosten betragen muss, wobei dabei 15% auf Flächen entfallen, für die es keine Anlieger gibt und 10%, die den Durchgangsverkehr betreffen. Soweit der Allgemeinkostenanteil geringer als 25% sein sollte, ist durch entsprechende Aufzeichnungen und Berechnungen der tatsächliche Allgemeinkostenanteil festzustellen und nachzuweisen.

Diese Feststellungen können mit einem verhältnismäßigen Aufwand nicht getroffen werden. Daher hat die Gemeinde Rastede - wie allgemein üblich - den Allgemeinkostenanteil auf 25% festgeschrieben. Besonderheiten, aufgrund derer dieser Anteil für die Gemeinde Rastede nicht zutreffend ist, sind nicht bekannt oder ersichtlich.

#### **a) Reinigungsleistungen, für die es keine Anlieger gibt:**

Dies betrifft die Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen sowie für Straßenkreuzungen und -einemündungen, Verkehrsinseln, ähnliche dem Verkehr dienende Anlagen und Sonderreinigungen. Außerdem betrifft es die Kostenanteile für Billigkeitserlasse nach § 11 Abs. 1 Nr. 5 NKAG i.V.m. § 227 Abs. 1 AO 1977. Diese Kosten entlasten die Benutzer der Einrichtung Straßenreinigung gleichmäßig und sind als einheitlicher Abzugsbetrag von jeder zu errechnenden Gebühr einheitlich abzuziehen.

Der 15% ige Anteil in Höhe von 8.091,27 € fällt um 1.548,36 € geringer aus als in der Kalkulation. Die Gesamtkosten der Straßenreinigung 2005 betragen insgesamt 53.941,82 €

#### **b) Durchgangsverkehr:**

Die Straßenreinigung wird auch im Interesse des Durchgangsverkehrs geführt, wobei es im Gemeindegebiet Straßen gibt, die stärker vom Durchgangsverkehr betroffen sind als andere. Die Straßen mit erheblichem Durchgangsverkehr werden erfahrungsgemäß stärker und häufiger verschmutzt als andere Straßen. Hinsichtlich des Reinigungsbedarfes hat die Gemeinde Rastede dieser Tatsache dadurch Rechnung getragen, dass für die Straßen mit erheblichem Durchgangsverkehr eine wöchentliche Reinigung durchgeführt wird. Dies ist somit auch der Bereich, in dem die Benutzer eine stärkere Gebührenbelastung erfahren müssen als in den übrigen Bereichen der Gemeinde. Die Umlegung der Kostenentlastung wird in der Gebührenkalkulation in der Weise vorgenommen, dass der Wert der Kostenentlastung in dem Bereich mit der einwöchigen Reinigung doppelt so hoch angesetzt wird wie in den übrigen Bereichen.

Der 10% ige Anteil der Gesamtkosten der Straßenreinigung in Höhe von 53.941,82 € beläuft sich auf 5.394,18 € und liegt damit 1.032,24 € unter dem kalkulierten Ansatz.

### **5. Gesamtkosten**

Die Gesamtkosten betragen im Ergebnis 2005 insgesamt 53.941,82 €. Nach Abzug des 15%igen Anteils in Höhe 8.091,27 € (siehe. Nr. 4 a) und des 10%igen Anteils in Höhe von 5.394,18 € (siehe. Nr. 4 b) verbleiben gebührenrelevante Kosten in Höhe von 40.456,36 €, die umzulegen sind.

### **6. Einnahmen:**

Gegenüber der Kalkulation konnten im Ergebnis 152,90 € mehr an Gebühren eingenommen werden. In der Kalkulation werden jeweils die Gebühreneinheiten des Vorjahres (4.146) in Ansatz gebracht, falls keine anderen Angaben bzw. Erkenntnisse über zusätzlich zu veranlagende Grundstückseinheiten vorliegen. Tatsächlich wurden im Ergebnis 4.150 Gebühreneinheiten bei der Berechnung der Straßenreinigungsgebühren zugrunde gelegt. Maßstab für die Straßenreinigungsgebühr ist die Straßenfrontlänge des jeweiligen Grundstückes. Die Straßenfrontlängen sind gestaffelt und werden mit einem Multiplikator vervielfältigt. Der Multiplikator steht jeweils für eine gewisse Straßenfrontlänge (z. B. wöchentlichlicher Reinigung = Straßenfrontlänge bis 35m x Multiplikator 1 (19,50 €) (; Straßenfrontlänge bis 70 m x Multiplikator 2.

Eine Gebühreneinheit ist der jeweilige auf ein Grundstück entfallende Multiplikator.

## 7. Schlussbetrachtung:

Das Rechnungsjahr 2005 der Kostenrechnung „Straßenreinigung“ schließt mit einem Überschuss in Höhe von 13.134,11 € ab. Das gesetzliche Ziel der Kostendeckung wurde somit voll erreicht. Zwar sind bei den Gebühren nur geringe Mehreinnahmen zu verzeichnen, bei den Reinigungskosten, Kosten der Straßeneinlaufschächte, Regiekosten und bei den Deponiekosten sind dafür zum Teil erhebliche Minderausgaben entstanden.

## 8. Ausblick:

Der für 2005 erwirtschaftete Überschuss in Höhe von 13.134,11 € ist mit dem Defizit in Höhe von 4.849,11 € aus Vorjahren zu verrechnen, so dass der nach 2006 zu übertragende Überschuss 8.285 € beträgt.

Die Abschlüsse der Jahre 2002 bis 2006 stellen sich wie folgt da:

	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Überschuss aus Vorjahren</b>	9.208,33 €	4.665,48 €	-3.710,62 €	-4.849,11 €	<b>8.285,00 €</b>
<b>Überschuss</b>	0,00 €	0,00 €	0,00 €	13.134,11 €	
<b>Defizit</b>	4.542,85 €	8.376,10 €	1.138,49 €	0 €	
<b>Übertragung ins nächste Haushaltsjahr</b>	4.665,48 €	-3.710,62 €	-4.849,11 €	<b>8.285,00 €</b>	
<b>Bemerkung</b>					Wird in 2006 ausgeglichen

### Ausgaben/Kosten der Straßenreinigung (mit Deponierung) 2005 in EUR

Kostenpositionen

Ausgaben		Kalkulation 2005			Ergebnis 2005
1.a) Reinigungsstrecke		Werte	Einzelpreise	Endsumme	
wöchentl. Reinigung	€/km Reinigungs- km Preis	417,25 20,447			8.910,21
14-tägige Reinigung	€/km Reinigungs- km Preis	244,90 93,2315			25.452,71
Pauschale				0,00	
Zwischensumme			31.363,90		34.362,92
MWSt. in %		16	5.018,22		
Endsumme				36.382,13	34.362,92

1.b) Straßeneinlaufschächte Schächte im Bereich der Straßenreinigung	4752 3.467		8.482,08	7.807,08
2.) Personalkosten				
a) Personalkosten Verwaltung (veran- schlagt im Budget Straßenreinigung) angefallene Personalkosten wöchentliche Reinigung 14 - tägige Reinigung Straßenschächte				1.203,34 3.437,43 1.054,36
Summe BAB :			3.100,00	5.695,13
b) persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes Sonstige Reinigung			0,00	139,25
c) Regiekosten (Budget 80) angefallene Regiekosten wöchentliche Reinigung 14 - tägige Reinigung Straßenschächte Summe: insgesamt:			11.300,00 11.300,00	1.254,54 3.583,68 1.099,22 5.937,44 5.937,44
Endsumme			14.400,00	11.771,82
3.) Winterdienst ( ab 2002 keine Berücksichti- gung)			0,00	0,00
4.) Deponiekosten wöchentliche Reinigung 14 - tägige Reinigung Straßenschächte				0,00 0,00 0,00
Endsumme:			5.000,00	0,00
5.) Abzugskosten (entsprechend Satzung und Rechtsprechung)				
a) Reinigung für die es keine Anlieger gibt (öffentl. Park- und Grünanlagen sowie Straßenkreuzungen und -einführungen, Verkehrsinseln und ähnliche dem Verkehr dienende Anlagen und Sonderreinigungen)				
	Kalkulation	Ergebnis		
Relevante Kosten (1. bis 4.) (einschließlich Regiekosten)	64.264,21	53.941,82		
Prozent:	15	15	9.639,63	8.091,27
b) Der nicht auf die Anlieger entfallende Anteil und damit Allgemeininteresse (Durchgangsverkehr)				
Relevante Kosten (1. bis 4.) (einschließlich Regiekosten)	64.264,21	53.941,82		
Prozent:	10	10	6.426,42	5.394,18

6.)	Gebührenrelevante Kosten:			48.198,16		40.456,36
7.)	Einnahmen					
	a) Gebührensätze	wöchentliche Reinigung	19,50 €			
		14-tägige Reinigung	12,20 €			
		Staffelung %	kalkulierte Einheiten	veranlagte Einheiten	kalkulierte Einnahmen	Soll- Einnahmen
	b) wöchentliche Reinigung					
		100	624	625	12.168,00	12.187,50
		70	36,0	36	491,40	491,40
		50	32	33	312,00	321,75
	c) 14-tägige Reinigung					
		100	3105	3102	37.881,00	37.844,40
		70	187	188	1.596,98	1.605,52
		50	162	166	988,20	1.012,60
			Gesamteinnahmen:		53.437,57	53.463,17
			tatsächliche Einnahmen:			53.590,47
			Abweichung			127,30
8.)	Ergebnis					
	Gebührenrelevante Kosten 6).			kalkuliert 48.198,16	Ergebnis	40.456,36
	- Einnahmen			53.437,57		53.590,47
	Überschuss 2005			5.239,41		13.134,11
	Überschuss aus Vorjahren:					-4.849,11
	nach 2006 als Überschuss zu übertragen :					8.285,00

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2006/185**

freigegeben am 30.10.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 30.10.2006**

### **Festsetzung der Gebührensätze für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Gebührensatzsatzung setzt den Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung auf unverändert 13,50 € fest.

#### **Sach- und Rechtslage:**

### **Gebühren für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für 2007**

#### **Vorbemerkung:**

Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2007 stehen das Ergebnis der Kostenrechnung des Jahres 2005 und die Nachkalkulation des Jahres 2006 zur Verfügung. Bei dem Ergebnis 2005 mit einem Überschuss in Höhe von 13.134,11 € wurde das Ziel der Kostenrechnung voll erreicht. Dieser Überschuss, gekürzt um das übertragene Defizit aus Vorjahren in Höhe von 4.849,11 €, ergibt am 31.12.2005 einen noch verbleibenden Überschuss in Höhe von 8.285 €. Dieser Überschuss wurde bei der Nachkalkulation 2006 mit eingerechnet.

Bei der Gebührenberechnung 2006 wurden neue Ausschreibungsergebnisse für die „Reinigungskosten der Straßen“ und die „Reinigung der Straßeneinlaufschächte“ zugrunde gelegt. Außerdem wurde die Einrichtung „Straßenreinigung“ umgestellt. Eine gebietliche Zweiteilung in einen Bereich mit 14-tägiger Reinigung und in einen Bereich mit wöchentlicher Reinigung gibt es nicht mehr. Im gesamten Reinigungsgebiet wurde die Reinigung vereinheitlicht (8 Monate wöchentliche und 4 Monate 14-tägige Reinigung).

## **Im Einzelnen:**

### **1. Deponiekosten:**

Im Jahre 2005 sind keine Deponiekosten angefallen, da der belastete Abfall auf dem Gelände des Bauhofes gelagert werden konnte. In der Nachkalkulation wurden ca. 5.800 € an Deponiekosten berücksichtigt, um den belasteten Abfall des laufenden und des Vorjahres zu entsorgen. Für 2007 wurden aufgrund der Erfahrungen erstmalig nur 3.000 € an Deponiekosten in die Gebührenberechnung eingestellt.

Dieser Ansatz ist nicht nur schwer zu schätzen, weil die Deponierung unregelmäßig erfolgt, sondern weil auch die Recyclingmenge für die Bermensanierung schlecht geschätzt werden kann. Ist das Kehrgut in der Zusammensetzung zu sehr belastet, dann ist der Abfall in jedem Fall auf der Deponie in Mansie zu entsorgen.

### **2. Verwaltungskosten (Lohn- und Gehaltskosten):**

Die Personalkosten wurden im Ergebnis 2005 mit einem Betrag in Höhe von 5.695,13 € ausgewiesen. In der Nachkalkulation 2006 (5.810 €) wurde eine geringfügige tarifbedingte Steigerung eingerechnet, und in der Gebührenrechnung 2007 wurde mit dem Betrag in Höhe von 6.000 € kalkuliert.

### **3. Reinigung der Straßeneinlaufschächte:**

Die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ hat die Aufgabe, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zustand zu halten. Hierzu gehört das Fegen der Straßenoberfläche, das einerseits dazu dient, die Straßen in einem sauberen und sicher benutzbaren Zustand zu halten, aber andererseits wird auch gewährleistet, dass das Oberflächenwasser zügig ablaufen kann. Bei Verschmutzungen der Straßeneinlaufschächte durch Laub oder Sand, kann das Oberflächenwasser nicht ablaufen, und es besteht z. B. die Gefahr des Aquaplanings. Die Straßeneinlaufschächte sind Bestandteil der Straße, jedoch steht die Reinigung der Schächte auch im Dienst der Einrichtung Straßenreinigung. Die Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte werden daher zu 50 % in die Kostenrechnung „Öffentliche Einrichtung Straßenreinigung“ und zu 50 % in die Kostenrechnung „zentrale Abwasserbeseitigung von Niederschlagswasser“ (zur Zeit noch keine Gebührenerhebung) eingerechnet.

Die kalkulierten Kosten für die Reinigung der Straßeneinlaufschächte fallen in der Nachkalkulation 2006 und in der Gebührenberechnung 2007 geringer aus als in den Vorjahren. Dies ist darin begründet, dass sich die Reinigungskosten durch die neue Ausschreibung ab dem Haushaltsjahr 2006 verringert haben. Für die Ausschreibung wurden ab 2006 insgesamt 5.018 Schächte im Gemeindegebiet ermittelt, die zweimal jährlich zu reinigen sind. Von diesen Schächten sind 3.841 Schächte gebührenrelevant. Die restlichen Schächte, die gereinigt werden, liegen in den Straßen, wo keine Straßenreinigung durchgeführt wird.

Die Reinigungskosten der Straßeneinlaufschächte (2 x im Jahr) betragen im Ergebnis 2005 7.807,08 €, in der Nachkalkulation 2006 wurde mit einem Betrag von ca. 5.560 € und in der Gebührenberechnung für 2007 mit 5.713,49 € kalkuliert. Für 2007 wurde die Mehrwertsteuererhöhung mit einberechnet.

### **4. Regiekosten / öffentliche Interessenquote**

Die „Regiekosten“ der Verwaltung für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ aus dem Budget 80 „Service“ wurden im Ergebnis 2005 mit 5.937,44 € ausgewiesen. Für 2007 wurde mit einem Regiekostenanteil für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung in Höhe von 6.000 € kalkuliert.

## **5. Reinigungskosten**

Nach der bisherigen Ausschreibung bis Ende des Jahres 2005 wurden 20,447 Kehrkilometer wöchentlich und 93,2315 Kehrkilometer 14-tägig gereinigt. Der Inhalt der neuen Ausschreibung wurde dahingehend verändert, dass einheitlich alle zu reinigenden Straßen acht Monate im Jahr wöchentlich und vier Monate im Jahr 14-tägig gereinigt werden. In den letzten Jahren war festzustellen, dass bei Laub- oder Blütenfall insbesondere der 14-tägige Kehrrhythmus nicht ausreichend war.

Reinigungskosten wurden im Ergebnis in Höhe von 34.362,92 € ausgewiesen. Für 2006 wurde mit einem Betrag in Höhe von 48.354,98 € nachkalkuliert und für die Gebührenberechnung 49.354,98 € (einschl. MWST - Erhöhung) kalkuliert. Den Mehrausgaben gegenüber dem Ergebnis aus 2005 stehen die vorgenannten größeren Reinigungsleistungen der Reinigungsfirma gegenüber.

## **6. Persönliche und sächliche Kosten des Bauhofes (Reinigungskosten)**

Dort, wo die Kehrmaschine die Reinigung nicht im vollen Umfange leisten kann, ist es erforderlich, dass der Bauhof eine Nachreinigung vornimmt. Im Ergebnis 2005 sind Kosten seitens des Bauhofes für „punktuelle Reinigungen“ in Höhe von nur 139,25 € angefallen. Nachkalkuliert wurde für 2006 mit einem Betrag in Höhe von 1.000 €, und für die Gebührenberechnung 2007 wurde laut Entwurf des Wirtschaftsplanes des Bauhofes ein Betrag in Höhe von 2.700 € berücksichtigt. Von diesem Betrag sind für die punktuelle Nachreinigung 2.200 € und für die punktuelle Reinigung der Regeneinlaufschächte 500 € vorgesehen.

## **7. Reinigungskosten für die es keine Anlieger gibt - Reinigungskosten Allgemeininteresse:**

Hier geht es um einen Abzug in Höhe von insgesamt 25 % der Gesamtkosten. Der Abzug basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und – einmündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Die Gesamtkosten der Straßenreinigung für 2007 betragen insgesamt 72.768,47 €. Somit beträgt der 15 %-ige Anteil der Abzugskosten 10.915,27 € und der 10 %-ige Anteil 7.276,85 €. Die kalkulierten gebührenrelevanten Kosten von insgesamt 54.576,35 € (72.768,47 € - 10.915,27 € - 7.276,85 €), in der Nachkalkulation für 2006 betragen diese ca. 53.600 €, fallen deutlich höher aus als im Ergebnis 2005 mit einer Höhe von 40.456,36 €.

Die Steigerung der Abzugskosten gegenüber dem Ergebnis 2005 ist durch die höher kalkulierten Kosten pro Reinigungskilometer aufgrund der neuen Ausschreibung und die veränderten Reinigungsintervallen begründet.

## **8. Verteilungsschlüssel**

Da dem Gebührensatz in der Nachkalkulation für 2006 und in der Gebührenkalkulation für 2007 nur noch eine ungeteilte Leistung gegenüber steht, ist die Anwendung eines Verteilungsschlüssels nicht mehr notwendig.

## **9. Kalkulation der Gebühr 2007**

Bis zum Jahre 2005 wurde nach wöchentlicher und 14 – tägiger Reinigung unterschieden. Daher wurden die Reinigungseinheiten je Grundstück nach der jeweiligen Reinigungsart aufgeteilt. Für die Berechnung der Gebühr 2006 und 2007 wurden diese Einheiten zusammengefasst, da die zu veranlagenden Einheiten ab 2006 nur mit einem Gebührensatz zu multiplizieren.

ren sind. Die Gebühreneinheiten sind von 4.150 im Ergebnis 2005 auf 4.171 in der Gebührenkalkulation geringfügig gestiegen.

Die Kostenrechnung im Jahre 2005 konnte mit einem Überschuss in Höhe von 13.134,11 € abgeschlossen werden. Zieht man von diesem Betrag ein aus Vorjahren übertragenes Defizit in Höhe von 4.849,11 € ab, verbleibt ein Restüberschuss zum 31.12.2005 in Höhe von 8.285 € Die Gebührensätze für das Haushaltsjahr 2005 betrugen 19,50 € (wöchentliche Reinigung) und 12,20 € (14-tägige Reinigung).

Die Straßenreinigungsgebühr für 2006 wurde bei dem einheitlichen Reinigungsintervall (8 Monate wöchentliche und 4 Monate 14-tägige Reinigung) auf 13,50 € festgesetzt. Mit Einbeziehung des Überschusses aus dem Ergebnis 2005 in Höhe von 8.285 € wurde die Gebührenberechnung 2006 nachkalkuliert und wird voraussichtlich rechnerisch einen Überschuss von 8.363,03 € ausweisen.

In der Gebührenberechnung 2007 betragen die gebührenrelevanten Kosten mit Einbeziehung des vorgenannten rechnerischen Überschusses aus 2006 insgesamt 45.940,32 €. Um diese gebührenrelevanten Kosten zu decken, würde eine Gebühr von 11,50 € ausreichen sein. Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses betragen die gebührenrelevanten Kosten 54.576,35 € und der Gebührensatz müsste 13,66 € betragen.

Im Hinblick auf die noch geringen Erfahrungen mit der umgestellten Gebührenberechnung ab 2006 schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz für 2007 wie im Jahre 2006 in Höhe von 13,50 € festzusetzen.

#### 10. Die neuen Gebührensätze:

	2004	2005	2006	2007
Wöchtl. Reinigung	17,10 €	19,50 €		
14-tägige Reinigung	9,20 €	12,20 €		
8 Monate wöchentliche und 4 Monate 14-tägige Reinigung			13,50 €	13,50 €

#### Ausblick:

Die Gebührenbedarfsberechnung 2008 wird erst zeigen, wie sich die Gebühr aufgrund der neuen Ausschreibung entwickeln wird.

#### Einnahmen/Berechnung d. Gebührensätze d. Straßenreinigung (mit Deponierung)

Jahr: 2007

#### Kalkulation

##### 1.) Ermittlung der Gebühreneinheiten:

1.1) 4 Monate im Jahr 14-tägige Reinigung und 8 Monate im Jahr wöchentl. Reinigung

Einheiten	zu %		
3.730	100	=	3.730,0
226	70	=	158,2
215	50	=	107,5
			3.995,7

1.2) Einheiten insgesamt:

**3995,7**

## 2.) Umlagekosten

2.1)	Deponiekosten:	
	Gesamtkosten:	3.000,00 EUR
	je Einheit	<b>0,75 EUR</b>

2.2)	Verwaltungskosten:	
	Personal Gemeinde	6.000,00 EUR
	je Einheit	<b>1,50 EUR</b>

2.3)	Kosten sonstige Reinigung	
	Kosten des Bauhofes	2.700,00 EUR
	je Einheit	<b>0,68 EUR</b>

2.4)	Reinigung Einlaufschächte		
	Gesamtkosten einschl. MWST		7.464,28 EUR
		Anzahl	anteilige Kosten
	Schächte laut Vertrag	5.018	
	Schächte im Bereich Straßenreinigung	3.841	5.713,49 EUR
	je Einheit		<b>1,43 EUR</b>

2.5)	Anteilige Regiekosten (Budget 80)	
	Kosten Vorjahr	6.000,00 EUR
	je Einheit	<b>1,50 EUR</b>

2.6)	Kosten der eigentlichen Reinigung		Werte
	Reinigungskosten	EUR/km	347,60 EUR
		Reinigungs-km	116,9
		Preis	40.634,44 EUR
		zuzügl. MWST	7.720,54 EUR
		Preis insges.:	48.354,98 EUR
		Nebenk.-erhöhung	1.000,00 EUR
			49.354,98 EUR
	je Einheit		<b>12,35 EUR</b>

## 3.) Abzugskosten

3.1)	Reinigungskostenanteil für die es keine Anlieger gibt		
	umzulegen auf alle Benutzer zu gleichen Anteilen		
	Reinigungskosten		72.768,47 EUR
	Abzug (Prozent):	15 ergibt:	10.915,27 EUR
	je Einheit:		<b>2,73 EUR</b>

3.2)	Reinigungskostenanteil Allgemeininteresse		
	umzulegen nach unterschiedlichen Anteilen		
	Reinigungskosten		72.768,47 EUR
	Abzug (Prozent):	10 ergibt:	7.276,85 EUR
	je Einheit:		<b>1,82 EUR</b>

#### 4.) Verarbeitung Überschussvortrag Vorjahr

4.1)	voraussichtliches Defizit aus den Vorjahren laut Nachkalkulation 2006		
	Gesamtbetrag:		-8.636,03 EUR
	je Einheit:		<b>-2,16 EUR</b>

#### 5.) Berechnung der Gebühr:

5.1)	Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten			
	Gebühreneinheiten:	3995,7	Gesamtkosten	je Einheit
	zuzüglich			
	- Deponiekosten: (2.1)		3.000,00 EUR	0,75 EUR
	- Verwaltungskosten (2.2)		6.000,00 EUR	1,50 EUR
	- Kosten sonstige Reinigung (2.3)		2.700,00 EUR	0,68 EUR
	- Reinigung Einlaufschächte (2.4)		5.713,49 EUR	1,43 EUR
	- Anteilige Regiekosten (2.5)		6.000,00 EUR	1,50 EUR
	- Kosten der eigentlichen Reinigung (2.6)		49.354,98 EUR	
				12,35 EUR
	Zwischenergebnis		72.768,47 EUR	18,21 EUR
	abzüglich	- keine Anlieger (3.1)	-10.915,27 EUR	-2,73 EUR
		- Allgemeininteresse (3.2)	-7.276,85 EUR	-1,82 EUR
	abzüglich	- Überschussvortrag Vorjahr (4.1)	-8.636,03 EUR	-2,16 EUR

neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis):	11,50 EUR
----------------------------------------	-----------

neuer Gebührensatz (Zwischenergebnis) ohne Überschussberücksichtigung:	13,66 EUR
------------------------------------------------------------------------	-----------

Gebührenrelevante Kosten: 45.940,32 EUR

#### 5.2) 1. Kontrollrechnung

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen:	11,50 EUR	3.730,0		42.895,00 EUR
		226,0		1.819,30 EUR
		215,0		1.236,25 EUR
Gebühreneinnahmen insgesamt:				<b>45.950,55 EUR</b>
Gebührenrelevante Kosten			<b>45.940,32 EUR</b>	
Differenz				-10,23 EUR

wenn Differenz, dann Ausgleich über den Gebührensatz	
Ausgleichsbetrag	-10,23 EUR
je Einheit	<b>0,00 EUR</b>

## 5.3) Endgültige Gebührensatzberechnung

Rundung

Gesamte Reinigungskosten geteilt durch Gebühreneinheiten

Unter 5.1 berechneter neuer Gebührensatz 11,50 EUR

Berücksichtigung des berechneten Ausgleichsbetrages 0,00 EUR

**Vorschlag**

<b>Neuer einheitlicher Gebührensatz</b>	<b>11,50 EUR</b>	<b>13,50 EUR</b>
Gebührensatz ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses aus 2006	13,66 EUR	
bisheriger Gebührensatz 2006	13,50 EUR	

## 5.4) 2. Kontrollrechnung

	Gebührensatz	Einheiten	Ausgabe	Einnahme
Gebühreneinnahmen	13,50 EUR	3.730,0		50.355,00 EUR
		158,2		1.494,99 EUR
		107,5		725,63 EUR
Gebühreneinnahmen insgesamt:				<b>52.575,61 EUR</b>
gebührenrelevante Kosten		3995,7	<b>45.940,32 EUR</b>	
Differenz				6.635,29 EUR
Verbleibende Differenz (rechnerisch nicht weiter ausgleichen)				6.635,29 EUR
<b>verbleibender Überschuss</b>				<b>6.635,29 EUR</b>

aufgestellt: 18.09.2006

Ihmels

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage.

**Anlagen:**

keine

## **Mitteilungsvorlage**

**Vorlage-Nr.: 2006/190**

freigegeben am 02.11.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 02.11.2006**

### **Bericht - Ergebnis 2005 der öffentlichen Einrichtung zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2005 der öffentlichen zentralen und dezentralen Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser wird zur Kenntnis genommen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Die Sach- und Rechtslage ergibt sich vollständig aus den Anlagen 1 und 2.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

keine

#### **Anlagen:**

Anlage 1 – Bericht über das Ergebnis der Kostenrechnung 2005

Anlage 2 – Betriebsabrechnungsbogen 2005

## Ergebnis der Kostenrechnung Abwasserbeseitigung für das Jahr 2005

### Vorbemerkung

Seit 1983 wird die Abwasserbeseitigungsanlage Rastede in der Form einer kostenrechnenden Einrichtung geführt. Hierfür wird seit dieser Zeit jeweils eine jährliche Kostenrechnung vorgenommen, um festzustellen, ob der vorkalkulierte Gebührensatz mit den tatsächlichen Aufwendungen in Einklang gestanden hat und welcher Gebührensatz unter Zugrundelegung des aktuellen Datenmaterials für die kommende Rechnungsperiode festzusetzen ist.

Die von der Gemeinde Rastede betriebenen öffentlichen Einrichtungen **zentrale** und **dezentrale** Abwasserbeseitigung unterliegen dabei verschiedenen Ausgangsvoraussetzungen und haben unterschiedliche Gebührensätze. Im Ergebnis besteht jedoch eine Verbindung zwischen den beiden Einrichtungsbereichen, weil Kostenbestandteile des zentralen Einrichtungsbereiches als entsprechender Kostenfaktor im dezentralen Einrichtungsbereich für die Ermittlung der Gebührensätze Eingang finden.

### **I. Zentrale Abwasserbeseitigung**

#### **1. Ausgaben**

Der seit dem 01.01.1993 für die Gemeinde Rastede gültige Frischwassermaßstab ist weiterhin von der Rechtsprechung anerkannt.

Die Daten, die der Festsetzung der Abwassergebühr für 2005 zugrunde gelegt wurden, basieren auf Verbrauchsdaten, die von dem für die Lieferung von Frischwasser im Gemeindegebiet Rastede zuständigen Oldenburgisch -Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) zur Verfügung gestellt wurden.

Nachfolgend wird auf der Kalkulationsgrundlage für die Rechnungsperiode 2006 ein Vergleich zu dem tatsächlichen Ergebnis 2005 anhand einiger Einzelbetrachtungen von Kostenarten vorgenommen.

Das Vergleichsergebnis zwischen der Kalkulation 2005 einerseits und dem Ergebnis andererseits ist in dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB), der in der Anlage 1 abgebildet ist, dargestellt. Dort sind die Ergebnisse der zentralen und der dezentralen Abwasserbeseitigung enthalten.

Im Betriebsabrechnungsbogen 2005 entsprechen die Gruppierungen des Haushaltsplanes in weiten Teilen nicht den Kontenarten; eine Deckungsgleichheit ist nicht mehr vorhanden, wodurch ein direkter Vergleich des Haushaltsplanes mit dem BAB erschwert ist. Im Hinblick auf die Umstellung auf eine neue Software (SAP) war es notwendig, Prinzipien des neuen doppischen Rechnungswesens der Kommunen zu beachten. Dabei wurde ein bereits bekanntes Muster eines zukünftigen Kontenrahmens angewendet, wodurch die Kontenarten in bestimmten Bereichen mit den Gruppierungen des Haushaltsplanes nicht mehr übereinstimmen.

Bei Betrachtung des Betriebsabrechnungsbogens für 2005 kann bei den Ausgaben weitgehend von einem normalen Betriebsjahr ausgegangen werden. Die Einnahmen (nur Gebühren) fallen dagegen mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 21.000 € (einschl. der Gebühreneinnahme für die Schlammabeseitigung) geringfügig höher aus. Ein Teil der Mehreinnahmen ist darin begründet, dass die tatsächliche Abwassermenge höher ausgefallen ist als in der Kalkulation.

Auf die wesentlichen Abweichungen von der Planung wird im Einzelnen wie folgt eingegangen:

Die Personalkosten fallen insgesamt mit 17.653,16 € geringer aus als veranschlagt. Es wurden doppelte Lohnkosten für Krankheitsvertretungen eingeplant, die nicht in Anspruch genommen werden brauchten.

Bei der baulichen Unterhaltung wurde der Ansatz in Höhe von 26.768 € (Haushaltsansatz 17.100 € plus Haushaltsrest 10.000 € minus 332 € (gegenseitige Deckungsfähigkeit) um 5.357,75 € unterschritten. Für diese Minderausgaben sind Einsparungen bei den Ausschreibungen verantwortlich, die teilweise günstiger ausgefallen sind als ursprünglich kalkuliert.

Hinter der Kostenart „623201“ – Aufwand – gebucht im Vermögenshaushalt“ verbergen sich weitere Kosten der „baulichen Unterhaltung“. Bauliche Maßnahmen wurden im Haushaltsplan (Vermögenshaushalt) 2005 veranschlagt und bezahlt. Am Ende des Jahres stellte sich dann heraus, dass es sich nicht um Wert verbessernde Maßnahmen handelt, sondern um Aufwand (bauliche Unterhaltung). Daher mussten die Kosten in Höhe von 10.307,81 € am Jahresende bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand berücksichtigt werden.

Die Unterhaltung und Reinigung der Kanalanlagen ist ein Bereich, wo die Kosten für die Haushaltsplanungen schwer zu schätzen sind. Zum einen sind die Kosten von den jährlichen Ausschreibungsergebnissen abhängig und zum anderen spielt die Anzahl der Meldungen von den Bürgern über die Verstopfungen von Hausübergabeschächten eine Rolle. Bei häufigen Verstopfungen von Hausübergabeschächten hat die beauftragte Firma mehr Notdienste wegen Rückstaues in Privathäusern zu tätigen. Werden jedoch wenige Verstopfungen von Hausübergabeschächten gemeldet, dann werden dementsprechend auch weniger Notdienste in Anspruch genommen. Gegenüber der Kalkulation in Höhe von 64.500 € konnten im Ergebnis 2005 Kosten in Höhe von 7.106,96 € eingespart werden.

Die Ausgaben der Haushaltsstellen „SW-Gebührenerhebung durch den OOWV“, „Rattenbekämpfung“ und „Kosten der Schlammabeseitigung“ werden bei der Kostenart „624220 - Kosten der Schlammabeseitigung“ zusammen gefasst.

Von den vorgenannten drei Positionen lassen sich die Kosten der Schlammabeseitigung am schwersten kalkulieren. Veranschlagt wurden Mittel bei den Kosten der Schlammabeseitigung in Höhe von 169.003,68 € einschließlich eines Haushaltsrestes in Höhe von 19.003,68 €. Zusätzlich wurden im Laufe des Jahres die Mittel in Höhe von 169.003,68 € noch um Mittel aus der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in Höhe von 12.036,55 € verstärkt, so dass insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 181.040,23 € zur Verfügung standen. Tatsächlich sind Kosten in Höhe von 176.389,93 € entstanden.

Die Kalkulationsschwankungen resultieren zum einen wegen der Menge des Klärschlammes, die jährlich um einige Tonnen differieren. Demzufolge weichen auch die Kosten für die Aufbringung des Klärschlammes auf die Ländereien durch die Landwirte jährlich voneinander ab. Hinzu kommt noch, dass die Aufbringung des Klärschlammes durch die Landwirte witterungsabhängig ist. Außerdem sind in dieser Ausgabe positioniert nicht nur die Kosten für die Entsorgung des Klärschlammes enthalten, sondern auch die Kosten für Zusatzstoffe (wie Flockungsmittel, Eisensulfat und Brandkalk), die bei der Aufbereitung des Klärschlammes notwendig sind.

Bei den Inneren Verrechnungen wurden Mittel in Höhe von 28.000 € veranschlagt, im Ergebnis 2005 wurden aber nur 21.883,18 € dem Gebührenzahler in Rechnung gestellt.

Im Ergebnis 2005 liegen die kalkulatorischen Kosten nur mit insgesamt 8.707,30 € über den kalkulierten Ansätzen.

Die kalkulatorischen Zinsen liegen mit -21.128,07 € unter dem kalkulierten Ansatz. Der Grund hierfür ist, dass sich der Restbuchwert, von dem die kalkulatorischen Zinsen berechnet werden, etwas niedriger entwickelt hat als in der Kalkulation. Der Restbuchwert errechnet sich aus dem Wertzuwachs durch Investitionen unter Berücksichtigung des gegen zu rechnenden Abzugskapitals (Beiträge und Zuschüsse) und der Höhe der Abschreibungen.

Die Abschreibungen fallen mit 29.835,37 € höher aus als kalkuliert. Die Mehrausgaben gegenüber der Kalkulation resultieren aus Maßnahmen, die tatsächlich in 2005 in die Abschreibung gelangten. Bei der Aufstellung der Kalkulation konnte davon noch nicht ausgegangen werden.

Insgesamt sank der tatsächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand für den Bereich „Abwasser“ um 41.349,92 € von kalkulierten 2.139.691,68 € auf 2.098.641,76 €. Dies entspricht einer Abweichung in Höhe von ca. 1,97 % vom Gesamtkostenvolumen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass trotz weniger Abweichungen bei einzelnen Kostenarten insgesamt für das Betriebsjahr 2005 eine weitgehend realistische Planung des tatsächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes vorgenommen wurde.

## 2. Einnahmen

Die Gebühreneinnahmen vom OOWV, Gebühreneinnahmen der Gemeinde (Selbstabrechnung) und die Gebühren für die Schlammabeseitigung werden unter der Kostenart „5320 – Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte“ gebucht.

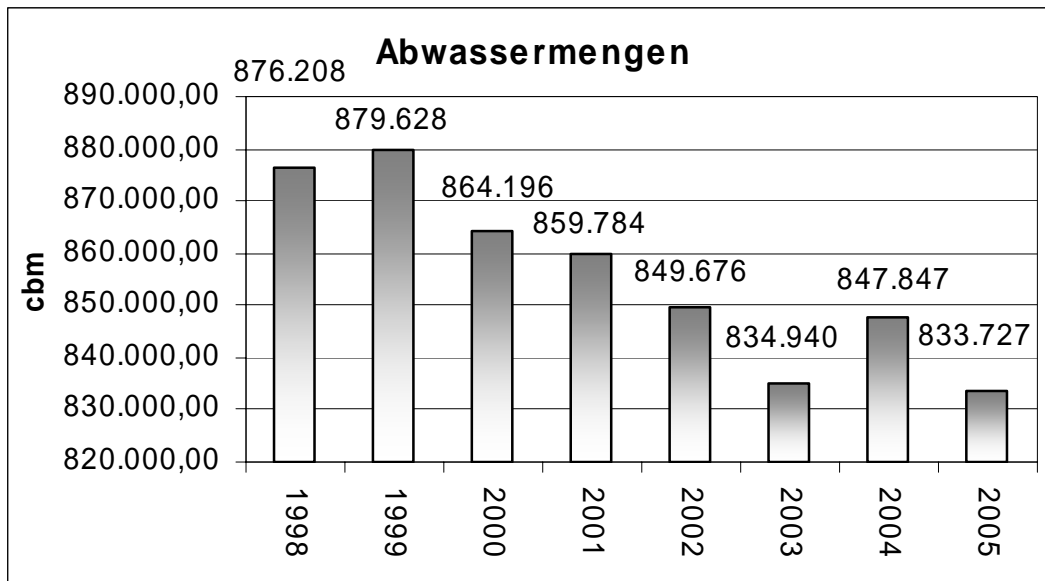
Das Abrechnungsverfahren mit dem OOWV wurde ab dem Jahre 2004 mit der Gemeinde Rastede umgestellt. Es werden die Ist-Zahlungen an Gebühren, die der OOWV vom Gebührenzahler erhält, jeden Monat an die Gemeinde Rastede weitergeleitet. Der Erhebungszeitraum für die Abwassergebühren und –menge bezieht sich jedoch nicht auf ein Haushaltsjahr, sondern auf ein Abrechnungsjahr, das vom OOWV festgelegt wird (Ableseperiode). Da die Höhe der Abwassermenge, der Erhebungszeitraum und die Gebühreneinnahmen sich nicht insgesamt auf ein Kalenderjahr beziehen können, wird vom OOWV für das jeweilige Kalenderjahr eine Hochrechnung erstellt. Eine genaue Abrechnung erfolgt dann jeweils in dem nächsten Kalenderjahr.

Laut Hochrechnung für das Haushaltsjahr 2005 stehen der Gemeinde Rastede Gebühreneinnahmen in Höhe von 2.099.934,20 € (Verbrauch 807.667 cbm) und die selbst von der Gemeinde abzurechnen Abwassergebühren in Höhe von 67.756 € (Verbrauch 26.060 cbm) zu. Die Gebühreneinnahmen - ohne die Gebühren in Höhe von 8.690,58 € für die Schlammabeseitigung (dezentrale Abwasserbeseitigung) - müssten bei einem Gesamtverbrauch von 833.727 cbm insgesamt 2.167.690,20 € betragen.

Tatsächlich wurden jedoch Gebühren in Höhe von 2.172.401,35 € vereinnahmt. Das bedeutet, dass für das Betriebsjahr 2005 Mehreinnahmen in Höhe von 4.711,15 € zu verzeichnen sind. Dies ist darin begründet, dass die selbst von der Gemeinde abzurechnenden Gebühreneinnahmen aufgrund des Vorjahresverbrauch berechnet werden, weil der jeweilige Abgabepflichtige einen Abschlag in Höhe des Vorjahres bezahlt. Am Anfang eines jeden Jahres wird dann der tatsächliche Verbrauch festgestellt und es kommt zu einer Gebührenabrechnung. Dies hat zur Folge, dass es jährlich je nach Höhe der Berichtigungen des Abwasserverbrauch des Vorjahres zu Mehr- bzw. Mindereinnahmen führt.

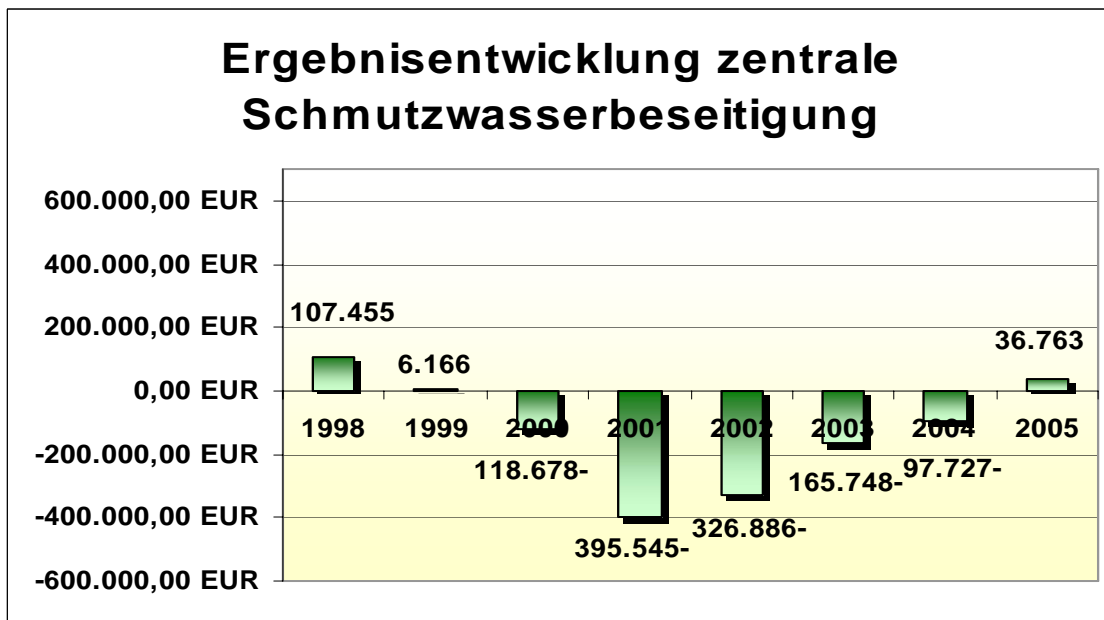
In der Kalkulation für 2005 wurde von einer Abwassermenge in Höhe von 830.000 cbm (Schätzung) multipliziert mit dem Gebührensatz 2,60 € = rund 2.160.000 € ausgegangen. Die tatsächliche Abwassermenge betrug insgesamt 833.727 cbm.

Nicht unberücksichtigt bleiben sollte die Absetzungsmenge, das ist die Abwassermenge für die die Gemeinde Rastede keine Gebühreneinnahmen erhält. Das sind die Fälle, wo einzelne Bürger Frischwasser entnehmen, aber das Abwasser dem Schmutzwasserkanal nicht wieder zu führen, wie z. B. Frischwasserverbrauch für die Bewässerung von Pflanzen und Tiere. Diese Abwassermenge betrug 20.680 cbm im Jahre 2002 und im Jahre 2005 bereits 26.081,82 cbm.

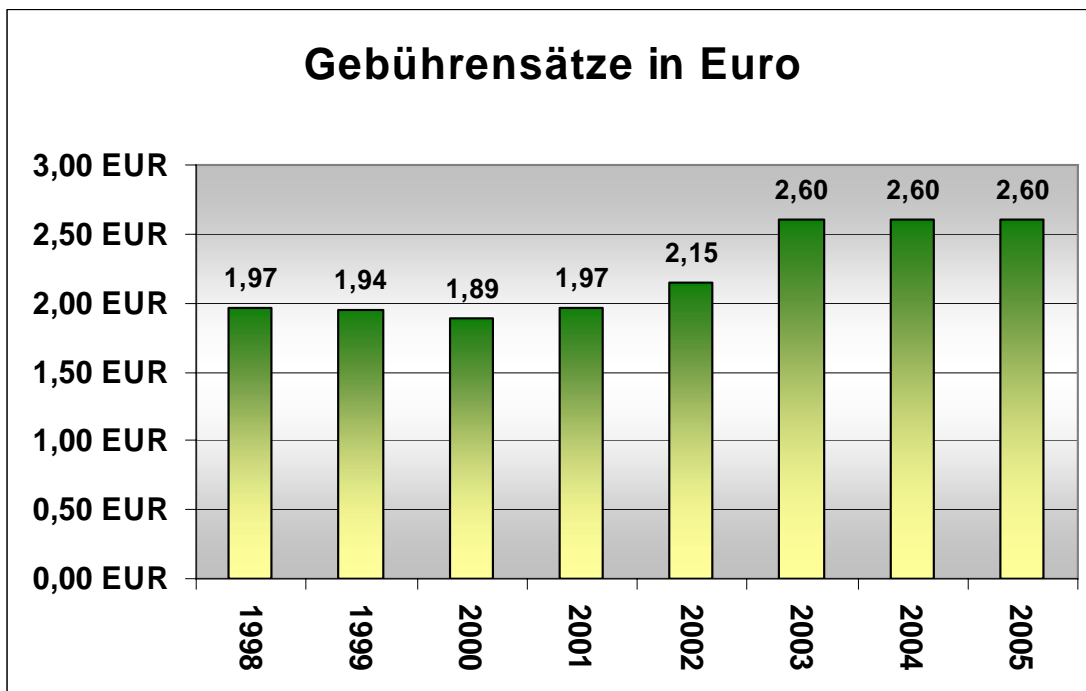


### Abschlussergebnis

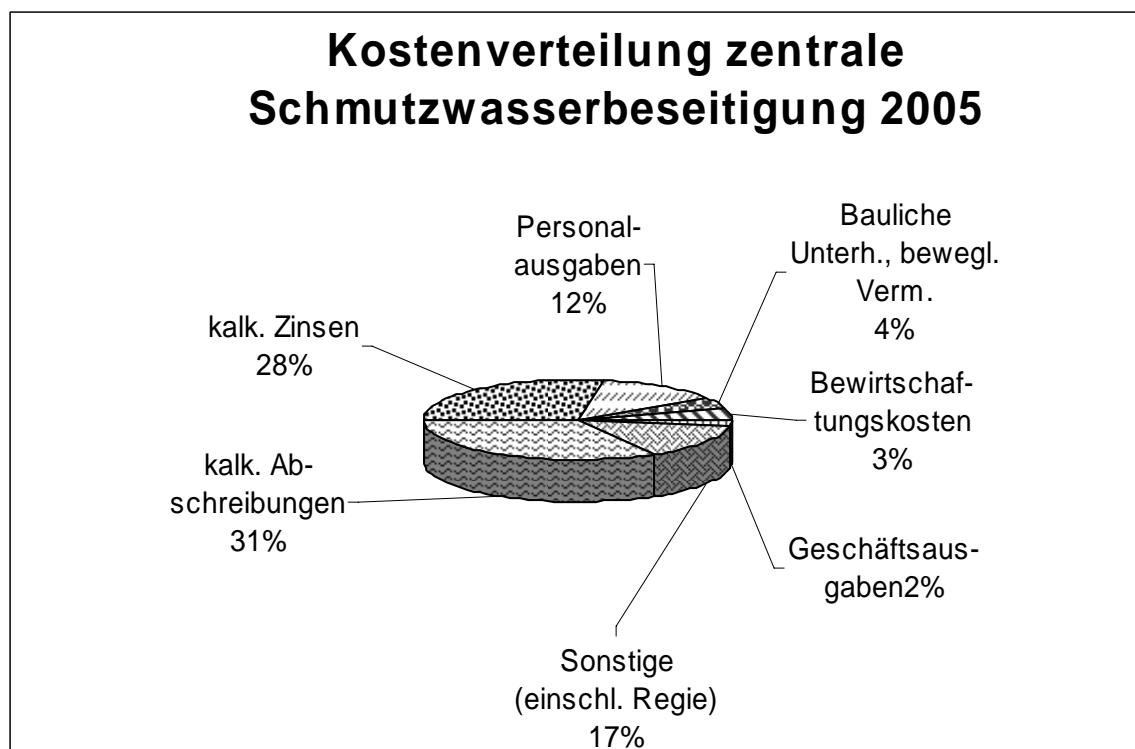
Unter Berücksichtigung des Ergebnisses zum Ende 2004 in Höhe von minus 97.726,63 € ergibt sich am Jahresende 2005 ein über die Jahre kumulierter Überschuss in Höhe von 36.762,60 €. Für das Haushaltsjahr 2005 konnten im Ergebnis somit 134.489,23 € für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser erwirtschaftet werden.



Seit dem Jahre 2000 wurden die Kostenrechnungen jährlich mit einem Defizit abgeschlossen. Der seit 2003 unveränderte Gebührensatz von 2,60 € war ausreichend, die Kosten des Jahres 2005 sowie die Defizite aus Vorjahren zu decken.



Insgesamt ergibt sich für die Abwasserbeseitigungseinrichtung folgende prozentuale Kostenaufteilung:



## Dezentrale Abwasserbeseitigung

Seit 1983 wird von der Gemeinde Rastede eine Gebührenkalkulation für die dezentrale Abwasserbeseitigung vorgenommen. Der im Bereich der zentralen Abwasserbeseitigung geltende Verteilungsmaßstab Frischwasserverbrauch wirkt sich im Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung nicht aus, da hier nach cbm eingesammelten und angelieferten Abwasser abgerechnet wird.

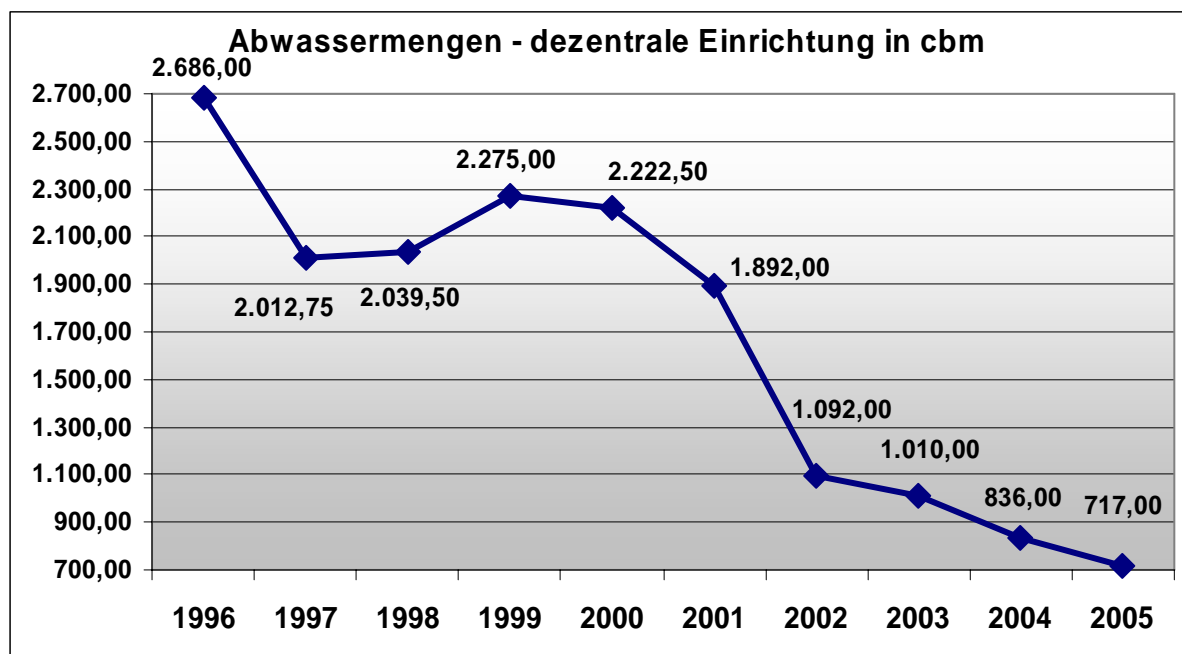
### Ergebnis 2005

Auch im Jahre 2005 hat sich wieder bestätigt, dass es sehr schwer ist, für die dezentrale Abwasserbeseitigung deckende Gebührensätze zu kalkulieren und erhebliche Gebührensatzschwankungen zu vermeiden.

Die Abfuhrmenge 2005 wurde mit 957 cbm kalkuliert, tatsächlich wurden jedoch nur 717 cbm ermittelt. Das Ergebnis weicht mit unvorhersehbaren 240 cbm von der Kalkulation ab. Diese Differenz zwischen der Kalkulation und dem Ergebnis ist gegenüber der Jahre 2004 mit 256 cbm, 2003 mit 690 cbm und 2002 mit 1.008 cbm geringer geworden.

Es lässt sich auch aus dem Ergebnis 2005 noch nicht erkennen, ob es in Zukunft zu einer vernünftigen Schätzung der Abfuhrmenge kommen wird. Es muss weiterhin durch die Einführung der bedarfsgerechten Abfuhr mit Schwankungen gerechnet werden.

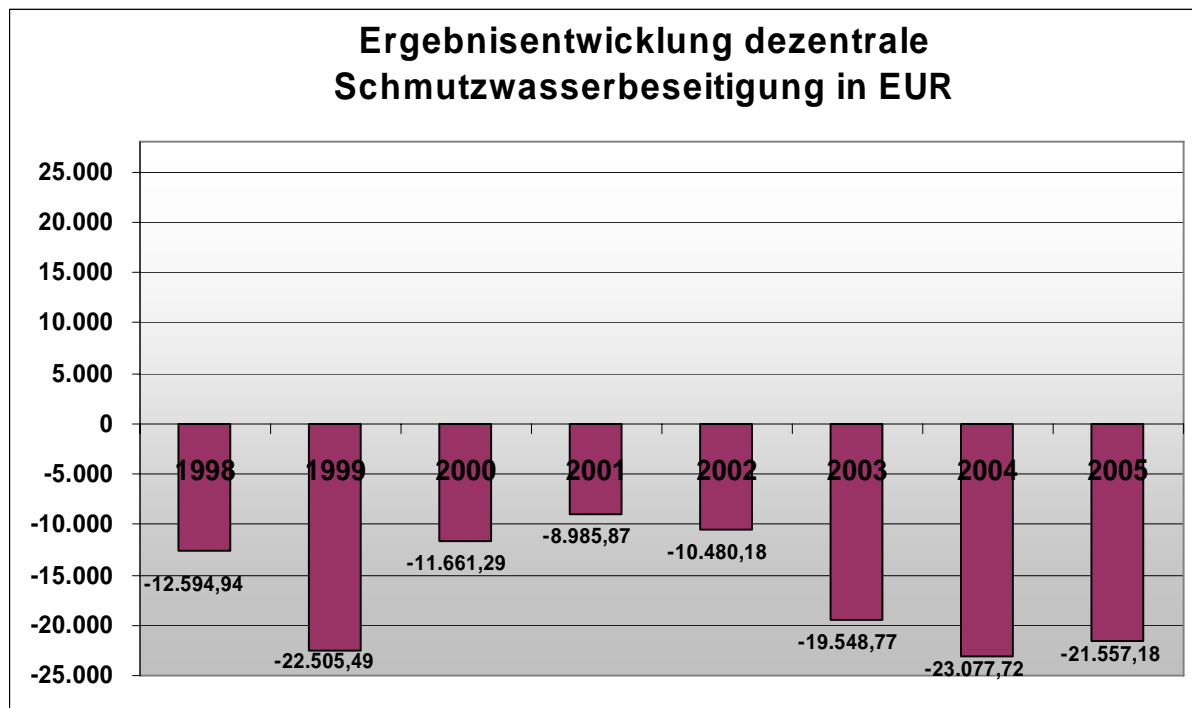
In der nachstehenden Grafik wird deutlich, wie gravierend im Laufe der Jahre die Abfuhrmengen gesunken sind.



Obwohl die Fahrtkosten in Höhe von 18.000 € in der Kalkulation um 4.708,31 € auf 13.291,69 € im Ergebnis gesunken sind, ist dies nicht unbedingt positiv zu bewerten. Ver-

gleicht man die Kosten pro abgefahrenen Kubikmeter „Schlamm“, dann betragen die Kosten im Ergebnis 2004 = 16,96 € und im Ergebnis 2005 = 18,54 €

Die Abfuhrmenge „Schlamm“ wird dem Klärwerk zur Beseitigung zugeführt. Da die Abfuhrmenge „Schlamm“ geringer ausgefallen ist als in der Kalkulation, sind auch die Kosten auf dem Klärwerk für die Schlammabfuhr mit 8.690,58 € geringer ausgefallen als sie in der Kalkulation 2005 mit 10.949,30 € angenommen wurden.

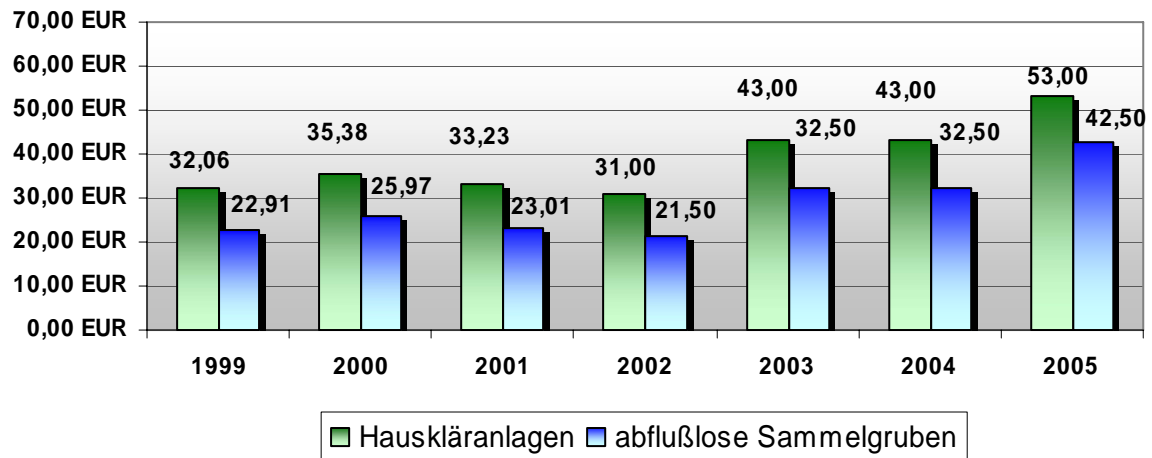


In der Kalkulation 2003 wurden mit dem Ziel des Abbaues des aufgelaufenen Defizits die Gebührensätze erheblich angehoben. Die Gebührensätze reichten jedoch nicht aus um das Defizit aus Vorjahren im Jahre 2004 zu mindern. Wie in der oben stehenden Grafik zu erkennen ist, stieg das Defizit im Ergebnis 2004 trotz Gebührenerhöhung auf 23.077,72 € an.

Auch die Erhöhung der Gebührensätze in der Gebührenkalkulation 2005 konnte im Ergebnis 2005 das Defizit aus Vorjahren in Höhe von 23.077,72 € nur um 1.510,54 € auf insgesamt 21.557,18 € senken.

Für diese drastische Entwicklung ist die Verringerung der Abfuhrmenge verantwortlich.

### Gebührensatzentwicklung dezentrale Schmutzwasserbeseitigung



## Gemeinde Rastede - Betriebsabrechnungsbogen

2005 (Schmutzwasser - 7000)

Kosten- art	Kostenarten-Bezeichnung	Finanzwirtsch. Rechnung 701100	Abgrenz. plus 701200	Abgrenz. minus 701200	Wirtschafts- rechnung 701300	Haushaltssoll 2005 einschl. Hreste	Abweichung v. Haushaltssoll	Klärwerk 702000	Kanal 702100	Pump- stationen 702200	Schächte 702300
<b>1. Personalkosten</b>											
<b>zentral</b>											
601100	Beamtenbezüge	3.537,78			3.451,38	3.200	251,38				
601200	Angestelltenvergütung	108.187,27			100.909,41	117.800	-16.890,59	38.990,50		11.238,69	
601300	Arbeiterlöhne	106.295,50			106.295,50	100.800	5.495,50	86.423,64		15.052,27	
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Beamte u. Zuführung an d. Versorgungsrücklage	2.289,41			2.289,41	2.100	189,41				
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	9.651,67			8.943,64	11.400	-2.456,36	3.412,46		985,37	
602300	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Arbeiter	9.461,67			9.461,67	9.300	161,67	7.665,84		1.337,52	
603100	Umlage GUV	0,00			0,00	0	0,00				
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	23.772,18			22.110,27	27.700	-5.589,73	7.979,36		2.316,05	
603300	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Arbeiter	23.354,88			23.354,88	22.300	1.054,88	18.163,35		3.150,06	
604100	Beihilfen Unterst. u. dgl.	830,68			830,68	600	230,68				
651700	Personalnebenausgaben	0,00			0,00	100	-100,00				
<b>dezentral - Buchung unter zentral</b>											
601100	Beamtenbezüge	0,00			86,40	\$0,00	86,40				
601200	Angestelltenvergütung	0,00			7.277,86	\$0,00	7.277,86				
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	0,00			708,03	\$0,00	708,03				
603200	Beiträge z. gesetzl. Sozialvers. F. Angest.	0,00			1.661,91	\$0,00	1.661,91				
		287.381,04			287.381,04	295.300,00	-17.653,16	162.635,15		34.079,96	
<b>2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand - ohne kalk. Kosten</b>											
<b>zentral</b>											
622100	Strom	73.999,28			73.999,28	74.159,90	-160,62	39.170,14		27.011,32	
622200	Heizung	4.898,55			4.898,55	4.900	-1,45	4.898,55			
622700	Wasser	490,57			490,57	800	-309,43	415,48		75,09	
623100	Haltung von Fahrzeugen	1.492,39			1.492,39	3.500	-2.007,61				
623200	Bauliche Unterhaltung	22.201,83		791,58	21.410,25	26.768	-5.357,75	8.409,59		2.967,76	474,18
623201	Aufwand - gebucht im Vermögenshaush.	0,00	10.307,81		10.307,81	0	10.307,81	4.883,75		5.424,06	
623310	Unterh. u. Reinigung der Kanalanlagen	57.393,04			57.393,04	64.500	-7.106,96		47.213,72	10.179,32	
623500	Unterh. u. Ergänzung bewegl. Vermögen	4.421,09			4.421,09	5.090	-668,91	2.851,99	879,74	271,76	
623600	Abgaben	20.521,54			20.521,54	23.763,45	-3.241,91	12.186,72		15,00	
623601	Reinigung	3.464,41			3.464,41	3.600	-135,59	3.325,63			
623602	Versicherung	4.340,10			4.340,10	4.340,10	0,00	4.304,75		35,35	
624220	Kosten der Schlammabeseitigung	192.844,83			192.844,83	197.940,23	-5.095,40	1.671,58	16.454,90		
624270	Kosten der EDV	1.531,95			1.531,95	1.532	-0,05				
624900	Sachkosten	11.834,40			11.834,40	12.690	-855,60	3.616,36	123,24	62,52	
625300	Erstattung an die Gem. Jade	3.735,00			3.735,00	5.000	-1.265,00	3.735,00			
629100	Auszahlung sonst. Dienstleistungen	0,00			0,00	0	0,00				
651200	Aus- und Fortbildung	1.234,85			1.234,85	1.508	-273,15				
651300	Dienstreisen	55,20			55,20	400	-344,80				
651600	Dienst- u. Schutzkleidung	1.389,57			1.389,57	1.700	-310,43	1.389,57			
652700	Gerichts- u. ähnl. Kosten	0,00			0,00	500	-500,00				

622710	Untersuchungsgebühren	7.026,86			7.026,86	7.027	-0,14								
653300	Bücher und Zeitschriften	0,00			0,00	200	-200,00								
653400	Post- u. Fernmeldegebühren	9.909,36			9.909,36	9.973	-63,64			8.450,32					
653900	Geschäftsausgaben	165,47			165,47	200	-34,53								
654100	Haftpflicht-, Unfallversicherung	545,00			545,00	600	-55,00								
654300	Mitgliedsbeitr. Verb.,Vereine	521,00			521,00	700	-179,00								
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	44.469,08			44.469,08	45.000	-530,92	44.469,08							
	dezentral														
624220	Kosten der Schlammbeseitigung	22.521,13	538,86		21.982,27	38.000	-16.017,73								
657910	Abwasserabgabe Klärwerk	3.686,37			3.686,37	5.000	-1.313,63								
	Innere Verrechnung	21.883,18			21.883,18	28.000	-6.116,82								
	Summe sächl. Verw./Betr.Aufw.														
	- ohne kalk. Kosten	516.576,05	10.307,81	1.330,44	525.553,42	567.392	-41.838,26	135.328,19	64.671,60	54.492,50	474,18				
3. Kalkulatorische Kosten															
	Kalk. Abschreibungen	671.391,25	20.144,12		691.535,37	661.700	29.835,37	193.684,44	413.397,67	83.021,28	0,00				
	Kalk. Zinsen	696.171,29		101.999,36	594.171,93	615.300	-21.128,07	97.091,98	411.300,77	82.600,17	0,00				
	Summe kalk. Kosten	1.367.562,54	20.144,12	101.999,36	1.285.707,30	1.277.000	8.707,30	290.776,42	824.698,44	165.621,45	0,00				
4. Umlagen															
707200	Grundstücke														
707100	Gutachten, Unters.														
707000	Beitragskalkulation														
706900	Gebäude														
706600	Allgem. Verw.-ohne Löhne														
706300	Labor														
706200	Abwasserklärung - Mechanik -														
706100	Schadenbekämpfung														
705900	Abw.-Klärung - Biologie														
705600	Schlammbehandlung														
705300	Fahrzeuge														
705000	Löhne														
705200	Bauhofsleistungen														
	Summe Umlagen							282.751,05	18.132,40	24.833,64	132,95				
Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt						2.171.519,63	30.451,93	103.329,80	2.098.641,76	2.139.691,68	-41.049,92	871.490,81	907.502,44	279.027,55	607,13

II. Erträge											
zentral											
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	2.162.517,13	19113,66	538,86	2.181.091,93	2.160.000,00	21.091,93	8.690,58	2.172.401,35		
532010	Genehmigungsgebühren	1.395,94			1.395,94	500,00	895,94		1.395,94		
542300	Erstattung von Gemeinden	10.629,28			10.629,28	11.000,00	-370,72		10.629,28		
dezentral						0,00					
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	37.848,00			37.848,00	50.600,00	-12.752,00				
532015	Abwasserabgabe (Hauskläranl.)	3.687,40			3.687,40	5.000,00	-1.312,60				
Summe Erträge						2.227.100,00	7.552,55	8.690,58	2.184.426,57	0,00	0,00
III. Ergebnis											
Unterdeckung						-87.408,32	-48.602,47	862.800,23	-1.276.924,13	279.027,55	607,13

Überschuss	zentral		Überschuß	dezentral
bis 31.12.93	204.060,66			
bis 31.12.94	462.600,26			
bis 31.12.95	426.436,25			
bis 31.12.96	187.132,83		bis 31.12.96	12.265,93
bis 31.12.97	56.027,73		bis 31.12.97	-1.033,43
bis 31.12.98	107.454,74		bis 31.12.98	-6.439,69
bis 31.12.99	6.165,87		bis 31.12.99	-11.506,87
bis 31.12.00	-118.678,44		bis 31.12.00	-5.962,32
bis 31.12.01	-395.545,18		bis 31.12.01	-13.623,54
bis 31.12.02	-326.885,53	ok	bis 31.12.02	-15.117,85
bis 31.12.03	-165.748,38	ok	bis 31.12.03	-24.149,04
bis 31.12.04	-97.726,63		bis 31.12.04	-38.553,86
bis 31.12.05	36.762,60		bis 31.12.05	-37.033,33

	zentral		dezentral	
	Wirtschaftsrechnung	HHPlan	Wirtschaftsrg. *)	HHPlan
Summe der Ausgaben	2.058.627,92	2.097.080,68	36.327,47	42.611,00
Summe der Einnahmen	2.193.117,15	2.176.500,00	37.848,00	50.600,00
Unterdeckung	-134.489,23	-79.419,32	-1.520,53	-7.989,00
Unterdeckung über alles	-136.009,76	-87.408,32		

\*) ohne die Beträge Abwasserabgabe (Einnahme und Ausgabe)

Kontrollsummen	
zentr. + dezent. Abw.Abg.Fäk.	
2.094.955,39	3.686,37
2.230.965,15	3.687,40
-136.009,76	-1,03
	-136.010,79
	-136.010,79

2.098.641,76  
2.234.652,55



[illegible]

37.848,00														
3.687,40														
41.535,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
-1.521,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

o.k.  
o.k.  
  
o.k.

**Beschlussvorlage****Vorlage-Nr.: 2006/191**

freigegeben am 02.11.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 02.11.2006****Festsetzung der Gebührensätze 2007 für die zentrale und dezentrale  
Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

**Beschlussvorschlag:**

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ folgende Gebührensätze ab 2007 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser  
Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser €2,60.
2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser  
Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung
  - a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers  
/ Fäkalschlamms €63,00
  - b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers  
/ Fäkalschlamms €52,50

**Sach- und Rechtslage:**

**Erläuterungen  
zu der Kalkulation der Gebührensätze 2007 für die  
zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**

**Vorbemerkung:**

Die Kalkulation der Gebührensätze berücksichtigt das Ergebnis der Kostenrechnung des Jahres 2005 und die Nachkalkulation des Jahres 2006. Die Nachkalkulation kann hinsichtlich des zu berücksichtigenden Ergebnisses (Überschuss oder Fehlbetrag) nur einen Näherungswert bringen, weil eine Reihe von Kosten und Gebühreneinnahmen im Zeitpunkt der Berechnung nicht bekannt ist. Bei der Berechnung der Gebührensätze wurde versucht, die Erfahrungswerte von Vorausberechnungen zu berücksichtigen.

## **Nachkalkulation 2006**

Das nachkalkulierte Gebührenaufkommen in Höhe von 2.193.200 € weicht mit Mehreinnahmen in Höhe von ca. 43.500 € von der Kalkulation ab. Bei der Gebührenkalkulation wurde insgesamt von einer Abwassermenge (OOWV und durch die Gemeinde Rastede selbst abzurechnende Abwassermenge) in Höhe von 823.000 cbm ausgegangen. Da der Sommer 2006 überdurchschnittlich trocken war, wird davon ausgegangen, dass die Bürger mehr Frischwasser verbraucht haben. Somit wurde in der Nachkalkulation insgesamt eine etwas höhere Abwassermenge in Höhe von 841.000 cbm geschätzt. Der Mehrverbrauch in Höhe von 18.000 cbm für das Haushaltsjahr 2006 bedeutet kalkulierte Mehreinnahmen in Höhe von 46.800 €

Geringfügige Mindereinnahmen in Höhe von 3.300 € resultieren aus den Kosten der dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser. Der „Schlamm“ aus den Kleinkläranlagen wird dem Klärwerk zur Beseitigung zugeführt. Für die Leistung der Beseitigung des „Schlamm“ auf dem Klärwerk wird der Erstattungsbetrag von der dezentralen zur zentralen Haushaltsstelle für Abwasserbeseitigung umgebucht. Da die Abfuhrmenge „Schlamm“ im Ergebnis 2005 geringer als geschätzt ausgefallen ist, wurden auch in der Nachkalkulation 2006 die Gebühren für die Schlammabfuhr auf dem Klärwerk geringer kalkuliert als in der Gebührenberechnung für 2006.

In der Nachkalkulation fällt der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand für 2006 (einschließlich der dezentralen Abwasserbeseitigung) in Höhe von 2.175.075,96 € um 56.854,80 € geringer aus als in der Gebührenberechnung in Höhe von 2.231.930,76 €. Verantwortlich hierfür sind im Wesentlichen die kalkulatorischen Zinsen, die in der Gebührenberechnung 2006 mit 681.048,34 € eingestellt wurden und in der Nachkalkulation einen Betrag in Höhe von 593.503,43 € aufweisen. Die kalkulatorischen Zinsen berechnen sich von dem kalkulatorischen Restwert, der sich ergibt aus dem Restbuchwert des Anlagevermögens vermindert um den Restwert der Beiträge und Zuschüsse (Abzugskapital). Weil in der Nachkalkulation die Abschreibungen keine Abweichungen von der ersten Kalkulation erkennen lassen, ist die Veränderung in einem nicht so zügigen Geldabfluss für Investitionen zu suchen.

Zum Jahresende 2005 weist die Betriebsabrechnung der Zentralen Abwasserbeseitigungsanlage seit dem Jahre 1999 erstmalig wieder einen Überschuss aus; er beträgt 36.762,60 €. Für das Haushaltsjahr 2006 wurde ein voraussichtlicher Überschuss in Höhe von 74.578,01 € kalkuliert. Das rechnerisch fortgeschriebene Ergebnis zum 31.12.2006 beträgt somit 111.340,61 € dabei im Wesentlichen vorausgesetzt, dass die Abwassermenge, wie geschätzt, steigt.

## **Gebührenkalkulation 2007 - Zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**

Um den Betriebsabrechnungsbogen für 2007 aufstellen und den Gebührensatz kalkulieren zu können, wurden die einzelnen Einnahme- und Ausgabeansätze - bevor die Mittelanmeldung für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2007 vorliegen konnten - von den einzelnen Geschäftsbereichen angefordert. Während der Aufstellungsphase des Haushaltsplanes können sich noch Änderungen ergeben, so dass zum Teil die Ansätze der Kostenarten im Betriebsabrechnungsbogen nicht mit den Ansätzen im Haushaltsplan der Gruppierungen im Budget 7100 (Schmutzwasser) übereinstimmen.

### **a) Personalkosten**

Die Personalkosten in Höhe von 278.672 € weichen mit ca. 1.000 € Mehrausgaben geringfügig vom Ergebnis 2005 in Höhe von 277.771,11 € ab. Personelle Veränderungen sind damit nicht verbunden oder sie sind gegebenenfalls kostenneutral.

#### **b) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschl. der kalkulatorischen Kosten**

Bei den sächlichem Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschließlich der kalkulatorischen Kosten für 2007 steigen die Ausgaben von 2.130.021,99 € in der Nachkalkulation 2006 um 96.520,07 € auf 2.226.542,06 €. Dies entspricht einer Steigerung in Höhe von 4,53 %. Nicht zu vergessen, dass in dieser Steigerung auch die Mehrausgaben durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer enthalten sind. Insgesamt kann auch 2007 von einem „normalen Betriebsjahr“ ausgegangen werden.

Auf die wesentlichen Kostensteigerungen wird näher eingegangen:

Die Kosten für den Stromverbrauch des Klärwerkes und der Pumpstationen wurde aufgrund der letzten Abrechnung und Abschlagsrechnung der EWE berechnet. Gegenüber der Nachkalkulation 2006 wurden die Stromkosten um 14.700 € auf 97.000 € in der Gebührenberechnung 2007 erhöht. Diese Erhöhung des Haushaltsansatzes ist darin begründet, dass die EWE die Strompreise für so genannte „Großabnehmer“ erhöht hat. Vom Landkreis Ammerland wird für die Kommunen im Ammerland jährlich eine Ausschreibung der Stromkosten für Großabnehmer durchgeführt. Bei den Ausschreibungen des Landkreises hat die EWE unter den Stromlieferanten in den letzten Jahren den Zuschlag bekommen. Seitens des Landkreises wird nach der jeweiligen Ausschreibung ein „Stromliefervertrag mit kommunalen Körperschaften“ geschlossen, indem die Preise festgehalten werden.

Für Unterhaltungsmaßnahmen sind im Ergebnis 2005 Kosten in Höhe von insgesamt 31.718,06 € angefallen, in der Nachkalkulation für 2006 stieg der Ansatz der baulichen Unterhaltung auf 43.859,62 € (einschließlich eines Haushaltsrestes aus dem Vorjahr). Für die Gebührenkalkulation 2007 wurde ein Ansatz in Höhe von 62.000 € veranschlagt. Verantwortlich für die Mehraufwendungen sind zum einen geringfügige Erhöhungen für eingeplante Reparaturarbeiten. Zum anderen wird im Jahre 2007 die Wartung eines Gebläses notwendig, das die Aufgabe hat, Sauerstoff in das Belebungsbecken auf dem Klärwerk zu blasen, um die darin lebenden Bakterien mit Sauerstoff zu versorgen. Die Wartungsarbeiten des Gebläses betragen ca. 13.000 € und fallen im fünf bis sechs Jahresrhythmus an.

Bei der Kontenart „624220 – Kosten der Schlammabeseitigung“ werden die Ausgaben der Haushaltsstellen „SW-Gebührenerhebung durch den OOWV“, „Rattenbekämpfung“, und „Kosten der Schlammabeseitigung“ zusammengefasst. Den größten Anteil bilden die Kosten für die Schlammabeseitigung, die sich, wie schon mehrfach berichtet, schwer kalkulieren lassen, da die Menge des Klärschlammes jährlich um etliche Tonnen differiert. Außerdem ist die Aufbringung des Klärschlammes auf die Ländereien witterungsabhängig und die Kosten und der Verbrauch für die Zusatzstoffe (Flockungsmittel, Eisensulfat und Brandkalk), die für die Aufbereitung des Klärschlammes notwendig sind, unterliegen Schwankungen. Im Ergebnis 2005 sind Kosten bei dieser Position in Höhe von 176.389,93 € angefallen. In der Nachkalkulation 2006 wurden 172.059,21 € (einschl. Haushaltsrest in Höhe von 2.059,21 €) eingestellt und für die Gebührenberechnung 2007 wurden vom Geschäftsbereich Kosten in Höhe von 190.000 € eingeplant.

Da die Haushaltsberatungen nicht mehr in 2006 erfolgen, konnte der Haushaltsansatz für die Inneren Verrechnungen (Regiekosten) 2007 noch nicht berechnet werden. Somit wurde der Ansatz des Vorjahres in Höhe von 39.500 € in die Gebührenberechnung eingestellt. Im Ergebnis 2005 wurden insgesamt 21.883,18 € dem Budget 7100 (Schmutzwasser) in Rechnung gestellt. Das Ergebnis für 2006 wird zeigen, ob der Betrag eventuell zu hoch kalkuliert wurde.

Insgesamt sind die kalkulatorischen Kosten (Abschreibungen und Zinsen) in der Nachkalkulation 2006 gegenüber dem Ergebnis 2005 um 108,25 € gesunken und in der Gebührenberechnung 2007 gegenüber der Nachkalkulation 2006 um 42.481,47 € gestiegen. Diese Kosten werden jährlich komplett nach Fortschritt und Planung der Bauentwicklung und Eingang von Beiträgen und Zuschüssen überprüft.

### c) Berechnung der Gebühr

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben 2007 betragen laut Betriebsabrechnungsbogen insgesamt 2.226.542,06 € Abzüglich eines voraussichtlichen Überschusses i. H. von 111.340,61 € ergeben sich gebührenrelevante Kosten i. H. von 2.115.201,45 €

Unter Berücksichtigung des eines voraussichtlichen Überschusses aus 2006 und einer geschätzten Abwassermenge in Höhe von 830.000 cbm errechnet sich für 2007 ein Gebührensatz in Höhe von 2,55 € pro cbm Abwasser. Im Ergebnis 2005 betrug die Abwassermenge insgesamt 833.727 cbm. Für 2006 wurde eine Abwassermenge in Höhe von 841.000 cbm (trockner Sommer – höherer Frischwasserverbrauch) geschätzt.

In der Gebührenkalkulation 2007 wurde mit einer Abwassermenge in Höhe von insgesamt 830.000 cbm gerechnet. Die Abwassermenge die durch den OOWV abgerechnet wird, wurde auf 807.000 cbm (2005 = 807.667 cbm) geschätzt. Bei der durch die Gemeinde selbst abzurechnenden Abwassermenge wurde von 23.000 cbm (2005 = 26.060 cbm, davon Landkreis Ammerland 19.776 cbm Abwasser) ausgegangen. An den selbst abzurechnenden Abwassermengen hat der Landkreis Ammerland den größten Anteil durch die Einleitung von Sickerwasser der ehemaligen Mülldeponie Hahn-Lehmden in das Kanalnetz der Gemeinde Rastede. Der Landkreis Ammerland hat zwar schon öfter mitgeteilt, dass damit zu rechnen ist, dass die Qualität des Deponiesickerwasser sich kontinuierlich verbessert, so dass das Sickerwasser demnächst nicht direkt in den Schmutzwasserkanal der Gemeinde Rastede abgeleitet werden muss, aber bislang hat sich noch keine Verbesserung des Sickerwassers ergeben. Daher wurde auch für die Gebührenberechnung 2007 die Abwassermenge vom Landkreis Ammerland mit einberechnet.

Wenn kein Überschuss aus 2006 zu berücksichtigen wäre, dann würde sich ein Gebührensatz in Höhe von 2,68 € berechnen.

Kalkulierte Einnahmen von insgesamt 2.175.100 € ohne Abzug eines Überschusses aus Vorjahren, Ausgaben i. H. von 2.226.542,06 € und ein unveränderter Gebührensatz von 2,60 € würde bedeuten, dass 2007 ein voraussichtliches Defizit i. H. von 51.442,56 € erwirtschaftet wird. Der fortzuschreibende Gesamtüberschuss Ende 2006 i. H. von 111.340,61 € würde sich um 51.442,56 € auf 59.898,55 € vermindern. Die Verwaltung schlägt vor, den Gebührensatz wie in den Jahren 2003 bis 2006 auf 2,60 € pro cbm Abwasser festzusetzen. Es sind keine fundierten Tatsachen oder Entwicklungen erkennbar, die es rechtfertigen könnten, den Gebührensatz in die eine wie in die andere Richtung zu verändern.

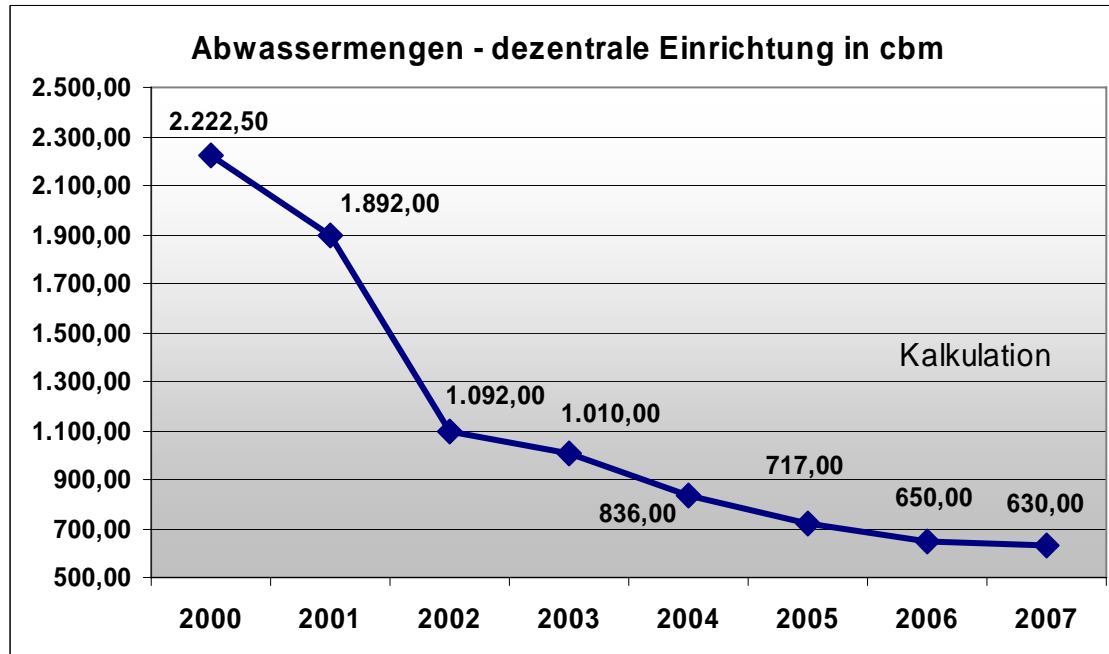
### Entwicklung der Gebührensätze in EUR

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007
Gebührensatz	2,60	2,60	2,60	2,60	2,60

Der BAB zur vorstehenden Kostenrechnung liegt als Anlage 1 bei.

## Dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

In den vergangenen Jahren wurde für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser stets mit einer zu hohen Abfuhrmenge kalkuliert. Wie in der nachfolgenden Grafik erkennbar sind die Abfuhrmengen ständig gesunken. Diese gravierende Entwicklung war von Jahr zu Jahr nicht vorhersehbar.



Es wurde in der Gebührenberechnung 2005 mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 957 cbm kalkuliert. Das Ergebnis weist tatsächlich nur eine Abfuhrmenge in Höhe von 717 cbm aus. Die Differenz zwischen der Kalkulation und dem Ergebnis ist über die Jahre ständig geringer geworden (2005 = 240 cbm, 2004 = 256 cbm, 2003 = 690 cbm und 2002 = 1.008 cbm), aber die angehobenen Gebührensätze 2003, 2005 und 2006 reichten nicht aus, um das Defizit aus den Vorjahren mindestens zu halbieren.

Aufgrund des Ergebnisses 2005 mit einer tatsächlichen Abfuhrmenge in Höhe von 717 cbm wurden in der Nachkalkulation 2006 nur 650 cbm berücksichtigt. In der Gebührenkalkulation für 2007 wurde die kalkulierte Abfuhrmenge noch etwas weiter reduziert und eine andere Aufteilung nach Abfuhr aus Hauskläranlagen (500 cbm) und abflusslosen Gruben (130 cbm) vorgenommen. Die Aufteilung ist darin begründet, dass der Landkreis Ammerland Überprüfungen der Kleinkläranlagen vornimmt und aus Gründen des vorbeugenden Gewässerschutzes einigen Grundbesitzern untersagt hat, ihr häusliches Abwasser aus Ihrer Kleinkläranlage in das Grundwasser zu verrieseln oder abzuleiten. Das anfallende Abwasser ist also fortan aufzufangen, zu sammeln und bedarfsgerecht – manchmal monatlich – durch das von der Gemeinde Rastede mit der Fäkalschlammabfuhr beauftragte Unternehmen abfahren zu lassen. In diesen Fällen ist dann eine Gebühr pro cbm Abfuhrmenge nach dem Gebührensatz für „abflusslose Gruben“ zu erheben.

Im Ergebnis 2005 betragen die Fahrtkosten 13.291,69 €. Nachkalkuliert für 2006 wurde mit einem Betrag in Höhe von 14.000 € und in der Gebührenkalkulation 2007 wurden 14.400 € zugrunde gelegt. Die Abfuhr für die flächendeckende bedarfsorientierte Fäkalschlamm- und Abwasserentsorgung aus den dezentralen Abwasseranlagen wurde im Juni 2006 für drei Jahre neu ausgeschrieben.

Die Kostenrechnung 2005 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 1.520,54 € plus dem Defizit aus Vorjahren in Höhe von 23.077,72 €, also mit insgesamt minus 21.557,18 € abgeschlossen. Die Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung wurden ab dem Haushaltsjahr 2005 jeweils um 10 € (Hauskläranlagen und abflusslose Gruben) angehoben.

Trotz einer weiteren Gebührenerhöhung im Jahre 2006 in Höhe von jeweils 5 € pro cbm kann nach der Nachkalkulation 2006 nur ein Teil des bis zum 31.12.2005 aufgelaufenen Defizits in Höhe von 21.557,18 € um den geringen Betrag in Höhe von 1.120,80 € auf insgesamt rechnerisch voraussichtlich 20.436,39 € abgebaut werden.

Die kalkulierten Ausgaben der dezentralen Abwasserbeseitigung für 2007 betragen 35.676,39 € Zuzüglich des fortgeschriebenen Defizit aus Vorjahren betragen die kalkulierten Ausgaben insgesamt 56.112,78 €. Bei vollständigem Defizitabbau würde sich ein Gebührensatz in Höhe von 91,55 € für Hauskläranlagen und 79,54 € für abflusslose Gruben errechnen. Dies würde jedoch zu einem weiteren Gebührensprung von 33,55 € und 32,04 € führen.

Um Gebührensprünge von über 30 € zu vermeiden und das Ziel des Defizitabbaues aus den Augen zu verlieren schlägt die Verwaltung vor, den Gebührensatz wie im letzten Jahr jeweils um 5 € anzuheben:

- 63,00 € pro cbm für Hauskläranlagen und
- 52,50 € pro cbm für abflusslose Gruben

Wenn die Kalkulation zutrifft, dann würde sich durch diese Gebührensätze das Defizit in Höhe von 20.436,39 € auf rd. 17.800 € reduzieren.

### **Gebührensätze**

Die Berechnung der Gebührensätze ergibt sich aus der Anlage 2.

<b>Jahr</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>
<b>Hauskläranlagen</b>	<b>31,00 €</b>	<b>43,00 €</b>	<b>43,00 €</b>	<b>53,00 €</b>	<b>58,00 €</b>	<b>63,00 €</b>
<b>Abflusslose Gruben</b>	<b>21,50 €</b>	<b>32,50 €</b>	<b>32,50 €</b>	<b>42,50 €</b>	<b>47,50 €</b>	<b>52,50 €</b>

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage

### **Anlagen:**

Anlage 1 – BAB Festsetzung des Gebührensatzes 2007 für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser.

Anlage 2 – Berechnung der Gebührensätze 2007 für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser.

## Gemeinde Rastede - Betriebsabrechnungsbogen - Berechnung der Gebühr 2007

## Schmutzwasser

K.-art	Kostenarten-Bezeichnung	Ergebnis 2005	Hhsoll 2006 einschl. Hreste u.Mittelübertr.	Hhsoll 2007	zentrale Abwasserbes. Klärwerk, Kanal u. Pumpst.		Hhsoll 2007	dezentrale Abwasserbes.		
					Ergebnis 2005	Hhsoll 2006		Fäkalschlamm Ergebnis 2005	Hhsoll 2006	Hhsoll 2007
	<b>1. Personalkosten</b>									
	<b>zentral</b>									
601100	Beamtenbezüge	3.451,38	3.300,00	3.300,00	3.451,38	3.211,87	3.210,11			
601200	Angestelltenvergütung	100.909,41	216.200,00	216.400,00	100.909,41	208.776,58	208.828,11			
601300	Arbeiterlöhne	106.295,50	0,00	0,00	106.295,50	0,00	0,00			
602100	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Beamte u. Zuführung an d. Versorgungsrücklage	2.289,41	2.700,00	2.700,00	2.289,41	2.700,00	2.700,00			
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	8.943,64	20.200,00	19.500,00	8.943,64	19.477,81	18.763,37			
602300	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Arbeiter	9.461,67	0,00	0,00	9.461,67	0,00	0,00			
603100	Umlage GUV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
603200	Beiträge z. gesetzl.Sozialvers. F. Angest.	22.110,27	47.400,00	46.000,00	22.110,27	45.704,85	44.270,95			
603300	Beiträge z. gesetzl.Sozialvers. F. Arbeiter	23.354,88	0,00	0,00	23.354,88	0,00	0,00			
604100	Beihilfen Unterst. u. dgl.	830,68	800,00	800,00	830,68	800,00	800,00			
651700	Personalnebenausgaben	0,00	100,00	100,00		100,00	100,00			
	<b>dezentral - Buchung unter zentral</b>									
601100	Beamtenbezüge	86,40	0,00					86,40	88,13	89,89
601200	Angestelltenvergütung	7.277,86	0,00					7.277,86	7.423,42	7.571,89
602200	AG-Anteil z. Zusatzvers. F. Angest.	708,03	0,00					708,03	722,19	736,63
603200	Beiträge z. gesetzl.Sozialvers. F. Angest.	1.661,91	0,00					1.661,91	1.695,15	1.729,05
		287.381,04	290.700,00	288.800,00	277.646,84	280.771,11	278.672,54	9.734,20	9.928,88	10.127,47
	<b>2. Sächl. Verw./Betr.Aufwand - ohne kalk. Kosten</b>									
	<b>zentral</b>									
622100	Strom	73.999,28	82.300,00	97.000,00	73.999,28	82.300,00	97.000,00			
622200	Heizung	4.898,55	6.500,00	6.300,00	4.898,55	6.500,00	6.300,00			
622700	Wasser	490,57	700,00	700,00	490,57	700,00	700,00			
623100	Haltung von Fahrzeugen	1.492,39	4.700,00	5.000,00	1.492,39	4.700,00	5.000,00			
623200	Bauliche Unterhaltung	21.410,25	43.859,62	62.000,00	21.410,25	43.859,62	62.000,00			
623201	Aufwand - gebucht im Vermögensh.	10.307,81	0,00	0,00	10.307,81	0,00	0,00			
623310	Unterh. u. Reinigung der Kanalanlagen	57.393,04	65.144,00	66.500,00	57.393,04	65.144,00	66.500,00			
623500	Unterh. u. Ergänzung bewegl. Vermögen	4.421,09	4.000,00	4.200,00	4.421,09	4.000,00	4.200,00			
623600	Abgaben	20.521,54	20.600,00	20.800,00	20.521,54	20.600,00	20.800,00			
623601	Reinigung	3.464,41	4.000,00	3.700,00	3.464,41	4.000,00	3.700,00			



706100	Schadenbekämpfung									
705900	Abw.-Klärung - Biologie									
705600	Schlammbehandlung									
705300	Fahrzeuge									
705000	Löhne									
705200	Bauhofsleistungen									
	Summe Umlagen									
	Summe sächl. V./B.Aufw. gesamt	2.098.641,76	2.175.075,96	2.265.608,68	2.058.627,92	2.130.021,99	2.226.542,06	40.013,84	45.053,96	39.066,63
	<b>II. Erträge</b>									
	<b>zentral</b>									
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	2.181.091,93	2.193.200,00	2.164.700,00	2.181.091,93	2.193.200,00	2.164.700,00			
532010	Genehmigungsgebühren	1.395,94	1.400,00	1.400,00	1.395,94	1.400,00	1.400,00			
542300	Erstattung von Gemeinden	10.629,28	10.000,00	9.000,00	10.629,28	10.000,00	9.000,00			
	<b>dezentral</b>									
532000	Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte	37.848,00	36.200,00	38.300,00				37.848,00	36.200,00	38.300,00
532015	Abwasserabgabe (Hauskläranl.)	3.687,40	4.000,00	3.000,00				3.687,40	4.000,00	3.000,00
	Summe Erträge	2.234.652,55	2.244.800,00	2.216.400,00	2.193.117,15	2.204.600,00	2.175.100,00	41.535,40	40.200,00	41.300,00
	<b>III. Ergebnis</b>									
	<b>Unterdeckung</b>	-136.010,79	-69.724,04	49.208,68	-134.489,23	-74.578,01	51.442,06	-1.521,56	4.853,96	-2.233,37

Überschuss	zentral	Überschuss	dezentral	Ermittlung der Gebühr mit dem Defizit aus Vorjahren	
bis 31.12.93	204.060,66			Voraussichtliche Kosten 2007	2.226.542,06
bis 31.12.94	462.600,26				
bis 31.12.95	426.436,25			zuzüglich voraussichtlicher Überschuss 2006	-111.340,61
bis 31.12.96	187.132,83				
bis 31.12.97	56.027,73				
bis 31.12.98	107.454,74	Sh. Akte Fäkalschlamm keine Zahlen aus dieser Tabelle		= gebührenrelevante Kosten	2.115.201,45
bis 31.12.99	6.165,87			dividiert durch	
bis 31.12.00	-118.678,44			Voraussichtliche Abwassermenge 2007	830.000,00
bis 31.12.01	-395.545,18	bis 31.12.01	-8.985,87	ergibt	
bis 31.12.02	-326.885,53	bis 31.12.02	-10.480,18	einen Gebührensatz in Höhe von	2,55 EUR
bis 31.12.03	-165.748,38	bis 31.12.03	-19.548,77	Gebühr 2006: 2,60 €	Vorschlag für 2007 2,60 EUR
bis 31.12.04	-97.726,63	bis 31.12.04	-23.077,72		
bis 31.12.05	36.762,60	bis 31.12.05	-21.557,18	Ermittlung der Gebühr ohne dem Defizit aus Vorjahren	
bis 31.12.06 lt. Nachkalkulation	111.340,61	bis 31.12.06	-20.436,39	= gebührenrelevante Kosten ohne Defizit/Überschuss	2.226.542,06
bis 31.12.07 lt. Gebührenberechnung	59.898,55	bis 31.12.07	-17.787,78		
				Voraussichtliche Abwassermenge 2007	830.000,00
				ergibt einen Gebührensatz in Höhe von	2,683 EUR
				Vorschlag für 2007	2,60 EUR

Stand:

06.09.2006

1.	<b>Kosten der Abfuhr</b>	<b>in EUR</b>
	Kosten der Abfuhr 2.007 lt. Bauamt	14.400,00
	Bei Anlieferung von 500 cbm betrugen die Kosten pro cbm	22,86
2.	<b>Kosten der Reinigung</b>	
2.1	<b>Kosten des Klärwerks ohne Fäkalschlammannahme und</b>	
	ohne Verzinsung des Anlagekapitals	805.684,55
	Bei einer Reinigungsleistung von 830.000 cbm betragen die Kosten pro cbm	0,97
2.2	<b>Verzinsung des Anlagekapitals</b>	
	Das Abzugskapital hinsichtlich Beiträge bleibt unberücksichtigt, weil für die Fäkalschlambeseitigung keine Beiträge gezahlt wurden.	
	Das Anlagekapital beträgt per 31.12.2007 lt. Kostenrechnung	2.587.334,50
	abzüglich verbleibende Zuschüsse nach Abschreibung	512.447,40
	ergibt zu verzinsendes Kapital	2.074.887,10
	Bei einem Zinssatz von 6 % des zu verzinsenden Anlagekapitals	124.493,23
	ergibt somit Zinsen bei einer Berechnungsgrundlage von 830.000 cbm	0,15
2.3	<b>Fäkalschlammannahme</b>	
	Anteilige Baukosten	71.599,27
	abzüglich bisherige Abschreibungen	-21.479,78
	verbleibendes zu verzinsendes Kapital Annahmest.	50.119,49
	Bei einem Zinssatz von 6 % des zu verzinsenden Anlagekapitals	3.007,17
	Bei einem Abschreibungssatz von 2 % der Baukosten	1.431,99
	ergibt Kosten der Fäkalschlammannahme	4.439,15
	Bei einer Annahmemenge von 500 cbm betragen die Kosten pro cbm	7,05
3.	<b>Personalkosten der Verwaltung</b>	
3.1	Anteilige Personalkosten insgesamt	10.127,47
3.2	Personalkosten je cbm	16,08
4.	<b>Kosten der Klärung</b>	
4.1	Kosten der Klärung	0,97
4.2	Verzinsung des Anlagekapitals	0,15
4.3	ergibt insgesamt (je cbm)	1,12
5.	<b>Berechnung Verschmutzungszuschlag bei Hauskläranlagen</b>	
5.1	(1/2 Kosten nach Ziffer 3.3 x CSB(roh) : 700 g pro cbm) = ((1,12 €:2) pro cbm x 15.000 g/cbm) : 700 g/cbm =	12,01
	zuzüglich der Hälfte der Kosten der nach Ziffer 3.3	1,12
		13,13
	<b>Berechnung der Gebühr für Hauskläranlagen</b>	
5.2	Anteiliger Überschuss/Fehlbetrag Vorjahr	32,44
5.3	Kosten der Abfuhr	22,86
5.4	Anteilige Baukosten (kalkulatorische Kosten)	7,05
5.5	Anteilige Personalkosten Verwaltung	16,08
5.6	Kosten der Reinigung mit Verschmutzungszuschlag	12,01
		91,55
	<b>Vorschlag der Verwaltung:</b>	<b>63,00</b>
6.	<b>Berechnung Verschmutzungszuschlag für abflusslose Gruben - e n t f ä l l t -</b>	
6.1	(1/2 Kosten nach Ziffer 3.3 x CSB Schwankungsbereich) : 700 g pro cbm) = ((1,12 €:2) pro cbm x 45.000 g/cbm) : 700 g/cbm =	0,00
	zuzüglich der Kosten nach Ziffer 3.3	1,12
	Der Rechtsprechung folgend wird keine Zuschlag in Ansatz gebracht (s. Vorlage 97/317a)	1,12
6.	<b>Berechnung der Gebühr für abflusslose Gruben</b>	
6.2	Anteiliger Überschuss/Fehlbetrag Vorjahr	32,44
6.3	Kosten der Abfuhr	22,86
6.4	Anteilige Baukosten (kalkulatorische Kosten)	7,05
6.5	Anteilige Personalkosten Verwaltung	16,08
6.6	Kosten der Reinigung	1,12
		79,54
	<b>Vorschlag der Verwaltung:</b>	<b>52,50</b>
7.	<b>Überschuss/Defizit aus Vorjahren</b>	
	Aus 2006 besteht ein kalkuliertes Defizit in Höhe von	-20.436,39
	Der Betrag wurde bei der vorstehenden Kalkulation berücksichtigt:	2.648,61
	Voraussichtlich verbleibendes Defizit:	-17.787,78

Ihmels / Stand: 6.11.2006

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2006/195**

freigegeben am 08.11.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

**Datum: 08.11.2006**

### **Gebührensatzsatzung 2007 - Öffentliche Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	05.12.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2006/195 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2007 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

**Sach- und Rechtslage:**

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen und die Berechnungen im Einzelnen sind den Vorlagen 2006/185 und 2006/191 über die Berechnung der Gebühren für das Jahr 2007 zu entnehmen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

**Anlagen:**

Anlage 1 – Gebührensatzsatzung 2007

**Satzung  
über die Festsetzung der Gebührensätze 2007 für  
die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von  
Abwasser und die  
öffentliche Einrichtung Straßenreinigung  
der Gemeinde Rastede**

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. Nr. 16/1996, S. 383), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.05.06 (Nds. GVBl. S. 203),

§ 149 Abs. 1 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) i.d.F. vom 10. Juni 2004 (Nds. GVBl. Nr. 17/2004 Seite. 171), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 2004 (Nds. GVBl. Nr. 44/2004 Seite 664),

§ 2 Abs. 2 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur dezentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Einrichtung zur zentralen Beseitigung von Schmutzwasser,

§ 4 der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede

und des § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. vom 11. Februar 1992 (Nds. GVBl. S. 29), zuletzt geändert am 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342),

hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am 27.02.2007 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser**

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,60 €

**§ 2**

**Gebührensätze für die dezentrale Beseitigung von Abwasser**

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- |                                                                               |         |
|-------------------------------------------------------------------------------|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers<br>/ Fäkalschlamms     | 63,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten<br>Abwassers / Fäkalschlamms | 52,50 € |

### **§ 3**

#### **Gebührensätze für die von der Gemeinde betriebene öffentliche Straßenreinigung**

Der Gebührensatz beträgt für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung jährlich 13,50 €

### **§ 4**

#### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2007 in Kraft.

Rastede, den 27.02.2007

Decker  
- Bürgermeister -

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2006/186**

freigegeben am 30.10.2006

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Herr Hollmeyer, Michael

**Datum: 30.10.2006**

### **Haushalt 2007 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.11.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	04.12.2006	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	11.12.2006	Kultur- und Sportausschuss
Ö	12.12.2006	Schulausschuss
Ö	08.01.2007	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	09.01.2007	Feuerschutzausschuss
Ö	12.02.2007	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	27.02.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	27.02.2007	Rat

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2007 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

**Sach- und Rechtslage:****Vorbemerkungen**

Die Beratung des Haushalts in den Fachausschüssen und die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 erfolgt zu Beginn des Jahres 2007, weil durch die Konstituierung des neu gewählten Rates im November 2006 eine Beratung in 2006 kaum noch und vor allen Dingen nicht zusammenhängend möglich gewesen wäre. Nach dem jetzigen Stand der Terminplanung ist die endgültige Beschlussfassung über den Haushalt für die Sitzung des Rates am 27.02.2007 vorgesehen.

Im vorliegenden Entwurf wurden die inneren Verrechnungen bisher nicht berücksichtigt, da Korrekturen einzelner Haushaltsansätze in den jeweiligen Anteilbudgets das Ergebnis der Verrechnungen noch verändern würden. Nach den Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen werden die beschlossenen Änderungen und die inneren Verrechnungen in den Haushaltsplan und in die Haushaltssatzung 2007 eingearbeitet.

Über den Wirtschaftsplan des Bauhofes als Optimierter Regiebetrieb wird eine gesonderte Beschlussvorlage erstellt. Der Wirtschaftsplan fließt mit seinem Ergebnis in die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede ein. Insoweit wird der Text der Haushaltssatzung noch ergänzt werden.

Für den Haushalt 2007 gibt es folgende Kernaussagen:

- Der Haushalt ist im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
- Die allgemeine konjunkturelle Belebung erleichtert den Haushaltsausgleich
- Die Haushaltsplanung 2006 ist mit der für 2007 nicht vergleichbar.
- Der Haushaltsausgleich ergab sich nicht allein aus der Addition der angemeldeten Einnahmen und Ausgaben; er wurde „erarbeitet“, wobei folgende Ziele formuliert und konsequent verfolgt wurden:
  - Der Haushaltsausgleich muss erreicht werden
  - Ausgaben werden nur dann veranschlagt, wenn sie unbedingt erforderlich sind. Wünsche werden nicht erfüllt.
  - Eine Anhebung von Steuersätzen kommt nicht in Betracht.
  - Die Gebührensätze sind weiterhin grundsätzlich kostendeckend.
  - Es werden keine Kreditmarktmittel in Anspruch genommen
  - Investitionen werden nur getätigt, wenn sie unbedingt erforderlich sind.
  - Darüber hinaus kommen Investitionen nur in Betracht, wenn sie unter Aufwands Gesichtspunkten Vorteile für den Verwaltungshaushalt bringen (z.B. Energieeinsparung)
  - Haushaltsreste werden in 2006 nur im erforderlichen Umfang gebildet, d.h. der Haushaltsplan 2006 ist so umfangreich wie möglich zu erfüllen und ein Vorziehen von Maßnahmen des Jahres 2007 kommt nicht in Betracht.
- Eine Sondertilgung von Krediten gibt es im Hinblick auf die Vermeidung von Kreditaufnahmen durch die Rücklagenentnahme nicht (siehe hierzu weiter unten die Aussagen zu den Krediten und dem Finanzplan)

### **Ergebnis der Haushaltsplanung**

Die Haushaltsplanungen 2006 und 2007 lassen sich miteinander nicht vergleichen. Damit verbietet sich die Übertragung von Planungsüberlegungen und –handlungen des Jahres 2006 nach 2007. Die Haushaltsplanung 2006 stand unter dem Einfluss, dass in 2005 zu einem bestimmten Zeitpunkt (vor 01.10.05) unerwartet erhebliche Mehreinnahmen bei den Gewerbesteuern zu verzeichnen waren. Die Systematik der Gewerbesteuerumlage hat dazu geführt, dass in 2005 erheblich mehr als notwendig Gewerbesteuerumlage gezahlt werden musste, welche allerdings in 2006 erstattet und zumindest in diesem Punkt zu einer Entlastung des Verwaltungshaushaltes in 2006 geführt hatte. Außerdem kam die Systematik des Finanzausgleichs zum Tragen, dass aufgrund der erheblich gestiegenen Steuerkraft die Schlüsselzuweisungen in 2006 deutlich sinken würden. Auf diese unerwartete Situation konnte die Gemeinde in 2005 nur in der Weise reagieren, dass für 2006 vorgesehene Ausgaben noch nach 2005 vorgezogen werden. Die Haushaltsmittel dafür standen durch die Mehreinnahmen ja zur Verfügung und blieben so für den Verwaltungshaushalt erhalten. Diese Vorgehensweise hat dazu geführt, dass die Ausgaben-Veranschlagungen im Verwaltungshaushalt ganz erheblich reduziert und dadurch der Haushalt 2006 ausgeglichen werden konnte.

Die Planungssituation 2007 lässt sich mit der von 2006 nicht vergleichen. Zwar wird in 2006 auch wieder eine hohe Einnahme im Bereich Steuern erwartet, aber ein sprunghafter Anstieg, der die Bemessungsgrundlagen für allgemeine Deckungsmittel so negativ beeinflusst, ist aufgrund einer relativen Gleichmäßigkeit der Einnahmen nicht zu erwarten. Außerdem hätte es keinen Sinn gemacht, erhebliche für das Haushaltsjahr 2007 vorgesehene Ausgaben vorzuziehen, weil eine entsprechende „Abarbeitung“, wie sie entsprechend in 2005 noch für möglich gehalten wurde, nicht hätte geleistet werden können. Dies war auch der Grund, warum in 2005 noch erhebliche Ausgabereste nach 2006 gebildet werden mussten.

Folglich musste der Haushaltsausgleich 2007 aus „eigener“ Kraft erzielt werden. Hilfreich hierbei war die Entwicklung der konjunkturellen Situation, die zu einer Verbesserung des Saldos bei den Allgemeinen Deckungsmitteln von rd. 1,6 Mio Euro gegenüber dem Vorjahr führt. Diese Verbesserung reicht aber trotzdem nicht aus, den Verwaltungshaushalt „unbeschwert“ auszugleichen. Ausgabendisziplin, Beschränkung auf das Erforderliche und die Absage an Wunscherfüllung waren erforderlich, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Zu groß ist bspw. noch der Druck, gerade im Unterhaltungsbereich mehr als erforderlich zu sparen.

Nachfolgend werden einige grundlegende Anmerkungen zum Haushalt 2007 gemacht, die in der Finanzausschusssitzung weiter auszuführen sind.

## Verwaltungshaushalt

Das Haushaltsvolumen umfasst ohne innere Verrechnungen 21.985.700 Euro. In Verbindung mit der Einführung der neuen Software für die Durchführung des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes beim Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden werden die Einnahmen und Ausgaben im Bereich Soziales ab Februar 2006 nicht mehr über den Haushalt der Gemeinde Rastede, sondern direkt über den Kreishaushalt abgewickelt. Aufgrund dieser Neuerung wird sich das Einnahme- und Ausgabevolumen im Verwaltungshaushalt entgegen der noch im Haushaltsplan 2006 veranschlagten Ansätze um ca. 6.500.000 € reduzieren.

Aufgrund der vorliegenden aktuellen Orientierungsdaten für 2007 wird eine Verbesserung bei den Allgemeinen Deckungsmitteln erwartet. Diese optimistische Einschätzung ist, wenn auch vorsichtig, bei der Ermittlung der Ansätze berücksichtigt worden.

## Einzelheiten

<u>Verwaltungshaushalt</u>			2006	2007	
					Veränderung gegenüber Ansatz 2006
<b>Einnahmen</b>			Ansatz	Ansatz	
9000	000000	Grundsteuer A	156.000	144.000	-12.000
9000	001000	Grundsteuer B	1.950.000	2.025.000	75.000
9000	003000	Gewerbesteuer	4.475.000	5.500.000	1.025.000
9000	160000	Erstattung Gew.St.-umlage	465.000	--	--
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.809.200	4.256.900	447.700
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	328.400	420.100	91.700
9000	021000	Vergnügungssteuer	21.000	16.500	-4.500
9000	022000	Hundesteuer	51.500	52.000	500
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	925.300	1.139.000	213.700
9000	061000	Zusch. übertr. WK	322.100	326.000	3.900
Summe			12.503.500	13.879.500	1.841.000
<b>Ausgaben</b>					
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	1.068.300	1.313.000	80.200
9000	832000	Kreisumlage	4.563.900	4.738.400	736.700
Summe			5.632.200	6.051.400	816.900
Saldo			6.871.300	7.828.100	1.024.100

### Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer:

Die Höhe der Beteiligung an der Einkommen- und der Umsatzsteuer richtet sich nach der letzten Steuerschätzung und den fortgeschriebenen Orientierungsdaten. Die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2006 (regionalisierte Ergebnisse) liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor, jedoch ist eine positive Entwicklung unverkennbar. Weil zudem gegenüber dem Haushaltsansatz für 2006 in 2006 bereits mit einer Mehreinnahme i. H. v. rund 550.000 Euro gerechnet wird, hat die Verwaltung bei der Veranschlagung die positive Einschätzung der Orientierungsdaten übernommen.

### Schlüsselzuweisungen:

Zum jetzigen Zeitpunkt steht die für die Berechnung der Schlüsselzuweisung erforderliche Höhe des Grundbetrages noch nicht fest. Auf der Basis der vorliegenden Orientierungsdaten, die einen Anstieg der Ausgleichsmasse ausweisen, wurde im Rahmen des ersten Haushaltsplanentwurfes ein Grundbetrag i. H. v. 581 Euro (2006 = 563,60 Euro) für die Berechnung der Schlüsselzuweisung zu Grunde gelegt. Nähere Ausführungen zu dem gemeindlichen Veranschlagungsverfahren werden in der Sitzung gemacht. Hinzuweisen ist darauf, dass die Verwaltung zum ersten Mal optimistischer vorgegangen ist als in den Vorjahren.

### Gewerbesteuer:

Schwierig gestaltet sich eine Vorausschau hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbesteuer. Nachdem das Anordnungssoll der Gewerbesteuer für 2005 im Ergebnis mit 6.826.297 Euro deutlich höher ausgefallen ist, wie im Haushaltsplan veranschlagt (3.789.800 Euro), setzt sich diese Entwicklung verhalten auch in 2006 fort. Die Verwaltung hält es deshalb für vertretbar, wenn für 2007 ein Einnahmenvolumen i. H. v. 5.500.000 Euro veranschlagt wird. Bei der Gewerbesteuer ist aber in Erinnerung zu rufen, dass von jedem Euro Gewerbesteuer nur ein geringer Teil bei der Gemeinde verbleibt. Die Gewerbesteuer ist eingebunden in das Finanzausgleichssystem, sie wird bei der Kreisumlage berücksichtigt, und für die Gewerbesteuer ist eine Gewerbesteuerumlage zu zahlen. Aufgrund dessen darf die Entwicklung der reinen Gewerbesteuererinnahmen nur im Verbund der anderen Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Deckungsmittel betrachtet werden.

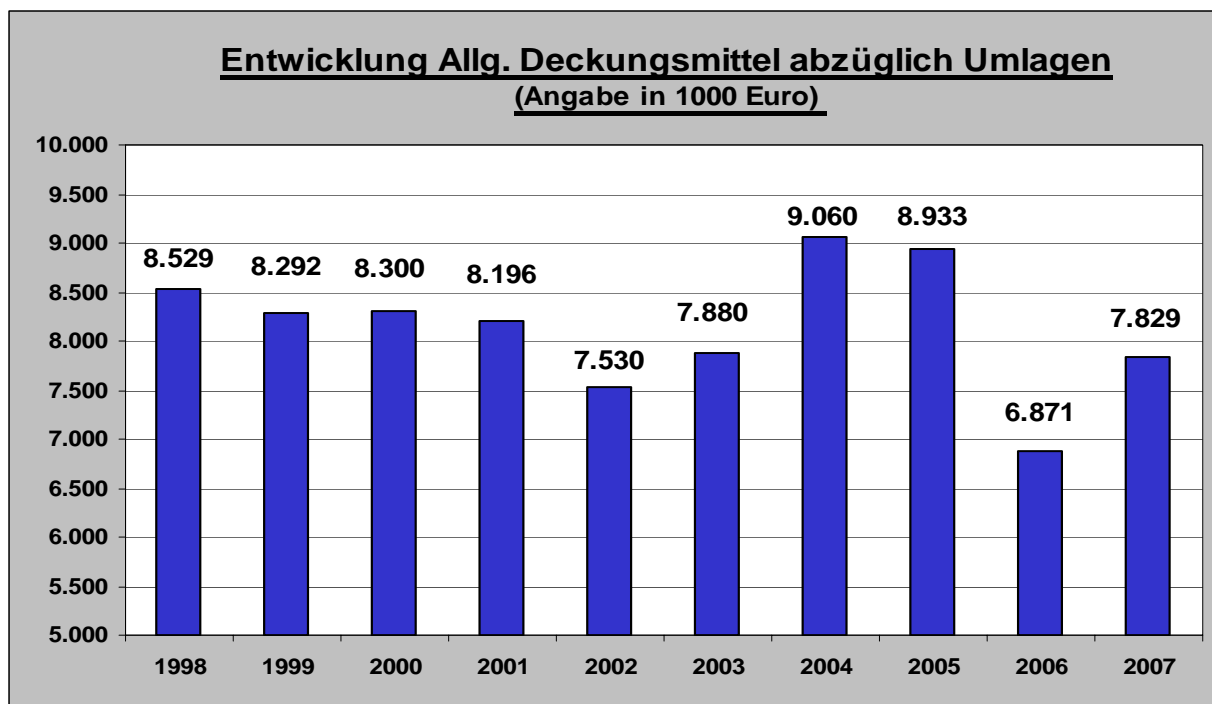
### Umlagen:

Der entscheidende Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage beträgt für das Haushaltsjahr 2007 insgesamt wie 2006 wieder 74 Prozentpunkte. Angewendet auf das eingeplante Gewerbesteueraufkommen für 2007 (unter Berücksichtigung des Hebesatzes von 310 Prozent) ergibt sich eine Gewerbesteuerumlage i. H. v. 1.313.000 Euro. Damit verschlechtert sich das Verhältnis von Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage im Vergleich zu 2006 nicht.

Die Kreisumlage beträgt nach jetzigem Kenntnisstand weiterhin 37 Prozentpunkte. Unter Berücksichtigung der aktuellen Steuerkraft der Gemeinde Rastede wurde für 2007 eine Kreisumlage i. H. v. 4.738.400 Euro veranschlagt.

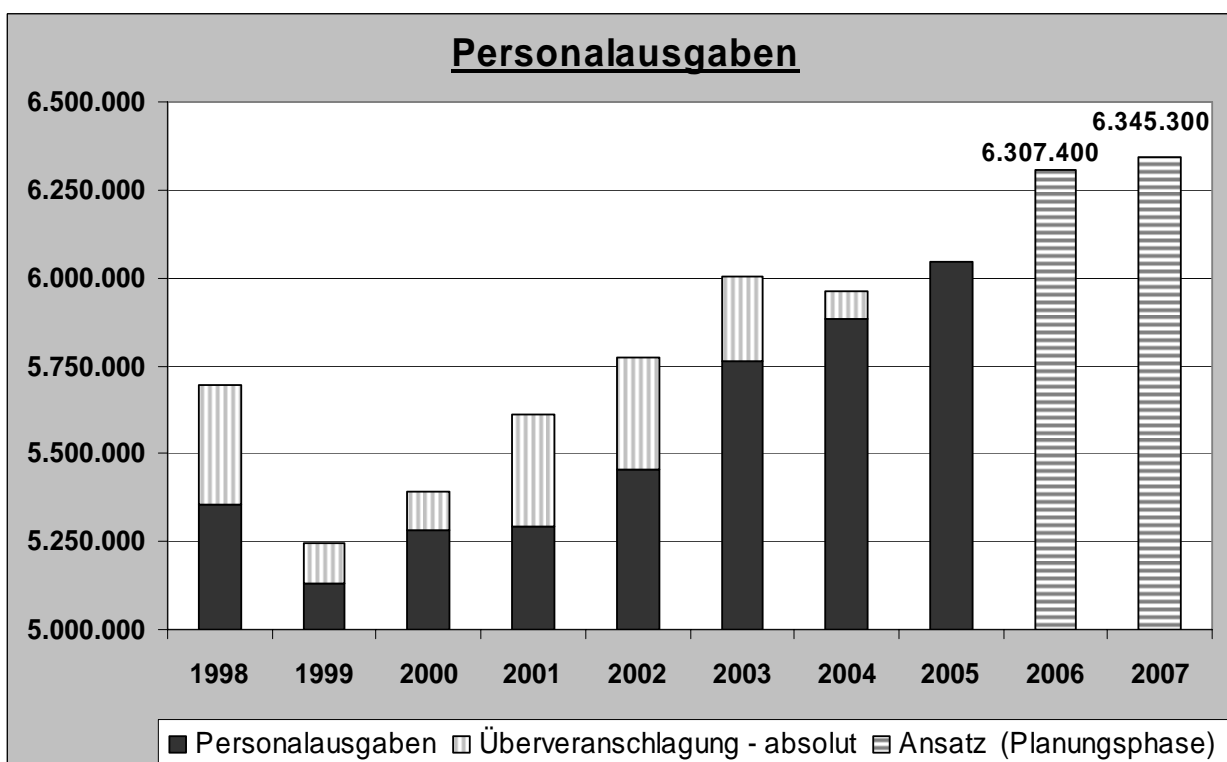
### Allgemeine Deckungsmittel in der Gesamtheit:

In der nachfolgenden Grafik wird die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel (Steuern + Schlüsselzuweisungen – Gewerbesteuerumlage – Kreisumlage), die rd. 35 % an dem Haushaltsvolumen (ohne innere Verrechnungen und Nettoinvestitionsrate) ausmachen, dargestellt. Für 2006 wird ein höherer Saldo erwartet als dies die Plandaten ausweisen.



**Personalkosten:**

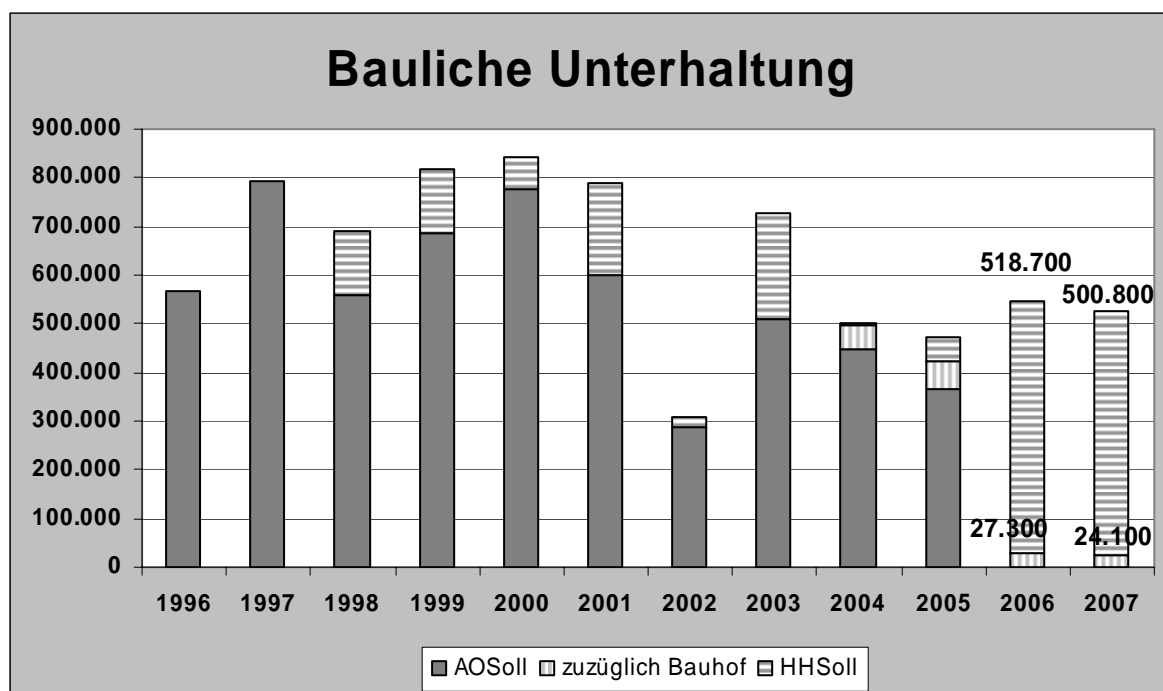
Für das Haushaltsjahr 2007 wurden insgesamt 6.345.300 Euro an Personalkosten veranschlagt. Dies ist gegenüber dem Ansatz für 2006 eine Steigerung von 37.400 Euro. Der Anstieg der Personalkosten ist vorrangig durch die Einstellung von zwei neuen Mitarbeitern zur Gehwegsanierung begründet. Veränderungen innerhalb der Budgets ergeben sich durch Veränderungen bei den Personalanteilzuordnungen zu den Budgets und im Übrigen durch tarifrechtlichen Notwendigkeiten. Die im Budget 8800 eingerichtete Haushaltsstelle 0200.4141 - Leistungsentgelt trägt der tariflichen Forderung nach der Zahlung von Leistungsentgelten ab 2007 Rechnung. Hierbei handelt es sich nicht um eine Mehrausgabe, weil die entsprechenden Mittel bei allen anderen Budgets anteilig abgezogen wurden.



Der Stellenplan und die dazu gehörigen Erläuterungen sind der Vorlage beigelegt (siehe Anlage 5 und 6).

#### Bauliche Unterhaltung:

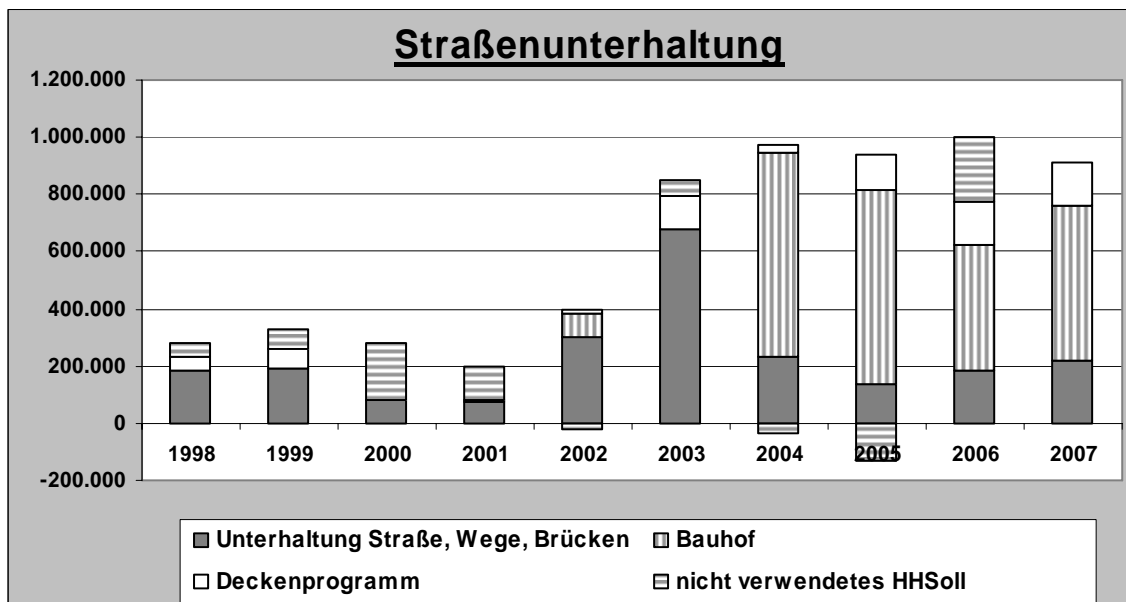
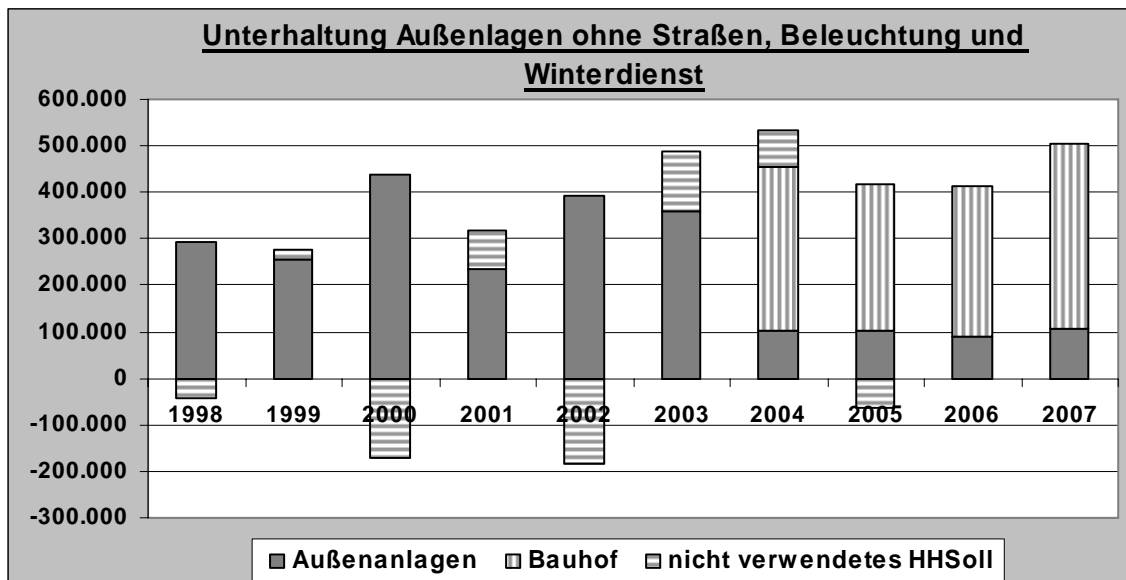
Das Ausgabevolumen für die bauliche Unterhaltung beträgt in 2007 insgesamt 624.300 Euro. Hinter den einzelnen Ansätzen stehen überwiegend Pflichtausgaben, wie z. B. die vorgeschriebenen Wartungen von technischen und baulichen Einrichtungen. Darüber hinaus mussten, wie üblich, für unvorhersehbare Maßnahmen Pauschalansätze bei den einzelnen Haushaltsstellen gebildet werden. Diese orientieren sich an den Durchschnittskosten der Vorjahre. In der nachstehenden Grafik wurden allerdings solche Ausgaben nicht berücksichtigt, die als Sanierungen verstanden werden und demzufolge im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden. Der Veranschlagung liegen, abgesehen von den Pauschalen, konkrete Maßnahmen zu Grunde, die im Rahmen der Fachausschusssitzungen erläutert werden.



#### Unterhaltung von Außenanlagen

Für die Unterhaltung der Außenanlagen (ohne Straßen) ist ein Ausgabevolumen i. H. v. insgesamt 545.700 Euro vorgesehen. Davon gehen 395.400 Euro an den Bauhof für die von dort zu verrichtenden Unterhaltungsmaßnahmen. Den Leistungen des Bauhofes liegt ein festes Auftragsprofil zu Grunde, welches sich im Wirtschaftsplan des Bauhofes widerspiegelt. Die übrigen Unterhaltungsarbeiten beschränken sich auf unumgängliche Maßnahmen, die im Laufe der Fachausschussberatungen erläutert werden.

Für die Unterhaltung der Straßen wurde im Verwaltungshaushalt ein Ausgabevolumen i. H. v. insgesamt 758.500 Euro veranschlagt. Hiervon sind 538.500 Euro für den Bauhof vorgesehen. Des Weiteren sind im Vermögenshaushalt 150.000 Euro für spezielle Sanierungsmaßnahmen (Deckenprogramm) veranschlagt. Die konkreten Unterhaltungsarbeiten sind im Laufe des Haushaltsjahres 2007 festzulegen.

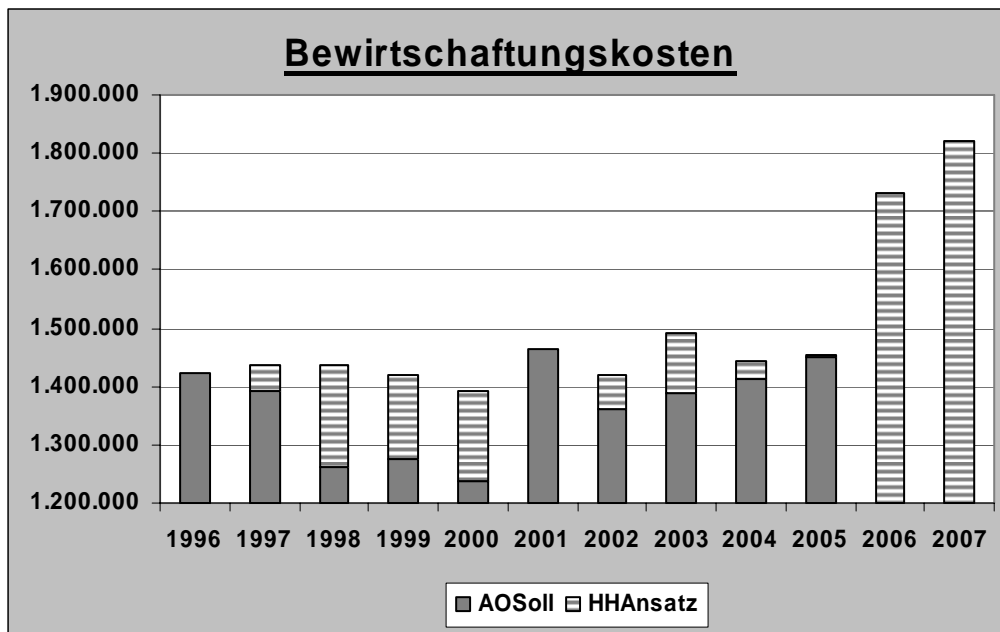


#### Bewirtschaftungskosten:

Das Ausgabevolumen bei den Bewirtschaftungskosten wurde i. H. v. 1.822.000 Euro veranschlagt. Die eingeplanten Mehrausgaben i. H. v. 89.300 Euro gegenüber dem Ansatz 2006 sind vorrangig auf die zu erwartenden steigenden Energiekosten und auf die Erhöhung der Umsatzsteuer zurückzuführen.

Bei diesem Ansatz werden die unterschiedlichsten Arten von Kosten veranschlagt (Strom, Gas, Wasser, Abgaben, Versicherungen usw.). Die nachfolgende Grafik zeigt die erhebliche Bedeutung dieser Ausgaben für den Haushalt.

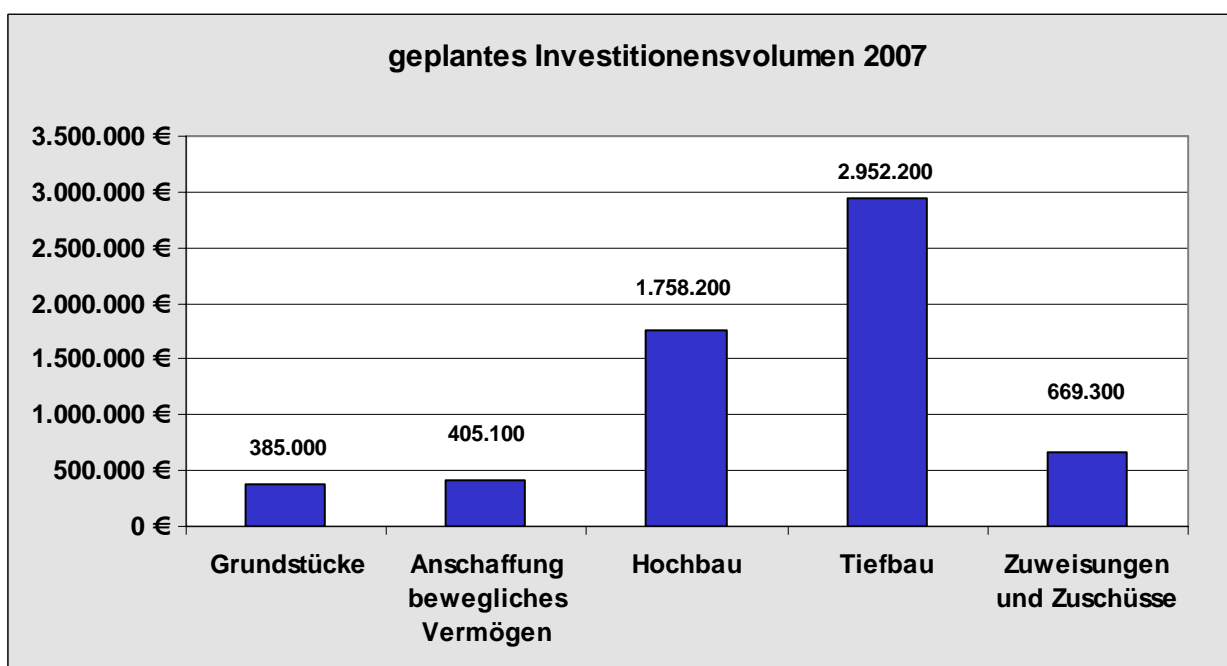
In den vergangenen Jahren wurden erhebliche, wenn auch sicherlich noch nicht abschließende, Anstrengungen unternommen, die Bewirtschaftungskosten zu senken. Insbesondere die Kostensteigerungen und nicht zuletzt die Anhebung der Umsatzsteuer heben die Erfolge im Sinne des Ziels einer Umkehr der Kostenentwicklung aufgehoben. Im Bereich der Energieeinsparung liegt deshalb für die Zukunft ein besonderes Betätigungsfeld, weshalb die Verwaltung im Rahmen der Veranschlagung von Ausgaben im Vermögenshaushalt insbesondere solche Investitionen zulassen möchte, die positive Auswirkungen für den Aufwandsbereich haben.



### Vermögenshaushalt

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beträgt 6.614.500 Euro. Bei einem Investitionsvolumen i. H. v. 6.170.000 Euro ist nach jetzigem Planungsstand eine Entnahme aus der Rücklage i. H. v. 1.875.000 Euro veranschlagt, um die Finanzierung mit Kreditmarktmitteln zu vermeiden. Eine Kreditfinanzierung ist für 2007 lediglich im Rahmen der Kreisschulbaukasse i. H. v. 434.600 Euro eingeplant.

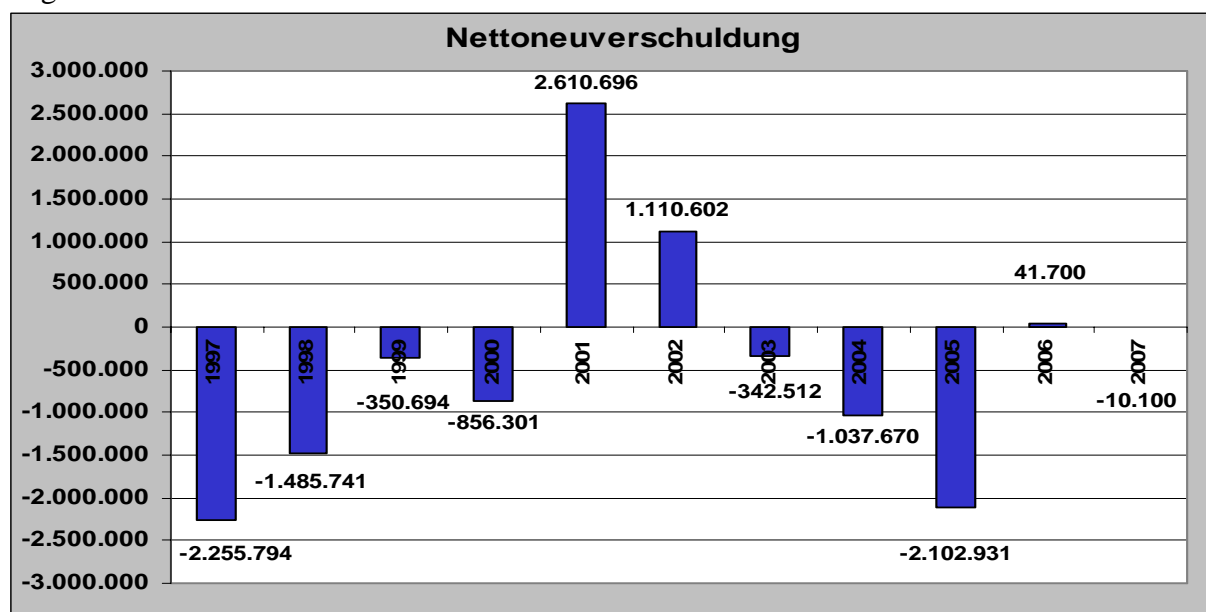
Das geplante Investitionsvolumen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr beträgt 6.170.000 Euro. Es wird darauf hingewiesen, dass grds. nur Investitionsmaßnahmen in den Haushalt 2007 aufgenommen worden sind, für die eine Beschlusslage vorliegt, die unbedingt erforderlich sind und solche, die z.B. durch Energieeinsparungen eine Reduzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt zur Folge haben. Hierzu zählt z.B. der Austausch der Glaswand im Treppenhaus des Rathauses. Die einzelnen eingeplanten Investitionsmaßnahmen werden in den Fachausschussberatungen angesprochen. In der folgenden Grafik ist die Aufteilung des Investitionsvolumens auf die einzelnen Bereiche dargestellt:



### Kreditaufnahme:

Für 2007 ist entsprechend der Zielbeschreibung lediglich eine Kreditaufnahme im Rahmen der Kreisschulbaukasse i. H. v. 434.600 Euro vorgesehen. Unter Berücksichtigung der geplanten Tilgungsleistung kann für das Haushaltsjahr 2007 eine Nettoneuverschuldung i. H. v. – 10.100 Euro ausgewiesen werden.

Der Kreditverzicht ist nur möglich durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage. Insoweit ist festzustellen, dass der Vermögenshaushalt keine ausreichende Eigenfinanzierungskraft besitzt. Dies liegt daran, dass die Einnahmen aus Beiträgen, Zuschüssen und Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken die Ausgaben nicht decken können. Da auch keine Nettoinvestitionsrate veranschlagt werden konnte, muss die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden, welche glücklicher Weise in ausreichender Höhe Mittel zur Verfügung hat. Was die weitere Schuldenentwicklung betrifft, wird auf die Ausführungen zum Finanzplan hingewiesen.



### Schuldenentwicklung:

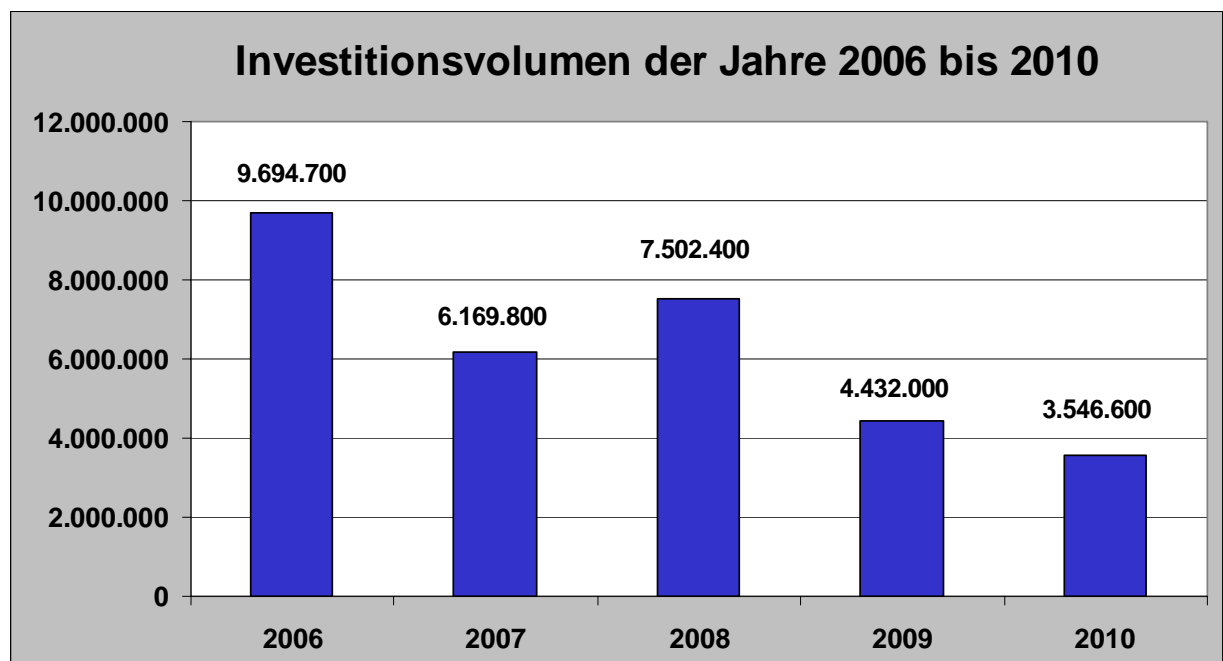
Die Entwicklung des Schuldenstandes jeweils zum 31.12. eines Haushaltsjahres kann der folgenden Grafik entnommen werden:



Spielraum für Sondertilgungen ist in Anbetracht des Finanzplanes aus derzeitiger Sicht mindestens sehr kritisch zu prüfen. 2007 würde es zudem auch an einem Zinsanpassungstermin mangeln. Erfreulich ist, dass die Verschuldung nicht zunimmt. Der Preis dafür ist die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage („Ersparnisse“)

#### Investitionsprogramm:

Im Investitionsprogramm ist gegenüber den Haushaltsjahren 2007 und 2008 eine deutliche Reduzierung des Investitionsvolumens für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 erkennbar. Dies ist darin begründet, dass nur die zum jetzigen Zeitpunkt bekannten notwendigen Investitionsmaßnahmen in das Investitionsprogramm aufgenommen worden sind. Es wurde davon abgesehen, denkbare, aber noch nicht konkret für die Beratung in den politischen Gremien aufbereitete Maßnahmen in das Programm aufzunehmen. Das Investitionsprogramm ist als Anlage 3 beigelegt. Die folgende Grafik zeigt das Investitionsvolumen des Finanzplanungszeitraumes 2006 bis 2010 auf:



#### Finanzplan:

Der Finanzplan kumuliert die Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2007 und die Folgejahre 2008 bis 2010. Die für die Mittelanmeldungen zuständigen Fach- bzw. Geschäftsbereiche wurden im Rahmen der Haushaltsplanung aufgefordert, die Entwicklung der einzelnen Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen einzuschätzen und diese bei den Mitelanmeldungen entsprechend zu berücksichtigen. Der Finanzplan spiegelt somit die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre wieder. Der Finanzplan ist als Anlage 2 beigelegt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde ihre Konsolidierungsüberlegungen mit dem Abschluss des Haushaltskonsolidierungskonzepts noch nicht zu den Akten gelegt hat. Es besteht das Einvernehmen zwischen Verwaltung und Politik, den Konsolidierungsgedanken weiterhin zu verfolgen.

Es trifft zwar zu, dass in den letzten Jahren durch die Bauentwicklungs- und Ansiedlungspolitik eine Zunahme der Einwohner zu verzeichnen ist, aber die demografischen Entwicklungsprognosen sind grundsätzlich nicht positiv. Vor allem deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, die Gemeinde attraktiv zu halten. Die Bewahrung der Attraktivität bedeutet inhaltlich überwiegend nicht, noch mehr an Angeboten und Einrichtungen zu schaffen, sondern das Geschaffene instand- und attraktiv zu halten und weiter zu entwickeln. Es muss also gelingen, einen Haushalt aufstellen zu können, der insbesondere der Unterhaltung sämtlicher Anlagen und Einrichtungen Rechnung trägt und sich auf Investitionen beschränkt, die sich selbst finanzieren (z.B. die Erschließung von Bauland). Soweit sich selbst nicht tragende Vermögenswerte geschaffen werden, muss darauf geachtet werden, dass der Aufwandshaushalt (Verwaltungshaushalt) dauerhaft die Haushaltsmittel für die Herstellung und Unterhaltung erwirtschaftet.

Betrachtet man den Finanzplan, dann wird deutlich, dass die Selbstfinanzierungskräfte des Vermögenshaushaltes nicht ausreichen, in den nächsten Jahren eine Kreditfinanzierung zu vermeiden. Die angesammelte Rücklage ist nach dem Stand der heutigen Kenntnisse in der Lage, eine Kreditvermeidung zu unterstützen, aber dies gelingt nur bis in das Jahr 2008 hinein. Dann darf bei der Betrachtung des Finanzplanes nicht vergessen werden, dass das Investitionsprogramm lediglich beschlossene und notwendige Investitionen berücksichtigt. Das bedeutet, dass jede zusätzliche Investition auf ihre Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit hin besonders geprüft werden muss.

Zuletzt ist noch darauf hinzuweisen, dass nach der bisherigen Beschlusslage ab 2009 erstmalig ein Haushaltsplan nach den Grundsätzen des neuen Haushaltsrechts vorgelegt werden wird. Dann werden zum ersten Mal die Vermögenswerte und deren Entwicklung in die Haushaltsplanung und damit in den Haushaltsausgleich einbezogen. Auch deshalb ist es für die Gemeinde Rastede wichtig, an dem Konsolidierungsgedanken trotz gegenwärtiger Entspannung in der Wirtschaft festzuhalten.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage

### **Anlagen:**

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2007
2. Finanzplan
3. Investitionsprogramm
4. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.
5. Stellenplan
6. Erläuterungen zum Stellenplan
7. Entwurf des Haushaltsplanes 2007 (wird gesondert in Papierform zugestellt)

# Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2007

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird

im **Verwaltungshaushalt** (*ohne innere Verrechnungen*)

in der Einnahme auf	21.985.700 Euro
---------------------	-----------------

in der Ausgabe auf	21.985.700 Euro
--------------------	-----------------

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	6.614.500 Euro
---------------------	----------------

in der Ausgabe auf	6.614.500 Euro
--------------------	----------------

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des Optimierte Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede für das Wirtschaftsjahr 2007 wird

im **Erfolgsplan**

in der Einnahme auf	Euro
---------------------	------

in der Ausgabe auf	Euro
--------------------	------

im **Vermögensplan**

in der Einnahme auf	Euro
---------------------	------

in der Ausgabe auf	Euro
--------------------	------

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 434.600 Euro festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Vermögensplan des Optimierte Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede wird auf € festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 € festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

### 1. Grundsteuer

- |                                                                     |          |
|---------------------------------------------------------------------|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 280 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 300 v.H. |

### 2. Gewerbesteuer

310 v.H.

Gemeinde Rastede, den 27.2.2007

Decker  
- Bürgermeister -

Gruppierung	Einnahmeart	2006	2007	2008	2009	2010
	<b>Einnahmen des Verwaltungshaushalts</b>					
000, 001	Grundsteuer A und B	2.106	2.169	2.175	2.180	2.185
003	Gewerbesteuer	4.475	5.500	5.550	5.600	5.600
010	Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	3.809	4.257	4.507	4.679	4.870
012	und Beteiligung an der Umsatzsteuer	329	420	389	395	404
02, 03	sonstige Gemeindesteuern	73	68	69	70	71
<b>00 - 03</b>	<b>Steuern zusammen</b>	<b>10.792</b>	<b>12.414</b>	<b>12.690</b>	<b>12.924</b>	<b>13.130</b>
04-06	Allgemeine Zuweisungen					
041, 051, 061	vom Land	1.247	1.465	1.528	1.530	1.533
062	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	264	275	280	280	290
<b>0</b>	<b>Steuern, Allgem. Zuweis. u. Umlagen zusammen</b>	<b>12.303</b>	<b>14.154</b>	<b>14.498</b>	<b>14.734</b>	<b>14.953</b>
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl.Engelte, zweckgeb. Abgaben	3.231	3.218	3.219	3.225	3.235
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	288	299	273	275	280
16,17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd.Zwecke, Erstattungen	465	0	0	0	0
161,171	vom Land	450	425	425	425	425
162,163,172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	8.368	1.246	1.250	1.250	1.205
173	von Zweckverbänden u. dgl.					
164-169	von übrigen Bereichen	3.613	695	679	677	679
<b>1</b>	<b>Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb zusammen</b>	<b>16.415</b>	<b>5.883</b>	<b>5.846</b>	<b>5.852</b>	<b>5.824</b>
20	Zinseinnahmen	38	57	36	36	35
21,22,24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.869	1.892	1.872	1.848	1.855
<b>2</b>	<b>sonstige Finanzeinnahmen zusammen</b>	<b>1.907</b>	<b>1.949</b>	<b>1.908</b>	<b>1.884</b>	<b>1.890</b>
<b>0 - 2</b>	<b>Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen:</b>	<b>30.625</b>	<b>21.986</b>	<b>22.252</b>	<b>22.470</b>	<b>22.667</b>
	<b>Einnahmen des Vermögenshaushalts</b>					
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	442	445	483	539	682
31	Entnahmen aus Rücklagen	4.188	1.875	3.925	0	0
32, 33, 34	Rückfl. v. Darl. u. Kapitaleinlagen, Einnahmen a. Veräuß.v	1.587	1.824	1.765	1.725	1.316
	Beiteiligungen u. v. Sachen d. Anlagevermögens					
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	1.250	1.477	649	560	581
36	Zuw./Zusch.f.Invest./Inv.-Förderungsmaßnahmen					
361	vom Land	1.873	214	200	200	200
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	341	345	183	120	88
364-368	von übrigen Bereichen	1	0	0	0	0
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen					
372,373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden,	483	435	400	250	150
	Zweckverbänden und dgl.					
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kreditmarkt	0	0	380	2.646	1.212
378	Umschuldungen	0	0	0	0	0
<b>3</b>	<b>Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen</b>	<b>10.165</b>	<b>6.615</b>	<b>7.985</b>	<b>6.040</b>	<b>4.229</b>
<b>0 - 3</b>	<b>Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen</b>	<b>40.790</b>	<b>28.601</b>	<b>30.237</b>	<b>28.510</b>	<b>26.896</b>

# Finanzplan 2006-2010

Gruppierung	Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010
	<b>Ausgaben des Verwaltungshaushalts</b>					
<b>4</b>	<b>Personalausgaben</b>	6.307	6.345	6.441	6.500	6.550
50 - 66	Sächl. Verw.-/ Betr.-Aufwand (ohne Gr. 67/68)	5.446	5.774	5.950	5.950	5.950
670-678	Erstattungen v. Ausgaben d. Verw.-Haushaltes	526	401	396	388	381
679	Innere Verrechnungen	2.889	0	0	0	0
68	Kalkulatorische Kosten	1.565	1.516	1.496	1.482	1.470
<b>5/6</b>	<b>Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand zusammen</b>	<b>10.426</b>	<b>7.691</b>	<b>7.842</b>	<b>7.820</b>	<b>7.801</b>
<b>71,72</b>	<b>Zuweisungen und sonstige Zuschüsse</b>					
	<b>für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen</b>					
715,716,725	kommunale Sonderrechnungen und sonstige	34	34	34	34	34
726	öffentliche Sonderrechnungen					
714,717,718						
724,727,728	an übrige Bereiche	569	1.048	1.018	1.030	1.030
73 - 79	Leistungen d. Sozialhilfe u. ä.	6.881	100	100	100	100
<b>7</b>	<b>Zuweisungen und Zuschüsse zusammen</b>					
	<b>(nicht für Investitionen)</b>	<b>7.484</b>	<b>1.182</b>	<b>1.152</b>	<b>1.164</b>	<b>1.164</b>
80, 877	Zinsausgaben	321	259	277	316	338
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	1.068	1.313	1.295	1.319	1.319
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	4.564	4.738	4.750	4.800	4.800
84, 85	Übrige Finanzausgaben	13	13	12	12	13
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Pflichtzuführung)	442	445	483	539	682
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Nettozuführung)	0	0	0	0	0
893	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
<b>8</b>	<b>Sonstige Finanzausgaben zusammen</b>	<b>6.408</b>	<b>6.768</b>	<b>6.817</b>	<b>6.986</b>	<b>7.152</b>
<b>4-8</b>	<b>Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen</b>	<b>30.625</b>	<b>21.986</b>	<b>22.252</b>	<b>22.470</b>	<b>22.667</b>
	<b>Ausgaben des Vermögenshaushalts</b>					
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0	0	0	0
91	Zuführung zur Rücklage	0	0	0	0	0
<b>92</b>	<b>Gewährung von Darlehen</b>					
925	an kommunale Sonderrechnungen	28	0	0	0	0
<b>98</b>	<b>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</b>					
982	an Gemeinden/Gemeindeverbände	187	86	55	53	45
987	an private Unternehmen	18	25	21	25	17
988	an übrige Bereiche	212	559	100	103	67
<b>93</b>	<b>Vermögenserwerb</b>					
932	Erwerb von Grundstücken	2.366	385	962	1.584	692
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	542	405	315	105	170
<b>94, 95, 96</b>	<b>Baumaßnahmen</b>	6.370	4.710	6.049	2.562	2.556
<b>98,93,94-96</b>	<b>Invest./Invest.-Förderungsmaßnahmen gesamt</b>	<b>9.695</b>	<b>6.170</b>	<b>7.502</b>	<b>4.432</b>	<b>3.547</b>
<b>97</b>	<b>Tilgung v. Krediten, Rückzahl. Innerer Darlehen</b>					
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
971	an Land	0	0	0	0	0
972,973	an Gemeinden, Gemeinde-/Zweckverb. u. dgl.	215	226	247	248	228
974-978	an übrige Bereiche, Kreditmarkt	227	219	236	291	454
977	Umschuldungen/außerordentl. Tilgungen	0	0	0	1.069	0
92	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
<b>9</b>	<b>Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen</b>	<b>10.165</b>	<b>6.615</b>	<b>7.985</b>	<b>6.040</b>	<b>4.229</b>
<b>4 - 9</b>	<b>Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen</b>	<b>40.790</b>	<b>28.601</b>	<b>30.237</b>	<b>28.510</b>	<b>26.896</b>

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Anlage 3 zu Vorlage 2006/186

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
<b>0</b>		<b>Allgemeine Verwaltung</b>					
0	935000	Kosten der EDV - Gemeindeorgane	10.300	0	0	0	0
200	935000	Bewegliches Vermögen	17.000	34.700	34.700	34.700	34.700
200	940001	Sanierung Rathaus	0	92.000	20.500	100.000	0
200	940002	Sanierung Fenster Rathaus (3. Bauabschnitt)	50.000	0	0	0	0
200	940004	Sanierung der Flure	7.500	0	0	0	0
200	940005	Energiekonzept	10.000	0	0	0	0
520		<b>Wahlen</b>					
520	935000	Erwerb von beweglichen Sachen des AV (Wahlinformationstafeln)	0	2.000	0	0	0
<b>Summe Einzelplan 0</b>			<b>94.800</b>	<b>128.700</b>	<b>55.200</b>	<b>134.700</b>	<b>34.700</b>
<b>1</b>		<b>Öffentliche Sicherheit u. Ordnung</b>					
1300	935000	Bewegliches Vermögen - Feuerschutz	170.000	116.000	180.000	10.000	70.000
1300	940000	Neuanlage von Zäunen an Löschwasserstellen	2.500	3.800	2.500	2.500	3.000
1300	950000	Sanierungsarbeiten Löschteiche	15.000	0	10.000	10.000	0
1300	950100	Neuanlage v. Löschwasseranlagen	0	15.500	5.000	5.000	5.000
1310	940002	Sanierung Heizungsanlage (Gerätehaus Loy)	7.500	0	0	0	0
1310	940003	Sanierungsarbeiten FW-Häuser Südbäke und Hahn	10.500	18.200	0	0	0
<b>Summe UA 13</b>			<b>205.500</b>	<b>153.500</b>	<b>197.500</b>	<b>27.500</b>	<b>78.000</b>
<b>Summe Einzelplan 1</b>			<b>205.500</b>	<b>153.500</b>	<b>197.500</b>	<b>27.500</b>	<b>78.000</b>
<b>2</b>		<b>Schulen</b>					
2070	982000	Kreisschulbaukasse	69.800	70.700	70.700	70.700	70.700
<b>Summe UA 207</b>			<b>69.800</b>	<b>70.700</b>	<b>70.700</b>	<b>70.700</b>	<b>70.700</b>
<b>210</b>		<b>Grundschulen</b>					
		<b>Grundschule Kleibrok</b>					
2102	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
2102	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	2.000	4.000	0	0	0
2102	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2102	940001	Sanierungsmaßnahmen	30.000	42.000	110.000	20.000	40.000
2102	940003	Sanierung Blitzschutzanlage	4.500	0	0	0	0
2102	940005	Sanierungsarbeiten im Verwaltungsbereich	6.500	0	0	0	0
		<b>Grundschule Hahn-Lehmde</b>					
2103	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
2103	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	8.500	1.000	1.000	1.000	1.000
2103	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2103	940000	Sanierungsmaßnahmen	0	47.000	15.000	15.000	15.000
2103	940001	Sanierung Blitzschutz	4.000	0	0	0	0
2103	940002	Sanierungsarbeiten in zwei Klassenräumen, Sanitär und Heizungsbereich	12.500	0	0	0	0
2103	950000	Sanierung Schulhof	0	0	10.000	0	0

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
		<b>Grundschule Wahnbeck</b>					
2104	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
2104	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2104	935300	Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	800	500	500	500	500
2104	940003	Sanierungsmaßnahmen	0	63.100	127.000	0	30.000
2104	940004	Sanierung Blitzschutzanlage	3.500	0	0	0	0
2104	940005	Sanierung Heizungsanlage	3.500	0	0	0	0
2104	940006	Einbau Akustikdecken im Erdgeschoss - Flurbereich	6.000	0	0	0	0
2104	940007	Neuindeckung des Daches (Altbau)	0	0	0	300.000	0
2104	940008	Sanierungsarbeiten in drei Klassenräumen	12.000	0	0	0	0
2104	NN	Energiesparmaßnahmen	0	0	200.000	0	50.000
		<b>Grundschule Loy</b>					
2105	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	500	600	600	600	600
2105	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	800	800	800	800	800
2105	935400	Anschaffung von bewegl. Vermögen (außerhalb Schulbudget)	0	1.000	0	0	0
2105	935500	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	0	2.000	0	0	0
2105	940003	Sanierung Heizzentrale/ Warmwasserversorgung	25.000	0	0	0	0
2105	940004	Sanierung Blitzschutzanlage	3.000	0	0	0	0
2105	940006	Sanierungsmaßnahmen	0	7.000	28.000	0	15.000
2105	950001	Sanierung Schulhof	0	0	4.000	0	0
		<b>Grundschule Leuchtenburg</b>					
2106	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	500	600	600	600	600
2106	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	800	800	800	800	800
2106	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	0	2.000	0	0	0
2106	940001	Sanierungsmaßnahmen	0	2.000	32.400	95.000	20.000
2106	940002	Blitzschutzanlage	2.500	0	0	0	0
2106	940003	Erneuerung Zaun (Schoolstraat)	3.500	0	0	0	0
2106	NN	Sanierung des Ziegeldaches	0	0	0	0	200.000
2106	950000	Erneuerung RWK (Parkplatz)	0	3.000	0	0	0
		<b>Grundschule Feldbreite</b>					
2107	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
2107	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	8.700	0	0	0
2107	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2107	935400	Instandsetzung Spielgeräte (Neuanlage Fallschutz)	10.500	0	0	0	0
2107	940005	Sanierung (Beton) Seitenfassade	10.000	0	0	0	0
2107	940006	Akustikmaßnahmen in Klassenräumen	20.000	0	0	0	0
2107	940008	Sanierungsmaßnahmen	0	28.500	20.000	20.000	20.000
2107	940011	Fenstererneuerung/Sonnenschutzanlage (OG)	60.000	0	0	0	0
2107	940012	Sanierung Klassenräume (EG)	25.000	0	0	0	0
2107	940014	Sanierung Blitzschutzanlage	4.000	0	0	0	0
		Summe UA 210	266.300	221.400	557.500	461.100	401.100
2140		<b>Schule für Lernhilfe</b>					
2140	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.100	1.100	1.100	1.100
2140	935100	Neuanschaffung Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2140	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	2.300	0	0	0	0
2140	935400	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	5.500	3.500	5.000	0	0
2140	935500	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (Telefonanlage) (außerh. Schulbudget)	0	2.500	0	0	0
2140	940007	Sanierungsmaßnahmen	0	15.000	35.000	30.000	0
2140	940009	Sanierung Toilettenanlagen	0	0	35.000	0	0
2140	940010	Sanierung Blitzschutz	4.000	0	0	0	0
2140	940011	Neubau Zaun (Bereich Schulhof)	5.000	0	0	0	0
2140	940012	Sanierungsarbeiten in zwei Klassenräumen u. im Physikraum	4.000	0	0	0	0
2140	NN	Sanierung der Dacheindeckung	0	0	0	100.000	200.000
2140	NN	Energiesparmaßnahmen	0	0	0	75.000	0
2140	982000	Erstattung Schulbeteiligung/ Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2140	982100	Erstattung Schulbeteiligung/ Gemeinde Wiefelstede	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2140	982300	Beitiligung Astrid-Lindgren-Schule in Edeweht	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
		Summe UA 214	30.400	30.700	84.700	214.700	209.700

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
2810		<b>KGS</b>					
2810	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	7.000	7.300	7.300	7.300	7.300
2810	935005	Neanschaffung bewegl. Vermögen (Ganztagsschule)	104.000	0	0	0	0
2810	935006	Neanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	9.000	0	0	0	0
2810	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	3.000	3.100	3.100	3.100	3.100
2810	940009	Sanierung (z. Teil) Blitzschutzanlage	17.500	0	0	0	0
2810	940011	Sanierung WC-Anlagen	29.100	0	36.500	0	0
2810	940012	Sanierung Flachdach (über mus. techn. Bereich)	75.000	0	0	0	0
2810	940014	Sanierung Laborabzüge/ Sicherheitsschränke	40.000	0	0	0	0
2810	940015	Sanierung Altbau	45.000	378.900	233.000	55.000	120.000
2810	940016	Umbau zur Ganztagschule	370.000	0	0	0	0
2810	940017	Neuanlage der Deckenbeleuchtung	107.000	0	0	0	0
2810	940018	Sanierungsarbeiten am Dach	6.000	0	0	0	0
2810	NN	Energiesparmaßnahmen	0	0	0	100.000	0
2810	NN	Sanierung Fassade und Sonnenschutz	0	0	0	100.000	0
2810	NN	Dachsanierung	0	0	80.000	0	260.000
2810	NN	Sanierung Fenster 3-geschossiger Teil	0	0	0	0	100.000
2810	982000	Erstattung Schulbeteiligung/ Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2810	982100	Erstattung Schulbeteiligung/ Gemeinde Wiefelstede	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Summe UA 281			819.600	396.300	366.900	272.400	497.400
2811		<b>Gebäude Feldbreite</b>					
2811	935000	Inventar für zwei naturwissenschaftlich Räume	20.000	30.000	30.000	0	0
2811	935003	Neanschaffung bewegl. Vermögen (Ganztagsschule)	64.400	0	0	0	0
2811	935300	Medienbeschaffung (Ganztagsschule)	40.000	0	0	0	0
2811	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät	0	25.000	0	0	0
2811	940001	Einbau Brandschutztüren	0	0	0	0	0
2811	940009	Sanierungsmaßnahmen (Gebäude Feldbreite)	0	48.900	113.500	0	0
2811	940011	Umbau zur Ganztagschule	775.000	0	0	0	0
2811	940012	Sanierung WC-Anlagen	0	0	0	40.000	0
2811	940014	Erweiterung Zutrittskontrolle/ Kameraanlage	0	6.500	0	0	0
2811	950002	Sanierung Schulhof (Einbau Schwarzdecke)	0	0	30.000	0	0
2811	NN	Energiesparmaßnahmen	0	0	0	70.000	0
2811	NN	Sanierung der Dacheindeckung	0	0	0	100.000	100.000
Summe UA 2811			899.400	110.400	173.500	210.000	100.000
2920		<b>Übrige schulische Ausgaben</b>					
2920	NN	Neubau/ Erweiterung von Buswartehäuschen	0	0	0	0	0
Summe UA 2920			0	0	0	0	0
Summe Einzelplan 2			2.085.500	829.500	1.253.300	1.228.900	1.278.900

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
<b>3</b>		<b>Kulturpflege, Landschaftspflege</b>					
3000	988100	Zuschüsse Palais und Kunst- und Kulturkreis	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500
3210	935000	Bewegliches Vermögen; Archiv	500	500	500	500	500
3520	935000	Neuanschaffung bewegliches Vermögen; Bücherei	1.000	500	1.000	1.000	1.000
3660	987002	Zuweis. u. Zuschüsse für Invest.; San. Gebäude, Nebengebäude, Parkwege Palais	5.600	0	12.200	23.400	7.000
<b>Summe Einzelplan 3</b>			<b>32.600</b>	<b>26.500</b>	<b>39.200</b>	<b>50.400</b>	<b>34.000</b>
<b>4</b>		<b>Soziale Sicherung</b>					
4350	940000	Sanierungsarbeiten Gebäude für Wohnungslose	13.000	0	0	30.000	0
4515	988000	Investitionszuschuss Jugendraum Wapeldorf	7.000	0	0	0	0
4600	935000	Neuanschaffung von Spielgeräten - Kinderspielplätze	18.000	40.000	15.000	15.000	15.000
4605	935000	Neuanschaffung bewegl. Vermögen - Jugendtreff Villa Hartmann	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4605	940002	Sanierungsmaßnahmen	0	3.000	0	10.000	5.000
4640	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen Kiga Mühlenstraße	2.100	800	2.100	2.100	2.100
4640	935001	Neuanschaffung Spielgerät - Kiga Mühlenstraße	7.200	9.900	5.000	0	0
4640	940002	Sanierungsmaßnahmen - Kiga Mühlenstraße	0	12.400	5.100	7.000	8.000
4640	940003	Erneuerung Schrankwand - Kiga Mühlenstraße	5.000	0	0	0	0
4640	940004	Erneuerung der WC-Trennwände - Kiga Mühlenstraße	6.000	0	0	0	0
4640	940008	Sanierungsarbeiten Dach - Kiga Mühlenstraße	7.000	0	0	0	0
4641	935000	Bewegliches Vermögen Kiga Voßbarg	2.100	2.500	2.500	2.500	2.500
4641	935200	Ersatzbeschaffung Spielgerät - Kiga Voßbarg	0	10.000	0	0	0
4642	935000	Bewegliches Vermögen Kiga Neusüdende	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
4642	940004	Ersatz Zaunanlage und Tor	0	4.100	0	0	0
4642	940005	Sanierungsmaßnahmen	0	5.000	0	0	0
4643	935000	Bewegliches Vermögen Kiga Loy	1.000	1.600	1.600	1.600	1.600
4643	935100	Neuanschaffung Spielgerät	0	10.000	0	0	5.000
4643	940000	Sanierungsmaßnahmen	0	2.000	0	0	0
4644	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen - Kiga Marienstraße	600	700	1.100	1.100	1.100
4648	940000	Ersatzbeschaffung Spielgerät Spielkreis Delfsh./ Südbäke e.V.	0	5.300	0	0	0
4648	940001	Sanierungsmaßnahmen (Spielkreis Delfshausen)	0	3.000	5.000	0	0
4648	988001	Zuschuss an übrige Bereiche (Erweiterung Kiga Wahnbek)	0	425.000	0	0	0
4648	NN	Kiga Neusüdende - Sanierung der WC-Anlagen	0	0	0	40.000	0
4648	NN	Kiaa Neusüdende - Sanierung des Daches	0	0	50.000	0	0
4648	NN	Kiga Voßbarg - Sanierung der Dacheindeckung	0	0	50.000	0	0
<b>Summe Einzelplan 4</b>			<b>71.500</b>	<b>537.800</b>	<b>139.900</b>	<b>111.800</b>	<b>42.800</b>

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
<b>5</b>		<b>Gesundheit, Sport, Erholung</b>					
5100	982000	Kreiskrankenhaus	102.400	0	0	0	0
5500	935000	Bewegl. Vermögen, Vereine allgemein	1.300	10.000	1.400	1.400	1.400
5500	988100	Zuschüsse f. Invest. an übrige Bereiche (Verbände u. Vereine)	2.500	12.100	2.600	2.600	2.600
5500	988200	Investive Zuschüsse im Rahmen der Sportförderung	24.000	34.200	28.200	4.600	4.600
5500	988300	Investive Zuschüsse an übrige Bereiche (Turn- u. Sportvereine)	3.000	3.200	3.100	3.100	3.100
5600	940003	Flutlichtanlage (Sportplatz Mühlenstraße)	12.000	0	0	0	0
5600	940004	Neubau Sanitärgebäude (Sportplatz Hahn-Lehmde	0	395.000	0	0	0
5600	940005	Sanierung Flutlichtanlage Kleibrok	0	0	12.500	12.000	0
5600	950001	Erweiterung Sportplatz BBPl. 22 -Sportzentrum Hahn-Lehmde	15.000	0	0	0	0
5600	950002	Sanierung Sportplatz Hahn-Lehmde	0	225.000	0	0	0
5600	NN	Sanierung Sportplatz Wahnbek	0	0	400.000	0	0
5606	940003	Sanierung Blitzschutzanlage Vereinsh. Mühlenstraße	9.000	0	0	0	0
5607	940003	Flutlicht Rennplatz	0	0	250.000	0	0
5607	950002	Sanierung Turnierplatz	150.000	350.000	250.000	0	0
5609	940000	Anlegung einer Skateboardbahn	2.500	0	0	0	0
5652	940000	Sanierungsmaßnahmen	0	2.000	0	3.000	0
5656	940005	Erneuerung Heizungs-Warmw.-Lüftungszentr. mit BKH	0	320.000	0	0	0
5656	940006	Elektroantrieb für alte Tribünenanlage	0	0	30.000	0	0
5656	940007	Neuanschaffung Klingelanlage	0	3.500	0	0	0
5700	935000	Neuanschaffung bewegl. Verm. Freibad Rastede	5.000	17.000	3.000	3.000	3.000
5700	940013	Sanierungsmaßnahmen - Freibad Rastede	0	24.000	12.000	0	10.000
5700	940014	San. Filertechnik (Rückschlag-/Drosselklappen) - Freibad Rastede	19.500	0	0	0	0
5700	940015	San.-arbeiten in den Umkleiden und im WC - Freibad Rastede	8.000	0	0	0	0
5700	950000	Ablaufleitung z. Regenwasserkanal - Freibad Rastede	4.500	0	0	0	0
5720	935000	Bewegl. Verm. Hallenbad	5.000	31.000	5.000	5.000	5.000
5720	940017	Sanierungsmaßnahmen - Hallenbad	0	12.000	0	0	0
5720	940019	Heizkessel (Sommerbetrieb) - Hallenbad	20.000	0	0	0	0
5720	940020	Sanierung Eingangsbereich (Attraktivitätssteigerung Hallenbad)	47.000	35.000	0	0	0
5720	940021	Sanierung Tresenanlage	0	35.000			
5720	940022	Renovierung Umkleiden, Duschen und WC-Anlagen (Attraktivitätssteigerung)	0	30.000	670.000	0	0
5720	NN	Erneuerung Fahrradstand (Hallenbad)	0	0	10.000	0	0
5720	NN	Sanierung Deckenverkleidung Schwimmhalle (Hallenbad)	0	0	0	145.000	0
5720	NN	Sanierung Lüftungskanäle (Hallenbad)	0	0	0	12.500	0
5720	960000	Attraktivitätssteigerung Hallenbad; Weiterführung Planungskonzept	5.000	0	0	0	0
Summen Abschnitte 55,56,57			435.700	1.539.000	1.677.800	192.200	29.700
5800	932000	Erwerb von Grundstücken (Kompensationsflächen)	0	0	50.000	50.000	0
5800	950000	Begrünungsmaßnahmen - Anlegung Kompensationsflächen	50.000	0	15.000	15.000	15.000
5800	950000	Sanierung Rundteichbrücke	0	16.200	0	0	0
Summe Abschnitt 58			50.000	16.200	65.000	65.000	15.000
Summe Einzelplan 5			485.700	1.555.200	1.742.800	257.200	44.700

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
<b>6</b>		<b>Bau-u. Wohnungswesen, Verkehr</b>					
<b>63</b>		<b>Gemeindestraßen - Allgemein</b>					
<b>6300</b>	<b>932000</b>	Erwerb von Grundstücken	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
<b>6300</b>	<b>950000</b>	Gemeindestraßen - Deckenprogramm	150.000	150.000	100.000	100.000	100.000
<b>6301</b>	<b>940000</b>	Sanierungsmaßnahmen (Marktplatz)	0	8.000	0	0	0
<b>6301</b>	<b>950000</b>	Denkmalsplatz - Inwertsetzung	25.000	65.000	32.000	0	0
<b>6301</b>	<b>960000</b>	Gestaltung Kögel-Willms-Platz - Planungskosten	8.000	0	150.000	0	0
		<b>Summe Abschnitt 63</b>	<b>184.000</b>	<b>224.000</b>	<b>283.000</b>	<b>101.000</b>	<b>101.000</b>
<b>6310</b>		<b>Erschließungsmaßnahmen</b>					
<b>6310</b>	<b>950001</b>	BBPl. 80, Loy, Fünfhäuserweg	0	48.000	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950011</b>	BBPl. 21 D - Südende	50.000	0	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950016</b>	BBPl. 78 a - Ostermoor	0	225.000	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950055</b>	Sportplatz Neusüdende, Schoolkamp	0	57.000	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950058</b>	BBPl. 63 e - Hohe Brink	105.000	247.000	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950060</b>	BBPl. 75 - Göhlen - (3.BA)	200.000	0	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950061</b>	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	770.000	150.000	152.000	325.000	0
<b>6310</b>	<b>950062</b>	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet	140.000	0	0	0	0
<b>6310</b>	<b>950064</b>	BBPl. 84 - Brunsweg	138.000	0	241.000	0	0
<b>6310</b>	<b>950065</b>	BBPl. 63 f - Hohe Brink	0	0	25.000	154.000	0
<b>6310</b>	<b>950066</b>	Erweiterung BBPl. 15 a	0	340.000	0	0	0
		<b>Summe UA 631</b>	<b>1.403.000</b>	<b>1.067.000</b>	<b>418.000</b>	<b>479.000</b>	<b>0</b>
<b>6320</b>		<b>Straßenausbaumaßnahmen</b>					
<b>6320</b>	<b>950006</b>	Ausbau Voßbarg	0	20.000	1.080.000	0	0
<b>6320</b>	<b>950026</b>	Umbau Oldenburger Straße (Teilstück)	120.000	170.000	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950028</b>	Bushaltestelle Oldenburger Str./ Lindenstraße	3.000	0	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950029</b>	Sanierung Pflanzscheiben (Oldenburger Str.)	30.000	73.000	55.500	50.000	0
<b>6320</b>	<b>950030</b>	Ausbau des Meenheitsweges	0	232.000	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950031</b>	Ausbau Logemanns Damm	200.000	0	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950032</b>	Ausbau Alter Lehmdr Weg	95.000	0	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950041</b>	SAB Eichendorffstraße	500.000	0	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950042</b>	Erneuerung Wendehammer Schule Feldbreite	0	0	25.000	0	0
<b>6320</b>	<b>950043</b>	Sanierung Loyer Weg / Hankhauser Weg	242.800	0	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950044</b>	Bushaltestelle Stückemann	0	6.000	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950046</b>	Bushaltestelle Heubült/ Jaderberger Str.	0	3.000	0	0	0
<b>6320</b>	<b>950047</b>	Planstraße Sandkontor	0	30.000	80.000	100.000	0
<b>6320</b>	<b>950048</b>	Schützenhofstraße	0	0	0	20.000	700.000
		<b>Summe UA 632</b>	<b>1.190.800</b>	<b>534.000</b>	<b>1.240.500</b>	<b>170.000</b>	<b>700.000</b>
<b>61,62,67</b>		<b>Wohnungsbauförderung, Beleuchtung</b>					
<b>6200</b>	<b>932000</b>	Erwerb v. Wohnbauflächen	2.362.800	370.000	910.000	670.000	690.000
<b>6700</b>	<b>940000</b>	Sanierung Straßenbeleuchtung	70.000	62.500	60.000	33.000	65.000
<b>6700</b>	<b>940002</b>	San. Verteilerschränke (Straßenbeleuchtung)	7.500	15.000	15.000	0	0
		<b>Summe Abschnitte 61,62,67</b>	<b>2.440.300</b>	<b>447.500</b>	<b>985.000</b>	<b>703.000</b>	<b>755.000</b>
		<b>Summe Einzelplan 6</b>	<b>5.218.100</b>	<b>2.272.500</b>	<b>2.926.500</b>	<b>1.453.000</b>	<b>1.556.000</b>

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
<b>7</b>		<b>Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung</b>					
<b>7000</b>		<b>Abwasserbeseitigung - Schmutzwasser</b>					
<b>7000</b>	<b>935000</b>	Bewegliches Vermögen	10.000	10.000	0	0	0
<b>7000</b>	<b>950100</b>	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	25.000	25.000	0	0	0
<b>7000</b>	<b>988000</b>	Zuschüsse für Investitionen (Druckrohrleitung Delfshausen)	150.000	0	0	0	0
		Summe UA 700	185.000	35.000	0	0	0
<b>7010</b>		<b>Baumaßnahmen Klärwerk</b>					
<b>7010</b>	<b>940003</b>	Sanierung Betonteile	0	15.000	0	0	0
<b>7010</b>	<b>950001</b>	San. (z.Teil) Schlammleitungen	10.000	0	10.000	0	10.000
<b>7010</b>	<b>950007</b>	Schlammentwässerung Zentrifuge	0	3.500	0	0	0
<b>7010</b>	<b>950009</b>	Sanierung Zulauf Nachklärbecken 1	0	3.000	0	0	0
<b>7010</b>	<b>NN</b>	Sanierung Rechengebäude	0	0	130.000	0	0
<b>7010</b>	<b>960000</b>	Planungskosten Sanierung/ Erweiterung Rechengebäude	0	6.000	0	0	0
		Summe UA 701	10.000	27.500	140.000	0	10.000
<b>7011</b>		<b>Baumaßnahme SW-Kanäle</b>					
<b>7011</b>	<b>950061</b>	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	320.000	55.000	215.000	0	0
<b>7011</b>	<b>950062</b>	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet Brombeerweg	40.000	0	0	0	0
<b>7011</b>	<b>950064</b>	BBPl. 84 - Brunsweg	85.000	0	0	0	0
<b>7011</b>	<b>950066</b>	Erweiterung BBPl. 15 a - Liethe	0	5.000	0	0	0
<b>7011</b>	<b>950065</b>	BBPl. 63 f - Hohe Brink	0	0	5.000	30.000	0
		Summe UA 7011	445.000	60.000	220.000	30.000	0
<b>7020</b>		<b>Baumaßnahmen Abwasserkanäle</b>					
<b>7020</b>	<b>950007</b>	Erneuerung SW-Kanal SAB Eichendorffstraße	105.000	0	0	0	0
<b>7020</b>	<b>950030</b>	SWK Meeheitsweg	0	50.000	0	0	0
<b>7020</b>	<b>950045</b>	Voßbarg	0	15.000	205.000	0	0
<b>7020</b>	<b>950048</b>	Schützenhofstraße	0	0	0	15.000	200.000
		Summe UA 7020	105.000	65.000	205.000	15.000	200.000
<b>7030</b>		<b>Sanierungsmaßnahmen Abwasserkanäle</b>					
<b>7030</b>	<b>950002</b>	Erneuerung SWK Turnierplatz	0	85.000	0	0	0
<b>7030</b>	<b>950006</b>	SW-Sanierungsmaßnahmen	100.000	100.000	170.000	100.000	50.000
		Summe UA 7030	100.000	185.000	170.000	100.000	50.000
<b>7040</b>		<b>Sanierungsmaßnahmen Pumpwerke</b>					
<b>7040</b>	<b>950006</b>	Sanierung von Pumpwerken	21.000	16.000	20.000	20.000	20.000
		Summe UA 7040	21.000	16.000	20.000	20.000	20.000
<b>7100</b>		<b>Abwasserbeseitigung - Regenwasser</b>					
<b>7100</b>	<b>950100</b>	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
<b>7100</b>	<b>960000</b>	Hydraulische Nachrechnung RWK	0	22.000	0	0	0
		Summe UA 7100	20.000	42.000	20.000	20.000	20.000

# INVESTITIONSPROGRAMM 2006 - 2010

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010
7110		<b>Baumaßnahmen RW-Kanäle</b>					
7110	950061	BBPl. 79 - südlich Schlosspark	250.000	57.000	190.000	0	0
7110	950062	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet Brombeerweg	70.000	0	0	0	0
7110	950064	BBPl. 84 - Brunsweg	100.000	0	0	0	0
7110	950065	BBPl. 63 f - Hohe Brink	0	0	4.000	28.000	0
7110	950066	Erweiterung BBPl. 15 a - Liethe	0	10.500	0	0	0
Summe UA 7110			420.000	67.500	194.000	28.000	0
7120		<b>Baumaßnahmen Abwasserkanäle RW</b>					
7120	950030	RWK - Ausbau Meenheitsweg	0	40.000	0	0	0
7120	950041	Erneuerung RWK Eichendorffstraße	100.000	0	0	0	0
7120	950045	Voßbarg	0	15.000	117.500	0	0
7120	950048	Schützenhofstraße	0	0	0	15.000	150.000
Summe UA 7120			100.000	55.000	117.500	15.000	150.000
7130		<b>RW-Sanierungsmaßnahme</b>					
7130	950001	Sanierungsmaßnahmen	80.000	0	25.000	25.000	25.000
Summe UA 7130			80.000	0	25.000	25.000	25.000
76,77,78,79							
7601	935000	Bewegl. Vermögen, Dorfgemeinschaftshaus Bekhausen	500	500	500	500	500
7601	950000	Neubau Kleinkläranlage	0	4.500	0	0	0
7800	988000	Zuschuss zur Förderung des ländlichen Raumes	0	53.600	0	0	0
7900	987000	Zuschuss für Investitionen Dritter	0	18.000	0	0	0
7910	932000	Erwerb von Gewerbeflächen	0	13.000	0	862.000	0
7910	935000	Neuanschaffung bewegliches Vermögen (Beschilderung für Gewerbegebiete)	0	3.000	1.000	1.000	1.000
7910	987000	Zuschuss zu Schmutzwasserbeitrag	12.000	12.000	19.000	36.000	0
Summe Abschnitt 76,77,79			12.500	104.600	20.500	899.500	1.500
Summe Einzelplan 7			1.498.500	657.600	1.132.000	1.152.500	476.500
8		<b>Wirtschaftliche Unternehmen,allg. Grundvermögen</b>					
88		<b>Allgemeines Grundvermögen</b>					
8800	932000	Allgemeiner Grunderwerb	2.500	1.000	1.000	1.000	1.000
8800	940002	Sanierungsmaßnahmen	0	7.500	15.000	15.000	0
Summe Abschnitt 88			2.500	8.500	16.000	16.000	1.000
Summe Einzelplan 8			2.500	8.500	16.000	16.000	1.000
Investitionen insgesamt			9.694.700	6.169.800	7.502.400	4.432.000	3.546.600

## **Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.**

Durch organisatorische Veränderungen ab dem 01.01.98 wurden weitere Voraussetzungen zur Optimierung von Verwaltungsabläufen geschaffen. Weitergehende Optimierungen werden dadurch ermöglicht, dass die Verantwortlichkeit für die Erfüllung gemeindlicher Aufgaben jeweils an einer Stelle zusammengefasst werden<sup>1</sup>. Dadurch können ohne Reibungsverluste Ziele sowie Art und Weise der Aufgabenerledigung festgelegt und kontrolliert werden. Diese neue Form der Organisation ist allerdings nur dann effektiv, wenn gleichzeitig eine umfassende Budgetverantwortlichkeit geschaffen wird. Äußerliches Kennzeichen der "Budgetierung" ist die Zusammenfassung aller mit einer gemeindlichen Aufgabe im Zusammenhang stehenden Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen jeweils an einer Stelle im Haushaltsplan.

Da die herkömmliche Darstellung von Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen dieser Forderung nicht gerecht wird, ist eine Änderung zwingend.

### **1. Allgemein**

Die Aufstellung und Darstellung des Haushaltsplanes nach budgetorientierten Gesichtspunkten erfolgt im Rahmen und mit den Mitteln des jeweils gültigen Haushaltsrechts. Dies bedeutet, dass alle durch das Haushaltsrecht vorgeschriebenen Anlagen und Bestandteile sowohl der Haushaltssatzung als auch des Haushaltsplanes vorhanden sind. Sie sind im Haupt- und Sammelband enthalten. Allein der Haushaltsplan erhält eine andere Darstellungsform. Sie orientiert sich an Gesichtspunkten der Budgetierung und ist Ausfluss einer auf die jeweilige Aufgabe bezogenen gesamtverantwortlichen Mittelbewirtschaftung. Die Teilabschlüsse nach der herkömmlichen Struktur für jeden Einzelplan, Abschnitt und Teilabschnitt können dem Gesamtplan entnommen werden<sup>2</sup>.

### **2. Haushaltsgliederung, Budgetierungsregelung gemäß § 8 Abs. 2 GemHVO**

Die Haushaltsstellen behalten ihre ziffern- und textmäßigen Bezeichnungen entsprechend des Haushaltsrechtes (§ 5 GemHVO). Die Darstellung erfolgt allerdings nicht mehr entsprechend der Zugehörigkeit einer Haushaltsstelle zum Einzelplan, Abschnitt und Unterabschnitt.

Jede Haushaltsstelle wird einem Budget zugeordnet, das sich in Teil- und ggf. in Anteilbudgets unterteilt. Weil sich die Bildung der Budgets an den Aufgaben der Gemeinde orientiert, wird eine weitgehend aufgabenbezogene Ausgaben- und Einnahmedarstellung erreicht. Die als „Budget“ bezeichnete Ebene ist im Sinne des § 8 Abs. 2 GemHVO der funktional begrenzte Aufgabenbereich, der einer Verwaltungsstelle der Gemeinde zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen wurde (s. hierzu die „Handlungen und Erläuterungen zu den neuen Steuerungsstrukturen für die Verwaltung der Gemeinde Rastede“). Danach ist Budget im haushaltsrechtlichen Sinne grundsätzlich das Anteilbudget und, wenn dies nicht vorhanden ist, das Teilbudget.

<sup>1</sup> S. Fußnote 3

<sup>2</sup> § 5 GemHVO:

“(1) ... Für jeden Einzelplan, Abschnitt und Unterabschnitt ist ein Teilabschluss zu bilden.”

Im Einzelnen siehe hierzu unter 5. Dies gilt als grundsätzlicher Haushaltsvermerk im Sinne des § 8 Abs. 2 GemHVO<sup>3</sup>.

Eine Sonderstellung nimmt das Budget 80 - Service - ein. Die hier veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entstehen durch die Erledigung von Querschnittsaufgaben und sind folgerichtig mit den Budgets 10 bis 70 zu verrechnen. Hier werden seit 1998 die Kosten des Bauhofes und erstmalig ab 2000 grundsätzlich das gesamte Budget 80 mit den Budgets 10 bis 70 verrechnet. Erst mit der kompletten Verrechnung des Budgets 80 wird haushaltsplanmäßig eine vollständige Kostentransparenz bezüglich der einzelnen gemeindlichen Aufgaben erreicht.

Die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Trennung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird sichergestellt<sup>4</sup>.

### 3. Form und Layout

Mit der Einführung des budgetorientierten Haushalts erhält der Haushaltsplan ein neues Aussehen. Der Plan besteht aus insgesamt neun Büchern. Für jeweils ein Budget wird ein Buch erstellt. Das erste Buch ist der Haupt- und Sammelband, in dem mindestens die Haushaltssatzung und die vom Haushaltsrecht vorgeschriebenen Anlagen und Bestandteile der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes enthalten sind.

### 4. Sammelnachweise

Sammelnachweise gibt es seit dem 01.01.98 im Haushalt der Gemeinde Rastede nicht mehr. Die Sammelnachweise, wie sie verwendet wurden, dienten dazu, für Ausgabe-Haushaltsstellen bestimmter Gruppierungen aus verschiedenen Aufgabenbereichen - also auf horizontaler Ebene - eine gegenseitige Deckungsfähigkeit herzustellen. So konnten z.B. Minderausgaben im Bereich Schulen für Mehrausgaben im Bereich Kindergarten verwendet werden. Diese sogenannte horizontale Deckungsfähigkeit, die auch im Rahmen der Budgetierung noch zulässig ist<sup>5</sup>, wird zunächst nicht aufrechterhalten, um die Entstehung von Unübersichtlichkeiten zu vermeiden - auf Ziff. 8 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

### 5. Echte Deckungsfähigkeit (§§ 8 Abs. 3<sup>6</sup>, 18 Abs. 2 Sätze 1, 2 GemHVO) (= Bildung der Budgets im haushaltsrechtlichen Sinne nach § 8 Abs. 2 GemHVO)

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist jeweils im Anteilbudget gegeben. Soweit diese Ebene nicht vorhanden ist, ist die Deckungsfähigkeit innerhalb der Teilbudgets gegeben.

---

<sup>3</sup> § 8 GemHVO:

“(2) Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts für einen funktional begrenzten Aufgabenbereich, der einer Verwaltungsstelle der Gemeinde zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen ist, können aus Gründen der Förderung der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung durch Haushaltsvermerk zu einem finanziellen Rahmen (Budget) verbunden werden; § 5 bleibt unberührt. Das gleiche gilt für entsprechende Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts. ...

(3) Bei einem nach Absatz 2 zulässig gebildeten Budget gelten die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 Satz 2 (*Zweckbindung von Einnahmen*), § 18 Abs. 2 Sätze 1 und 2 (*einseitige und gegenseitige Deckungsfähigkeit*) sowie § 19 Abs. 2 Satz 1 (*Übertragbarkeit*) als erfüllt.”

<sup>4</sup> S. Fußnote 3

<sup>5</sup> § 8 GemHVO:

(2) “... Die Ausgaben des Budgets dürfen nur dann in Sammelnachweisen veranschlagt werden, wenn ihre Deckungsfähigkeit mit den anderen Ausgaben des Budgets ausgeschlossen ist.”

<sup>6</sup> § 8 GemHVO:

(3) Bei einem nach Absatz 2 zulässig gebildeten Budget gelten die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 Satz 2, § 18 Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 19 Abs. 2 Satz 1 als erfüllt.

Hiervon gelten die folgenden Ausnahmen:

- Ausgaben der folgenden Untergruppen:
  - 6600 Verfügungsmittel
  - 6790 Verrechnung der Personalkosten
  - 6800 Kalkulatorische Abschreibungen
  - 6850 Verzinsung des Anlagekapitals
- die Haushaltsstellen:
  - 41000.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 41100.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 41300.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42000.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42100.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42200.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48200.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48210.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48300.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 91000.860000 Zuführung zum Vermögenshaushalt
  - 91000.900000 Zuführung zum Verwaltungshaushalt
  - 91000.910000 Zuführung an Rücklagen
- Haushaltsstellen für die eine gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen verschiedenen Anteilbudgets besteht:

	Maßnahme	Anteilbudget 6101 - Straßen Haushaltsstelle	Anteilbudget 7100 - Schmutzwasser Haushaltsstelle	Anteilbudget 7200 - Regenwasser Haushaltsstelle
Eigener Deckungs- kreis	Tiefbaumaßnahme; BBPl. 79 – Südlich Schlosspark	6310.950061	7011.950061	7110.950061
Eigener Deckungs- kreis	Tiefbaumaßnahme; Erweiterung BBPl. 15 a – Liethe	6310.950066	7011.950066	7110.950066
Eigener Deckungs- kreis	Tiefbaumaßnahme; Ausbau des Meen- heitsweges	6320.950030	7020.950030	7120.950030
Eigener Deckungs- kreis	Tiefbaumaßnahme; Voßbarg	6320.950006	7020.950045	7120.950045

Begründung für die gegenseitige Deckungsfähigkeit:

Aus Gründen der Praktikabilität (z.B. häufig schwierige Auseinanderrechnung von Rechnungen, die Kostenelemente des Straßen- und des Kanalbaues beinhalten) und wegen des Sachzusammenhanges, der sich aus dem Ziel der Maßnahme ergibt (Erschließung von Baugebieten, Ausbau einer Straße), werden die sachlich zusammenhängenden Haushaltsstellen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Dieses vorstehend beschriebene Prinzip wird zukünftig bei allen neuen Baumaßnahmen berücksichtigt.

- Ausgaben, für die zweckgebundene Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.
6. Zweckbindung von Einnahmen, unechte Deckungsfähigkeit (§§ 8 Abs. 3<sup>7</sup>, 17 Abs. 1 Satz 2 GemHVO)

Die Zweckbindung von Einnahmen ist jeweils gegeben im Anteilbudget. Soweit diese Ebene nicht vorhanden ist, ist diese Bindung innerhalb der Teilbudgets gegeben.

7. Übertragbarkeit

a) Vermögenshaushalt

Das Finanzverwaltungsamt nimmt die Übertragung aufgrund einer schriftlichen Anzeige des Fachbereiches vor. In der Anzeige ist ausführlich zu begründen, warum und für welchen Zweck Mittel übertragen werden sollen.

b) Verwaltungshaushalt (§§ 8 Abs. 3<sup>8</sup>, 19 Abs. 2 Satz 1 GemHVO)

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sind übertragbar. Das Finanzverwaltungsamt nimmt die Übertragung aufgrund einer schriftlichen Anzeige des Fachbereiches vor. In der Anzeige ist ausführlich zu begründen, warum und für welchen Zweck Mittel übertragen werden sollen.

8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Es gilt § 89 NGO. Die Wertgrenzen und Organzuständigkeiten entsprechend dem Ratsbeschluss vom 19.09.2001 bleiben im übrigen unberührt.

9. Mehreinnahmen oder nicht verbrauchte Mittel im Verwaltungshaushalt für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt (§§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 3 GemHVO<sup>9</sup>)

Nach § 87 Abs. 2 Nr.2 NGO ist unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden müssen. Soweit solche Ausgaben in unerheblichem Umfang geleistet werden sollen, können Mittel des Verwaltungshaushaltes auch für den Vermögenshaushalt verwendet werden, wenn

- zur Deckung ausreichende Mehreinnahmen, zweckgebundene Einnahmen oder Minderausgaben zur Verfügung stehen,
- die Mittel im Vermögenshaushalt demselben funktional begrenzten Aufgabenbereich zugeordnet werden können und

---

<sup>7</sup> S. Fußnote 6

<sup>8</sup> S. Fußnote 6

<sup>9</sup> §§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 3 GemHVO:

“Bei Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts, die gemäß § 8 Abs. 2 einem Budget zugeordnet sind, kann im Haushaltsplan bestimmt werden, dass *Mehreinnahmen oder auch nicht verwendete zweckgebundene Einnahmen im Rahmen ihrer Zweckbestimmung/Minderausgaben* für nicht erhebliche Mehrausgaben im Sinne von § 87 Abs. 2 Nr. 2 NGO bei Haushaltsstellen des Vermögenshaushalts, die demselben funktional begrenzten Aufgabenbereich zugeordnet sind, verwendet werden dürfen; Voraussetzung ist der Haushaltsausgleich nach Berücksichtigung von § 22 Abs. 1. Bei Inanspruchnahme muss dieser Haushaltsausgleich gewahrt bleiben; gleichzeitig ist eine entsprechende zusätzliche Zuführung zum Vermögenshaushalt vorzunehmen.”

- der Haushaltsausgleich gewahrt bleibt.

Die Übertragung entsprechender Haushaltsmittel vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt ist unter den genannten Voraussetzungen ohne Einschränkung zulässig<sup>10</sup> und vom Servicebereich Finanzen vorzunehmen. Hierfür sind dem Servicebereich über ein Formular schriftlich die entsprechenden Angaben einschließlich der Begründung zu liefern. Über jede Übertragung ist der Bürgermeister in Kenntnis zu setzen; er kann im Einzelfall die Übertragung nicht zulassen; im übrigen gilt das Verfahren entsprechend Ziffer 8.

#### Hinweis:

Weitere Regelungen und Informationen für die verwaltungsinterne Arbeit im Zusammenhang mit der Ausführung des budgetorientierten Haushaltsplanes sind in internen Handlungsanweisungen und Erläuterungen enthalten.

---

<sup>10</sup> Dies ist ein Haushaltsvermerk im Sinne der §§ 17 Abs.3, 18 Abs. 3 GemHVO

## Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

## I. Beamte

Glieder. Nr.	Organisationseinheit (z.B. Einzelverwaltung, Amt)	Beamte (Besoldungsordnung A) / Besoldungsgruppen											Vermerke, Erläuterungen
		Beamte auf Zeit		gehobener Dienst					mittlerer Dienst				
		B3	B2	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
0000	<b>Oberste Gemeindeorgane</b>	1											Aufwandsentschädigung
	Bürgermeister												
0202	<b>Stabstelle</b>		1										Aufwandsentschädigung
	Erster Gemeinderat												
	Gemeindeamtsfrau					1							Teilzeit 20 Std.
0200/ 0300	<b>Geschäftsbereich</b>												z.Zt. 1xA10 1 x Elternzeit z.Zt. 1xA6
	<b>Innere Dienste</b>												
	Gemeindeoberamtsrat			1									
	Gemeindeamtman					1							
	Gemeindeinspektor/in							2					
	Gemeindeobersekretär/in										1		
1100/ 4000	<b>Geschäftsbereich</b>												Teilzeit 20 Std.
	<b>Bürger Dienste</b>												
	Gemeindeobersekretärin										1		
1100/ 6000	<b>Geschäftsbereich</b>												
	<b>Bauwesen</b>												
	Gemeindeamtman					1							

Stellenübersichten 2007

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

Beschäftigte

Glieder. Nr.	Organisationseinheit	Entgeltgruppen														Pauschale	Vermerke, Erläuterungen
		E 12	E 11	E 10	E 9	E 8	E 7	E 6	E 5	E 4	E 3	E 2 U	E 2	E 1			
0000	Organ Bürgermeister																
	VA							1								1x30 Std.	
0290	Gleichstellungsbeauftragte															ehrenamtlich	
0202	Stabstelle																
	VA				1												
	VA					1											
	VA							1									
Geschäftsbereich 1																	
0200	Leitung																
	VA							1									
	EDV																
	Systemadministrator			1													
0200	Servicebereich Personal u. ID																
	VA				1											1x25,32 Std	
	VA							1								1x19,5 Std.	
	VA							2								1x15,25 Std.	
	Personalrat															1x4 Std.	
	Gemeindearbeiter									1						1x34 Std.	
	Raumpflegerinnen											2				1x22,5 Std., 1x22 Std.	
	Raumpflegerinnen													1		1x12 Std.	
0300	Servicebereich Haushalt und Fin.																
	Finanzverwaltungsamt																
	VA				1												
	VA					1											
	VA							1									
	VA								2							1x29 Std.	
	VA													1			
Geschäftsbereich 2																	
Bürgerdienste																	
1100/4000	Leitung																
	VA	1															
0500	Standesamt																
	VA							2								1x19,5 Std., 1x25,32 Std.	
1100	Melde- u. Ordnungsamt																
	VA			1													
	VA							1								1x9,62 Std.	
	VA								8							4x19,5 Std., 1x1,26 Std.	
1110	Tannenkrug																
	Hausmeister											1				1x7,5 Std.	
1201	Recyclinghof																
	Platzwart											2				1x1 Std., 1x 7 Std.	
1300	Feuerwehrg. Rastede																
	Hausmeister											1				1x5 Std.	
2102	Grundschule Kleibrok																
	Schulsekretärin								1							1x12,15 Std.	
	Hausmeister								1								
2103	Schule Hahn-Lehmden																
	Schulsekretärin								1							1x12,66 Std.	
	Hausmeister								1								
	Hausmeistergeh.											1				1x9,0 Std.	
2104	Schule Wahnbek																
	Schulsekretärin								1							1x12,66 Std.	
	Hausmeister								1								
	Hausmeistergeh.											1				1x9 Std.	
2105	Grundschule Loy																
	Schulsekretärin								1							1x 5,08 Std.	
	Hausmeister											1				1x8 Std.	

## Stellenübersichten 2007

## Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

## Beschäftigte

Glieder. Nr.	Organisationseinheit	Entgeltgruppen														Pauschale	Vermerke, Erläuterungen
		E 12	E 11	E 10	E 9	E 8	E 7	E 6	E 5	E 4	E 3	E 2 Ü	E 2	E 1			
2106	Schule Leuchtenburg																
	Schulsekretärin								1								1x 5 Std.
	Hausmeister/Reinigungskraft									1							1x14,5 Std.
2107	Schule Feldbreite																
	Schulsekretärin								1								1x10,15 Std.
	Hausmeister							1									
	GA									1							1x34 Std.
	Hausmeistergh.											1					1x13 Std
2140	Schule am Voßbarg																
	Schulsekretärin								1								1x13,16 Std.
	Hausmeister										1						
	Hausmeistergh.																
2810	KGS																
	Schulsekretärin								4								1x29,58 Std., 1x22,79 Std., 1x14,69 Std.
	Hausmeister							1									
	GA									1							1x26,8 Std.
	Hausmeistergh.											1					1x15 Std.
3520	Bücherei																
	Bibliothekarin				1												
	B-Angestellte							2									2x19,5 Std.
	Angestellte												4				4x6,08 Std.
	Hausmeistergehilfe									1							1x1,5 Std.
4000	Sozialamt																
	VA				3												1x29,25 Std, 1x30 Std.
	VA					7											
	VA							1									1x19,5 Std.
4515	Jugendpflege																
	Jugendpfleger				2												1x30,39 Std. bis 30.09.2007
4605	Villa Hartmann																
	Hausmeister									1							1x8,5 Std.
	Reinigungskraft												1				1x10 Std.
4640	Kindergarten Rastede																
	Leiterin			1													
	stv. Leiterin				1												1x24 Std.
	Erzieherin					7											1x27 Std., 1x21 Std., 1x24 Std., 1x14,5 Std., 1x29 Std.
	Erzieherin							2									1x24 Std., 1x29 Std.
	Kinderpfleger/in								4								2x24 Std.
	Küchenhilfe												1				1x20 Std. (ATZ nach Blockmodell ab 01.06.06)
	Hausmeister									1							1x7,7 Std.
4641	Kindergarten Voßbarg																
	Leiterin				1												1x32Std.
	stv. Leiterin					1											1x32 Std.
	Erzieherin						4										2x24 Std., 1x27,5 Std., 1x14,5 Std.
	Kinderpfleger								4								1x24,5, 1x26,5, 1x24, 1x6 Std.

Stellenübersichten 2007  
Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung  
Beschäftigte

Glieder. Nr.	Organisationseinheit	Entgeltgruppen													Pauschale	Vermerke, Erläuterungen
		E 12	E 11	E 10	E 9	E 8	E 7	E 6	E 5	E 4	E 3	E 2 U	E 2	E 1		
	Küchenhilfe												1			1x10 Std.
4642	<b>Kindergarten Neusüdende</b>															
	Leiterin				1											1x24 Std.
	stv. Leiterin					1										1x29,5 Std.
	Erzieherin					2										1x 38 Std., 1x20 Std.
	Erzieherin							1								34,5 Std.
	Kinderpfleger								3							1x38 Std., 1x29,5 Std., 1x26,5 Std.
	Küchenhilfe												1			1x10 Std.
	Gartenanlagen											1				1x4 Std.
4643	<b>Kindergarten Loy</b>															
	Leiterin				1											1x36,5 Std.
	Heilpädagogin					1										1x33 Std.
	Erzieherin					1										31,5 Std.
	Erzieherin							2								1x31,5 Std., 1x 24 Std.
	Kinderpflegerin							1								29 Std.
	Kinderpfleger								1							1x10 Std.
	Küchenhilfe												1			1x10 Std.
	Hausmeister									1						1x4,5 Std.
4644	<b>Kindergarten Marienstr.</b>															
	Leiterin				1											
	Heilpädagogin u.stv. Leiterin					1										1x32 Std.
	Erzieherin					2										1x32 Std., 1x24 Std.
	Kinderpfleger								3							1x 33,5 Std., 1x 24 Std., 1x31,5 Std.
	Küchenhilfe												1			1x10 Std.
	Hausmeister														1	
5700	<b>Freibad Rastede</b>															
	Schwimmmeister					1										
	Schwimmmeistergh.								1							
5720	<b>Hallenbad</b>															
	Schwimmmeister					1										
	Schwimmmeistergh.								1							
	Gartenanlagen									1						1x4,5 Std.
	Gartenanlagen									1						1x4 Std.
7600	<b>Toilettenanlagen</b>															
	Schließdienste												1			1x2,5 Std.
7601	<b>Dorfgemeinschaftshäuser</b>															
	Hausmeister											2				1x7 Std., 1x 4 Std.
<b>Geschäftsbereich 3</b>																
6000	<b>Bauamt</b>															
	TA	1														
	TA			4												
	TA				1											
	VA					1										
	VA								3							2x19,5 Std.
	GA										2					2x30 Std.
5600	<b>Sportplätze</b>															
	Platzwart												1			1x5 Std.
7000	<b>Kläranlage</b>															
	Abwassermeister				1											
	GA							2								1x35 Std.
	GA								1							
7710	<b>Bauhof</b>															
	TA				1											
	VA								1							1x19,25
	GA								7							1x32 Std., 1x19,25 Std.
	GA									6						

**Stellenplan 2007****Teil B: Beamte****I. Beamte**

Lfd.Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnung	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2007		Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
					insgesamt	davon am 30.06.2006			
			insgesamt	davon aus der Berechnung der Stellenanteile nach § 26 BBesG heraus- genommen		tatsächlich besetzt		nicht besetzt	
						mit Beamten	mit Beschäftigten		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

**I. Gemeindeverwaltung**

	<b>Beamte auf Zeit</b>								
1	Bürgermeister	B 3	1		1	1			
2	Erster Gemeinderat	B 2	1		1	1			
	<b>Gehobener Dienst</b>								
3	Gemeindeoberamtsrat	A 13	1		1	1			
4	Gemeindeamtmann/frau	A 11	3		3	2		1	1 x 20 Std.; z.Zt. 1 x A 10
5	Gemeindeinspektor/in	A 9	2		2	1		1	1x Elternzeit bis 28.12.07
	<b>Mittlerer Dienst</b>								
6	Gemeindeamtsinspektor	A 9	-		1	1			mit Zulage
7	Gemeindeobersekretär/in	A 7	2		2	2			1 x 20Std.; z.Zt. 1 x A6
	<b>Stellen insgesamt</b>		<b>10</b>		<b>11</b>	<b>9</b>		<b>2</b>	

**Stellenplan 2007****Teil B****II. Beschäftigte**

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2007	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2006		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8

**Beschäftigte TVöD**

1	Bauingenieur	E 12	1	1	1	-	
2	Verwaltungsangestellte	E 12	1	1	1	-	
3	Verwaltungsangestellte	E 10	1	1	1	-	
4	Systemadministrator	E 10	1	1	1	-	
5	Bauingenieur	E 10	4	3	3	-	1xbefristet bis 30.04.2009
6	Kindergartenleiterin	E 10	1	1	1	-	
7	Kindergartenleiterin	E 9	2	2	2	-	1x32, 1x24 Std.
8	Bibliothekarin	E 9	1	1	1	-	
9	Jugendpfleger/in	E 9	2	2	2	-	1x30 Std. befristet bis zum 30.09.2007
10	stv. Kindergartenleiterin	E 9	1	1	1	-	1x24 Std.
11	Verwaltungsangestellte	E 9	6	5	5	-	1x25,32 Std., 1x29,25 Std, 1x30 Std.
12	Kindergartenleiterin	E 9	2	2	2	-	1x36,5 Std.
13	TA	E 9	2	2	2	-	
14	stv. Kindergartenleiterin	E 9	1	1	1	-	1x32 Std.
15	Leiter der Kläranlage	E 9	1	1	1	-	
16	Heilpädagogin und stv. Kindergartenleiterin	E 8	1	1	1	-	1x32 Std.
17	stv. Kindergartenleiterin	E 8	1	1	1	-	1x29,5 Std.
18	Erzieherinnen	E 8	16	16	16	-	2x14,5 Std, 1x20 Std., 1x21 Std., 4x24 Std., 1x27 Std., 1x27,5 Std., 1x29 Std., 1x31,5 Std., 1x32 Std., 1x38 Std.
19	Verwaltungsangestellte	E 8	10	10	10	-	
20	Schwimmeister	E 8	2	2	2	-	
21	TA	E 8	0	1	1	-	
22	Heilpädagogin	E 8	1	1	1	-	1x33 Std.
23	Verwaltungsangestellte	E 6	7	7	7	-	3x19,5Std., 1x9,62 Std., 1x30 Std., 1x25 Std.

**Stellenplan 2007**
**Teil B**
**II. Beschäftigte**

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2007	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2006		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
24	Bibliotheksassistentin	E 6	2	2	2	-	2x19,5 Std.
25	Hausmeister	E 6	2	2	2	-	
26	Gemeindearbeiter	E 6	2	2	2	-	1x35 Std.
27	Erzieherinnen	E 6	5	4	4	-	2x24 Std., 1x29 Std., 1x31,5 Std., 1x34,5 Std.
28	Kinderpflegerin	E 6	1	1	1		1x29 Std.
29	Kinderpflegerin	E 5	15	15	15	-	1x6 Std., 1x10 Std., 4x24 Std., 1x24,5 Std., 2x26,5 Std., 1x29,5 Std., 1x31,5 Std., 1x33,5 Std., 1x38 Std.
30	Schwimmeistergehilfen	E 5	2	2	2	-	
31	Gemeindearbeiter	E 5	8	8	8	-	1x19,5 Std., 1x32 Std.
32	Hausmeister	E 5	3	3	3	-	
33	Verwaltungsangestellte/	E 5	18	20	20	-	1x15,25 Std., 7x19,5 Std., 1x 29,37 Std., 1x1,26 Std.
34	Schulsekretärin	E 5	11	11	11	-	1x12,15 Std., 2x12,66 Std., 1x 5 Std., 1x5,08 Std., 1x13,16 Std., 1x14,66 Std., 1x29,58 Std., 1x22,79 Std., 1x10,15 Std.
35	Gemeindearbeiter	E 4	16	15	15	-	2x34 Std., 2x4,5 Std., 1x8,5 Std., 1x4 Std., 1x1,5 Std., 1x 14,5 Std., 1 x26,8 Std., 1x 7,7 Std.
36	Hausmeister	E 3	1	1	1	-	
37	Gemeindearbeiter	E 3	2	-	-	-	2x 30 Std.
38	Platzwart	E 2Ü	3	3	3	-	1x1 Std., 1x4 Std., 1x7 Std.
39	Hausmeistergehilfen, Küchenehilfen Kindergärten	E 2Ü	9	9	9	-	1x7 Std., 1x7,5 Std., 1x5 Std., 2x9 Std., 1x8 Std., 1x13 Std., 1x15 Std., 1x4 Std.
40	Hausmeistergehilfen, Küchenehilfen Kindergärten	E 2	7	7	7	-	1x20 Std., 1x2,5 Std., 1x5 Std., 4x10 Std.
41	Reinigungskräfte	E 2	2	2	2	-	1x22 Std., 1x22,5 Std.
42	Büchereiverwaltung	E 2	4	4	4	-	4x6 Std.
43	Verwaltungsangestellte	E 1	1	0	0	-	1x22 Std.
44	Reinigungskräfte	E 1	2	2	2	-	1x10 Std, 1x12 Std.
45	Hausmeister	Pauschale	1	1	1	-	1x4,38 Std.
46	Freistellung Personalrat		1	1	1	-	4 Std.

**Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art des Entgelts	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2007	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2006		
					tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8
1	<b>Verwaltung</b> Verw.Fachangestellte/r	Ausbildungsvergütung	5	4	4	-	
2	<b>Bäder</b> Fachangestellte/r für Bäderbetriebe	Ausbildungsvergütung	1	1	1	-	
3	<b>Kläranlagen</b> Entsorger	Ausbildungsvergütung	1	1	1	-	
	<b>Stellen insgesamt</b>		7	6	6		

Stellenübersichten

I Anteil der Planstellen für Beförderungsämtler (oberhalb des ersten Beförderungsamtes) an der Gesamtzahl der Planstellen im Bereich der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnbeamten

1. Gesamtzahl der Planstellen der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnbeamte

im höheren Dienst	0 Stellen (davon besetzt mit Angestellter	0	nicht besetzt)
im gehobenen Dienst	5 Stellen (davon besetzt mit Angestellter	0	nicht besetzt)
im mittleren Dienst	3 Stellen (davon besetzt mit Angestellter	0	nicht besetzt)

2. Von den Stellen zu 1. sinc

a) als Funktionsgruppen nach VO zu § 5 BBesG a. f. herausgenommen

im höheren Dienst	0	Stellen
im gehobenen Dienst	0	Stellen
im mittleren Dienst	0	Stellen

b) mithin im Rahmen der allgemeinen Obergrenzen (§ 26 Abs.2 BBesG) zu bewertei

im höheren Dienst	2	Stellen
im gehobenen Dienst	5	Stellen
im mittleren Dienst	3	Stellen

3. An Beförderungsämtlern oberhalb des ersten Beförderungsamtes sinc

a)zulässig						b) in Anspruch genommen von den Steller					
in Bes.-Gr.	im Bereich der Funktionsgruppen	im Bereich der allgemeinen Obergrenzen	Zwischen-summe (Sp 2 +Sp3)	nach der NStOV-Kom abzüglich der Stellen in Spalte 4	insgesamt Summe der Sp 4 und Sp 5)	nach Spalte 2	in Spalt 7 ggf. zu Lasten der Stellen in Spalte 3 und Spalte 5	nach Spalte 3	nach Spalte 5	Nach Spalte 6 (Summe der Sp. 7. 9 und 10.)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	<u>mittl. Dienst</u>										
A 9	-	0	0	2	2	-	-	-	-	-	
A 8	-	1	1	-	1	-	-	-	-	-	
	<u>geh. Dienst</u>										
A 13	-	0	0	2	2	-	-	0	1	1	
A 12	-	1	1	2	3	-	-	0	0	0	
A 11	-	1	1	-	1	-	-	1	2*	3	1 x z.Zt. A10
	<u>höherer Dienst</u>										
B 3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
B 2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	§ 3 NStOV-Kom § 1 I NKBesVO

\* § 2 III 2. HS NStOV-Kom

**II. Anteil der Planstellen für Beförderungssämter (oberhalb des ersten Beförderungsamtes) an der Gesamtzahl der Planstellen in den einzelnen Funktionsgruppen nach der Verordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes (a. F.) vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), geändert durch Verordnung vom 30.04.1974 (BGBl. I S. 1031)**

Lfd. Nr.	Funktionsgruppe nach (Bezeichnung der Vorschrift der VO)	Zahl der Planstellen der Funktionsgruppe	Von den Stellen in Spalte 3 sind		An Beförderungssämtern sind				Vermerke, Erläuterungen
			besetzt mit Beschäftigten	nicht besetzt	in BesGr.	zulässig	in Anspruch genommen	von den Stellen in Spalte 8 zu zu Lasten der Obergrenzen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	entfällt				A 13 A 12 A 11 A 9 m.D. A 8	2 3 1 2 1	1 0 3* 0 0		*§ 2 III 2. HS NStOV

III. Stellenverhältnis im Bereich der nach § 9 NStOVKom. aus den Obergrenzen herausgenommenen Beamtengrupper

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Gruppe gemäß § 9 NStOV-Kom.	Gesamtzahl der Planstellen der Gruppe (ggf. unter- teilt nach Laufbahn- gruppen)	Von den Stellen in Spalte 3						
			sind besetzt mit Angestellten	sind nicht besetzt	entfallen auf das				
					Eingangsamt	erste Beför- derungsamt	zweite Beför- derungsamt	dritte Beför- derungsamt	ggf. vierte Be- förderungsamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	entfällt								

IV. Zahlenverhältnis zwischshen den Planstellen des Eingangsamtes und den Planstellen des ersten Beförderungsamtes nach § 26 Abs. 6 BBesG

entfällt

Hinweis:

Die Stellenobergrenzenregelung für das erste Beförderungsamte nach § 26 Abs. 6 BBesG ist durch das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (Reformgesetz) vom 24.02.1997 (BGBl. I Seite 322) aufgehoben worden. Damit ist eine Stellenübersicht zu diesem Themenbereich hinfällig.

**II. Anteil der Planstellen für Beförderungsämtler (oberhalb des ersten Beförderungsamtes) an der Gesamtzahl der Planstellen in den einzelnen Funktionsgruppen nach der Verordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes (a. F.) vom 23.12.1971 (BGBl. I S. 2162), geändert durch Verordnung vom 30.04.1974 (BGBl. I S. 1031)**

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs- nummer nach Teil A Unterteil I	auf der Stelle geführt		Bemerkungen
					seit	bis voraus- sichtlich	
1	2	3	4	5	6	7	8
	entfällt						

## **Erläuterungen zum Stellenplan**

Im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 wurden strukturelle Veränderungen berücksichtigt, die insbesondere durch die Novellierung der tarifvertraglichen Regelungen bzw. den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) bedingt sind.

Die nachfolgend aufgelisteten Veränderungen sind in der Reihenfolge der Gliederungsnummern der Anlage 1 aufgeführt und in der Stellenübersicht graufarben unterlegt.

Mit dem Inkrafttreten des TVöD wurden Höhergruppierungen infolge von Bewährungsaufstiegen grundsätzlich abgeschafft. Für den Personenkreis der sogenannten übergeleiteten Beschäftigten wurde eine Übergangsregelung getroffen, nach der noch ausstehende Bewährungsaufstiege vom Grundsatz abweichend vollzogen werden, soweit diese nach „altem Recht“ vor dem Stichtag 01.10.2007 erfolgt wären. Diese Fallkonstellationen wurden bei der Aufstellung des Stellenplanes berücksichtigt.

Darüber hinaus sind infolge des mit Wirkung vom 1. April 2006 in Kraft getretenen Landesbezirklichen Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitszeit (Arbeitszeit-TV Niedersachsen) Anpassungen hinsichtlich der Arbeitszeithöhe erfolgt. Die neue Arbeitszeitregelung sieht grundsätzlich eine durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden (vormals: 38,5 Stunden) vor. Diejenigen Teilzeitbeschäftigten, in deren Arbeitsverträgen eine stundenmäßig festgelegte Arbeitszeit vereinbart ist, haben gemäß § 3 Arbeitszeit-TV Niedersachsen einen Anspruch auf die Heraufsetzung der individuellvertraglich vereinbarten Arbeitszeithöhe, damit Einkommensverluste vermieden werden. Aus diesem Grunde sind bei 19 Teilzeitbeschäftigten entsprechende arbeitszeitliche Anpassungen vorgenommen worden.

Organisatorische Veränderungen haben durch Verschiebungen zu Änderungen der Anzahl der jeweiligen Stellen bzw. Stellenanteile geführt, wobei Veränderungen von Stellen- und Stundenanteile in der Stellenplanübersicht gesondert gekennzeichnet sind.

## **Stellenplan Beamte**

### **Gliederungsnummer 0202**

Mit Wirkung vom 16.09.06 hat die Stelleninhaberin der nach BBesG-A11 ausgewiesenen Planstelle ihren Dienst mit 20 Wochenstunden nach einer beanspruchten Elternzeit wieder aufgenommen.

### **Gliederungsnummer 0200 / 0300**

Im Haushaltsjahr 2006 wurde ein Beamter des gehobenen Diensts als Gemeindeinspektor zur Anstellung eingestellt. Im gleichen Haushaltsjahr ist eine Planstelle (A 9 mittlerer Dienst) durch den Ruhestandseintritt eines Beamten vakant geworden. Aus diesem Grund ist die bisher als BBesG-A9 mittlerer Dienst ausgewiesene Planstelle in eine Planstelle nach BBesG-A9 gehobener Dienst umgewandelt worden. Eine der nach BBesG-A9 ausgewiesenen Planstelle ist infolge der Elternzeit der Stelleninhaberin voraussichtlich bis Dezember 2007 unbesetzt.

## **Stellenplan Beschäftigte**

### **Gliederungsnummer 0300**

Die bislang von einem Beamten des mittleren Dienstes wahrgenommene Stelle des Kassenverwalters wird zukünftig von einer Tarifbeschäftigten wahrgenommen. Vorbehaltlich einer noch ausstehenden tariflichen Stellenbewertung ist davon auszugehen, dass eine Zuordnung zur Entgeltgruppe 9 TVöD erfolgt.

### **Gliederungsnummer 0400**

Im Haushaltsjahr 2006 wurde der für die Personalbemessung maßgebliche Fallzahlschlüssel der im Leistungssachbearbeiterbereich tätigen Beschäftigten mit der Folge reduziert, dass eine zusätzlich vom Landkreis Ammerland finanzierte Stelle der Entgeltgruppe 8 geschaffen werden konnte. Die Finanzierung erfolgt über den Landkreis Ammerland, da er im Rahmen der Hartz-IV-Umsetzung grundsätzlich als originärer Träger fungiert, für die faktische Aufgabenerledigung jedoch die kreisangehörigen Gemeinden herangezogen hat. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanungen für das Haushaltsjahr 2006 keine Einschätzung darüber gemacht werden konnte, ob der Bund als der für die Personalbemessung entscheidende Rechtsträger Stellenmehranteile gewährt oder nicht, erfolgt eine Stellenplananpassung für das Haushaltsjahr 2007. Zusätzlich ist vom Landkreis Ammerland für das Jahr 2007 eine Aufstockung des Stellenkontingents im Bereich der Arbeitsvermittlung von derzeit 1,75 Vollzeiteinheiten auf 2,5 Vollzeiteinheiten bewilligt worden. Insoweit wird im Haushaltsjahr 2007 zusätzlich eine ca. ¾-Stelle der Entgeltgruppe 9 TVöD installiert, die zu 100% aus Bundesmitteln finanziert wird.

### **Gliederungsnummern 4640, 2641, 4642, 4643, 4644**

Beim Beschäftigtenkreis der Erzieherinnen ist eine Differenzierung hinsichtlich der Zuordnung zu den jeweiligen Entgeltgruppen 6 und 8 TVöD erfolgt. Die Zuordnung hat redaktionellen Charakter und steht nicht im Zusammenhang mit Bewährungsaufstiegen oder sonstigen Maßnahmen.

### **Gliederungsnummer 4642**

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.04.2006 (Vorlage 2006/054) beschlossen, die bisher befristet eingerichtete integrative Gruppe im Kindergarten Neusüdende unbefristet fortzuführen sowie infolge des zusätzlichen Betreuungsbedarfes eine befristete Schnuppergruppe für die Nachmittagsstunden einzurichten. Aus diesem Grunde ist im Stellenplan eine Teilzeitstelle über 34,5 Wochenstunden zusätzlich eingerichtet worden.

### **Gliederungsnummer 4643**

In seiner Sitzung am 25.04.2006 hat der Verwaltungsausschuss (Vorlage 2006/055) die Einrichtung einer befristeten Kleingruppe im Kindergarten Loy beschlossen. Die Leitung der Kleingruppe erfolgt durch die Kindergartenleiterin. Als Vertretung hierfür wurde eine befristete Erstkraft (24 Wochenstunden) eingestellt, die für das Haushaltsjahr 2007 im Stellenplan ausgewiesen wird.

**Gliederungsnummer 5700**

Anlässlich des Ausscheidens eines mit bis zuletzt 19,25 Wochenstunden beschäftigten Schwimmmeistergehilfen wurde die bisher mit einer Wochenstundenzahl von 30 ausgewiesene Teilzeitstelle eines Kollegen in eine Vollzeitstelle umgewandelt.

**Gliederungsnummer 6000**

Für das vom Verwaltungsausschuss beschlossene Gehwegeprogramm wurden im April 2006 zwei Arbeiter befristet eingestellt.

Der Verwaltungsausschuss hat die Einstellung eines Hochbauingenieurs beschlossen. Die Stellenplananpassung erfolgt gemäß des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 27.06.2006 für das Haushaltsjahr 2007. Die Technikerstelle des im April 2006 ausgeschiedenen Vorgängers ist entsprechend entfallen.

**Gliederungsnummer 7710**

Im Haushaltsjahr 2006 sind zwei bei dem Bauhof beschäftigte Vollzeitkräfte ausgeschieden. Eine Vollzeitkraft war dabei im administrativen, die andere im produktiven Bereich als Gemeindearbeiter tätig. Im Zuge der Nachbesetzung wurde dem administrativen Bereich durch innerorganisatorische Veränderungen eine halbe Stelle entzogen und zugunsten des produktiven Bereichs diesem zugeschlagen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Die nominellen finanziellen Mehraufwendungen für das Haushaltsjahr 2007 belaufen sich auf 65.000 Euro. Abzüglich der Kostenerstattung vom Landkreis Ammerland für die neu zu schaffenden Stellenanteile im Bereich der Arbeitsvermittlung belaufen sich die effektiven Personalmehrausgaben auf ca. 29.400 Euro, die im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 entsprechend berücksichtigt wurden.